

# WIRTSCHAFT UND STATISTIK

5. Jahrgang N. F.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Heft 10, Oktober 1953

## Zusammenfassende Übersicht

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Bundesgebiet

### Bevölkerung

Die landwirtschaftliche Bevölkerung und die Veränderungen im Arbeitskräftebestand der Land- und Forstwirtschaft werden auf Grund der Ergebnisse der Berufszählung 1950 und an Hand anderer Unterlagen untersucht.

Der Rückgang der absoluten Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die im Reichsgebiet (Grenzen von 1937) von 16 Mill. im Jahre 1882 auf 12,3 Mill. im Jahre 1939 abnahm, hat sich seit 1939 im Bundesgebiet nur geringfügig fortgesetzt. Während jedoch die landwirtschaftliche Bevölkerung mit 7 054 000 Menschen 1939 noch 17,9 vH der Gesamtbevölkerung stellten, bedeuten die 1950 gezählten 7 007 000 Menschen nur noch 14,7 vH der Bevölkerung.

Die verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse vor der Währungsreform, die ungünstige Ernährungslage und der vorwiegend auf das Land gelenkte Flüchtlingsstrom hatte in den ersten Nachkriegsjahren zu einer Ausweitung des Bestandes an Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft geführt. Der seit 1948 stark ansteigende Arbeitskräftebedarf in anderen Wirtschaftsbereichen und die von der Landwirtschaft eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen führten 1949 und 1950 zu einer starken Abwanderung familienfremder Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft und in einem geringeren Umfang auch familieneigener weiblicher Arbeitskräfte.

Auch die Kriegsverluste und die unregelmäßige Besetzung der Altersgruppen haben das verfügbare Arbeitspotential der landwirtschaftlichen Haushaltungen verringert oder das Durchschnittsalter der Arbeitskräfte erhöht. Eine Landflucht durch Abwanderung aus der Landwirtschaft kann jedoch bis 1950 nicht nachgewiesen werden.

Auch ein Vergleich des Arbeitskräftebestandes der Land- und Forstwirtschaft von 1952 mit dem Vorkriegsstand zeigt, daß die Abwanderung im allgemeinen nicht über eine Konsolidierung der durch den Krieg verursachten anomalen Verhältnisse hinausgeht.

### Wahlen

Die bereits veröffentlichten Ergebnisse der Bundestagswahl werden durch Angaben über die Zahl der neuen und alten Abgeordneten, über Alter und Geschlecht der Kandidaten und der gewählten Abgeordneten und über Geburtsorte und Berufe der Abgeordneten ergänzt.

### Landwirtschaft

Das endgültige Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung bestätigt das schon aus den vorläufigen Ergebnissen bekannte Bild: Zunahme des Getreideanbaues um 1,7 vH, des Kartoffelanbaus um 1,5 vH, Zuckerrübenanbau fast unverändert, starker Anbau rückgang von Ölfrüchten, Flachs und Hanf.

Die Kartoffelernte 1953 wird nach einer Vorschätzung mit 24,3 Mill. t um etwa  $\frac{1}{2}$  Mill. t größer sein als im Vorjahr.

Am 3. September 1953 wurden rd. 12,6 Mill. Schweine gezählt, das sind 750 000 (- 5,6 vH) weniger als im September 1952 und erstmalig seit 1950 auch weniger (- 1,9 vH) als im Septemberdurchschnitt der Vorkriegszeit (1935-38).

### Industrie

Die industrielle Produktion hat sich im September 1953 kräftig erhöht. Der Produktionsindex (1936 = 100) erreichte bei arbeitstäglicher Berechnung für die gesamte Industrie (einschl. Bauproduktion) den Stand von 164,8 gegen 154,0 im August, was einer Zunahme um 7 vH entspricht. Die Zunahme wird vor allem durch die Produktionsentwicklung in den Investitionsgüterindustrien (+ 11 vH) und in den Verbrauchsgüterindustrien (+ 9 vH) getragen. Das Produktionsvolumen des September 1952 wurde um etwa 8 vH überschritten.

### Bauwirtschaft und Wohnungen

Im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitsstunden im September 1953 gegenüber August nochmals um rd. 1 vH.

Nach der Wohnraumvergabestatistik für das erste Halbjahr 1953 wurden rd. 46 vH der zum ersten Male vergebenen Wohnräume Vertriebenen zugeteilt. Auch von den Wiedervergaben entfielen 31,5 vH auf die Vertriebenen.

### Binnenhandel

Der Warenverkehr des Bundesgebietes mit West-Berlin hat im September 1953 sowohl in den Bezügen mit 145 Mill. DM als auch in den Lieferungen mit 337 Mill. DM, einen hohen Stand erreicht.

Der Einzelhandel konnte im September 1953 ebensoviel verkaufen wie im August. Gegenüber dem September vorigen Jahres lagen die Umsätze wertmäßig um 6 vH und der Menge nach um 11 vH höher.

### Außenhandel und Verkehr

Der Gesamtwert der Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins stieg von 1 244 Mill. DM im August auf 1 359 Mill. DM im September 1953, d. h. um 9 vH. Die Ausfuhr blieb mit 1 508 Mill. DM gegenüber dem Vormonat (1 499 Mill. DM) fast unverändert. Der Ausfuhrüberschuß verminderte sich daher von 255 Mill. DM im August auf 149 Mill. DM im September 1953.

Im Jahresteil Januar/September 1953 lag der Gesamtwert der Einfuhr mit 11,5 Mrd. DM um 1 vH niedriger, der der Ausfuhr mit 13,0 Mrd. DM um 6 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da die Preise der Außenhandelswaren inzwischen gesunken sind, war das Volumen der Einfuhr um etwa 16 vH und das der Ausfuhr um etwa 13 vH größer als Januar/September 1952.

Die Zahl der erteilten Rundfunkgenehmigungen hat sich von April 1952 bis April 1953 um rd. 925 000 auf 11,1 Mill. erhöht. Im vorhergehenden Jahr hatte der Zugang nur rd. 690 000 betragen.

### Versicherungen

Versicherungsbestand und Prämienaufkommen der Lebensversicherungsunternehmen sind im Jahre 1952 erneut beträchtlich gewachsen. Die langfristigen Vermögensanlagen haben infolgedessen laufend zugenommen; 1952 wurden 678 Mill. DM neu angelegt, darunter 269 Mill. DM für Wohnbauzwecke.

### Öffentliche Finanzen

Die Schulden von Bund, Ländern, Hansestädten und Gemeinden sind im Rechnungsjahr 1952 um rund 3 Mrd. DM angewachsen. Der Gesamtbetrag ist am 31. März 1953 mit 27,2 Mrd. DM festgestellt worden, davon entfällt der Hauptteil auf Ausgleichsforderungen mit rund 19,5 Mrd. DM. Auslandsverbindlichkeiten aus den durch das Londoner Schuldenabkommen wiederbelebten Vorkriegsschulden und gegenseitige Verschuldung der Gebietskörperschaften sind in diesen Beträgen nicht enthalten.

Die gemeindliche Realsteueraufbringungskraft und ihre Ausschöpfung im Rechnungsjahr 1952 wurde an Hand des kassenmäßigen Realsteueraufkommens ermittelt. Bei nur geringfügig verändertem Ausschöpfungsgrad der einzelnen Steuern ist die Realsteueraufbringungskraft im Rechnungsjahr 1952 fast ausschließlich auf Grund gestiegener Gewerbesteuern um 17,1 vH größer als im Vorjahr.

### Löhne

Die Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung vom November 1951 erlaubt bei der Arbeitszeit die Unterscheidung der bezahlten Ausfallstunden und der zuschlagpflichtigen Mehrarbeitsstunden und damit eine Durchleuchtung der bisher allein dargestellten durchschnittlichen Wochenlohnstunden. Im November 1951 verdienten nur 14 vH der männlichen Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft weniger als 250 DM und rund 25 vH mehr als 400 DM. Die Unterschiede in den Arbeiterverdiensten nach Betriebsgrößenklassen, Gemeindegrößenklassen und Familienstand sowie Kinderzahl und die Sonderzuwendungen sind besonders herausgestellt.

### Preise

Die Preise am Weltmarkt gingen zwischen Mitte September und Mitte Oktober 1953 mehr als in den Vormonaten zurück. Am Binnenmarkt waren sowohl die Erzeugerpreise als auch die Verbraucherpreise in der Zeit vom August bis September 1953 rückläufig. Lediglich die Indexziffer der Grundstoffpreise ist vom 7. September bis 7. Oktober 1953 geringfügig um + 0,2 vH gestiegen.

Die vierteljährlich berechnete Indexziffer der Verbraucherpreise der sächsischen Betriebsmittel der Landwirtschaft hat sich vom 15. Mai zum 15. August 1953 von 210 auf 207 (1938 = 100) d. h. um 1,5 vH ermäßigt.

Die Preisentwicklung der Textilrohstoffe am internationalen Markt und in der deutschen Einfuhr ist in einem besonderen Aufsatz dargestellt.

### Verbrauch

Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsangaben in Arbeitnehmershaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe lagen im 2. Vj. 1953 mit 393,49 DM um 18,91 DM oder 5 vH über denen des 2. Vj. 1952. Nach Ausschaltung der Preisinflüsse ergibt sich eine Verbesserung der Realversorgung um 7,1 vH, die allen Bedarfsgruppen mit Ausnahme der Gruppen Hausrat, Heizung und Beleuchtung und Wohnung zugute kam.

Für die Haushaltungen der unteren Verbrauchergruppe liegen die Ergebnisse erst seit Juli 1952 vor. Die monatlichen Verbrauchsangaben im 2. Vj. 1953 lagen um 12,67 DM bzw. 7,4 vH höher als im 1. Vj. 1953.

# Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes<sup>1)</sup>

Die Zahlen in Kursiv schließen nicht die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern sowie Lindau mit ein

Gegenstand	Einheit	1949	1950	1951	1952	1953						Abschnitt Statist. Monatszahlen S. . .	
		Monats- bzw. Jahresdurchschnitt				Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.		Sept.
<b>Bevölkerung</b>													
Wohnbevölkerung	1000	46 783	47 522	48 075	48 487	48 793	48 868	48 942	48 994	49 052	...	...	504*
darunter: Heimatvertriebene	1000	7 446 <sup>6)</sup>	7 830	8 038	8 181	8 296	...	...	8 356	...	...	...	504*
Zugewanderte	1000	...	...	1 675	1 823	1 949	...	...	2 041	...	...	...	504*
Eheschließungen	Anzahl	10,1	10,6	10,3	9,4	6,0	9,3	12,8	7,8	9,2	14,3	...	504*
Lebendgeborene	Anzahl	16,8	16,2	15,8	15,7	16,9	16,4	16,1	15,9	15,3	14,7	...	504*
Gestorbene	Anzahl	10,2	10,3	10,5	10,4	12,4	10,4	9,9	9,7	9,1	9,0	...	504*
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	Anzahl	+ 6,6	+ 5,9	+ 5,3	+ 5,3	+ 4,5	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,2	+ 5,7	...	504*
<b>Erwerbstätigkeit</b>													
Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Beamte)	1000	13 524	13 903	14 608	15 041	15 205	...	...	15 808	...	...	16 046	507*
darunter: Männer	1000	9 530	9 696	10 114	10 353	10 438	...	...	10 865	...	...	10 999	507*
Arbeitslose	1000	1 263	1 585	1 431	1 381	1 393	1 234	1 156	1 073	1 013	968	941	507*
darunter: Männer	1000	912	1 131	976	919	943	800	737	677	645	612	589	507*
nach ausgewählten Berufsgruppen:													
Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	1000	...	85	78	67	74	59	53	47	42	38	...	508*
Bauberufe	1000	...	155	202	218	224	147	123	103	94	88	...	508*
Metallerzeuger und -verarbeiter	1000	...	140 <sup>9)</sup>	113	102	110	102	94	84	79	73	...	508*
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	1000	...	58	57	59	68	55	47	41	38	34	...	508*
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	1000	...	77	70	69	59	57	53	48	44	40	...	508*
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>													
Schweinebestand	1000	8 092	10 153	12 706	12 655	11 258	...	...	11 441	...	...	12 640	511*
Gewerb. Schlachtungen, Schlachtgewicht	1000 t	83	110	127	139	154	133	138	149	140	148	...	512*
Milcherzeugung	1000 t	1 070 <sup>7)</sup>	1 218 <sup>7)</sup>	1 312 <sup>7)</sup>	1 43 <sup>7)</sup>	1 309	1 376	1 693	1 678	1 628	1 563	...	512*
Buttererzeugung	1000 t	21	22	24	23	21	22	30	30	29	28	...	512*
See- und Küstenfischerei, Fangergebnis	1000 t	39	44	55	53	48	34	41	45	63	86	...	512*
<b>Industrie (Betriebe m. 10 u. mehr Beschäft.)</b>													
Beschäftigte	1000	4 414	4 797	5 332	5 518	5 595	5 684	5 708	5 759	5 797	5 851	...	513*
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	616	770	852	875	892	888	858	897	932	897	...	513*
Umsatz	Mill. DM	5 412	6 700	9 159	9 949	10 693	10 090	9 781	10 462	10 700	10 375	...	513*
darunter: Auslandsumsatz	Mill. DM	288	555	976	1 154	1 271	1 219	1 189	1 303	1 267	1 230	...	513*
Produktionsindex, arbeitstäglich													
Gesamte Industrie	1936 = 100	89,8	113,0	134,8	144,4	152,2	156,9	156,6	157,7	152,8	154,0	164,8	515*
ohne Bau	1936 = 100	89,9	113,2	135,2	144,9	153,0	156,6	155,5	157,0	152,0	153,1	164,4	515*
ohne Bau und Energieerzeugung	1936 = 100	87,0	110,6	132,3	141,5	149,3	153,6	152,8	154,4	149,3	150,2	161,3	515*
Bergbau	1936 = 100	96,2	105,8	117,4	125,4	132,1	129,3	127,8	129,2	126,6	127,6	129,6	515*
Verarbeitende Industrie	1936 = 100	86,2	111,0	133,7	143,0	150,9	155,9	155,1	156,8	151,4	152,2	164,2	515*
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustr.	1936 = 100	84,1	107,1	126,4	130,8	140,1	143,5	145,0	145,5	143,6	143,3	149,4	515*
Investitionsgüterindustrien	1936 = 100	82,8	113,6	151,0	170,0	175,5	178,7	178,6	181,7	169,2	166,0	184,2	515*
Verbrauchsgüterindustrien	1936 = 100	88,0	113,0	130,6	134,6	150,9	156,1	148,5	148,5	146,6	154,6	168,7	515*
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1936 = 100	99,1	112,3	118,7	127,4	124,1	136,5	139,2	143,2	139,2	140,7	150,1	515*
Energieerzeugung	1936 = 100	135,8	154,4	181,1	198,9	211,4	203,4	198,9	198,5	195,5	200,4	214,1	515*
Bau	1936 = 100	88,5	109,4	128,1	134,7	137,2	163,4	177,7	171,9	168,1	172,0	173,9	515*
Produktionsergebnis <sup>8)</sup>													
je Arbeiterstunde	1936 = 100	82,3	92,8	102,6	107,5	114,3	109,7	109,2	114,0	112,8	113,5	...	516*
je Arbeitstag eines Beschäftigten	1936 = 100	78,0	91,3	100,6	104,9	109,0	110,4	109,4	109,6	104,9	...	...	—
Steinkohlen-Bruttoförderung													
1000 t	8 603	9 230	9 910	10 273	10 920	9 850	9 375	10 204	10 775	10 260	10 379	...	516*
Rohbraunkohlen-Bruttoförderung	1000 t	6 022	6 320	6 927	6 947	7 327	6 429	6 252	6 642	7 016	7 098	7 251	516*
Produktion von Roheisen	1000 t	595	789	891	1 073	1 143	976	950	945	952	905	872	517*
Stahlrohblöcken	1000 t	752	984	1 092	1 277	1 426	1 238	1 129	1 219	1 230	1 189	1 160	517*
Walzstahlfertigerzeugnissen	1000 t	528	681	780	892	946	823	787	849	857	799	814	517*
Stromerzeugung der öffentlichen Werke	Mill. kWh	1 987	2 233	2 624	2 860	3 002	2 726	2 662	2 682	2 795	2 918	3 181	519*
Industriekraftwerke	Mill. kWh	1 181	1 435	1 655	1 824	2 052	1 891	1 872	1 910	1 951	1 943	...	519*
Gas-Bruttoerzeugung der Kokereien	Mill. cbm	858	957	1 165	1 303	1 435	1 365	1 369	1 347	1 405	1 383	...	519*
Gaswerke	Mill. cbm	137	151	175	192	206	183	179	177	179	182	...	519*
<b>Bauwirtschaft, Gebäude u. Wohnungen</b>													
Bauhauptgew. (Betr. m. 20 u. mehr Beschäft.)	1000	395	502	591	612	698	755	779	799	811	820	820	520*
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	66	87	104	108	121	134	139	148	155	152	154	520*
darunter für:													
Wohnungsbauten	Mill. Std.	18 <sup>9)</sup>	33 <sup>9)</sup>	39 <sup>9)</sup>	39 <sup>9)</sup>	44	51	55	60	64	64	...	520*
Gewerbliche und industrielle Bauten	Mill. Std.	22	25	30	29	29	31	31	33	35	34	...	520*
Öffentliche und Verkehrsbauten	Mill. Std.	17	26	32	36	45	48	49	51	53	51	...	520*
Baufertigstellungen <sup>9)</sup>													
Wohnungen	1000	11,6 <sup>6)</sup>	25,2 <sup>11)</sup>	36,1 <sup>11)</sup>	36,5 <sup>11)</sup>	14,3	17,4	21,3	28,8	31,7	29,4	...	521*
Wohnräume	1000	38,9 <sup>6)</sup>	84,9 <sup>6)</sup>	123,8 <sup>6)</sup>	125,0 <sup>6)</sup>	47,6	58,2	71,2	98,8	108,1	102,7	...	521*
<b>Binnen- und Interzonenhandel</b>													
Handel mit West-Berlin													
Bezüge aus	Mill. DM	45 <sup>10)</sup>	68	102	117	141	127	124	137	131	136	145	522*
Lieferungen nach	Mill. DM	154	187	243	253	300	271	272	271	286	294	337	522*
Interzonenhandel													
mit dem Währungsgebiet der DM-Ost													
Bezüge aus	Mill. VE <sup>8)</sup>	30 <sup>10)</sup>	29	10	7	12	11	18	17	13	10	15	522*
Lieferungen in	Mill. VE <sup>8)</sup>	33 <sup>10)</sup>	27	12	12	6	3	6	12	28	29	24	522*
Umsatzwerte des Großhandels													
Lebensmittelsortimenter	1950 = 100	98	100	110	110	113	105	108	114	131	115	124	—
Textilwaren	1950 = 100	85	100	102	92	101	81	75	65	77	81	126	—
Elektro und Rundfunk	1950 = 100	83	100	131	132	127	118	124	131	143	128	154	—
Einzelhandel													
Umsatzwerte insgesamt	1950 = 100	89	100	113	120	123	124	124	116	131	119	119	523*
Nahrungs- und Genußmittel	1950 = 100	96	100	111	119	123	129	125	124	133	126	123	523*
Bekleidung, Wasche und Schuhe	1950 = 100	80	100	111	112	110	112	123	93	118	94	95	523*
Hausrat und Wohnbedarf	1950 = 100	84	100	124	127	126	120	125	128	139	138	147	523*
Preisbereinigter Umsatz insgesamt	1950 = 100	81	100	103	110	116	118	119	111	125	115	116	523*
<b>Außenhandel</b>													
Außenhandel (Spezialhandel)													
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	654	948	1 227	1 350	1 277	1 252	1 237	1 338	1 284	1 244	1 359	524*
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	299	418	490	505	464	444	446	520	461	422	484	524*
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	312	530	737	845	813	808	791	818	823	822	875	524*
Ausfuhr, insgesamt	Mill. DM	345	697	1 215	1 409	1 474	1 526	1 428	1 564	1 564	1 499	1 508	524*
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7	16	41	32	58	37	35	33	27	31	31	524*
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	310	681	1 174	1 377	1 416	1 489	1 393	1 521	1 537	1 468	1 477	524*
Einfuhr, in Dollar	Mill. \$	186	225	292	321	304	298	294	318	305	296	323	—
Ausfuhr, in Dollar	Mill. \$	94	165	289	336	352	365	341	371	373	358	360	—
Einfuhr, Volumen	1950 = 100	76	100	102	118	123	123	121	134	128	126	139	524*
Ausfuhr, Volumen	1950 = 100	43	100	143	154	169	176	168	179	183	176	180	524*
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	- 309	- 251	- 12	+ 59	+ 196	+ 274	+ 191	+ 216	+ 253	+ 255	+ 149	525*

<sup>1)</sup> Ausführliche Angaben mit Anmerkungen enthalten die in der letzten Spalte angeführten Seiten des Abschnittes „Statistische Monatszahlen“. — <sup>2)</sup> Gesamte Industrie, ohne Energieerzeugung und Bau. — <sup>3)</sup> Monatliche Ergebnisse unvollständig. — <sup>4)</sup> VE = Verrechnungseinheiten nach den Verrechnungsabkommen. — <sup>5)</sup> Stand am 30. 6. d. J. — <sup>6)</sup> Durchschnitt April—Dezember. — <sup>7)</sup> Durchschnitt Wirtschaftsjahr Juli—Juni. — <sup>8)</sup> Durchschnitt Januar—Oktober. — <sup>9)</sup> Durchschnitt Oktober—September. — <sup>10)</sup> Durchschnitt 2. Halbjahr. — <sup>11)</sup> Berechnet aus dem vorläufigen vollständigen Jahresergebnis.

## noch: Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes<sup>1)</sup>

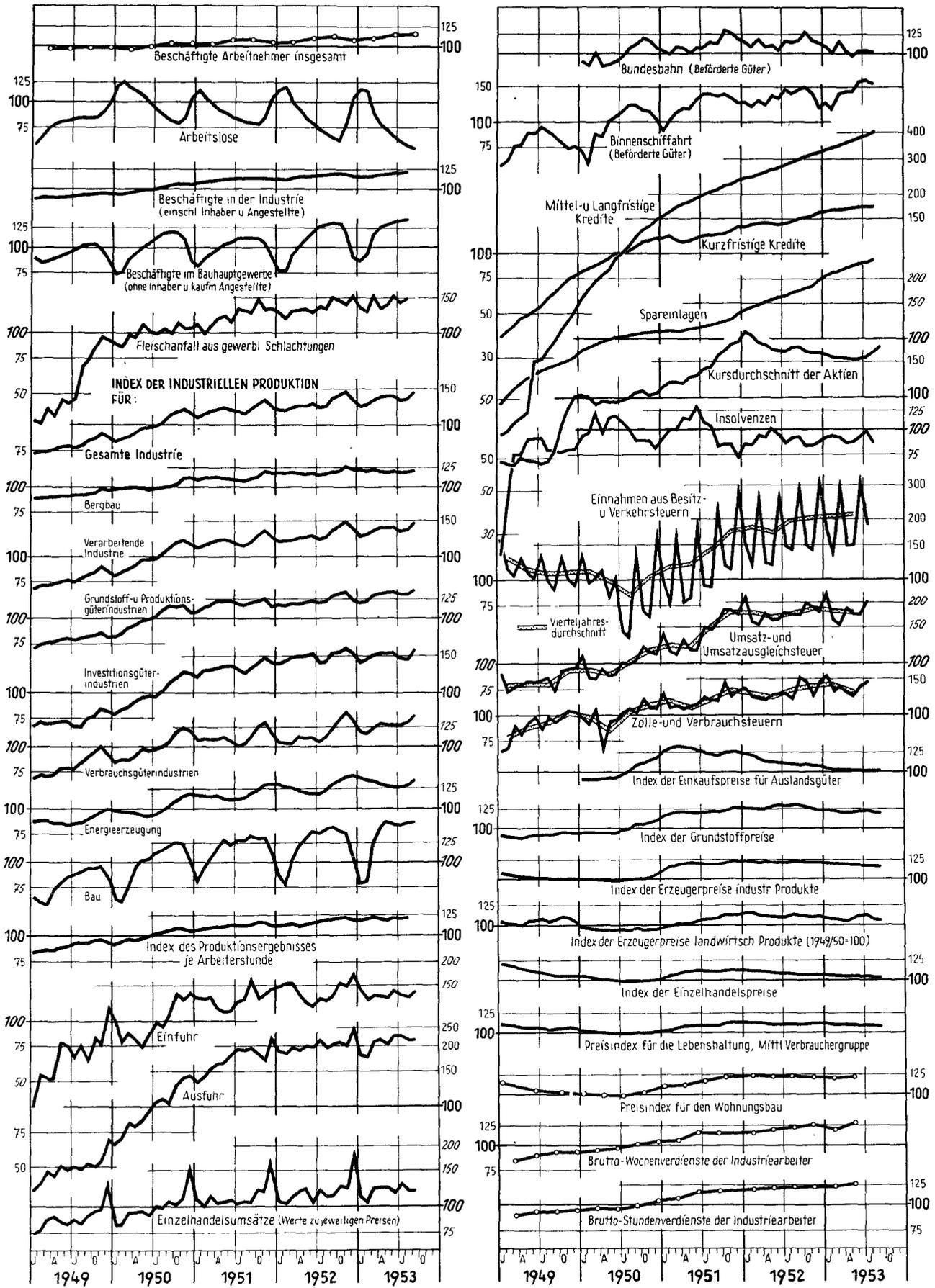
Die Zahlen in Kursiv schließen nicht die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern sowie Lindau mit ein

Gegenstand	Einheit	1949	1950	1951	1952	1953						Abschnitt Statist. Monatszahlen S. ...		
		Monats- bzw. Jahresdurchschnitt				März	April	Mai	Juni	Juli	August		Sept.	
<b>Verkehr</b>														
Messziffern des Güterverkehrs														
Bundesbahn: Beforderte Güter	arbeits- taglich	1936 = 100	82	85	93	96	95	91	90	86	82	83	...	527*
Binnenschifffahrt: Beförd. Güter		1936 = 100	58	72	88	95	97	108	113	113	110	110	...	527*
Seeschifffahrt: Güterumschlag		1936 = 100	57	63	79	89	89	83	89	88	81	88	...	527*
Messziffern des Personenverkehrs														
Bundesbahn: Beförd. Personen	kalender- taglich	1936 = 100	178	173	165	164	169	159	179	159	151	166	...	527*
Personen-km		1936 = 100	131	125	127	124	117	122	144	135	157	171	...	527*
Straßenbahnen: Beförd. Pers.		1936 = 100	203	198	195	194	197	198	193	190	188	187	...	527*
Omnibusse: Beförd. Personen	1936 = 100			310	384	465	511	510	490	483	491	504	...	527*
Ortsverkehr				621	733	872	982	929	892	911	893	932	...	527*
Überlandverkehr	1936 = 100											...	527*	
<b>Geld und Kredit</b>														
Zahlungsmittelumlauf <sup>2)</sup>	Mill. DM	6 999	8 074	8 777	10 477	11 396	11 573	11 576	11 659	11 882	11 971	12 133	532*	
Bankeinlagen	Mill. DM	13 722	13 743	23 181	27 547	32 150	32 677	33 496	34 008	34 629	35 705	...	532*	
darunter: Spareinlagen	Mill. DM	2 470	3 743	4 330	6 129	8 197	8 448	8 659	8 902	9 126	9 375	...	532*	
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	7 329	13 137	16 078	18 999	21 616	21 796	21 998	22 235	22 368	22 622	...	532*	
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	4 948	9 687	9 687	13 885	17 218	17 795	18 308	18 821	19 367	20 034	...	532*	
Kursdurchschnitt der Aktien	vH	37,6	64,2	89,1	115,3	101,3	101,0	99,7	99,9	100,8	105,5	113,6	533*	
Kursdurchschn. d. 4%igen RM-Wertpapiere	vH	75,4	76,7	72,4	81,4	83,2	82,6	81,8	81,2	80,9	79,9	79,7	533*	
Konkurse	Anzahl	257	353	354	334	343	300	311	320	374	369	...	533*	
Vergleichsverfahren	Anzahl	96	140	130	97	105	110	100	129	115	103	...	533*	
Wechselproteste	Mill. DM	9,9 <sup>3)</sup>	14,6	16,4	16,9	22,1	20,8	23,2	24,0	23,7	21,9	...	533*	
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>														
Hauptunterstützungsempfänger, insgesamt	1 000	872	1 275	1 194	1 159	1 211	1 054	973	909	866	811	...	535*	
der Arbeitslosenversicherung	1 000	438	466	420	448	469	363	321	299	289	274	...	535*	
der Arbeitslosenfürsorge	1 000	434	810	774	711	741	691	652	610	577	537	...	535*	
<b>Offene Fürsorge<sup>3)</sup></b>														
Laufend unterstützte Personen	1 000		1 268 <sup>4)</sup>	907 <sup>5)</sup>	813 <sup>6)</sup>	851	745	744	743	752	752	...	537*	
Aufwand insgesamt	Mill. DM		46,3 <sup>7)</sup>	38,5 <sup>8)</sup>	39,3 <sup>9)</sup>	42,8	36,3	34,2	34,5	35,1	34,2	...	537*	
<b>Öffentliche Finanzen</b>														
Einnahmen aus Steuern des Bundes und der Länder insgesamt														
Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	Mill. DM	1 284	1 348	1 895	2 232	2 829	1 992	1 931	3 004	2 321	...	...	538*	
Lohnsteuer	Mill. DM	601	551	841	1 060	1 734	798	809	1 833	1 012	...	...	538*	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	176	141	247	296	234	239	299	321	316	...	...	538*	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	201	162	218	346	714	266	231	776	304	...	...	538*	
Notopfer Berlin	Mill. DM	121	128	212	231	576	122	92	502	99	...	...	538*	
Umsatzsteuer u. Umsatzausgleich-Steuer	Mill. DM	27	32	54	68	114	57	58	125	67	...	...	538*	
Zölle und Verbrauchsteuern insgesamt	Mill. DM	333 <sup>10)</sup>	410 <sup>11)</sup>	602 <sup>12)</sup>	679 <sup>13)</sup>	584	724	669	661	770	...	...	538*	
Zölle	Mill. DM	351	386	452	493	511	469	453	510	538	...	...	538*	
Tabaksteuer	Mill. DM	29	59	69	91	97	98	82	100	93	...	...	538*	
Kaffeesteuer	Mill. DM	183	175	186	193	184	185	158	192	210	...	...	538*	
Mineralölsteuer	Mill. DM	23	30	36	44	53	49	47	50	49	...	...	538*	
Einnahmen aus der Soforthilfe <sup>14)</sup>	Mill. DM	4	8	45	52	51	39	61	61	65	...	...	538*	
Preise	1950 = 100		100	128	112	104	103	103	102	102	102	102	540*	
Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter														
Güter der Land-, Forst-, Plantagenwirtschaft und Fischerei	1950 = 100		100	125	107	99	98	100	98	97	98	98	540*	
Güter der industriellen Erzeugung	1950 = 100		100	131	118	111	109	107	107	107	107	107	540*	
Index der Grundstoffpreise														
Nahrungsmittel	1938 = 100	191	207	250	262	255	252	252	253	253	249	249	541*	
Industriestoffe	1938 = 100	172	173	200	211	198	194	200	206	210	204	203	541*	
Index der Erzeugerpreise landw. Produkte														
Schlachtvieh	1938/39 = 100	183	174	201	197	193	189	194	199	202	194	194	544*	
Milch	1938/39 = 100	203	207	226	206	198	198	204	207	213	223	227	544*	
Hackfrüchte	1938/39 = 100	170 <sup>15)</sup>	160 <sup>16)</sup>	171 <sup>17)</sup>	177 <sup>18)</sup>	181	169	165	165	168	173	173	544*	
Getreide und Hülsenfrüchte	1938/39 = 100	187	141	202	220	197	189	213	253	280	190	172	544*	
Index der Erzeugerpreise industr. Produkte														
Bergbau einschl. Erdölgewinnung	1938 = 100	191	186	221	226	224	222	221	220	219	218	218	543*	
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	1938 = 100	205	208	233	271	313	313	311	312	312	312	312	543*	
Investitionsgüterindustrien	1938 = 100	191	189	239	260	255	252	248	247	246	243	243	543*	
Verbrauchsgüterindustrien	1938 = 100	181	172	201	218	217	216	216	215	215	213	213	543*	
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1938 = 100	218	215	263	225	210	210	209	209	208	208	208	543*	
Energieerzeugung	1938 = 100	196	185	200	201	198	196	196	191	191	191	190	543*	
Index der Einzelhandelspreise														
Lebensmittelgeschäfte	1938 = 100	191	172	188	188	182	181	181	179	180	178	177	546*	
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	1938 = 100	187	171	183	187	184	183	183	181	183	179	177	546*	
Hausrat und Wohnbedarf	1938 = 100	213	185	205	189	177	176	176	175	175	174	174	546*	
Sonstige Branchen	1938 = 100	181	160	177	186	181	180	179	179	178	178	177	546*	
Preisindex für die Lebenshaltung														
mittlere Verbrauchergruppe	1938 = 100	166	156	168	171	170	169	169	168	169	168	167	546*	
darunter:														
Ernährung	1938 = 100	174	162	176	184	182	181	180	181	182	180	180	546*	
Getranke und Tabakwaren	1938 = 100	278	268	263	267	268	268	268	247	247	247	230	546*	
Heizung und Beleuchtung	1938 = 100	135	134	146	156	161	161	161	161	162	162	162	546*	
Hausrat	1938 = 100	195	168	185	184	176	176	175	174	174	173	173	546*	
Bekleidung	1938 = 100	207	183	203	189	180	180	179	179	179	178	178	546*	
untere Verbrauchergruppe	1938 = 100	162	155	168	172	171	170	170	170	172	170	168	546*	
gehobene Verbrauchergruppe	1938 = 100	170	157	170	173	170	170	169	169	168	168	167	546*	
Preisindex der sachlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft														
Landwirtschaft	1938 = 100	167	162	191	210	210	210	211	213	210	207	...	550*	
Preisindex für den Wohnungsbau <sup>19)</sup>	1938 = 100	192	183	212	226	228	228	226	224	221	222	...	436*	
<b>Löhne (Industriearbeiter ohne Bergbau)</b>														
Index der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit														
männliche Arbeiter	1938 = 100	93,1	96,7	95,5	95,6	94,8	96,4	98,1	98,6	93,4	98,3	...	551*	
weibliche Arbeiter	1938 = 100	93,2	96,8	95,8	95,8	95,4	97,3	98,9	98,9	93,8	99,5	...	551*	
Bruttostundenverdienste	1938 = 100	91,8	95,4	93,0	94,0	90,4	90,4	92,1	96,0	90,7	93,0	...	551*	
männliche Arbeiter	1938 = 100	151,9	161,9	185,8	199,8	191,9	194,7	195,8	199,0	200,6	204,4	...	55*	
weibliche Arbeiter	1938 = 100	148,0	159,4	183,0	197,4	189,0	191,8	193,1	196,4	197,9	201,4	...	551*	
Bruttowochenverdienste	1938 = 100	168,4	181,5	208,3	220,4	219,2	222,0	222,2	224,7	227,0	232,9	...	551*	
männliche Arbeiter	1938 = 100	140,6	156,6	177,4	191,0	181,7	187,5	191,9	196,0	187,9	201,7	...	551*	
weibliche Arbeiter	1938 = 100	138,7	154,3	175,2	189,0	180,4	186,5	191,1	193,9	186,0	200,4	...	551*	
weibliche Arbeiter	1938 = 100	154,6	173,1	193,8	207,3	197,3	200,6	204,6	215,6	206,2	216,9	...	551*	

<sup>1)</sup> Ausführliche Angaben und Anmerkungen enthalten die in der letzten Spalte angeführten Seiten des Abschnitts „Statistische Monatszahlen“. — <sup>2)</sup> Einschließlich Scheidemünzen, ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten. — <sup>3)</sup> Bis März 1951 ohne, ab April 1951 einschließlich Bremen, ab Oktober 1951 ohne Niedersachsen, ab April 1953 ohne Hessen. — <sup>4)</sup> Geometrische Mittelwerte aus 8 Städten. — <sup>5)</sup> Durchschnitt 2. Halbjahr 1949. — <sup>6)</sup> Durchschnitt Rechnungsjahr April bis März. — <sup>7)</sup> Wirtschaftsjahr (Juli—Juni). Berechnet unter Zugrundelegung von Jahresdurchschnittspreisen, die aus mit den Vierteljahresumsätzen des Wirtschaftsjahres 1949/50 gewogenen Vierteljahrespreisen berechnet sind. — <sup>8)</sup> Ab September 1952 „Vermögensabgabe“.

# KURVEN ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

1950 = 100 (Logarithmischer Maßstab)



# Die landwirtschaftliche Bevölkerung und die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft

## Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950

Unter den Ergebnissen der Berufszählung wird denen, die Aufschlüsse über die landwirtschaftliche Bevölkerung und über die Erwerbspersonen in der Landwirtschaft geben, immer ein besonderes Interesse entgegengebracht. Die Landwirtschaft beschäftigt einen so großen Teil der Bevölkerung, und die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Haushaltungen mit einem Haushaltungsvorstand, der in der Landwirtschaft erwerbstätig ist, sind so sehr voller Besonderheiten, daß die mit diesem Wirtschaftsbereich verbundene Bevölkerung im Rahmen der Volks- und Berufszählung durchaus zu Recht aufmerksam beobachtet wird. Die Betrachtung geht dabei von den Einzelmenschen und ihrer wirtschaftlichen Stellung auf Grund haupt- und nebenberuflicher Erwerbstätigkeit aus und berücksichtigt auch ihr Zusammenleben in Haushaltungen. Die landwirtschaftliche Betriebszählung, die ebenfalls eine Reihe von Angaben über die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen sowie über die in den Betriebshaushaltungen lebenden Personen liefert, untersucht demgegenüber die Verhältnisse so, wie sie sich von dem Betrieb und seiner Führung her ansehen. Hier stehen die Zahl und Art der Arbeitsplätze im Brennpunkt der Betrachtung, nicht die Einzelmenschen, die diese Arbeitsplätze innehaben. Diese grundsätzlich verschiedene Fragestellung bedingt Unterschiede in den zu verwendenden Begriffen und damit auch in den Zahlenergebnissen. Eine Darstellung über die haupt- und nebenberuflich Erwerbstätigen in der Landwirtschaft auf Grund der Berufszählungsergebnisse wird daher andere Gliederungsmerkmale verwenden und andere Zahlengruppen bringen als eine Darstellung des Arbeitskräftebestandes nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung. Insoweit hat auch der vorliegende Aufsatz eine eigene Bedeutung neben den Ausführungen über „Veränderungen im Arbeitskräftebestand der Land- und Forstwirtschaft“ im gleichen Heft dieser Zeitschrift. Beide Zählungen stehen sich aber wiederum nicht so fern, daß sie sich nicht berühren oder ergänzen.

Auf die damit zusammenhängenden Probleme wird am Schluß dieses Aufsatzes noch eingegangen werden.

### Die landwirtschaftliche Bevölkerung

Nach dem Ergebnis der Berufszählung vom 13. September 1950 waren von der 47 696 000 Personen zählenden Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland 7 007 000 Berufszugehörige (hauptberufliche Erwerbspersonen und ihre Angehörigen ohne Hauptberuf) der Wirtschaftsabteilung 0 „Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei“<sup>1)</sup>. Von ihnen entfielen rund 6,5 Millionen auf die Wirtschaftsgruppe Landwirtschaft und Tierzucht, die damit das Gesicht dieser Abteilung bestimmt. Obgleich es im folgenden im wesentlichen um die Berufszugehörigen in der Wirtschaftsgruppe Landwirtschaft und Tierzucht geht, wird doch fast durchweg von Zahlen über die Wirtschaftsabteilung ausgegangen werden müssen. Die Einbeziehung der Forstwirtschaft und Fischerei erfolgt nicht nur weil unter den Begriff der „landwirtschaftlichen Bevölkerung“, der sich all-

<sup>1)</sup> Vgl. „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Band 36, Heft 1: Die Bevölkerung nach der Erwerbstätigkeit.

gemein eingebürgert hat, auch diese Gruppen fallen, sondern auch weil gewisse Gliederungen des Zahlenmaterials nur für den gesamten Bereich vorhanden sind. Gelegentlich müssen auch neben den unter den Gesichtspunkt der Betriebszugehörigkeit zusammengefaßten Ergebnissen über die Wirtschaftsabteilung 0 „Landwirtschaft und Tierzucht usw.“ auch die unter dem Gesichtspunkt des persönlichen Berufs erstellten Ergebnisse über die Berufsabteilung 1 „Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft“, die auch die Forst-, Jagd- und Fischereiberufe mit umfaßt, herangezogen werden. Das ist zulässig, weil von 1 000 Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 0 995 auf die Berufsabteilung 1 entfallen, und umgekehrt von 1 000 Erwerbspersonen der Berufsabteilung 1 990 auf die Wirtschaftsabteilung 0. Wirtschaftsabteilung 0 und Berufsabteilung 1 decken sich also weitgehend.

Vergleichszahlen über die Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung stehen für das Bundesgebiet für 1939 zur Verfügung. Für die davorliegende Zeit können Angaben nur für das Reichsgebiet (Grenzen von 1937) gemacht werden. Aus diesen Zahlenreihen ist zu ersehen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in ihrem Bestand dauernd zurückgegangen ist. Im Reichsgebiet hat sie sich von 16,0 Mill. im Jahre 1882 auf 12,3 Mill. im Jahre 1939 verringert. Von 1939 bis 1950 nahm sie im Bundesgebiet nur geringfügig — und zwar von 7 054 000 auf 7 007 000 — ab. Da zur gleichen Zeit die Gesamtbevölkerung des Reichs- bzw. des Bundesgebietes zugenommen hat, ist der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht unerheblich gesunken, und zwar im Reichsgebiet zwischen 1882 und 1939 von 39,9 auf 17,7 vH und im Bundesgebiet von 1939 auf 1950 von 17,9 auf 14,7 vH. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat heute also weniger als die Hälfte des relativen Gewichtes, das sie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts besaß.

Mit der Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen Bevölkerung im bisher verwendeten Sinne und der übrigen Bevölkerung wird das Problem Land—Stadt angeschnitten, aber bei weitem noch nicht eindeutig beantwortet. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß es neben den hauptberuflichen Erwerbspersonen in der Landwirtschaft und ihren Angehörigen auch noch nebenberufliche Landwirte mit Angehörigen gibt, die mit zur landwirtschaftlichen Bevölkerung im weiteren Sinne und zur ländlichen Bevölkerung zu rechnen wären. An Landwirten im Nebenberuf, die hauptberuflich nicht in der Landwirtschaft tätig waren, wurden bei der Berufszählung 1950 704 792 gezählt, zu denen noch Hunderttausende kommen, die 1950 nicht als nebenberufliche Landwirte angesehen wurden, weil ihre Betriebsfläche kleiner als 0,5 ha war. Über die Zahl der Angehörigen ohne Hauptberuf dieser nebenberuflichen Landwirte kann nichts ausgesagt werden. Es muß aber davor gewarnt werden, hier einen Durchschnittsatz, etwa die durchschnittliche Haushaltungsgröße, anzuwenden, weil etwa 600 000 Ehefrauen von verheirateten nebenberuflichen Landwirten bereits unter den hauptberuflich in der Landwirtschaft Mithelfenden Familienangehörigen nachge-

Tabelle 1: Die Bevölkerung nach Wirtschaftsbereichen im Reichsgebiet 1882 bis 1939 und im Bundesgebiet 1939 und 1950

Wirtschaftsbereich	Reichsgebiet <sup>1)</sup>												Bundesgebiet			
	1882		1895		1907		1925		1933		1939		1939		1950	
	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH
Land- und Forstwirtschaft	16 029	39,9	15 521	33,5	14 996	27,0	14 434	22,8	13 715	20,8	12 262	17,7	7 054	17,9	7 007	14,7
Industrie und Handwerk	14 873	37,0	18 604	40,1	23 113	41,6	26 643	42,2	25 761	39,0	27 981	40,3	15 867	40,4	18 897	39,6
Handel und Verkehr	3 841	9,6	5 163	11,1	8 141	14,6	10 566	16,7	11 165	16,9	10 800	15,6	5 519	14,0	6 782	14,2
Öffentl. Dienst, Dienstleistungen	3 553 <sup>2)</sup>	8,8	4 213 <sup>3)</sup>	9,1	4 852 <sup>3)</sup>	8,7	5 792 <sup>3)</sup>	9,2	6 442 <sup>3)</sup>	9,7	9 430 <sup>3)</sup>	13,6	6 143 <sup>3)</sup>	15,6	6 420	13,5
Zusammen	38 295	95,3	43 502	93,8	51 102	91,9	57 436	90,9	57 082	86,4	60 473	87,2	34 583	87,9	39 106	82,0
Selbständige Berufslose	1 869	4,7	2 858	6,2	4 497	8,1	5 745	9,1	8 947	13,6	8 841	12,8	4 754	12,1	8 590	18,0
Gesamtbevölkerung	40 165	100	46 360	100	55 598	100	63 181	100	66 029	100	69 314	100	39 338	100	47 696	100

<sup>1)</sup> Gebietsstand 31. 12 1937 — <sup>2)</sup> Einschließlich Soldaten — <sup>3)</sup> Einschließlich 1 188 206 ihrer Dienstpflicht genügender Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen — <sup>4)</sup> Einschließlich 655 645 ihrer Dienstpflicht genügender Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen

wiesen wurden. Auf jeden Fall bleibt festzuhalten, daß zu der üblicherweise genannten landwirtschaftlichen Bevölkerung von 7 Millionen noch auf Grund nebenberuflich betriebener Landwirtschaft weit über eine Million Personen kommen, die bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung im weiteren Sinne mitgerechnet werden müssen.

### Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen

Nach dem Gesichtspunkt der hauptberuflichen Erwerbstätigkeit gliedert sich die landwirtschaftliche Bevölkerung in 5 114 000 (hauptberufliche) Erwerbspersonen, 265 000 Ehefrauen ohne Hauptberuf und 1 628 000 übrige Angehörige ohne Hauptberuf.

Von den Erwerbspersonen sind 1,25 Millionen Selbständige und 2,7 Millionen Mithelfende, darunter 2,2 Millionen weiblich.

Die Mithilfe von Familienangehörigen in landwirtschaftlichen Betrieben ist es, die den Anteil der Erwerbspersonen an den Berufszugehörigen in der Wirtschaftsabteilung 0 mit 73 vH gegenüber 53 vH in den übrigen Wirtschaftsabteilungen so außerordentlich hochtreibt. Die Erwerbsquote der Männer in der landwirtschaftlichen Bevölkerung (73,8 vH) unterscheidet sich von der der Männer in den übrigen Wirtschaftsbereichen (73,2 vH) zwar nicht, jedoch ist die Erwerbsquote der Frauen in der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit 72,3 vH mehr als doppelt so hoch wie die der Frauen in den übrigen Wirtschaftsbereichen mit 32,3 vH. Es sind insbesondere die Ehefrauen von Landwirten, die fast durchweg als Mithelfende Familienangehörige hauptberuflich tätig sind. Bei 928 000 verheirateten Landwirten gibt es nur 58 000 Ehefrauen ohne Hauptberuf. Die Landwirtsfrauen sind also zu 94 vH als Erwerbspersonen nachgewiesen.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Berufszählung 1950 mit den auf das Bundesgebiet umgerechneten Ergebnissen der Berufszählung 1939<sup>2)</sup> zeigt eine geringfügige Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen. Da sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe kaum geändert hat, ist auch die der Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung 0 nur ganz geringfügig gefallen. Erheblich ist die Abnahme bei den Mithelfenden Familienangehörigen, deren Zahl um 13,3 vH zurückgegangen ist. Demgegenüber zeigen die Erwerbspersonen in abhängiger Stellung eine beachtliche Zunahme um 15,3 vH bei den Angestellten und Beamten und um 26,8 vH bei den Arbeitern. Die Zahl von 263 000 männlichen und 130 000 weiblichen Arbeitern in der Wirtschaftsabteilung 0 mit Vertriebeneneigenschaft ist weit größer als die Zunahme der Arbeiter seit 1939 um 174 000 bei den Männern und 57 000 bei den Frauen.

Auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft seit der Berufszählung 1939 soll näher eingegangen werden, wenn die Gliederung nach dem Alter und Familienstand behandelt wird, weil sich erst dabei die Gründe erkennen lassen.

Die nebenberufliche Tätigkeit der Erwerbspersonen in der Wirtschaftsabteilung 0 ist nur insoweit erwähnenswert, als von den Abhängigen dieser Wirtschaftsabteilung 46 000 gleichzeitig nebenberuflich einen landwirtschaftlichen Betrieb selbst bewirtschafteten. Von den 5,1 Millionen Erwerbspersonen der Berufsabteilung 1 hatten nur 134 000 einen Nebenberuf außerhalb der Landwirtschaft. Allerdings sind in dieser Zahl die Erwerbspersonen in den Doppelberufen Landwirte

<sup>2)</sup> Vgl. auch „Statistische Berichte“ VIII/8/28: Volks- und Berufszählung 1950; Vergleichszahlen mit 1939.

und Gastwirte (39 000) und Landwirte und Kaufleute (16 000) nicht berücksichtigt.

Wenn die Verknüpfung der landwirtschaftlichen Berufstätigkeit mit einer anderen Berufstätigkeit behandelt wird, so darf nicht nur von den hauptberuflichen Landwirten mit einem Nebenberuf außerhalb der Landwirtschaft gesprochen werden, sondern auch das umgekehrte Verhältnis ist kurz darzustellen<sup>3)</sup>. Die Übersicht auf Seite 505\* zeigt, daß von den 760 000 nebenberuflichen Landwirten 581 000 einen Hauptberuf haben. Die restlichen 179 000 nebenberuflichen Landwirte sind Selbständige Berufslose, von ihnen 101 000 Sozialversicherungsrentner und 51 000 Sozialversicherungsrentnerinnen bzw. Witwengeldempfängerinnen. Von den nebenberuflichen Landwirten, die im Hauptberuf einen anderen (nichtlandwirtschaftlichen) Beruf ausüben, sind 176 000 im Hauptberuf als Selbständige und 345 000 in abhängiger Stellung tätig. Bei den Selbständigen handelt es sich in erster Linie um Handwerker in ländlichen Gebieten, wie Schmiede, Tischler, Bäcker, Schuhmacher, Maurer, Stellmacher, sowie um Kaufleute, die nebenher Land bewirtschaften. Bei den Abhängigen spielen die Handwerksberufe ebenfalls eine beachtliche Rolle, daneben aber vor allem die Verkehrsberufe, unter denen insbesondere die Angehörigen von Bahn und Post zu verstehen sind.

### Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen nach Geschlecht, Alter und Familienstand

Wenn die Gliederung der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft nach Geschlecht, Alter und Familienstand behandelt und dabei auch Vergleiche mit den Ergebnissen der Berufszählung 1939 gezogen werden sollen, müssen gleichzeitig Ergebnisse über die Berufsabteilung 1 und über die Wirtschaftsabteilung 0 verwendet werden. Es war bereits festgestellt worden, daß dies zulässig ist, weil sich beide weitgehend decken.

Die hauptberuflichen Landwirte sind weit überwiegend verheiratete Männer. Die Gesamtzahl der hauptberuflichen Landwirte hat sich gegenüber 1939 nur geringfügig verändert. Die Zahl der männlichen Landwirte hat seit 1939 um 59 000 abgenommen; in der gleichen Größenordnung liegt die Zunahme der weiblichen Landwirte. Es ist sicher, daß die Wandlungen in der Zusammensetzung der Landwirte nach Geschlecht und Familienstand mit dem Kriegstod oder den Kriegsverletzungen vieler Landwirte zusammenhängen. Offenbar haben häufig die vormals mithelfenden Frauen die Leitung des Hofes übernommen und erscheinen nun als Selbständige. Die Kriegsfolgen machen sich auch in der Altersgliederung bemerkbar durch eine starke Abnahme der selbständigen Landwirte in den Altersgruppen 25 bis unter 30 und insbesondere 30 bis unter 40 Jahre. Zu dieser Ursache kommt allerdings noch die von vornherein außerordentlich schwache Besetzung der 30- bis 35jährigen, da sie aus den Geburtsjahrgängen des 1. Weltkrieges stammen, die weniger als halb so stark waren wie die Geburtsjahrgänge 10 Jahre davor, aus denen sich die Angehörigen dieser Altersgruppe bei der Volkszählung 1939 zusammensetzten. Bei den weiblichen Landwirten gibt es kaum Kriegsverluste, aber auch die allgemein schwächere Besetzung der Jahrgänge macht sich nicht bemerkbar, da gerade in diesen Altersgruppen die hinterbliebenen Landwirtsfrauen den Hof

<sup>3)</sup> Vgl. „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Band 37, Heft 3: Die Erwerbspersonen nach Berufsordnungen und der nebenberuflichen Tätigkeit.

Tabelle 2: Die Erwerbspersonen in der Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei

Stellung im Beruf	1950			1939			Zu- (+) bzw. Abnahme (—) 1950 gegen 1939					
	Erwerbspersonen						Erwerbspersonen					
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insgesamt	männlich	weiblich	insges.	männl.	weibl.
	1 000											
	vH											
Selbständige .....	1 252	1 038	215	1 266	1 097	169	— 14	— 59	+ 46	— 1,1	— 5,4	+ 27,0
Mithelfende Familienangehörige ..	2 733	536	2 197	3 150	638	2 512	— 417	— 102	— 316	— 13,3	— 16,0	— 12,6
Beamte und Angestellte .....	40	35	5	35	31	4	+ 5	+ 4	+ 1	+ 15,3	+ 12,2	+ 41,4
Arbeiter .....	1 089	708	381	858	534	325	+ 230	+ 174	+ 57	+ 26,8	+ 32,6	+ 17,4
insgesamt .....	5 114	2 316	2 797	5 309	2 300	3 010	— 196	+ 16	— 212	— 3,7	+ 0,7	— 7,0

übernehmen mußten. Mit den Kriegsfolgen hängt fernerhin noch die Zunahme der über 65 Jahre alten Landwirte zusammen. Weil die Erben gefallen sind und andere Söhne nicht vorhanden waren oder Enkel erst heranwachsen mußten, konnten die alten Landwirte die Höfe nicht übergeben, sondern mußten ihre Leitung beibehalten.

Bei den mithelfenden Familienangehörigen sollen zunächst die Männer betrachtet werden. Auch bei ihnen machen sich die bei den Selbständigen besprochenen Altersverschiebungen deutlich bemerkbar. Die 30- bis 40jährigen männlichen Mithelfenden zeigen eine besonders hohe Abnahme, da seit 1939 die schwachen Jahrgänge des ersten Weltkriegs in diese Altersgruppe hineingewachsen sind. Die 20- bis 25jährigen haben stark zugenommen, da diese Altersgruppe 1939 die schwach besetzten Geburtsjahrgänge des ersten Weltkriegs umfaßte, an deren Stelle die stärker besetzten Geburtsjahrgänge aus der Zeit 1925 bis 1930 getreten sind. Auch die Wehrpflicht und die Rüstungskonjunktur haben sich 1939 ausgewirkt, indem Landwirtssöhne dieser Altersgruppe vom Hof abgezogen wurden. Zu diesen Verschiebungen in der Altersgliederung auf Grund der Schwankungen der Geburtenzahlen kommen aber auch noch die Kriegsverluste, die insbesondere die Abnahme bei den 25- bis 30jährigen erklären, sich aber auch auf die 30- bis 40jährigen ausgewirkt haben dürften. Der starke Geburtsjahrgang 1921 hat 1939 zu der hohen Zahl von 15 bis unter 18 Jahre alten Mithelfenden beigetragen. Änderungen in der Besetzung der Geburtsjahrgänge, die die Altersgruppen bilden, haben wohl auch Einfluß auf die geringere Zahl der ganz jungen männlichen Mithelfenden gehabt. Der Hauptgrund für ihre Abnahme liegt aber zweifellos in der Einführung eines 9. Schuljahres in weiten Teilen der Bundesrepublik und in dem Bestreben der Landwirte, ihre Kinder in größerem Umfang als früher länger zur Schule zu schicken und ihnen eine Ausbildung an einer Mittelschule, Höheren Schule oder Fachschule zukommen zu lassen. In diesem Zusammenhang verdient beachtet zu werden, daß der Anteil der Angehörigen ohne Hauptberuf (ohne Ehefrauen) mit der Betriebsgröße ansteigt. Die Abnahme der Mithelfenden im Alter von 65 Jahren und darüber kann im Zusammenhang mit der Zunahme der Selbständigen dieses Alters gesehen werden. Es ist allerdings zu vermuten, daß sich außerdem ein methodischer Grund ausgewirkt hat, indem nicht in dem gleichen Umfang wie bei der Berufszählung 1939 die über 60 Jahre alten Personen, die in landwirtschaftlichen Haushaltungen lebten und sich selbst als Rentenbezieher oder Angehörige ohne Hauptberuf bezeichnet hatten, von Amts wegen als Mithelfende Familienangehörige betrachtet und gezählt worden sind.

Wenn sich so bei den mithelfenden Männern die Abnahme um 102 000 oder 16 vH weitgehend aus einer Änderung im freien Arbeitskräftepotential der landwirtschaftlichen Haushaltungen erklärt, so gelten die gleichen Gründe auch für einen großen Teil der Abnahme der weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen, die sich auf 315 000 oder 12,5 vH beläuft. Es wäre also falsch, von den Folgen einer Landflucht zu sprechen. Auch bei den weiblichen Mithelfenden hat die Verlängerung der Schulausbildung und der Geburtenausfall des 1. Weltkrieges und der Jahrgänge um 1930 die Zahl der in der Landwirtschaft für die hauptberufliche Mithilfe heranzuziehenden Angehörigen vermindert. Kriegsverluste sind bei den Frauen direkt nicht abzusetzen, haben sich aber doch indirekt ausgewirkt, weil vormalig mithelfende Landwirtinnen die Leitung des Hofes selbst übernehmen mußten, wie bereits ausgeführt wurde. Es bleibt aber noch nachzutragen, daß auch nebenberufliche Landwirte gefallen sind und daß zum Teil auch hier die Leitung des Betriebes übernehmend erscheinen und nicht mehr unter den hauptberuflich Mithelfenden erscheinen, zu denen sie früher gehörten. Vielfach wird auch die Bewirtschaftung durch den unverheirateten Sohn erfolgen; die verwitwete Mutter hilft zwar mit, erscheint aber bei der Berufszählung als Empfängerin von Hinterbliebenenrente unter den Selbständigen Berufslosen und nicht mehr bei den Mithelfenden Familienangehörigen. Interessant ist die Tatsache,

daß in der Altersgruppe 25 bis 30 Jahre die verheirateten weiblichen Mithelfenden um 28 000 abgenommen haben, die nichtverheirateten (Ledigen und Verwitweten) aber um 15 000 zugenommen haben. Der Kriegstod der verheirateten Männer und der heiratsfähigen Männer wird auf diese Weise sichtbar.

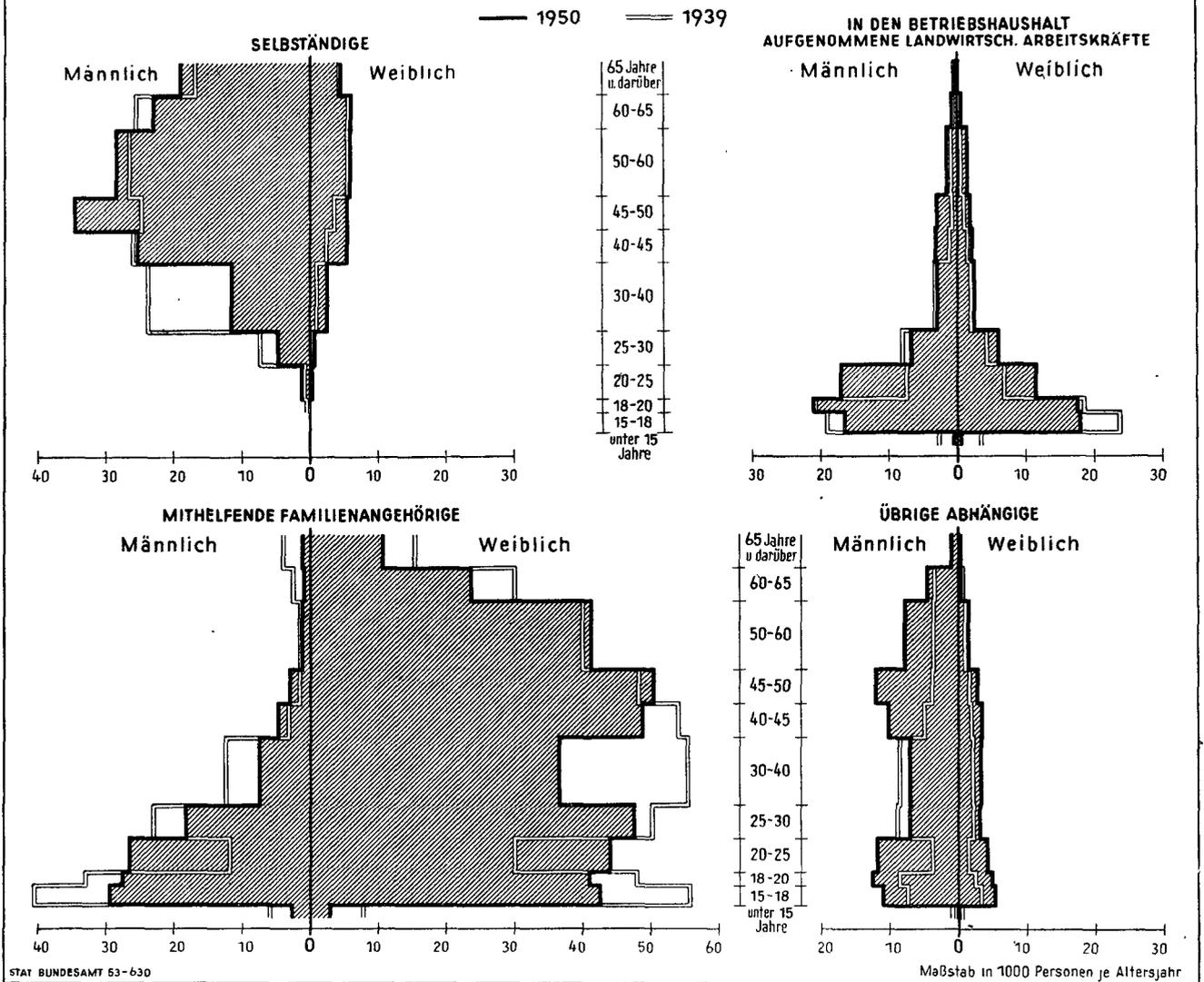
Bei den über 60 Jahre alten weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen ist die Abnahme wie bei den Männern allerdings wohl in der Hauptsache aus den bereits angedeuteten Änderungen in den Zuordnungsmethoden zu erklären.

Wenn sich so die Abnahme sowohl der unverheirateten als auch der verheirateten weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen in der Hauptsache weitgehend aus den Änderungen im Altersaufbau erklären läßt, so soll doch auf den gelegentlich geäußerten Verdacht, daß die Abnahme der weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen auf ein „Versagen“ der Berufszählung bei Erhebung und Aufbereitung zurückzuführen ist, kurz eingegangen werden. Eine vollständige Erfassung der Mithelfenden war immer eine schwierige Aufgabe der Berufszählung, und es muß daher ernsthaft geprüft werden, ob trotz den im Grundsatz gleichen Erhebungs- und Aufbereitungsrichtlinien sich nicht doch statistische Fehler in größerem Umfang eingeschlichen haben können. Es ist bekannt, daß die häufig unvollständigen Berufsangaben der erwachsenen Familienangehörigen in landwirtschaftlichen Familien ergänzt werden müssen, wenn man nicht entweder zu sehr kostspieligen und zeitraubenden Rückfragen oder zu unvollständigen Ergebnissen kommen will. Eine solche Ergänzung wird vorgenommen, wenn man aus den übrigen Angaben auf der Haushaltsliste die Unvollständigkeit erkennen und sie mit hinreichender Zuverlässigkeit von Amts wegen beseitigen kann. Daß in diesen Nachrichten trotzdem ein Unsicherheitsmoment bleibt, ist unvermeidlich.

Zweifellos deutet die Abnahme der über 60 Jahre Alten auf eine solche aufbereitungstechnische Ursache hin. Die Anweisungen für ihre Zuordnung zu den Mithelfenden gingen zwar im Jahre 1939 nicht weitaus 1950. Damals konnte aber ein Vergleich der Haushaltslisten mit den Erhebungsbogen der gleichzeitigen landwirtschaftlichen Betriebszählung durchgeführt werden. Wenn auf den Betriebsbogen mehr Mithelfende Familienangehörige angegeben waren als in der Haushaltsliste der Berufszählung — auch nach Vervollständigung der Berufsangaben der unter 60jährigen —, so wurden auch Angehörige ohne Hauptberuf im Alter von 60 Jahren und darüber oder Altenteiler und ihre Frauen bei der Aufbereitung den Mithelfenden Familienangehörigen zugeteilt. Dieser Vergleich der Haushaltslisten mit den Betriebsbogen konnte 1950 nicht durchgeführt werden, da diesmal die landwirtschaftliche Betriebszählung getrennt, und zwar schon 1 Jahr früher stattgefunden hatte. Eine weitere Beobachtung, die eine kritische Einstellung bestärkt, ist die Zunahme der „Ehefrauen ohne Hauptberuf“ bei den selbständigen hauptberuflichen Landwirten. Ihre Zahl stieg von 16 400 im Jahre 1939 auf 58 000 im Jahre 1950. Verglichen mit der Zahl von 928 000 verheirateten hauptberuflichen Landwirten ist die Zahl von 58 000 Ehefrauen ohne Hauptberuf, die also nicht als in der Landwirtschaft mithelfend gezählt worden sind, immer noch sehr gering. Ihre Zunahme um rund 40 000 ist aber doch ein sehr beachtlicher vH-Satz der Abnahme der verheirateten weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen.

Der Verdacht, daß die Berufszählung statt einer Zunahme der Mithelfenden eine Abnahme lediglich durch mangelnde Erfassung nachgewiesen hat, hat sich nach diesen Ausführungen und den obigen Erläuterungen nur in geringem Umfang bestätigt. Demgegenüber kann sogar bewiesen werden, daß Angehörige ohne Hauptberuf in den Haushaltungen selbständiger Landwirte, die hauptberuflich Mithelfende hätten angesehen werden können, kaum noch zur Verfügung standen. Bei der Berufszählung 1950 wurde erstmalig die Altersgliederung der Angehörigen ohne Hauptberuf nicht nur mit Hilfe der Differenz aus der Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Erwerbspersonen sowie der Selbständigen Berufslosen gewonnen, sondern die Angehörigen ohne Hauptberuf wurden nach Wirtschaftsabteilungen

# DIE ERWERBSPERSONEN IN DER WIRTSCHAFTSABTEILUNG LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT IM BUNDESGBIET NACH GESCHLECHT UND ALTERSGRUPPEN



und Stellung im Beruf aufgegliedert und nach Geschlecht und Alter ausgezählt<sup>4)</sup>.

Tabelle 3:

Die Angehörigen ohne Hauptberuf von Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei nach Altersgruppen 1950

Altersgruppe	Angehörige ohne Hauptberuf von Selbständigen		
	insgesamt	männlich	weiblich
unter 15 Jahre	1 064	545	519
15 bis unter 18 Jahre	24	10	13
18 bis unter 60 Jahre	53	10	43
60 Jahre und darüber	35	1	34
<b>Insgesamt</b>	<b>1 176</b>	<b>567</b>	<b>609</b>
darunter: Ehefrauen ohne Hauptberuf			58

Von den 609 000 weiblichen Angehörigen ohne Hauptberuf von Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung 0 entfallen 519 000 auf die unter 15jährigen. 15 Jahre und älter sind lediglich 90 000, unter ihnen 58 000 Ehefrauen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Angehörigen ohne Hauptberuf von Landwirten, sondern von sämtlichen Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung. Selbst wenn die 90 000 weiblichen Angehörigen ohne Hauptberuf und eine unbekannte Zahl von Angehörigen nebenberuflicher Landwirte sämtlich als

<sup>4)</sup> Vgl. „Statistische Berichte“ VII 1/27: Die Altersgliederung der Wohnbevölkerung nach Bevölkerungsgruppen, Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf.

hauptberuflich mithelfend gezählt worden waren, ließe sich die Abnahme der weiblichen Mithelfenden nur zum Teil aus methodischen Änderungen der Berufszählungen 1939 und 1950 erklären.

Bei den abhängigen Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft machen sich sowohl bei den in den Betriebs Haushalt aufgenommenen Landarbeitern als auch bei den übrigen Abhängigen die Verschiebungen im Altersaufbau, die Kriegsverluste und die Verlängerung der Schulpflicht bemerkbar. Jedoch sind diese Einflüsse hier weniger sichtbar, weil die Entwicklung zum Teil durch die erhebliche Zunahme der familienfremden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte überdeckt worden ist, die infolge des Arbeitsangebots durch die große Zahl Vertriebener in ländlichen Gebieten möglich war. Die Zunahme erstreckt sich bei den in den Betriebs Haushalt aufgenommenen Landarbeiterinnen auf alle Altersgruppen über 20 Jahre, bei den übrigen weiblichen abhängigen Landarbeitern auf die 15- bis 60jährigen. Bei den männlichen Abhängigen in der Land- und Forstwirtschaft haben außer den jüngsten und ältesten die 25- bis 40jährigen abgenommen, weil die hohen Verluste dieser Altersgruppe infolge des Zusammenfallens schwacher Jahrgänge mit den Kriegsverlusten auch durch die neuen Arbeitskräfte nicht vollkommen wettgemacht werden konnten.

Nachdem vorstehend die Entwicklung der Selbständigen, der Mithelfenden und der Abhängigen in der Wirtschaftsabteilung 0 bei beiden Geschlechtern in den einzelnen Alters-

gruppen geprüft und begründet worden ist, sollen nun noch der Altersaufbau im ganzen und seine Veränderungen gegenüber 1939 dargestellt werden. Die Schaubilder erlauben es, das Wesentliche schnell zu erkennen.

Es ist selbstverständlich, daß die Selbständigen in den jüngeren Altersgruppen gar nicht oder nur schwach vertreten sind. Das Durchschnittsalter hat sich aber seit 1939 erheblich erhöht. Von 100 Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft waren 1950 86 über 40 Jahre alt und 1939 nur 77. Bei den Mithelfenden Familienangehörigen haben sich die Veränderungen in den einzelnen Altersgruppen so auf den Altersaufbau ausgewirkt, daß die unter 30jährigen bei den Männern 1950 74 vH gegenüber 66 vH im Jahre 1939, bei den Frauen 32 vH gegenüber 30 vH ausmachten. Die Abnahme ging also nicht mit einer Verschlechterung der Altersgliederung einher. Bei den männlichen Mithelfenden ist der Anteil der besonders leistungsfähigen Männer unter 30 Jahren sogar gestiegen.

Die Zunahme der in den Betriebshaushalt aufgenommenen Landarbeiter ist zwar absolut am stärksten bei den 20- bis 25jährigen, dennoch ist das Gewicht der Jugendlichen gefallen wegen der Abnahme bei den unter 15jährigen und der Zunahme auch bei den über 40jährigen. Der Anteil der unter 40jährigen ist aber mit 82 vH immer noch recht hoch. Bei den Frauen ist er auch etwas gesunken, mit 85 vH hat er aber eine Höhe, die außergewöhnlich und nur aus der Eigenart dieses Berufes zu erklären ist.

Bei den übrigen männlichen Landarbeitern in abhängiger Stellung war mit der starken Zunahme ein besonders starkes Anwachsen der höheren Altersgruppen verbunden. Die über 40jährigen haben sich bei ihnen nicht nur absolut mehr als verdoppelt, sondern ihr Anteil ist auch ganz erheblich von einem Drittel auf die Hälfte gestiegen. Für die übrigen weiblichen Arbeitnehmer in der Landwirtschaft gilt das nicht. Bei ihnen war die relative Zunahme zwar größer als bei den Männern, fand aber in größerem Umfang in den jüngeren Altersgruppen statt, so daß der Anteil der unter 40jährigen ein wenig gestiegen ist und jetzt 66 vH gegenüber 65 vH im Jahre 1939 beträgt.

#### Vergleichsmöglichkeiten zwischen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung und der Berufszählung

Es war schon eingangs betont worden, daß ein Vergleich der Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählung und der Berufszählung kaum möglich ist, weil beide verschiedene Aufgaben zu erfüllen haben und daher von verschiedenen Fragestellungen ausgehen. Da jedoch immer wieder der Versuch unternommen wird, sie gemeinsam auszuwerten, soll im folgenden dargestellt werden, inwieweit sie miteinander vergleichbar sind und inwieweit nicht.

Alle Versuche, die Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 und die der Berufszählung 1950 miteinander zu vergleichen, gehen davon aus, daß 1939 beide Zählungen gleichzeitig stattfanden und ihre Ergebnisse in den Größenordnungen bei verwandten Positionen weitgehend übereinstimmten. Bei genauerer Betrachtung der Ergebnisse zeigten sich aber auch schon damals charakteristische Unterschiede. Während nämlich die Übereinstimmung zwischen den hauptberuflichen Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft bei der Berufszählung und den nebenberuflichen Betriebsleitern bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung gut war, überwogen die ständig beschäftigten Familienangehörigen bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung die im Hauptberuf gezahlten Mithelfenden bei der Berufszählung, obwohl die Berufszählung die Untergrenze von 0,5 ha bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung nicht kannte und daher eigentlich einen etwas größeren Personenkreis hätte erfassen müssen. Bei den familienfremden Arbeitskräften stimmten die Zahlen der Berufszählung und der Landwirtschaftlichen Betriebszählung ziemlich gut überein.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 und der Berufszählung 1950 zeigt bei den Selbständigen wiederum eine bemerkenswerte Übereinstimmung der Zahlen. Die Unterschiede bei den mithelfenden familieneigenen Arbeitskräften sind jedoch erheblich. Be-

sonders auffallend und schon verschiedentlich diskutiert ist die verschiedene Entwicklung der Mithelfenden zwischen 1939 und 1949 bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung und zwischen 1939 und 1950 bei der Berufszählung, da sich bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung eine Zunahme, bei der Berufszählung eine Abnahme ergeben hat, so daß die Angaben über die ständig beschäftigten Familienangehörigen 1949 bei den Männern um 263 000 und bei den Frauen um 499 000 höher sind als die über die Mithelfenden Familienangehörigen 1950. Es ist versucht worden, diesen Unterschied aus methodischen Änderungen bei der Berufszählung zu erklären. Wie bereits gezeigt, läßt sich die Abnahme der Mithelfenden nur zu einem Teil darauf zurückführen. Man sollte aber doch nicht übersehen, daß zwar der Zeitunterschied zwischen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung im Mai 1949 und der Berufszählung im September 1950 nur 1¼ Jahr betrug und daß sich die langfristigen Entwicklungen in Umfang und Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials landwirtschaftlicher Haushaltungen in einem so kurzen Zeitraum kaum auswirken konnten, daß aber trotz des kurzen Zeitraumes ganz erhebliche zeitbedingte Wandlungen möglich waren. Die Landwirtschaftliche Betriebszählung wurde verhältnismäßig kurz nach der Währungsreform durchgeführt, als Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse noch immer der landwirtschaftlichen Haushaltung und der landwirtschaftlichen Tätigkeit eine bedeutende Anziehungskraft verschafften und die Verhältnisse der Zeit vor der Währungsreform noch stark nachwirkten. Bis zum Zeitpunkt der Berufszählung 1950 hatten sich die Verhältnisse schon erheblich geändert. Zahlreiche Personen, die 1949 noch zu Recht als ständig beschäftigte Familienangehörige in der Landwirtschaft mitgezählt wurden, dürften bei der Berufszählung als hauptberuflich außerhalb der Landwirtschaft erwerbstätig oder als arbeitslos erschienen sein. Auch spielte 1950 die Registrierpflicht beim Arbeitsamt keine Rolle mehr, die bereits 1939 manchen gelegentlich Mithelfenden als hauptberuflich erwerbstätig bei der Berufszählung bzw. ständig beschäftigt bei der Betriebszählung hat erscheinen lassen, um einem Arbeitseinsatz außerhalb der Landwirtschaft vorzubeugen. Wegen des Zusammenhanges mit der Lebensmittelrationierung dürfte sich die Registrierung beim Arbeitsamt 1949 noch stärker als 1939 ausgewirkt haben und vor allem auch dazu geführt haben, daß Personen als in der Landwirtschaft ständig beschäftigt erklärt wurden, die normalerweise eine Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft hauptberuflich ausgeübt hätten. 1950 hatte sie jedoch überhaupt keinen Einfluß mehr. Die Ergebnisse der Repräsentativstatistik über die familieneigenen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft für Oktober 1952 zeigen daher einen Abbau der hohen Zahl der ständig beschäftigten Familienangehörigen. Wenn ihr Ergebnis auch immer noch über dem der Berufszählung bleibt, so ist zu bedenken, daß die Art der Fragestellung bei der Repräsentativstatistik an sich Zahlen erwarten ließ, die noch höher sind als die nach der Fragestellung bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung, so daß von vornherein erwartet werden mußte, daß die Mithelfenden der Berufszählung zahlenmäßig unter den ständig beschäftigten Familienangehörigen

Tabelle 4:

Die Selbständigen und die familieneigenen Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Mai 1949, der Berufszählung vom September 1950 und der Erhebung über die familieneigenen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft vom Oktober 1952

Erhebung	Hauptberufliche Betriebsinhaber, hauptberufliche Selbständige, ständig beschäftigte Betriebsinhaber	Standig im Betrieb oder Betriebshaushalt beschäftigte weibliche Familienangehörige bzw. weibliche hauptberuflich in der Landwirtschaft mithelfende Familienangehörige				
		insgesamt	und zwar			verh.- ratet
			im Alter von 15—20 Jahren	20—65 Jahren	65 u mehr	
LBZ 1949	1 253	2 695	240	1 851	106	1 461
BZ 1950	1 252	2 197	322 <sup>1)</sup>	1 876 <sup>2)</sup>	237	1 330
Erh 1952	1 389	2 435				

<sup>1)</sup> 14 bis unter 21 Jahren. — <sup>2)</sup> 21 bis unter 65 Jahren.

der Repräsentativstatistik liegen. An dieser Stelle soll aber noch darauf hingewiesen werden, daß eine Auswertung der Altersgliederung der Familienarbeitskräfte zeigt, daß die Unterschiede zwischen der Berufszählung und der Repräsentativstatistik von 1952 in erster Linie bei den alten Frauen liegt. An über 65 Jahre alten ständig Beschäftigten weist die Repräsentativstatistik 237 000 nach, die Berufszählung an Mithelfenden dieses Alters 106 000. Die mithelfenden Ehefrauen sind bei der Berufszählung sogar zahlreicher als die ständig beschäftigten Ehefrauen bei der Repräsentativstatistik.

Die Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählung und der Berufszählung können im übrigen höchsten größenordnungsmäßig übereinstimmen, weil die Erhebungsverfahren beider Zählungen und die Definitionen der ausgezählten Gruppen wesentliche Unterschiede aufweisen.

Die Zahl der Personen in den Haushaltungen von Selbständigen der Berufsabteilung „Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft“ (5,8 Mill.) kann mit der in landwirtschaftlichen Betriebs Haushaltungen lebenden Personen (8,6 Mill.) nicht verglichen werden, weil die erstere nur die Haushaltungen von hauptberuflichen Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft, die letztere aber die sämtlicher Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben über 0,5 ha, gleichgültig, ob sie hauptberuflich (1,25 Mill.) oder nebenberuflich tätig sind (0,65 Mill.) umfaßt.

Bei den hauptberuflich Selbständigen in landwirtschaftlichen Betrieben (1,04 Mill.) und den Betriebsinhabern im Hauptberuf (1,25 Mill.) ist zwischen Berufszählung und Landwirtschaftlicher Betriebszählung eine weitgehende Übereinstimmung festzustellen. Dies ist nicht der Fall bei den nebenberuflichen, bei denen die Zahl der Berufszählung (760 000) die der Landwirtschaftlichen Betriebszählung (650 000) deswegen übersteigt, weil die Landwirtschaftliche Betriebszählung sich auf Betriebe mit über 0,5 ha Betriebsfläche beschränkt, die Berufszählung aber auch Eintragungen von nebenberuflichen Landwirten mit einer geringeren Bodenfläche zuläßt. Der Unterschied zwischen den nebenberuflichen Landwirten der Berufszählung und den nebenberuflichen Betriebsleitern der Landwirtschaftlichen Betriebszählung war 1939 noch ganz erheblich größer, weil damals in der Berufszählung sämtliche Bewirtschafter einer Bodenfläche von 0,1 ha ab berücksichtigt wurden; 1939 gab es insgesamt 1,8 Mill. Personen, die nebenberuflich eine Bodenfläche von 0,1 ha und darüber bewirtschafteten.

## Veränderungen im Arbeitskräftebestand der Land- und Forstwirtschaft

Eine umfassende Bestandsaufnahme über die Arbeitskräfte der Land- und Forstwirtschaft erfolgte erstmalig nach dem Kriege im Rahmen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949. Diese Zählung stand noch unter dem Einfluß einer zu dieser Zeit noch nicht überwundenen allgemeinen Wirtschaftsdpression und anomalen Ernährungssituation. Die Arbeitsmarktlage auf dem Lande war insofern ungewöhnlich, als der vorwiegend auf das Land gelenkte Flüchtlingsstrom der vorhergehenden Jahre zu einem Überangebot an Arbeitskräften geführt hatte. Der sprunghaft ansteigende Arbeitskräftebedarf in anderen Wirtschaftsbereichen führte dann in den Jahren nach 1949 zu einer Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft; der Überbesatz an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wurde abgestoßen. Gleichzeitig zeichnete sich in der Landwirtschaft eine Entwicklung ab, die in einem stark vermehrten Einsatz von Betriebsmitteln aller Art und einem dadurch hervorgerufenen Produktionsanstieg zum Ausdruck kam. Nach den Schätzungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erreichte die landwirtschaftliche Produktion im Wirtschaftsjahr 1951/52 130 vH des Standes von 1948/49 und 108 vH des Standes von 1935/36 bis 1938/39.

Die mit dieser Erzeugungssteigerung verbundene Ausweitung der Arbeitskapazität wurde zwar weitgehend mit einem verstärkten Einsatz von Arbeitsmaschinen und allgemein mit

In bezug auf die Mithelfenden Familienangehörigen der Berufszählung und die ständig beschäftigten Familienangehörigen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung ist der Vergleich in erster Linie deswegen unzulässig, weil die Begriffe „hauptberuflich mithelfend“ und „ständig mithelfend“ in ihrem Wesen so grundverschieden sind, daß es gar nicht möglich ist, anzugeben, welcher Zahlenunterschied zu erwarten ist. Die Berufszählung kann und soll nur die Erwerbstätigkeit des Einzelmenschen nachweisen; er muß bei den groben Unterscheidungen, die bei einer allgemeinen Volks- und Berufszählung angewendet werden müssen, entweder den hauptberuflich oder den nebenberuflich Erwerbstätigen zugeteilt werden. Die Betriebszählung soll etwas anderes, nämlich die Zahl der ständigen Arbeitsplätze und ihre Besetzung vom Betriebe her zeigen. Dabei wird nicht gefragt, ob eine „ständige Arbeitskraft“ etwa hauptberuflich außerhalb der Landwirtschaft tätig ist. Zweifellos ist die Wahrscheinlichkeit aber größer, daß mehr Menschen als „ständig mithelfend“ gezählt werden denn als „hauptberuflich mithelfend“. Wenn z. B. ein Hauptberuf außerhalb der Landwirtschaft vorliegt, kann doch manchmal eine „ständige Mithilfe“ angenommen werden. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen Berufszählung und Landwirtschaftlicher Betriebszählung ist die Tatsache, daß die Berufszählung von den Verhältnissen eines Stichtages, die Landwirtschaftliche Betriebszählung aber von den Verhältnissen eines längeren Zeitraumes ausgeht. Schließlich sei noch erwähnt, daß bei der Berufszählung alle Familienangehörigen, die Beiträge zur Invalidenversicherung zahlten, nicht als Mithelfende Familienangehörige, sondern als Arbeiter gezählt wurden, was allerdings in landwirtschaftlichen Haushaltungen nicht sehr häufig vorkommt.

Bei den familienfremden Arbeitskräften sind die Unterschiede zwischen „ständig tätig“ und „hauptberuflich tätig“ nicht so groß wie bei den Familienangehörigen. Bei ihnen kann jedoch das Prinzip der Stichtags- und Zeitraum-Erfassung zu Unterschieden führen.

Es wird die Aufgabe zukünftiger Zählungen sein, den verschiedenen Problemen auch bei der Fragestellung und bei der Definition der Begriffe Rechnung zu tragen, um den ganz besonders schwierigen Komplex der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft statistisch einwandfrei durchleuchten zu können.

*Dr. Kurt Horstmann*

Rationalisierungsmaßnahmen verschiedener Art kompensiert, verursachte jedoch auch einen Mehrbedarf an qualifizierten menschlichen Arbeitskräften. Berücksichtigt man, daß Arbeitskräfte in abhängiger Stellung in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen als in der Landwirtschaft finden, so ist es nicht verwunderlich, daß in jüngster Zeit Klagen über eine Abwanderung jüngerer vorwiegend lediger Arbeitskräfte und über einen Mangel an solchen Arbeitskräften in mittel- und großbäuerlichen Betrieben laut werden.

Im folgenden wird zunächst der Versuch unternommen, die seit der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 eingetretenen Bestandsveränderungen bei den Arbeitskräften der Land- und Forstwirtschaft statistisch zu beleuchten. Um zu einer richtigen Wertung der jüngsten Entwicklung zu gelangen, wird diese Darstellung so weit wie möglich ergänzt durch eine Untersuchung, welche die Entwicklung vor 1949 zum Gegenstand hat. Eine solche Betrachtungsweise vermittelt insbesondere Erkenntnisse über die strukturellen Wandlungen innerhalb des Arbeitskräftebestandes der Land- und Forstwirtschaft. Da sich Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Landwirtschaft wegen der weitgehenden Abhängigkeit von unveränderlichen Faktoren wie Boden und Klima im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen nur sehr langsam vollziehen, erlaubt diese Betrachtungsweise eine Unterscheidung

ding zwischen betriebswirtschaftlich bedingten Strukturwandlungen und zeitbedingten vorübergehenden Erscheinungen, wie sie beispielsweise durch die Bevölkerungsverluste im letzten Kriege und durch die tiefgreifende Bevölkerungsbewegung sowie die angespannte Ernährungslage nach dem Kriege eingetreten waren.

Für eine solche Untersuchung steht folgendes statistisches Material zur Verfügung:

1. Die Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählungen über die Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Sie geben Aufschluß über die in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit einer Betriebsfläche von 0,5 und mehr ha beschäftigten Personen, wobei einerseits nach der Zugehörigkeit zur Familie des Betriebsinhabers Familienangehörige und familienfremde Personen, andererseits nach der Dauer der Beschäftigung „ständig beschäftigte“ und „nichtständig oder vorübergehend beschäftigte“ Personen unterschieden werden. Zu den „ständig beschäftigten“ Personen rechnen solche, die bei Aufrechnung sämtlicher Arbeitsleistungen mindestens die Hälfte des Jahres im Betrieb beschäftigt sind, zu den „nichtständig oder vorübergehend beschäftigten“ Personen solche, die bei Aufrechnung sämtlicher Arbeitsleistungen weniger als die Hälfte des Jahres im Betrieb beschäftigt sind. Eine Sonderstellung nehmen die Betriebsinhaber selbst insofern ein, als diese nicht nach der Dauer ihrer Beschäftigung, sondern nach allgemein beruflichen Merkmalen unterschieden werden, nämlich in solche, die ihren Betrieb hauptberuflich leiten, und solche, die ihren Betrieb nebenberuflich oder nicht leiten. Die Gliederung der Ergebnisse nach Betriebsgrößenklassen vermittelt insbesondere Erkenntnisse hinsichtlich der Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft.

2. Die Ergebnisse der Berufszählungen über die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft.

Sie geben u. a. Aufschluß über Zahl und Art der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose), über ihre berufliche Gliederung, ihre soziale Stellung und Zugehörigkeit zu Wirtschaftsabteilungen und -zweigen. Dabei ist das maßgebende Kriterium für die Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsabteilung der von den einzelnen Personen am Stichtag der Zählung ausgeübte Hauptberuf, d. h. der Beruf, auf dem im allgemeinen der gesamte Erwerb oder dessen größter Teil beruht. Daneben werden die nebenberuflich in der Landwirtschaft tätigen Personen nachgewiesen. Es gibt sich hieraus, daß die Begriffe „Hauptberuf“ und „Nebenberuf“ nach der Berufszählung nicht gleichbedeutend sind mit den Begriffen „ständig beschäftigt“ und „nichtständig beschäftigt“ nach der Landwirtschaftlichen Betriebszählung.

Ihr besonderer Wert liegt darin, daß sie eine Betrachtungsweise ermöglichen, welche die Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft sieht.

Der Umfang des aus der Berufszählung zur Verfügung stehenden Materials verbietet seine Auswertung im Rahmen der vorliegenden Abhandlung. Im gleichen Heft dieser Zeitschrift sind die Berufszahlungsergebnisse über die Bevölkerung und die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft eingehender dargestellt. Dabei wurde näher auf die grundsätzlichen methodischen Unterschiede zwischen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung und der Berufszählung eingegangen.

3. Die Beschäftigtenzahlen der Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltungen.

Sie unterrichten seit 1948 über die Bestandsveränderungen bei den Arbeitskräften in abhängiger Stellung (Beamte, Angestellte und Arbeiter) in einer der Berufszählung verwandten systematischen Aufgliederung nach Wirtschaftsabteilungen und -zweigen.

4. Die Ergebnisse der repräsentativen Erhebung über die familieneigenen Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben vom 1. Oktober 1952.

Sie geben Aufschluß über die in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit einer Betriebsfläche von 0,5 und mehr ha und einer landwirtschaftlich benutzten Fläche „ständig

beschäftigten“ familieneigenen Arbeitskräfte. Sie stellen die Ausgangsbasis einer Entwicklungsreihe über die familieneigenen Arbeitskräfte dar, die aus diesen Ergebnissen und den Ergebnissen geplanter nachfolgender Erhebungen aufgestellt werden soll. In ihrer Gliederung nach Betriebsgrößenklassen entsprechen sie den Ergebnissen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949, weichen jedoch begrifflich von diesen insofern ab, als der Mindestzeitraum für die Abgrenzung der „ständig beschäftigten“ Personen hier nicht die Hälfte des ganzen Jahres, sondern des der Zählung vorausgegangenen Halbjahres vom 1. April bis 30. September (bzw. vom 1. Oktober bis 31. März) ist. Nach dieser Definition werden einheitlich nicht nur die mitarbeitenden Familienangehörigen und Verwandten des Betriebsinhabers, sondern abweichend von der Landwirtschaftlichen Betriebszählung auch die Betriebsinhaber selbst nachgewiesen.

### Die ständigen Arbeitskräfte der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1952

Obwohl die ständigen familieneigenen Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach der Erhebung vom 1. Oktober 1952 und die beschäftigten Arbeitnehmer im Wirtschaftsbereich der Land- und Forstwirtschaft vom gleichen Stichtag sich nicht vollkommen ergänzen, vermittelt eine Zusammenstellung aus beiden Quellen einen Gesamtüberblick über die Arbeitskräfte der Land- und Forstwirtschaft nach dem Stand vom 1. Oktober 1952.

Zwar erfaßt die Arbeitsmarktstatistik den gesamten Bereich der Land- und Forstwirtschaft, die Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte dagegen nur die Betriebe mit einer Betriebsfläche von 0,5 und mehr ha und einer landwirtschaftlich benutzten Fläche. Dieser Unterschied ist jedoch insofern unwesentlich, als ständige familieneigene Arbeitskräfte in Betrieben unter 0,5 ha Betriebsfläche und in Betrieben ohne landwirtschaftliche Nutzfläche (vorwiegend Forstbetriebe) nur in sehr geringer Zahl auftreten.

Auch die unterschiedliche Definition des Begriffes „Arbeitskraft“ bei beiden Zählungen stört das Gesamtbild nicht, weil ein im festen Arbeitsverhältnis stehender „Arbeitnehmer“ nach der Arbeitsmarktstatistik im allgemeinen mit einer „ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskraft“ nach der Definition der Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte identisch ist.

Nicht möglich ist allerdings die für die Beurteilung der Bestandsveränderungen wichtige Aufgliederung der gesamten ständigen Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft nach Betriebsgrößenklassen, da eine solche Gliederung wohl für die familieneigenen, nicht aber für die familienfremden Arbeitskräfte gegeben ist.

Nach dieser Zusammenstellung beträgt die Gesamtzahl der ständigen Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft nach dem Stand vom 30. September 1952 5,6 Mill. Hiervon entfallen 4,6 Mill. oder 82 vH auf familieneigene und 1 Mill. oder 18 vH auf familienfremde Arbeitskräfte. Von insgesamt 2 569 000 männlichen Arbeitskräften sind 641 000 oder 25 vH, von insgesamt 3 043 000 weiblichen Arbeitskräften 359 000 bzw. 11,8 vH familienfremde Personen.

Auf die strukturellen Unterschiede in den einzelnen Ländern und Betriebsgrößenklassen braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da sich diese in ihren Grundzügen seit der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 nicht verschoben haben. Hervorzuheben ist jedoch das Ergebnis der bei der Erhebung vom 1. Oktober 1952 durchgeführten besonderen Auszählung der Ehefrauen der Betriebsinhaber unter den mithelfenden Familienangehörigen. Ihre Gesamtzahl beträgt 1 329 000. Es entfallen somit 41 vH der gesamten mithelfenden Familienangehörigen und mehr als die Hälfte der weiblichen Personen hierunter auf Ehefrauen der Betriebsinhaber. Ihr Anteil ist am höchsten in den Kleinbetrieben unter 2 ha (68 vH) und von 2 bis unter 5 ha (55 vH). Unterstellt man, daß mindestens 90 vH der insgesamt 1 618 000 männlichen Betriebsinhaber verheiratet sind<sup>1)</sup>, so beträgt der

<sup>1)</sup> Geschätzt nach dem Anteil der verheirateten Personen an den „Selbständigen“ in der Berufsabteilung „Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft“ lt. Berufszählung 1950.

Tabelle 1: Die ständigen Arbeitskräfte der Land- und Forstwirtschaft am 30. September 1952

Land	Land- <sup>1)</sup> u. forst- wirtsch. Betriebe, die für Rechng. v. natürl. Personen bewirt- schaftet werden	Ständige Arbeitskräfte		Davon entfallen auf														Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Land- und Forstwirtschaft (ohne Fischerei)											
		insgesamt		dar- unter weiblich	ständige familieneigene Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Spalte 1)				davon								ins- gesamt	darunter weiblich											
		insgesamt	vH 1000		insgesamt	darunter weiblich	Betriebsinhaber		Familienangehörige der Betriebsinhaber und zwar																				
				insgesamt			vH 1000	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	weiblich	darunter Ehefrauen der Betriebs- inhaber																	
1	2	3	4	5	vH der Sp. 2	6	vH der Sp. 5	7	8	9	vH der Sp. 5	10	11	vH der Sp. 9	12	13	1000	vH der Sp. 13	14	15	16	vH d.Sp 14	17	18	19	vH der Sp. 18	20		
Schleswig-Holstein	67,0	245,5	4,4	104,4	152,3	62,0	77,9	51,1	56,8	37,3	6,4	11,3	95,5	71,5	74,9	47,4	66,3	93,2	26,5	28,4									
Hamburg <sup>2)</sup>	(4,7)	(20,7)	—	(8,4)	(11,4)	(55,1)	(6,3)	(55,3)	(3,7)	(32,5)	(0,6)	(16,2)	(7,7)	(5,7)	(74,0)			(9,3)	(2,1)	(22,6)									
Niedersachsen	297,5	926,8	16,5	487,8	656,7	70,9	377,6	47,5	192,3	29,3	27,1	14,1	464,4	350,5	75,5	203,1	57,9	270,1	110,2	40,8									
Bremen <sup>2)</sup>	(2,2)	(7,0)	—	(3,7)	(4,5)	(64,3)	(2,8)	(62,2)	(1,1)	(24,4)	(0,1)	(9,1)	(3,4)	(2,7)	(79,4)			(2,5)	(0,9)	(36,0)									
Nordrhein-Westfalen	258,2	784,6	14,0	406,2	616,0	78,5	358,9	58,3	180,9	29,4	32,2	17,8	435,1	326,7	75,1	174,7	53,5	168,6	47,3	28,1									
Hessen	203,8	553,0	9,9	315,4	482,4	87,2	294,1	61,0	131,2	27,2	26,4	20,1	351,2	267,7	76,2	146,1	54,6	70,6	21,3	30,2									
Rheinland-Pfalz	207,9	545,1	9,7	304,5	495,5	90,9	288,3	58,2	144,7	29,2	26,2	18,1	350,8	262,1	74,7	139,3	53,1	49,6	16,2	32,7									
Baden-Württemberg	392,4	990,9	17,6	574,4	884,0	89,2	539,5	61,0	271,6	30,7	58,9	21,7	612,4	480,6	78,5	269,9	56,2	106,9	34,9	32,6									
Bayern	488,7	1 566,6	27,9	850,5	1 325,6	84,6	748,0	56,4	411,1	31,0	71,7	17,4	914,5	676,3	74,0	349,0	51,6	241,0	102,5	42,5									
Bundesgebiet (ohne Hamburg u. Bremen)	1 915,5	5 612,5	100	3 043,2	4 612,5	82,2	2 684,3	58,2	1 388,6	30,1	248,9	17,9	3 223,9	2 435,4	75,5	1 329,5	54,6	1 000,0	358,9	35,9									
davon in Betrieben mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von																													
0,1 a bis unter 2 ha	622,2				863,9		619,3	71,7	248,4	28,8	94,5	38,0	615,5	524,8	85,3	357,8	68,2												
2 bis unter 5 ha	517,3				1 235,7		748,0	60,5	387,2	31,3	75,8	19,6	848,5	672,2	79,2	368,7	54,8												
5 bis unter 10 ha	393,6				1 222,8		653,9	53,5	376,5	30,8	43,9	11,7	846,3	610,0	72,1	303,5	49,8												
10 bis unter 20 ha	256,6				876,7		454,2	51,8	252,8	28,8	24,1	9,5	623,9	430,1	68,9	202,1	47,0												
20 bis unter 50 ha	111,3				373,3		189,2	50,7	109,7	29,4	9,2	8,4	263,6	180,0	68,3	87,3	48,5												
50 ha und darüber	14,5				40,1		19,7	49,1	14,0	34,9	1,4	10,0	26,1	18,3	70,1	10,1	55,2												

<sup>1)</sup> Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche und einer Betriebsfläche von 0,5 und mehr ha sowie Erwerbsgartenbaubetriebe mit einer Betriebsfläche auch unter 0,5 ha — <sup>2)</sup> Die Angaben für Hamburg und Bremen für die Spalten 1 bis 15 wurden aus der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 übernommen.

Anteil der ständig im Betrieb oder Betriebshaushalt beschäftigten Ehefrauen etwa 92 vH ihrer Gesamtzahl. Dabei ergeben sich insofern Unterschiede, als sich die Beschäftigtenquote bei den Ehefrauen der Betriebsinhaber zwischen 82 bzw. 86 vH in der untersten und obersten Größenklasse (unter 2 ha und über 50 ha) und 97 vH in den mittelbäuerlichen Betrieben zwischen 10 und 20 ha bewegt.

Diese Feststellung und der im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen hohe Anteil der Frauenarbeit in der Landwirtschaft überhaupt beleuchtet die Eigenart der Arbeitsverfassung in der im Bundesgebiet vorherrschenden bäuerlichen Familienwirtschaft, besonders aber die enge arbeitswirtschaftliche Verflechtung zwischen dem eigentlichen Produktionsbereich des Betriebes und dem Haushalt der Bauernfamilie. Betriebswirtschaftlich gesehen entfällt der überwiegende Teil der Arbeitsverrichtungen im Bauernhaushalt in den Bereich des Betriebes. Hierzu rechnen neben Arbeiten, die in den eigentlichen Produktionsbereich des Betriebes eingreifen (z. B. Besorgung der Kleintierhaltung und der Milchwirtschaft), auch Verrichtungen für die Beköstigung und die sonstige Versorgung der im Betriebshaushalt lebenden familieneigenen und -fremden Arbeitskräfte (Gesinde). Es sind dies Leistungen des Betriebes an seine Arbeitskräfte, die zusammen mit Naturalleistungen den größten Teil des Arbeitsentgelts darstellen. Die für diese Leistungen tätigen Personen sind deshalb in der amtlichen Statistik als Beschäftigte des landwirtschaftlichen Betriebes gezählt worden. Es wird hierauf hingewiesen, weil diese zugunsten der Arbeitskräfte des Betriebes im Betriebshaushalt geleisteten Verrichtungen bei Barentlohnung gewöhnlich vom Arbeitnehmer selbst im Rahmen seines privaten Bereichs bestritten werden.

Das vorher Gesagte ist besonders für eine Bewertung der statistischen Zahlen über die familieneigenen Arbeitskräfte für Produktivitäts- und Einkommensberechnungen im Rahmen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen sowie für einen internationalen Vergleich der Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft von Bedeutung. Bei ihrer Verwendung für die genannten Zwecke kann man nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß — bedingt durch die Eigenart der Arbeitsverfassung in der deutschen Landwirtschaft — die Abgrenzung zwischen der betrieblichen und privaten Sphäre hier eine andere ist als in anderen Wirtschaftsbereichen und auch zum Teil in der ausländischen Landwirtschaft. Ein Vergleich zwischen

den Zahlen der Beschäftigten in der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftsbereichen muß diese Verhältnisse berücksichtigen.

### Veränderungen im Arbeitskräftebestand der Land- und Forstwirtschaft 1952 gegenüber 1949

Ein genauer Nachweis der seit 1949 eingetretenen Bestandsveränderungen ist wohl für die familienfremden, nicht aber für die Gesamtzahl der ständigen Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft möglich. Die Erklärung hierfür ist, daß aus den eingangs dargelegten Gründen die Veränderungen bei den familieneigenen Arbeitskräften nur in ihrer Tendenz, nicht aber nach ihrem genauen Umfang angegeben werden können.

#### Familieneigene Arbeitskräfte

Von insgesamt 1 916 000 Inhabern (natürliche Personen) land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit einer Betriebsfläche von 0,5 und mehr ha, die am 30. September 1952 ermittelt wurden, waren 1 389 000 ständig in ihren Betrieben beschäftigt, darunter 1 288 000 oder 93 vH als Leiter oder Wirtschaftlicher ihres Betriebes. Hiervon waren 1 066 000 männliche Personen und 268 000 über 65 Jahre alte Personen.

Ein Vergleich mit der bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 festgestellten Zahl der hauptberuflichen Betriebsinhaber (1 253 000) vermittelt keine klaren Erkenntnisse hinsichtlich der seit 1949 eingetretenen Veränderungen. Es ist zu berücksichtigen, daß der Begriff „Hauptberuf“ einen wesentlich enger gefaßten Personenkreis einschließt als der Begriff „ständig beschäftigt“. Dieser schließt insbesondere auch die ständig im Betrieb beschäftigten „Berufslosen“ (Rentner, Pensionare und dgl.) sowie unter Umständen auch sonstige Personen ein, deren Haupterwerb von einer beruflichen Tätigkeit außerhalb des Betriebes herrührt. Die Tatsache, daß 1952 die Zahl der „ständig beschäftigten“ Betriebsinhaber besonders in der Größenklasse der Kleinbetriebe (Neben-erwerbsstellen) unter 2 ha und unter diesen die Zahl der über 65 Jahre alten Personen erheblich über der entsprechenden Zahl der hauptberuflichen Betriebsinhaber nach dem Stand von 1949 liegt, weist darauf hin, daß diese Abweichung nicht gleichbedeutend mit einer Zunahme der hauptberuflichen Betriebsinhaber ist, sondern in erster Linie in begrifflichen Unterschieden zwischen beiden Ergebnissen begründet ist.

Die Zahl der ständig mithelfenden Familienangehörigen liegt mit 3 224 000 um 260 000 oder 7,5 vH unter der entsprechenden Zahl nach der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949. Da hier die für die Abgrenzung des in die Erhebung einbezogenen Personenkreises maßgebende Berichtsperiode nicht wie bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung ein ganzes Jahr, sondern das im Vergleich zum Winterhalbjahr arbeitsreichere Sommerhalbjahr (vom 1. April bis 30. September 1952) ist, kann angenommen werden, daß die mithelfenden Familienangehörigen in etwas größerem Umfang abgenommen haben, als der Zahlenvergleich mit der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 erkennen läßt. Die Abnahme erstreckt sich insbesondere auf weibliche Personen. Die Betriebe unter 5 ha sind von dieser Abnahme sowohl absolut als auch relativ gesehen am stärksten betroffen. Schon der Vergleich mit der Landwirtschaftlichen Betriebszählung läßt hier einen Rückgang der mitarbeitenden Familienangehörigen um 192 000 oder 11,6 vH, der weiblichen Personen hierunter um 190 000 oder 13,8 vH erkennen.

Die in diesen Veränderungen zum Ausdruck kommende Entwicklungstendenz geht in mehr oder weniger ausgeprägter Form durch alle Länder der Bundesrepublik. Die stärkste Abnahme unter den weiblichen Familienangehörigen verzeichnen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen mit 12 bis 14 vH, während Bayern seinen Bestand an Familienarbeitskräften nahezu gehalten hat. Bemerkenswert ist noch der von der allgemeinen Entwicklungstendenz im Bundesgebiet abweichende erhebliche Rückgang auch der männlichen Familienangehörigen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein um 9,6 bzw. 11 vH.

Ein Vergleich der familieneigenen Arbeitskräfte nach dem Stand von 1952 mit dem Vorkriegsstand (Ergebnis der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1939) zeigt, daß die aufgezogenen Veränderungen von 1949 bis 1952 im wesentlichen als eine Erscheinung der Konsolidierung der durch den Krieg verursachten anomalen Verhältnisse anzusehen sind. Es ergibt sich, daß trotz der erheblichen Abnahme der weiblichen Familienarbeitskräfte in der Zeit von 1949 bis 1952 der Bestand an „ständig beschäftigten“ Familienangehörigen sowohl insgesamt als auch in den einzelnen Großenklassen bis 1952 nur etwa auf den Vorkriegsstand gesunken ist. Bemerkenswert ist, daß in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben eine wenn auch nicht bedeutende Verschiebung von den weiblichen zu den männlichen Personen stattgefunden hat. Diese Erscheinung dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß 1939 und im Kriege besonders in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben vielfach weibliche Familienarbeitskräfte für die im weiten Umfang zum Wehr- und Arbeitsdienst eingezogenen Söhne der Betriebsinhaber eingetreten waren. Im Laufe der Nachkriegsjahre konnten dann aus dem Kriege zurückgekehrte und heranwachsende männliche Familienangehörige wieder die Stelle der weiblichen Personen einnehmen.

#### Familienfremde Arbeitskräfte (Arbeiter, Angestellte und Beamte)

Aus den Ergebnissen der laufenden Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltungen ergibt sich für die Zeit seit 1948 eine klare Entwicklungsreihe über die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Wirtschaftsbereich der Land- und Forstwirtschaft und innerhalb dieses Bereiches in den Wirtschaftszweigen Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei und Forst-, Jagdwirtschaft, Fischerei. Bei Beurteilung der Beschäftigtenzahlen in den Wirtschaftszweigen der Land- und Forstwirtschaft muß allerdings beachtet werden, daß wegen des häufigen Vorkommens gemischter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und der sich daraus ergebenden engen arbeitswirtschaftlichen Verbindung zwischen der Land- und Forstwirtschaft keine exakte Trennung der Beschäftigtenzahlen nach Landwirtschaft und Forstwirtschaft möglich ist.

Die Gesamtzahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer ist von Ende September 1948 bis April 1953 um 33 vH gefallen. Ein Vergleich mit dem Stand von 1938 zeigt aber auch, daß ihr derzeitiger Bestand noch um 9 vH über dem Stand von 1938 liegt. Obwohl alle An-

Tabelle 2: Die beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Land- und Forstwirtschaft im Bundesgebiet  
Entwicklung von 1948 bis 1953 im Vergleich mit 1938

Zeit	Arbeitnehmer							
	in der Land- und Forstwirtschaft		davon in der				in den übrigen Wirtschaftsabteil.	
	insgesamt		Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei		Forst- u. Jagdwirtschaft, Fischerei		1938 = 100	
	1 000	1938 = 100	1 000	1938 = 100	1 000	1938 = 100	1938 = 100	
insgesamt								
25. 6. 1938	887,7	100	784,5	100	103,2	100	100	
30. 9. 1948	1 448,9	163	1 304,0	166	144,9	140	106	
30. 9. 1949	1 245,1	140	1 113,8	142	131,3	127	109	
30. 9. 1950	1 129,9	127	998,5	127	131,4	127	116	
30. 9. 1951	1 068,3	120	930,8	119	137,5	133	122	
30. 9. 1952	1 023,1	115	888,5	113	134,6	130	127	
31. 3. 1953	970,8	109	825,7	105	145,1	141	134	
Männer								
25. 6. 1938	588,4	100	501,1	100	87,3	100	100	
30. 9. 1948	959,0	163	826,0	165	133,0	152	106	
30. 9. 1949	817,3	139	701,9	140	115,4	132	107	
30. 9. 1950	734,7	125	625,5	125	109,2	125	113	
30. 9. 1951	688,8	117	579,5	116	109,3	125	117	
30. 9. 1952	660,1	112	556,2	111	103,9	119	123	
31. 3. 1953	641,7	109	526,6	105	115,1	132	127	
Frauen								
25. 6. 1938	299,3	100	283,4	100	15,9	100	100	
30. 9. 1948	489,9	164	478,0	169	11,9	75	106	
30. 9. 1949	427,8	142	411,9	145	15,9	100	114	
30. 9. 1950	395,2	132	373,0	132	22,2	140	124	
30. 9. 1951	379,5	127	351,3	124	28,2	177	132	
30. 9. 1952	363,0	121	332,3	117	30,7	193	140	
31. 3. 1953	329,1	110	299,1	106	30,0	189	151	

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

zeichen dafür sprechen, daß die seit der Währungsreform anhaltende Abwanderung von Landarbeitern in die Industriestandorte oder andere Bedarfszentren noch nicht abgeschlossen ist, deuten die Beschäftigtenzahlen der letzten Zeit auf eine allmähliche Stabilisierung des Bestandes an Landarbeitern besonders bei den männlichen Arbeitskräften hin. Die geringfügige Abnahme seit 1950 — jährlich etwa 4 vH — dürfte schon mehr eine Folgeerscheinung der Rationalisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft sein. Diese findet ihren Ausgleich in einer entsprechenden Zunahme der Saisonbeschäftigung.

Tabelle 3: Die beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Land- und Forstwirtschaft in den Ländern des Bundesgebietes am 30. September 1952

Land	Arbeitnehmer							
	in der Land- und Forstwirtschaft		davon in der				in den übrigen Wirtschaftsabteilungen	
	insgesamt		Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei		Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei		1938 = 100	
	1938 = 100	1938 = 100	1 000	1938 = 100	1 000	1938 = 100	1938 = 100	
insgesamt								
Schleswig-Holstein und Hamburg	105,1	129	97,8	124	7,3	304	110	
Niedersachs. u. Bremen	280,2	144	258,1	143	22,1	147	135	
Nordrhein-Westfalen	169,1	112	156,0	110	13,1	135	123	
Hessen	70,8	124	52,1	117	18,7	146	131	
Rheinland-Pfalz	49,8	93	37,7	91	12,1	104	119	
Baden-Württemberg	106,9	105	77,0	100	29,9	120	131	
Bayern	241,2	98	209,8	95	31,4	118	137	
Männer								
Schleswig-Holstein und Hamburg	76,4	127	70,5	122	5,9	257	106	
Niedersachs. u. Bremen	168,3	136	150,3	136	18,0	137	129	
Nordrhein-Westfalen	121,8	106	110,4	105	11,4	124	119	
Hessen	49,4	127	34,8	126	14,6	130	124	
Rheinland-Pfalz	33,5	82	24,5	80	9,0	88	114	
Baden-Württemberg	72,0	99	50,0	97	22,0	105	127	
Bayern	138,7	100	115,7	98	23,0	113	131	
Frauen								
Schleswig-Holstein und Hamburg	28,7	135	27,3	129	1,4	1 400	120	
Niedersachs. u. Bremen	111,9	156	107,8	154	4,1	216	152	
Nordrhein-Westfalen	47,3	128	45,6	125	1,7	340	134	
Hessen	21,4	116	17,3	102	4,1	356	152	
Rheinland-Pfalz	16,3	130	13,2	119	3,1	221	137	
Baden-Württemberg	34,9	120	27,0	108	7,9	193	140	
Bayern	102,5	94	94,1	91	8,4	133	152	

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Auffallend ist, daß sich im Gegensatz zur Landwirtschaft in der Forstwirtschaft der gegenüber der Vorkriegszeit stark erhöhte Bestand an Arbeitskräften fast unverändert bis jetzt gehalten hat. Die Gründe hierfür mögen zum Teil sein, daß die Forstwirtschaft einen anhaltend großen Bedarf an Arbeitskräften für die ungewöhnlich umfangreichen Wiederaufforstungen und sonstigen Kulturarbeiten hat, welche sich als Folge der überplanmäßigen Holzeinschläge besonders in den ersten Nachkriegsjahren ergeben haben. Während normalerweise die Hauptarbeit in der Forstwirtschaft auf die Wintermonate beschränkt ist und vor dem Kriege überwiegend von nichtständigen Arbeitskräften bewältigt wurde, wurde in den Nachkriegsjahren der verstärkte Einsatz ständiger Arbeitskräfte erforderlich, oder es wurden auch Arbeitskräfte vorübergehend beschäftigt, die mangels anderer Beschäftigung hierin notgedrungen ihren Haupterwerb sahen.

In der Land- und Forstwirtschaft zusammen weisen auch noch 1952 Niedersachsen und Bremen 144 vH, Schleswig-Holstein und Hamburg 129 vH und Hessen 124 vH des Bestandes an familienfremden Arbeitskräften von 1938 auf. In Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg ist dagegen besonders in der Landwirtschaft allein die Zahl der männlichen Arbeitnehmer schon auf einen Bestand gesunken, der bis zu 20 vH unter dem Vorkriegsstand liegt.

\* Die gegenläufige Entwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen zeigt u. a. auch, in welchem Maße die Beschäftigung in der Landwirtschaft von der allgemeinen Arbeitsmarktlage beeinflusst wird.

## Strukturelle Wandlungen im Arbeitskräftebestand der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

Will man die Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit in ihrer Bedeutung für die heutige arbeitswirtschaftliche Situation der Land- und Forstwirtschaft richtig einschätzen, empfiehlt es sich, die in dieser Zeit eingetretenen Veränderungen rückschauend mit den Wandlungen zu vergleichen, die der Arbeitskräftebestand der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und seine innere Struktur in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.

Ein Versuch, aus den Ergebnissen der Betriebszählungen seit 1907 eine Entwicklungsreihe über die Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufzustellen, stößt insofern auf Schwierigkeiten, als sich im Laufe der Zeit, abgesehen von sonstigen Änderungen, auch die Definition für einzelne Erhebungsmerkmale verschoben hat. Insbesondere hatte die bewußte Einbeziehung der im „Betriebshaushalt“ abgeleiteten Arbeit in den Arbeitsbereich des Betriebes, die erstmalig bei der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1939 in der Fragestellung sichtbar wurde, zur Folge, daß der Kreis der als ständige Arbeitskräfte des Betriebes ausgezählten weiblichen Familienangehörigen wesentlich weiter gefaßt wurde als bei den vorhergehenden Zählungen, der Kreis der nichtständig beschäftigten Familienangehörigen wurde entsprechend kleiner. Die Veränderungen bei den familieneigenen Arbeitskräften können daher beim Vergleich der Zahlen vor und nach dieser Definitionsänderung nur richtig gesehen

Tabelle 4: Die Arbeitskräfte der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Bundesgebiet  
Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1907 bis 1949

Großenklassen nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche	Jahr	Land- und forstwirtschaftl. Betriebe insgesamt <sup>1)</sup>		Betriebsinhaber im Hauptberuf insgesamt		Ständig beschäftigte Familienangehörige			Nichtständig beschäftigte Familienangehörige <sup>2)</sup>		Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte				Darunter							
		1907 = 100		1907 = 100		insgesamt		männlich		insges. männl.		insgesamt		Arbeitskr. mit voller Beköstigung im Betriebshaushalt (Gesinde)		Sonst. Landarbeiter (landw. Facharb., Tagelöhner usw.)						
		1000	= 100	1000	= 100	1000	vH <sup>3)</sup>	1000	vH <sup>3)</sup>	1000	vH <sup>3)</sup>	1000	vH <sup>3)</sup>	1000	vH <sup>3)</sup>	1000	vH <sup>3)</sup>					
		Betr.		Betr.		Betr.		Betr.		Betr.		Betr.		Betr.		Betr.						
0,1 a bis unter 2 ha	1907 <sup>3)</sup>	704,9	100	297,4	100	623,4	100	74,1	11,9	378,4	80,9	62,6	100	26,0	41,5	39,6	63,3	9,5	20,9	36,7	14,9	
	1925 <sup>3)</sup>	738,8	105	283,4	95	38	833,9	134	150,9	18,1	375,9	118,0	54,2	87	25,8	47,6	35,1	64,8	11,4	16,3	35,2	12,8
	1933	597,3	85	181,6	61	30							44,6	71	25,9	58,1	20,4	45,7	5,5	19,8	54,3	17,1
	1939	654,4	86	145,6	49	24	604,0	97	46,1	7,6	168,2	77,8	53,5	86	30,2	56,4						
	1949	650,6	92	152,3	51	23	715,1	115	85,1	11,9	216,9	104,9	73,1	117	45,8	62,7	24,4	33,4	6,9	31,8	66,6	24,6
	1952 <sup>4)</sup>	628,4	89				615,2	99	90,7	14,7												
2 bis unter 5 ha	1907 <sup>3)</sup>	622,8	100	464,7	100	75	774,4	100	187,3	24,2	267,7	77,1	78,6	100	34,3	43,6	59,8	76,1	20,6	17,3	23,9	12,4
	1925 <sup>3)</sup>	631,4	101	485,9	105	77	976,0	126	244,3	25,0	216,9	85,3	80,8	103	36,2	44,8	66,3	82,1	25,4	12,1	17,9	9,3
	1933	589,8	95	445,1	96	75							70,1	89	38,8	55,3	48,1	68,6	20,7	18,4	31,4	15,3
	1939	560,6	90	354,8	76	63	871,3	113	144,8	16,6	156,5	98,2	62,1	79	30,4	49,0						
	1949	543,8	87	380,5	82	70	942,2	122	183,8	19,5	172,6	99,7	88,1	112	46,8	53,1	52,2	59,3	20,3	26,1	40,7	18,9
	1952 <sup>4)</sup>	521,6	84				850,4	110	176,7	20,8												
5 bis unter 20 ha	1907 <sup>3)</sup>	590,3	100	545,8	100	92	1064,5	100	360,0	33,8	201,6	53,1	357,4	100	178,0	49,8	322,4	90,2	152,9	31,8	-9,8	22,5
	1925 <sup>3)</sup>	586,8	99	556,6	102	95	1289,3	121	442,0	34,3	143,7	47,9	372,5	104	188,7	50,7	338,6	90,9	164,2	26,6	9,1	19,1
	1933	638,6	108	608,6	112	95							340,9	95	201,5	59,1	293,9	86,2	165,2	39,7	13,8	30,6
	1939	663,4	112	619,1	113	93	1453,8	137	419,8	28,9	109,7	63,9	280,0	78	151,0	53,9						
	1949	655,5	111	602,9	111	92	1525,7	143	433,4	28,4	118,5	55,8	385,5	108	229,5	59,5	306,6	79,5	172,8	61,9	20,5	43,9
	1952 <sup>4)</sup>	655,0	111				1473,0	138	430,9	29,3												
20 bis unter 50 ha	1907 <sup>3)</sup>	104,0	100	99,8	100	96	203,6	100	84,1	41,3	33,6	6,9	272,5	100	157,9	57,9	245,4	90,1	137,6	24,0	9,9	17,8
	1925 <sup>3)</sup>	92,5	89	89,3	90	96	216,4	106	86,1	39,8	21,0	5,7	262,7	96	155,1	59,0	229,2	87,2	128,9	26,0	12,8	20,1
	1933	108,3	104	105,5	106	97																
	1939	114,4	110	109,8	110	96	283,0	139	96,8	34,2	12,7	5,9	246,3	90	153,8	62,4	218,1	83,4	132,0	36,5	16,6	29,1
	1949	112,4	108	103,1	103	92	277,7	136	87,3	31,4	15,6	6,1	304,4	112	195,5	64,2	229,9	75,5	139,8	63,0	24,5	47,0
	1952 <sup>4)</sup>	113,6	109				265,0	130	84,1	31,7												
50 bis unter 100 ha	1907 <sup>3)</sup>	13,0	100	12,3	100	95	17,5	100	7,6	43,4	4,1	0,8	82,2	100	55,3	67,3	57,0	69,3	36,6	22,4	30,7	16,3
	1925 <sup>3)</sup>	10,9	84	10,0	81	92	19,0	109	7,7	40,5	2,7	0,9	82,9	101	58,1	70,1	50,3	60,7	32,4	26,6	39,3	20,6
	1933	13,6	105	12,5	102	92																
	1939	13,4	103	11,9	97	89	25,7	147	8,1	31,5	1,4	0,6	85,8	104	60,4	70,4	48,4	56,9	31,0	31,6	43,1	24,2
	1949	12,7	98	10,5	85	83	25,3	145	7,6	30,0	1,9	0,7	108,1	132	75,9	70,2	49,4	45,7	31,1	52,0	54,3	39,6
	1952 <sup>4)</sup>	16,0					26,0	149 <sup>5)</sup>	7,7	29,6 <sup>6)</sup>												
100 ha und darüber	1907 <sup>3)</sup>	3,4	100	3,0	100	89	2,4	100	1,0	41,7	0,7	0,2	70,1	100	50,2	71,6	25,5	36,4	19,4	38,1	63,6	25,0
	1925 <sup>3)</sup>	3,1	91	2,5	83	81	2,8	117	1,2	42,9	0,5	0,2	79,6	114	61,0	76,6	21,5	27,0	15,3	49,7	73,0	38,2
	1933	3,6	106	2,7	90	76																
	1939	3,5	104	2,3	77	65	3,3	138	0,8	24,2	0,2	0,1	75,0	107	57,7	76,9						
	1949	3,0	90	1,7	57	56	3,8	158	1,1	28,9	0,4	0,1	95,9	137	71,8	74,9	16,6	17,3	10,3	70,2	82,7	54,5
	1952 <sup>4)</sup>																					
Zusammen	1907 <sup>3)</sup>	2038,4	100	1423,0	100	70	2685,8	100	714,1	26,6	886,1	219,0	923,4	100	501,7	54,3	749,7	81,2	376,6	154,5	16,7	108,9
	1925 <sup>3)</sup>	2063,5	101	1427,7	100	69	3337,4	124	932,2	27,9	760,7	258,0	932,7	101	524,9	56,3	741,0	79,5	377,6	157,3	16,9	120,1
	1933	1951,2	96	1356,0	95	69																
	1939	2009,7	97	1243,5	87	62	3241,1	121	716,4	22,1	448,7	246,5	802,7	87	483,5	60,2	645,1	73,6	364,7	195,0	22,3	154,2
	1949	1978,0	97	1251,0	88	63	3489,8	130	798,3	22,9	525,9	267,3	1055,1	114	685,3	63,1	678,1	64,4	381,2	305,0	28,9	228,5
	1952 <sup>4)</sup>	1934,6	95				3229,6	120	790,1	24,5												

<sup>1)</sup> Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche und einer Betriebsfläche von 0,5 ha und darüber — <sup>2)</sup> Ohne Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von 0,1 bis unter 50 a — <sup>3)</sup> Anteil an den ständig beschäftigten Familienangehörigen insgesamt — <sup>4)</sup> Nach der Erhebung über die familieneigenen Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben vom 1. 10. 1952. Da sich diese Erhebung nicht auf Hamburg und Bremen erstreckte, wurden die Werte hierfür aus der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 übernommen. — <sup>5)</sup> 1952 wurden die Größenklassen „50 bis unter 100 ha“ und „100 ha und darüber“ zusammen erfaßt — <sup>6)</sup> Anteil an den ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräften insgesamt. — <sup>7)</sup> Nur Personen von 14 Jahren und darüber.

werden, wenn „ständig“ und „nichtständig“ beschäftigte Familienangehörige nebeneinander gestellt werden. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß aus der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1933 keine vergleichbaren Zahlen über diese Beschäftigtengruppe vorliegen, da 1933 lediglich die in den Betrieben lebenden Familienangehörigen ohne Beziehung zu ihrer Tätigkeit in den Betrieben ermittelt wurden, und daß die Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1939 für eine regionale Darstellung nicht ausreichen, da das Quellenmaterial zum Teil durch die Kriegereignisse verlorengegangen ist.

#### Betriebsinhaber

Zunächst ergibt sich, daß im Zusammenhang mit der Industrialisierung und der verkehrsmäßigen Aufschließung der ländlichen Bezirke unter den Betriebsinhabern der Kleinbetriebe eine Berufsumschichtung der Art stattgefunden hat, daß die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebes mehr und mehr zu einer nebenberuflichen Tätigkeit geworden ist. So wurden von 100 Betrieben mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 0,5 bis unter 2 ha 1907 noch 42, 1949 dagegen nur 23 von ihren Inhabern hauptberuflich bewirtschaftet. Diese nur in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg unterbrochene Entwicklung ist in ihrer Tendenz auch noch in der Großenklasse der Betriebe von 2 bis unter 5 ha festzustellen. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht auch die in der ganzen Zeit nach 1907 anhaltende Abnahme der Kleinbetriebe unter 5 ha. Während einerseits Betriebe aufgelöst wurden, wurden andere zahlreiche Betriebe durch Zukauf oder Zupachtung von Flächen vergrößert; durch diese wurde vielfach die obere Grenze der Großenklasse überschritten, und die Betriebe gelangten in die Klasse der mittel- und großbäuerlichen Betriebe (5 und mehr ha). In dem ganzen Zeitabschnitt von 1907 bis 1952 nahmen die Kleinbetriebe um mindestens 177 700<sup>2)</sup> oder 13,4 vH ab, während die mittel- und großbäuerlichen Betriebe in der Größenordnung zwischen 5 und 50 ha um 65 000 zunahmen. Die Tatsache, daß hiervon die Betriebe zwischen 2 und 5 ha besonders stark betroffen wurden, weist auf eine sich immer klarer herausbildende Scheidung zwischen Vollerwerbsstellen und den ausgesprochenen Nebenerwerbsstellen hin. Die Betriebe in der Größenordnung zwischen 2 und 5 ha erweisen sich als besonders krisenanfällig, weil sie dem Inhaber und seiner Familie oft keine ausreichende Existenz bieten, andererseits aber wieder so viel Arbeitsaufwand erfordern, daß daneben für eine hauptberufliche Tätigkeit außerhalb des Betriebes nicht genügend Zeit bleibt.

Diese ganze Entwicklung hat zu einer Abnahme der hauptberuflichen Betriebsinhaber geführt, welche in der Zeit von 1907 bis 1949 mit insgesamt 170 000 relativ gering ist (12 vH), in den Betrieben unter 2 ha allein aber 145 000 oder fast 50 vH, in der Großenklasse von 2 bis 5 ha 84 000 oder 18 vH ausmacht.

<sup>2)</sup> Die tatsächliche Abnahme ist noch größer anzunehmen, da Betriebe mit einer Betriebsfläche von 0,5 und mehr ha und einer landwirtschaftlich benutzten Fläche unter 0,5 ha wohl in den Ergebnissen der LBZ ab 1933, nicht aber der LBZ von 1907 und 1925 enthalten sind. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe in der Großenklasse unter 2 ha betrug 1939 51 000 oder 12 vH.

## Das Lohngefüge in der Bundesrepublik (II)

### Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung vom November 1951

In einem früheren Artikel war in dieser Zeitschrift ein Überblick über die Stundenverdienste der Arbeiter in Industrie und Bauwirtschaft, Handel und Verkehr und einigen ausgewählten Zweigen des Dienstleistungsgewerbes im November 1951 gegeben worden. Die Darstellung der Verdienstverhältnisse der Arbeiter in den genannten Gewerbebezügen soll jetzt durch eine Betrachtung der Wochenarbeitszeit, der Wochenverdienste und der Sonderzuwendungen der Betriebe an Arbeiter vervollständigt werden. Auch die folgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen der Lohnstrukturerhebung, die durch Rechtsverordnung vom 22. Dezember 1951 angeordnet und für den November 1951 in den oben

#### Mithelfende Familienangehörige

Bei den mithelfenden Familienangehörigen läßt der Vergleich keine so tiefgreifenden Veränderungen erkennen wie bei den Betriebsinhabern selbst. Einer Abwanderung von arbeitsmäßig nicht voll ausgelasteten „nichtständigen“ Arbeitskräften aus den Kleinbetrieben steht eine Zunahme ständig mitarbeitender Personen vorwiegend weiblichen Geschlechts in den Betrieben über 5 ha gegenüber. Es kann hieraus geschlossen werden, daß sich die Zahl der familien-eigenen Arbeitskräfte — im Rahmen der durch den Familienstand gegebenen Möglichkeiten — mehr und mehr dem tatsächlichen Arbeitskräftebedarf der Landwirtschaft anpaßt. Die Entwicklung der letzten Jahre fügt sich bisher in dieses Bild ein.

#### Familienfremde Arbeitskräfte

Die Gesamtzahl der familienfremden Arbeitskräfte hat sich nicht wesentlich verändert. In der Zusammensetzung nach Geschlechtern und verschiedenen Kräftegruppen sind jedoch im Laufe der Zeit erhebliche Verschiebungen eingetreten.

Der Anteil der Männer an der Gesamtzahl dieser Arbeitskräfte ist langsam und stetig angestiegen (von 54 auf 64 vH). Noch stärker treten Veränderungen hervor, die darin zum Ausdruck kommen, daß die Zahl der Personen mit voller Beköstigung im Betriebshaushalt (Gesinde) zugunsten der „sonstigen Arbeitskräfte“ (landwirtschaftliche Facharbeiter und dergleichen) abgenommen hat. Während sich das Gesinde von 1907 bis 1939 um 245 000 Personen oder ein Drittel vermindert hat und nur unter den anomalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre wieder angewachsen ist, nahm die Zahl der „sonstigen Arbeiter“ in der gleichen Zeit um nahezu 90 000 oder 57 vH zu (bis 1949 sogar um 150 500 oder 97 vH). Der Anteil der Männer an den „sonstigen Arbeitern“ steigerte sich von 70 auf 78 vH. Diese Umschichtung ist zunächst darin begründet, daß mit dem zunehmenden Bedarf an jüngeren unverheirateten Kräften außerhalb der Landwirtschaft auch das Angebot an Arbeitskräften zurückgeht, die sich als Gesinde verdingen wollen. Ein weiterer Grund ist, daß die zunehmende Verfeinerung der Arbeitsmethoden sowie der stark vermehrte Einsatz an Maschinen mannigfacher Art auch einen entsprechend höheren Einsatz gelernter Facharbeiter, vorwiegend männlichen Geschlechts, erfordert.

Die in dem vorhergehenden Abschnitt herausgestellten Unterschiede in den einzelnen Größenklassen spiegeln sich naturgemäß je nach der Betriebsgrößenstruktur in den Ländern und Gebietsteilen des Bundesgebietes wider. Darüber hinaus ergeben sich Unterschiede, die in der besonderen allgemeinen Wirtschaftsstruktur des einzelnen Landes begründet sind. Hierzu rechnet die überdurchschnittlich abnehmende Tendenz bei den familienfremden Arbeitskräften insgesamt und insbesondere beim Gesinde in Bayern und Baden-Württemberg. Einer Verminderung dieser Arbeitskräfte von 1907 bis 1939 bis zu 44 vH (Baden-Württemberg) steht hier eine Vermehrung der „sonstigen Landarbeiter“ um 78 bzw. 62 vH gegenüber. Auch tritt hier der anwachsende Männeranteil an diesen Arbeitskräften stärker als in anderen Ländern hervor.

Diplom-Landwirt Walter Schmidt

genannten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt worden war. Hinsichtlich der methodischen Einzelheiten dieser Erhebung kann auf die früheren Ausführungen in dieser Zeitschrift<sup>1)</sup> verwiesen werden.

#### Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten

Während die bisher gegebene Darstellung der Bruttostundenverdienste mehr der Beschreibung der Lohnunterschiede unter dem Gesichtspunkt der in den verschiedenen Gewerbebezügen gezahlten Preise für eine Arbeitsstunde diente, wird

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu „Wirtschaft und Statistik“, 5. Jg. N. F., Heft 7, Juli 1953, S. 293 ff.

bei der Darstellung der Verdienste als Einkommen der Arbeiter vor allem dem Brutto- und Nettowochenverdienst das Hauptaugenmerk zuzuwenden sein. Das Verbindungsglied zwischen den Stundenverdiensten und den Wochenverdiensten ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit als ein wesentlicher Faktor für die Höhe der Wochenverdienste. Deshalb soll den weiteren Ausführungen zunächst eine Darstellung der Arbeitszeitverhältnisse im November 1951 vorangestellt werden.

Als Arbeitszeit galten bei der Erhebung die in der betrieblichen Lohnperiode, die der Erhebung zugrunde lag, insgesamt entlohnten Stunden. Diese Zahl der „bezahlten Arbeitsstunden“ umfaßt die „geleisteten Arbeitsstunden“ und die „bezahlten Ausfallstunden“. Unter den geleisteten Arbeitsstunden sind auch die als Über-, Sonn- und Feiertagsstunden mit einem Zuschlag zum normalen Stundenlohn zu entlohnenden Arbeitsstunden enthalten. Unter den bezahlten Ausfallstunden sind Stunden der betrieblichen Arbeitszeit verstanden, in denen Arbeiter mit Erlaubnis der Betriebsleitung unter Weiterzahlung des Lohnes von der Arbeit befreit worden waren. Dabei ist an Urlaubszeiten, Dienstbefreiungen aus persönlichen Gründen (besondere Familiereignisse, Arztbesuche, sonstige persönliche Erledigungen) und Dienstbefreiungen aus betrieblichen Gründen (Betriebsfeiern, kurzfristige Betriebsunterbrechungen usw.) zu denken, soweit diese Stunden auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Verpflichtung oder freiwillig von den Betrieben bezahlt wurden. Durch getrennte Darstellung der bezahlten Ausfallstunden ist die Berechnung der geleisteten Arbeitsstunden möglich; außerdem können durch Abzug der ebenfalls getrennt nachgewiesenen zuschlagpflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden (im folgenden kurz „Überstunden“ genannt) die geleisteten normalen Arbeitszeiten bestimmt werden<sup>2)</sup>.

Im Gesamtbereich der in der Lohnstrukturerhebung im November 1951 erfaßten Gewerbe betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit insgesamt 50,0 Stunden bei den männlichen und 46,8 Stunden bei den weiblichen Arbeitern. Die durchschnittliche Zahl der bezahlten Ausfallstunden belief sich auf 2,2 Stunden bei den Männern und 1,9 Stunden bei den Frauen, so daß als geleistete Arbeitszeit ein Anteil von 95,6 vH bei den Männern und 95,9 vH bei den Frauen übrig bleibt. Im Gegensatz hierzu war der Anteil der Überstunden an der Arbeitszeit bei den Männern und Frauen sehr verschieden, erstere wiesen 2,9, letztere nur 1,3 Überstunden im Durchschnitt je Woche auf. Schließlich ergibt sich aus dieser Rechnung eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 44,9 geleisteten und normal bezahlten Arbeitsstunden bei den männlichen und 43,6 Stunden bei den weiblichen Arbeitern, d. s. knapp 90 vH der bezahlten Arbeitsstunden insgesamt bei den Männern und 93 vH bei den Frauen. Entsprechend dieser verschiedenen Beteiligung der Arbeiter und Arbeiterinnen an den Überstunden und — mit geringerem Unterschied — an den Ausfallstunden schrumpft der Unterschied in der bezahlten Arbeitszeit der

<sup>2)</sup> Nicht als Überstunden gerechnet wurden Schichten zur Nachtzeit oder an Sonn- und Feiertagen in kontinuierlich arbeitenden Betrieben, auch soweit für solche Schichten ein Zuschlag bezahlt wurde

Tabelle 1:

Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Leistungsgruppen und Lohnarten in Stunden  
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951

Bezeichnung der Arbeitszeit	Männer				Frauen			
	in der Leistungsgruppe			zusammen	in der Leistungsgruppe			zusammen
	1	2	3		1	2	3	
<b>Zeitlohn</b>								
Wochenarbeitszeit insgesamt	50,2	50,9	49,6	50,2	47,5	47,5	47,6	47,5
davon:								
Bezahlte Ausfallstunden	1,8	2,3	2,0	1,9	1,1	1,8	1,7	1,7
Geleistete Arbeitsstunden	48,4	48,6	47,6	48,3	46,4	45,7	45,9	45,8
davon:								
Überstunden	2,8	3,6	2,7	2,9	1,3	1,6	1,8	1,7
Normale Arbeitsstunden	45,6	45,0	44,9	45,4	45,1	44,1	44,1	44,1
<b>Leistungslohn</b>								
Wochenarbeitszeit insgesamt	49,6	49,1	49,4	49,4	44,9	45,8	46,2	45,8
davon:								
Bezahlte Ausfallstunden	3,2	3,0	2,7	3,1	2,0	2,4	2,1	2,2
Geleistete Arbeitsstunden	46,4	46,1	46,7	46,3	42,9	43,4	44,1	43,6
davon:								
Überstunden	3,1	2,9	2,8	3,0	0,6	1,0	0,9	0,9
Normale Arbeitsstunden	43,3	43,2	43,9	43,3	42,3	42,4	43,2	42,7
<b>Zeit- und Leistungslohn zusammen</b>								
Wochenarbeitszeit insgesamt	50,0	50,3	49,6	50,0	46,2	46,7	47,2	46,8
davon:								
Bezahlte Ausfallstunden	2,1	2,5	2,1	2,2	1,5	2,1	1,9	1,9
Geleistete Arbeitsstunden	47,9	47,8	47,5	47,8	44,7	44,6	45,3	44,9
davon:								
Überstunden	2,9	3,3	2,7	2,9	0,9	1,3	1,5	1,3
Normale Arbeitsstunden	45,0	44,5	44,8	44,9	43,8	43,3	43,8	43,6

Männer und Frauen von 3,2 auf 1,3 Stunden bei der geleisteten normalen Arbeitszeit zusammen.

Bei der getrennten Betrachtung nach Zeitlohn und Leistungslohn treten einige offenbar charakteristische Unterschiede zutage. Zunächst ist festzustellen, daß die durchschnittliche Zahl der bezahlten Wochenarbeitsstunden und — in noch stärkerem Maße — der geleisteten normalen Arbeitsstunden im Leistungslohn geringer ist als im Zeitlohn. Man wird hier versucht sein, die größere Körperanspannung und geistige Konzentration im Leistungslohn als Grund für die kürzere durchschnittliche Arbeitszeit in Betracht zu ziehen. Dem widerspricht jedoch der Umstand, daß die durchschnittliche Zahl der Überstunden im Zeitlohn und Leistungslohn ziemlich gleich, die durchschnittliche Zahl der bezahlten Ausfallstunden im Leistungslohn aber erheblich höher ist als im Zeitlohn. Es scheint also eine gewisse Tendenz dahingehend zu bestehen, daß die im Leistungslohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in größerem Maße als Zeitlöhner von der Möglichkeit der Dienstbefreiung unter Fortgewährung des Lohnes Gebrauch machen bzw. die Betriebe solche bezahlten Ausfallstunden hier bereitwilliger gewähren als dort.

In den einzelnen Leistungsgruppen schwankt die durchschnittliche Arbeitszeit nur geringfügig, auch sind keine durchschlagenden Unterschiede in der Beteiligung der Arbeiter der verschiedenen Leistungsgruppen an den Ausfallstunden und den Überstunden zu erkennen.

In der Untergliederung nach Gewerbegruppen zei-

Tabelle 2: Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Wirtschaftsabteilungen und Lohnarten  
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951

Wirtschaftsabteilung	Männer						Frauen					
	Zeitlohn			Leistungslohn			Zeitlohn			Leistungslohn		
	bezahlte Arbeitsstunden	geleistete	darunter Überstunden									
Bergbau, Steine und Erden, Energiewirtschaft	51,3	47,7	4,2	49,6	45,3	3,5	47,4	43,9	1,8	47,5	44,5	0,7
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	50,9	48,6	3,4	49,7	46,8	3,0	47,7	45,6	1,5	46,7	44,2	0,8
Verarbeitende Gewerbe	51,0	49,3	3,7	49,7	46,2	2,7	47,7	46,0	1,8	45,5	43,3	0,9
Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	47,7	46,4	1,0	48,7	47,2	1,2	44,6	43,7	0,7			
Handel, Geld- und Versicherungswesen	51,1	50,3	2,9	49,4	48,0	1,5	47,1	46,4	1,2	45,1	43,9	0,6
Verkehrswirtschaft (ohne Bundespost u. Bundesbahn)	52,6	50,9	3,6	51,3	49,0	2,9	47,5	45,1	1,1			
Zusammen	50,2	48,3	2,9	49,4	46,3	3,0	47,5	45,8	1,7	45,8	43,6	0,9

**3. AUFLAGE**

**KÜHNE-WOLFF**

# **Gesetzgebung**

*über den*

# **Lastenausgleich**

## ***So urteilt die Praxis:***

Inhaltlich zeichnet sich der Kommentar dadurch besonders aus, daß er von den besten Kennern der Materie bearbeitet worden ist.

*Gemeinsames Ministerialblatt des BMd*

Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß dieses Standardwerk in der Literatur über die Lastenausgleichsgesetzgebung die führende Stelle einnimmt.

*Staatsanzeiger für das Land Hessen*

Die Aufteilung in zwei Ausgaben ist glücklich. Wer die eine Ausgabe erwirbt, erspart die Kosten der für ihn nicht in Betracht kommenden Kommentarteile.

*Der Steuerpraktiker*

Jede neue Vorschrift wird nachgeliefert.  
Das Werk kann sehr empfohlen werden.

*Niedersächsischer Städtebund*

K  
O  
H  
L  
H  
A  
M  
M  
E  
R



# **Ausgabe A**

## **Die Ausgleichs-Abgaben**

KOMMENTAR

Herausgegeben von

**DR. WALTER KÜHNE**

Präsident des Bundesausgleichsamtes

**BERNHARD WOLFF**, Ministerialdirektor

unter Mitarbeit von

Dr. W. v. Eisenhart Rothe, Ministerialrat

G. Raabe, Oberregierungsrat - A. Fanelst, Regierungsrat

sämtlich im Bundesministerium der Finanzen

Dr. F. Vangerow

Bundesfinanzrichter beim Bundesfinanzhof

**LOSEBLATTAUSGABE**

2. Auflage · 2 Bände · etwa 850 Seiten

Preis einschließlich 2 Leinendecken mit

Mechanik DM 39,—

Preis der Ergänzungslieferungen je Blatt DM —,10

# **Ausgabe B**

## **Die Ausgleichs-Leistungen**

KOMMENTAR

Herausgegeben von

**DR. WALTER KÜHNE**

Präsident des Bundesausgleichsamtes

**BERNHARD WOLFF**, Ministerialdirektor

unter Mitarbeit von

Dr. M. Fauser, Ministerialrat

Dr. F. Käb, Ministerialrat - J. Maaß, Regierungsrat

sämtlich im Bundesministerium der Finanzen

**LOSEBLATTAUSGABE**

3. Auflage · 2 Bände · etwa 1000 Seiten

Stammband mit 5 Ergänzungslieferungen

Rechtsstand Ende Juli 1953

Preis einschließlich 2 Leinendecken mit

Mechanik DM 59,—

Preis der weiteren Ergänzungslieferungen je Blatt

DM - ,10

**W. KOHLHAMMER VERLAG**  
Stuttgart und Köln

Die Verfasser s  
bietet; sie hatte  
dekommen des C  
der Lage, richti

Dreibundertfüf  
stenausgleichsges  
zu zwingend not  
dem Werk von I  
beste auf diesen

Wer sich mit der  
wird auf diesen S

Die umfassendst  
dem Gebiete des  
Die In

Wer mit den Ausg  
schwierigen Frag  
digter oder Berat  
sen Kommentar

Eine unentbehr  
Man vermeint di  
man allein das S

Wie die Erläuter  
angeführt werder  
eingehende Kom  
umfassende Sac

Der Kommentar  
zugesehritten, e  
gen) das für den  
mentation jewei  
paragraphen (da  
blättern) und er

Der Kommentar  
stadt fehlen.

Nachric

## **Auszüge aus den Urteilen der Praxis**

Die Fachreferenten dieses Rechtsge-  
bietes leisten einen wertvollen  
Anteil an dem Zustande  
des Gesetzes und sind daher am besten in  
Lage, die Schwierigkeiten zu vermitteln.

*Bundesarbeitsblatt*

Die 100 Paragraphen umfaßt das La-  
denrecht für die praktische Arbeit gerade-  
linig. Die Kommentierung finden wir in  
INE-WOLFF, das wohl als das  
Beste in der Gattung angesehen werden kann.

*Die Fackel*

Die schwierigen Materie beschäftigen will,  
den Kommentar zurückgreifen.

*Münchener Hausbesitzer-Zeitung*

Die eingehendste Darstellung auf  
dem Lastenausgleichs-

*Zeitung über Steuer und Wirtschaft*

Leistungen, insbesondere mit sehr  
auf dem Gebiete, sei es als Geschä-  
ftlicher Behörde zu tun hat, kann die-

entbehren.

*Deutsche Wohnungswirtschaft*

Die Fundgrube für den Praktiker.  
Man spürt an der Arbeit zu spüren, wenn  
man das Verzeichnis durchsieht.

*Der Kommunaldienst*

Wie zu den wenigen Fragen, die hier  
aufgekommen, zeigt auch die durchweg sehr  
gute Erklärung der übrigen Vorschriften die  
Kenntnis der Verfasser.

*Die Wirtschaftsprüfung*

Die auf die Bedürfnisse der Praxis  
ausgearbeitet (frei von theoretischen Erwägun-  
gen) Wesentliche, bringt die Kom-  
mentierung an den betr. Gesetzes-  
stellen ein zeitraubendes Hin- und Her-  
gehen die Arbeit.

*Der Steuerpraktiker*

*in der Bucherei keiner Mittel-*

*Zeitung des Deutschen Städtebundes*

Das Werk bildet den maßgebenden Fachkommentar,  
der in der Literatur über den Lastenausgleich an erster  
Stelle steht.

*Bayerische Hausbesitzer-Zeitung*

Ein Werk, welches schon jetzt dem Praktiker eine über-  
aus wertvolle Hilfe gibt und dessen Verfasser auch  
weiterhin die Gewähr für die Erhaltung seiner Vor-  
züge bieten.

*Der Öffentliche Dienst*

Die getrennte Behandlung nach der Aufbringungs- und  
Leistungsseite hin ermöglicht den gesonderten Bezug  
der Bestimmungen, die in der Praxis jeweils von Interesse  
sind.

*Industrie und Handel*

Für die authentische Auslegung der Vorschriften  
bürgt die Tatsache, daß die Verfasser am Zustandekommen  
des großen Gesetzgebungswerkes maßgebend beteiligt  
waren.

*Kommunal-Kassen-Zeitschrift*

Diese beiden Kommentare sind für alle Stellen schlecht-  
hin unentbehrlich.

*Haus- und Grundbesitz*

Allen denjenigen, die sich an verantwortlicher Stelle in  
der schwierigen Materie einzuarbeiten haben, sei der  
Kommentar wärmstens empfohlen.

*Der Städtetag*

Auf Grund der Sachkenntnis der Verfasser und der  
äußeren Ausstattung kann der Kommentar als ein Stan-  
dardwerk bezeichnet werden.

*Industrie- und Handelskammer Hamburg*

Es muß den Verfassern gedankt werden, daß sie bereits  
in so kurzer Zeit einen Kommentar vorlegen, der, von  
großem Verständnis für die Schwierigkeiten der Praxis ge-  
tragen, eine umfassende Unterweisung mit einer sach-  
kundigen Anleitung zur Anwendung d. Gesetzes verbindet.

*Die Öffentliche Verwaltung*

Der Kommentar kann wohl ohne Übertreibung als das  
Umfassendste auf diesem Gebiet bezeichnet werden.

*Die Stimme*

Wir sind in der Lage, mitzutheilen, daß der Kommen-  
tar KÜHNE-WOLFF mit Abstand das Beste bis-  
her im Zusammenhang mit der Lastenausgleichsgesetz-  
gebung Erschienene ist.

*Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen  
Hauptgeschäftsführung*

# **Für den Sachbearbeiter textgleiche Sonderdrucke aus dem Kommentar :**

---

## **Das Altsparengesetz**

Gesetzestext mit Einführung und Kommentierung

Bearbeitet von Ministerialrat Dr. F. KÄSS, Bundesministerium der Finanzen  
134 Seiten · Broschiert DM 3.90

## **Die Einkünfteverordnung**

Textausgabe mit Erläuterungen und Beispielen

Bearbeitet von Ministerialrat Dr. FAUSER, Bundesministerium der Finanzen  
64 Seiten · Broschiert DM 2.—

## **Das Währungsausgleichsgesetz**

Gesetzestext mit Einführung und Kommentierung

Bearbeitet von Ministerialrat Dr. F. KÄSS, Bundesministerium der Finanzen  
82 Seiten · Broschiert DM 2.70

Bei Mengenbezug dieser Broschüren Staffelpreise! Bitte verlangen Sie Sonderangebot.

---

## **Bestellschein**

Ich bestelle aus dem  
W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart

- Expl. **KÜHNE-WOLFF: Ausgabe A - Die Ausgleichsabgaben.** Kommentar.  
Loseblattausgabe. 2 Bände. Etwa 650 Seiten. Einschl. 2 Leinendecken DM 39.—  
Dazu Ergänzungslieferungen je Blatt DM —.10
- Expl. **KÜHNE-WOLFF: Ausgabe B - Die Ausgleichsleistungen.** Kommentar.  
Loseblattausgabe. 2 Bände. Stammband mit 5 Ergänzungslieferungen. Etwa 1000 Seiten.  
Einschl. 2 Leinendecken DM 59.— Dazu weitere Ergänzungslieferungen je Blatt DM --.10
- Expl. **Käß: Das Altsparengesetz.** Gesetzestext mit Einführung und Kommentierung.  
134 Seiten · Broschiert DM 3.90
- Expl. **Fauser: Die Einkünfteverordnung.** Textausgabe mit Erläuterungen und Beispielen.  
64 Seiten · Broschiert DM 2.—
- Expl. **Käß: Das Währungsausgleichsgesetz.** Gesetzestext mit Einführung und  
Kommentierung. 82 Seiten. Broschiert DM 2.70

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

(genaue Anschrift)

gen sich hinsichtlich der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit gewisse Unterschiede, die sowohl in den besonderen betrieblichen Verhältnissen als auch in Verschiedenheiten der Wirtschaftslage im November 1951 in den einzelnen Produktionszweigen begründet sein können. So ist z. B. in der Bauwirtschaft infolge des saisonmäßigen Rückganges der Außenarbeiten in den Wintermonaten eine relativ geringe Arbeitszeit im November 1951 festgestellt worden. Umgekehrt sind beim Handel und im Verkehrswesen schon im November die Vorbereitungen für den Weihnachtsumsatz zu leisten, die wohl eine gewisse Überhöhung der in der Erhebung festgestellten Wochenarbeitszeiten gegenüber dem Jahresdurchschnitt verursacht haben. Deshalb darf dem in den Ergebnissen zutage tretenden Verhältnis der Arbeitszeiten in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen nicht ohne weiteres die Bedeutung typischer Unterschiede der durchschnittlichen Arbeitszeiten beigemessen werden. Aus dem Zahlenmaterial tritt jedoch mit überzeugender Gleichmäßigkeit die meist geringere Arbeitszeit im Leistungslohn, die relativ geringe Bedeutung der Überstunden bei den Frauen und die gegenüber den Zeitlöhnern stärkere Bedeutung der bezahlten Ausfallstunden bei den Leistungslöhnern zutage, so daß diesen Feststellungen sowohl wie den durchschnittlichen Proportionen überhaupt, in denen bezahlte, geleistete und geleistete normale Arbeitsstunden zueinander stehen, allgemeine Gültigkeit zugesprochen werden darf<sup>3)</sup>.

Eine gewisse Bedeutung spielen in diesem Zusammenhang auch die nicht bezahlten Fehlstunden der Arbeiter, die im Rahmen der Erhebung ebenfalls ermittelt wurden. Es handelt sich dabei um Fehlstunden während der üblichen betrieblichen Arbeitszeit; als Grund für diese Fehlstunden kommen vorwiegend persönliche Angelegenheiten der Arbeiter in Betracht, außerdem in manchen Fällen auch betriebliche Gründe, insbesondere Kurzarbeit. Die Erhebung hat ergeben, daß im November 1951 — und dies gilt bei der Fortdauer der damaligen wirtschaftlichen Situation sicher auch heute noch — nicht bezahlte Fehlstunden aus betrieblichen wie aus persönlichen Gründen im ganzen keine nennenswerte Rolle gespielt haben; während in der gesamten gewerblichen Wirtschaft Fehlstunden aus persönlichen Gründen mit 0,3 Stunden je Woche und Arbeiter bei den Männern bzw. 0,4 Stunden bei den Frauen vorkamen, betrug die Fehlzeit aus betrieblichen Gründen ebenfalls 0,3 Stunden bei den Männern, aber 0,8 Stunden bei den Frauen. Es ragen

<sup>3)</sup> Eine Zusammenstellung der Wochenarbeitszeiten für die einzelnen in der Erhebung unterschiedenen Wirtschaftsgruppen, -zweige und -klassen befindet sich im Zahlenteil dieses Heftes, S. 552\* ff.

hinsichtlich der unbezahlten Fehlstunden aus betrieblichen Gründen einige Wirtschaftszweige, wie die Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung, die Ledererzeugung und -verarbeitung, das Textilgewerbe und Zweige der Nahrungsmittelindustrie, etwas hervor, doch übertreffen auch in diesen Fällen die Überstunden und bezahlten Ausfallstunden stets die nicht bezahlten Fehlstunden.

### Die Wochenverdienste

Die im November 1951 in den hier erfaßten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft insgesamt im Durchschnitt je Woche bezogenen Arbeiterverdienste sind in der Tabelle 3 zusammengestellt. Der durchschnittliche Bruttoverdienst der männlichen Arbeiter betrug 81,96 DM, die Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung zusammen 15,4 vH, und der Nettoverdienst 69,36 DM; bei den Frauen betragen die entsprechenden Zahlen 48,95 DM Bruttowochenverdienst, 13,4 vH Steuer- und Sozialversicherungsabzüge und 42,39 DM Nettowochenverdienst. Die Abstufung der Wochenverdienste nach Leistungsgruppen und Lohnarten entspricht infolge der nur geringen Wirkung der Unterschiede in den Wochenarbeitszeiten im großen und ganzen der Abstufung der Bruttostundenverdienste, die in der schon genannten früheren Abhandlung<sup>4)</sup> bereits dargestellt worden war, der Unterschied zwischen den Bruttowochenverdiensten der Männer und Frauen ist stärker als zwischen den Bruttostundenverdiensten infolge der kürzeren durchschnittlichen Wochenarbeitszeit und der geringeren Überstundenzahl der Frauen. Die relativen Abzüge für Steuern und Sozialversicherung zusammen weisen eine geringe Streuung nach Leistungsgruppen und Lohnarten auf; die Steuerabzüge für sich lassen deutlich die Wirkung der progressiven Steuersätze erkennen, während die Abzüge zur Sozialversicherung leicht degressiv wirken.

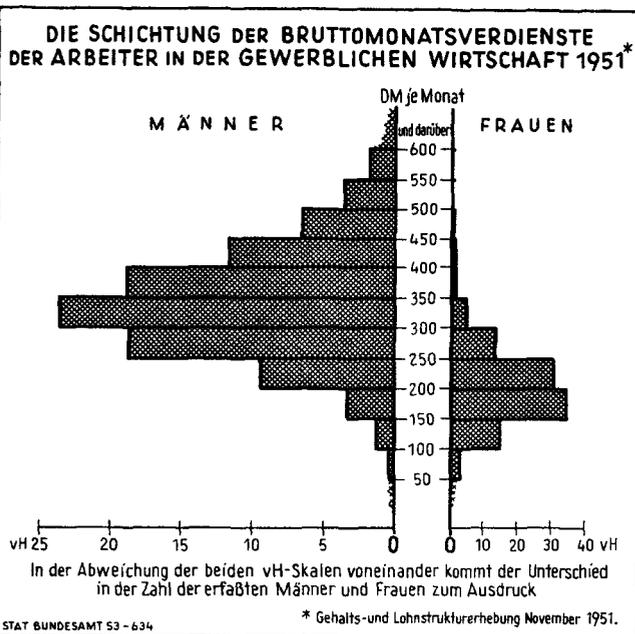
Eine Übersicht über die Brutto- und Nettowochenverdienste nach Gewerbegruppen, -zweigen und -klassen befindet sich im Zahlenteil dieses Heftes S. 556\* ff. Die Reihenfolge der Produktionszweige nach der Höhe der Wochenverdienste weicht von der Reihenfolge nach Stundenverdiensten wenig ab. Eine für die allgemeine Beurteilung der Verdienstverhältnisse wichtigere Darstellung ist demgegenüber die Schichtung der Wochenverdienste der gewerblichen Arbeiter nach Monatsverdienstklassen, die für die Arbeiter nach einzelnen Wirtschaftsgruppen und insgesamt für Brutto- und Nettoverdienste erstellt wurde<sup>5)</sup>. An den Bruttoverdiensten gemessen, verdienten im November 1951 rund 14 vH

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu „Wirtschaft und Statistik“, 5. Jg. N. F., Heft 7, Juli 1953, S. 293 ff. — <sup>5)</sup> Siehe hierzu die Tabellen im Zahlenteil dieses Heftes, S. 556\* ff.

Tabelle 3: Die durchschnittlichen Wochenverdienste und Jahressonderzuwendungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Leistungsgruppen und Lohnarten  
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951

	Einheit	Männer				Frauen			
		in der Leistungsgruppe			zu-	in der Leistungsgruppe			zu-
		1	2	3	sammen	1	2	3	sammen
<b>Zeitlohn</b>									
Erfasste Arbeiter .....	Anzahl <sup>2)</sup>	272 429	106 640	103 360	482 429	8 328	30 459	39 711	78 498
Bruttowochenverdienst .....	DM	82,02	75,36	67,21	77,37	48,24	48,02	44,43	46,23
Gesetzliche Abzüge:									
Lohnsteuer <sup>1)</sup> .....	vH	6,0	4,8	4,3	5,4	3,9	3,3	2,6	3,1
Sozialversicherungsbeitrag ..	vH	9,5	9,6	9,7	9,6	9,6	10,0	9,9	9,9
Nettowochenverdienst .....	DM	69,31	64,54	57,83	65,80	41,57	41,66	38,86	40,24
Jahressonderzuwendung 1951	DM	59,59	75,00	51,01	61,16	38,20	45,16	47,77	45,68
<b>Leistungslohn</b>									
Erfasste Arbeiter .....	Anzahl <sup>2)</sup>	93 415	56 233	16 424	166 072	8 832	27 318	16 515	52 665
Bruttowochenverdienst .....	DM	100,82	89,79	82,45	95,27	48,75	54,03	53,61	53,01
Gesetzliche Abzüge:									
Lohnsteuer <sup>1)</sup> .....	vH	7,5	6,6	6,0	7,1	3,9	4,2	4,0	4,1
Sozialversicherungsbeitrag ..	vH	9,2	9,3	9,5	9,3	9,3	9,9	9,9	9,9
Nettowochenverdienst .....	DM	83,97	75,51	69,72	79,70	42,04	46,41	46,19	45,61
Jahressonderzuwendung 1951	DM	80,87	106,20	91,10	90,46	38,55	51,80	59,23	51,91
<b>Zeit- und Leistungslohn zusammen</b>									
Erfasste Arbeiter .....	Anzahl <sup>2)</sup>	365 844	162 873	119 784	648 501	17 160	57 777	56 226	131 163
Bruttowochenverdienst .....	DM	86,82	80,34	69,30	81,96	48,51	50,86	47,13	48,95
Gesetzliche Abzüge:									
Lohnsteuer <sup>1)</sup> .....	vH	6,4	5,5	4,6	5,9	3,9	3,7	3,1	3,5
Sozialversicherungsbeitrag ..	vH	9,4	9,5	9,6	9,5	9,5	9,9	9,9	9,9
Nettowochenverdienst .....	DM	73,06	68,33	59,46	69,36	41,81	43,91	41,02	42,39
Jahressonderzuwendung 1951	DM	65,03	85,77	56,51	68,66	38,38	48,30	51,05	48,18

<sup>1)</sup> Einschließlich Notopfer Berlin. — <sup>2)</sup> Die allgemeine Erfassungsquote beträgt für die männlichen Arbeiter 16,4, für die weiblichen Arbeiter 14,2 vH.



was wohl auf Verschiedenheiten der Familienstandsgliederung der männlichen und der weiblichen Arbeiter zurückzuführen ist.

Bei der Novembererhebung 1951 wurden auch die Jahressonderzuwendungen (Gratifikationen und Gewinnbeteiligungen) für Arbeiter in einer Summe für das ganze Jahr 1951 erfaßt. Diese Erfassung war möglich, weil die Verdiensterhebung erst im Februar 1952 durchgeführt wurde, so daß die Betriebe die meist erst im Dezember 1951 ausgezahlten Sonderzuwendungen noch mit angeben konnten. Die so gewonnenen Zahlen lassen erkennen, daß im Jahre 1951 im großen Durchschnitt rund ein Nettowochenverdienst als Jahressonderzuwendung an die Arbeiter und Arbeiterinnen der hier erfaßten Wirtschaftsbereiche ausgezahlt wurde. Dies bestätigt sich sowohl in der Verdienstabstufung der Arbeiter nach dem Geschlecht, wie nach Leistungsgruppen und Lohnarten. Entsprechend zeigt sich auch in der Nachweisung der Verdienstschichtung, daß die Jahressonderzuwendungen mit den Nettoverdiensten ungefähr parallel steigen. In den Wirtschaftsgruppen, -zweigen und -klassen schwanken die Jahressonderzuwendungen der Arbeiter allerdings stark, und eine Übereinstimmung mit den Nettowochenverdiensten ist hier oft nicht festzustellen. Einzelheiten sind der Tabelle im Zahlenteil dieses Heftes S. 556\* ff. zu entnehmen.

### Die Arbeiterverdienste nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen

Bei der Lohnstrukturhebung vom November 1951 sollte auch den eventuellen Unterschieden in den Lohnverhältnissen der Arbeiter in Betrieben verschiedener Größe und in Gemeinden verschiedener Größe nachgegangen werden. Dementsprechend wurden die Erhebungsunterlagen in der Aufbereitung nach Betriebsgrößenklassen und nach Ortsgrößenklassen zusammengefaßt. Zunächst ergibt sich damit ein Überblick über die Zahl der Arbeiter in den einzelnen Betriebsgrößenklassen und Gemeindegrößenklassen, insbesondere auch in der Gliederung nach Leistungsgruppen. In der untersten Betriebsgrößenklasse ist das Bild allerdings nicht repräsentativ, da aus der Erhebung die — allerdings nur einen Bruchteil der Industriearbeiter umfassenden — Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten der Wirtschaftsabteilungen 1 bis 4 (Industrie) mit Ausnahme von fünf Handwerkszweigen aus Vereinfachungsgründen ausgeschlossen worden waren. Nach diesen Ergebnissen sinkt der Anteil der Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) mit steigender Größe des Betriebes erheblich, und zwar sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Arbeitern. Die Bedeutung der Arbeiter der Leistungsgruppe 2 und 3 dagegen wächst mit der Größe des Betriebes. Desgleichen ist eine regelmäßige Verlagerung des Schwergewichts der Arbeiter von den kleineren zu den größeren Betrieben mit steigender Größe der Gemeinde aus den Ergebnissen der Lohnstrukturhebung zu erkennen, eine Fest-

der männlichen Arbeiter weniger als 250 DM im Monat, knapp 25 vH verdienen 400 DM und mehr, die Hauptgruppe mit rund 61 vH lag mit ihrem Monatsverdienst zwischen 250 DM und 400 DM. Bei den Frauen zeigt sich die stärkste Häufung in den Verdienstklassen zwischen 150 DM und 250 DM im Monat. Errechnet man zur Verdeutlichung der Verteilung die Quartilswerte, so ergibt sich, daß im November 1951

	bei den Männern	bei den Frauen	bei Männern u. Frauen zus.
rund ein Viertel der Arbeiter unter DM 279	162	243	405
rund die Hälfte der Arbeiter unter DM 337	199	314	513
rund ein Viertel der Arbeiter über DM 400	240	384	624

verdienten. Die Verdienste der Frauen lagen zu 95 vH unter dem mittleren Verdienst der gewerblichen Arbeiter insgesamt (314 DM). Im ganzen weisen die Arbeiterverdienste in den hier einbezogenen Wirtschaftsbereichen eine ziemlich gleichmäßige Verteilung um die Mittelwerte auf mit einer etwas breiteren Streuung nach oben.

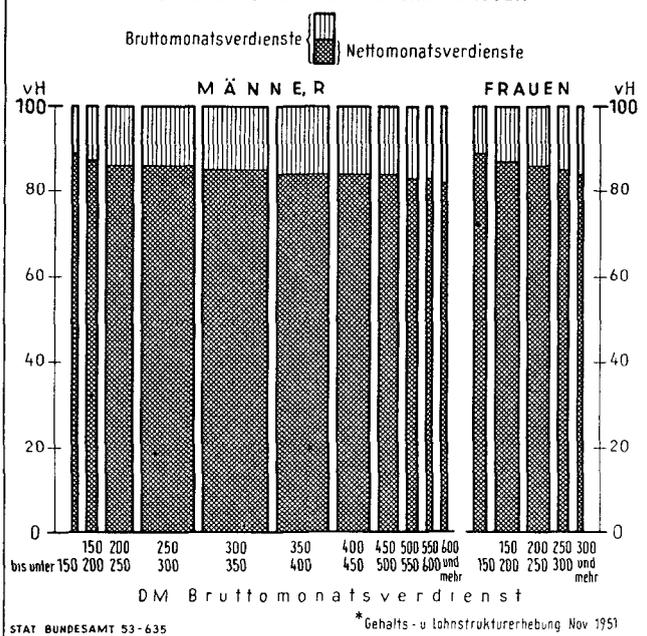
Die Nettowochenverdienste liegen — wie bereits erwähnt — im Durchschnitt aller männlichen Arbeiter um rund 15 vH, im Durchschnitt aller weiblichen Arbeiter um rund 14 vH unter den Bruttowochenverdiensten. In der Gliederung der Arbeiter nach Verdienstklassen zeigt sich eine regelmäßige Erhöhung der Differenz zwischen Brutto- und Nettowochenverdienst mit steigender Verdienstklasse. Die Steigerung der relativen Abzüge von den Bruttoverdiensten ist bei den Frauen deutlich stärker als bei den Männern,

Tabelle 4: Die erfaßten Arbeiter und Arbeiterinnen<sup>1)</sup> und die durchschnittlichen Brutto- und Nettowochenverdienste sowie Jahressonderzuwendungen nach Bruttomonatsverdienstklassen  
Gehalts- und Lohnstrukturhebung November 1951

Bruttoverdienstklassen (Monatsverdienste in DM)	Erfasste Arbeiter		Männer			Erfasste Arbeiterinnen		Frauen			Erfasste Männer und Frauen zusammen	
	Anzahl	vH	Wochenverdienst		Jahressonderzuwendung 1951	Anzahl	vH	Wochenverdienst		Jahressonderzuwendung 1951	Anzahl	vH
			brutto	netto	DM			brutto	netto	DM		
unter 50	92	0,0	8,37	7,19	15,86	234	0,1	8,86	8,19	14,76	326	0,0
50 bis unter 100	1 557	0,2	19,50	17,45	20,49	4 285	2,4	19,63	17,67	18,41	5 842	0,6
100 bis unter 150	9 521	1,3	30,05	26,75	23,10	25 712	14,4	30,06	26,81	23,64	35 233	3,8
150 bis unter 200	24 512	3,3	41,25	35,98	28,67	60 716	34,0	40,75	35,72	35,40	85 228	9,2
200 bis unter 250	70 106	9,3	52,82	45,52	36,69	54 232	30,3	51,25	44,29	52,37	124 338	13,4
250 bis unter 300	140 008	18,7	63,70	54,93	46,62	23 343	13,1	62,29	53,13	62,56	163 351	17,6
300 bis unter 350	176 682	23,5	74,81	63,40	58,93	7 550	4,2	73,57	61,86	73,41	184 212	19,8
350 bis unter 400	141 175	18,8	85,98	72,46	75,24	1 884	1,1	85,04	70,71	78,78	143 059	15,4
400 bis unter 450	86 841	11,6	97,31	81,61	93,55	500	0,3	96,12	79,55	73,09	87 341	9,4
450 bis unter 500	48 539	6,5	108,60	90,80	100,16	156	0,1	108,43	88,62	87,38	48 695	5,3
500 bis unter 550	26 091	3,5	119,95	99,88	98,30	53	0,0	119,31	97,61	80,06	26 144	2,8
550 bis unter 600	12 968	1,7	131,33	108,93	96,60	21	0,0	131,07	107,50	82,62	12 989	1,4
600 und mehr	11 880	1,6	153,19	125,71	95,71	14	0,0	162,83	132,57	85,00	11 894	1,3
Zusammen	749 952	100	79,58	67,26	65,37	178 700	100	46,98	40,52	44,21	928 652	100

<sup>1)</sup> Aller tariflichen Altersstufen, aber ohne Lehrlinge und Anlernlinge. — Die Erfassungsquote beträgt für die männlichen Arbeiter 16,4, für die weiblichen Arbeiter 14,2 vH

**DAS VERHÄLTNISS VON BRUTTO-UND NETTOVERDIENSTEN DER ARBEITER IN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT 1951\* NACH BRUTTOMONATSVERDIENSTKLASSEN**



stellung, welche bereits aus den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählungen bekannt ist. Diese Tatbestände im vorliegenden Zusammenhang zu erwähnen ist wichtig, weil die Arbeiterverdienste nach Betriebsgrößen- und Gemeindegrößenklassen erhebliche Schwankungen aufweisen.

Die Verdienstverhältnisse der Arbeiter in den in die Novembererhebung 1951 einbezogenen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft zeigen eine deutliche Abhängigkeit von der Größe der Betriebe. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist in den unteren Betriebsgrößenklassen am geringsten und steigt bis zur Betriebsgrößenklasse 100 bis 999 Arbeiter; in manchen Fällen ist sie auch in der Klasse der Betriebe mit 1 000 und mehr Arbeitern noch höher als in den niedrigeren Klassen, meist zeigt sich hier aber wieder eine geringere durchschnittliche Wochenarbeitszeit. Da diese Abstufung mit großer Regelmäßigkeit in den einzelnen

**Tabelle 5: Die Verteilung der erfaßten Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Betriebsgrößenklassen, Leistungsgruppen und Gemeindegrößenklassen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951**

Betriebsgrößenklasse (Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten)	Arbeiter insgesamt		Von 100 Arbeitern waren in Leistungsgruppe			Von 100 Arbeitern waren beschäftigt in Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern				
	Anzahl <sup>1)</sup>	vH	1	2	3	unt. 5000	5000-20000	20000-50000	50000-100000	100000 u. mehr
<b>Männer</b>										
2- 9 <sup>1)</sup>	71 092	11,0	71	13	16	32	19	11	6	32
10- 99	226 494	34,9	60	19	21	25	19	13	7	36
100-999	172 506	26,6	50	30	20	19	20	15	8	38
1000 u. mehr	178 409	27,5	52	33	15	4	12	11	15	58
Zusammen	648 501	100	56	25	19	18	17	12	10	43
<b>Frauen</b>										
2- 9 <sup>1)</sup>	8 416	6,4	39	27	34	18	20	12	8	42
10- 99	44 839	34,2	14	44	42	25	20	12	7	36
100-999	56 019	42,7	11	48	41	20	24	15	8	33
1000 u. mehr	21 889	16,7	6	41	53	8	14	16	11	51
Zusammen	131 163	100	13	44	43	20	20	14	8	38

<sup>1)</sup> In den Wirtschaftsabteilungen 1 bis 4 wurden hier nur die Betriebe einiger wichtiger Wirtschaftsklassen erfaßt. — <sup>2)</sup> Die Erfassungsquote beträgt bei den männlichen Arbeitern 16,4, bei den weiblichen Arbeitern 14,2 vH.

Gewerbezeigen, in den einzelnen Leistungsgruppen der männlichen und weiblichen Arbeiter, ja sogar in den einzelnen Gemeindegrößenklassen wiederkehrt, hat sie wohl allgemeine Bedeutung. Mit gleicher Regelmäßigkeit ist festzustellen, daß die Zahl der geleisteten zuschlagpflichtigen Überstunden ebenfalls mit steigender Betriebsgröße sich erhöht. Umgekehrt zeigt die Zahl der nicht bezahlten Wochenfehlstunden eine regelmäßige Verringerung mit steigender Größe des Betriebes. Die großbetriebliche Organisation und Produktionsweise, die mit zunehmender Betriebsgröße meist starker maschinisiert und schematisiert sind, sind einer Verlängerung der Arbeitszeiten offenbar zuträglicher als die Arbeitsweise im Kleinbetrieb. Daß die Zahl der nicht bezahlten Fehlstunden in den größeren Betrieben durchschnittlich geringer ist als in den kleineren, kann seine Ursache in der schärferen Arbeitszeitkontrolle der Großbetriebe haben; im ganzen handelt es sich hier jedoch um einen untergeordneten Posten.

Neben der Arbeitszeit steigen auch die Verdienste der Arbeiter mit steigender Betriebsgröße. Dies prägt sich zunächst in den Bruttostundenverdiensten aus, die im Ge-

**Tabelle 6: Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten, Bruttostundenverdienste und Jahressonderzuwendungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951**

Betriebsgrößenklasse (Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten)	Männer								Frauen											
	Wochenarbeitszeit				Durchschnittliche(r)				Wochenarbeitszeit				Durchschnittliche(r)							
	insgesamt	darunter Überstunden <sup>1)</sup>	Nicht bezahlte Wochenfehlstunden <sup>2)</sup>	Stunden	Bruttostundenverdienst Pf	Jahressonderzuwendung DM	insgesamt	darunter Überstunden <sup>1)</sup>	Nicht bezahlte Wochenfehlstunden <sup>2)</sup>	Stunden	Bruttostundenverdienst Pf	Jahressonderzuwendung DM	insgesamt	darunter Überstunden <sup>1)</sup>	Nicht bezahlte Wochenfehlstunden <sup>2)</sup>	Stunden	Bruttostundenverdienst Pf	Jahressonderzuwendung DM		
<b>Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern</b>																				
2- 9	47,4	0,5	0,5	127,1	28,48	44,6	0,4	1,0	75,0	24,88	48,0	0,8	0,4	144,5	36,28	46,5	0,8	0,5	86,6	27,92
10- 99	49,0	1,8	0,4	138,2	37,22	46,6	1,2	0,9	88,9	27,69	50,1	2,3	0,2	157,8	42,86	47,8	1,8	0,8	100,4	33,12
100-999	51,0	3,9	0,2	151,9	89,12	46,9	1,4	0,9	103,2	45,43	50,5	3,4	0,4	165,6	72,31	47,6	1,6	0,8	110,8	48,93
1000 und mehr	49,8	3,5	0,2	166,9	135,48	44,4	1,0	1,4	111,9	73,51	50,3	4,3	0,1	193,8	81,72	46,5	1,2	0,4	117,5	94,02
Zusammen	49,3	2,2	0,4	141,9	56,06	46,5	1,2	0,9	96,0	38,60	50,1	3,3	0,2	174,0	65,56	47,3	1,5	0,7	107,6	52,30
<b>Gemeinden mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern</b>																				
2- 9	48,1	0,8	0,4	132,4	34,37	45,0	0,4	1,5	77,2	24,52	48,5	1,0	0,3	154,3	40,33	45,7	0,5	0,9	91,3	29,87
10- 99	49,6	2,2	0,3	145,0	40,91	47,0	1,3	0,8	92,4	30,86	50,2	2,6	0,2	166,4	51,75	47,3	1,3	0,6	100,3	36,75
100-999	50,9	3,9	0,3	156,0	83,84	46,9	1,6	0,9	105,2	50,57	51,0	3,6	0,2	173,5	80,31	47,3	1,5	0,7	112,5	55,88
1000 und mehr	49,5	3,9	0,2	182,2	108,14	45,8	1,1	0,9	115,3	77,75	50,4	4,0	0,2	189,5	100,18	46,3	1,2	0,9	125,0	77,57
Zusammen	49,8	2,9	0,3	154,1	66,19	46,7	1,4	0,7	110,8	45,35	50,3	3,2	0,2	175,9	75,96	47,0	1,3	0,7	109,8	54,17
<b>Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern</b>																				
2- 9	48,2	0,8	0,3	138,1	37,80	46,2	0,4	0,6	83,1	30,84	48,0	0,8	0,4	139,3	34,91	45,5	0,5	1,0	84,3	27,89
10- 99	50,1	2,4	0,2	151,2	45,22	47,1	1,4	0,8	96,0	38,15	49,8	2,3	0,3	153,0	44,65	47,1	1,3	0,8	95,4	33,25
100-999	50,7	3,8	0,3	162,9	80,40	47,2	1,6	0,7	108,6	50,37	50,9	3,7	0,2	163,8	82,00	47,1	1,6	0,8	108,2	52,45
1000 und mehr	49,8	3,3	0,6	178,6	97,99	46,1	1,2	1,1	122,0	57,00	50,2	3,9	0,2	187,2	99,70	46,1	1,2	0,9	121,4	75,64
Zusammen	50,1	2,9	0,3	160,1	67,95	46,9	1,4	0,8	106,0	46,96	50,0	2,9	0,3	163,9	68,66	46,8	1,3	0,8	104,5	48,18
<b>Alle Gemeinden</b>																				
2- 9	48,2	0,8	0,4	138,1	37,80	46,2	0,4	0,6	83,1	30,84	48,0	0,8	0,4	139,3	34,91	45,5	0,5	1,0	84,3	27,89
10- 99	49,8	2,3	0,3	153,0	44,65	47,1	1,3	0,8	95,4	33,25	49,8	2,3	0,3	153,0	44,65	47,1	1,3	0,8	95,4	33,25
100-999	50,9	3,7	0,2	163,8	82,00	47,1	1,6	0,8	108,2	52,45	50,9	3,7	0,2	163,8	82,00	47,1	1,6	0,8	108,2	52,45
1000 und mehr	49,8	3,3	0,6	178,6	97,99	46,1	1,2	1,1	122,0	57,00	50,2	3,9	0,2	187,2	99,70	46,1	1,2	0,9	121,4	75,64
Zusammen	50,0	2,9	0,3	163,9	68,66	46,8	1,3	0,8	104,5	48,18	50,0	2,9	0,3	163,9	68,66	46,8	1,3	0,8	104,5	48,18

<sup>1)</sup> Zuschlagpflichtige Über-, Sonn- und Feiertagsstunden. — <sup>2)</sup> Aus betriebsbedingten Gründen (Kurzarbeit usw.) ausgefallene Stunden.

samtdurchschnitt aller in der Erhebung erfaßten männlichen Arbeiter in den Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten um 47,9 Pf oder rd. 34 vH höher liegen als in den Betrieben mit 2 bis 9 Arbeitern. Bei den Frauen liegt eine Differenz von 37,1 Pf oder rd. 44 vH vor. Daß die Kleinbetriebe mit 2 bis 9 Beschäftigten in der Erhebung bei gewissen Wirtschaftsabteilungen ausgelassen wurden, dürfte hierbei keine wesentliche Rolle spielen, da es sich ja um Verdienste je Arbeitsstunde handelt und in den Industriezweigen mit starken Anteilen von Kleinbetrieben diese ohnehin mit einbezogen wurden. Außerdem zeigen die Ergebnisse gerade auch in den Gewerbezeigen, in denen die Erhebung mit der vollen Quote auf die Kleinbetriebe erstreckt worden war, die gleichen Verdienstunterschiede. In einem gewissen Maße wirkt sich in den Betriebsgrößenklassen der Bruttostundenverdienste der in den Betriebsgrößenklassen etwas verschiedene Anteil der Überstunden mit ihren Zuschlägen aus, doch kann dies die große Differenz nicht allein erklären. Es muß vielmehr angenommen werden, daß hier sowohl gewisse tarifliche Bestimmungen wie auch betriebliche Lohnmaßnahmen (höhere Zulagen bei den größeren Betrieben) zur Auswirkung kommen. Die Unterschiede zwischen den Bruttostundenverdiensten der Arbeiter der verschiedenen Betriebsgrößenklassen treten ebenfalls in den einzelnen Leistungsgruppen und in den Betrieben innerhalb der verschiedenen Gemeindegrößenklassen entsprechend auf. In den Bruttowochenverdiensten wirken sich schließlich die höhere Arbeitszeit und die höheren Bruttostundenverdienste der größeren Betriebe kumulierend aus, so daß der Abstand zwischen den Verdiensten der Arbeiter in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen noch größer wird. Schließlich zeigen sich auch die betrieblichen Jahressonderzuwendungen von der Betriebsgröße im gleichen Sinne abhängig wie die Arbeitsverdienste an sich. Eine Schichtung der Bruttowochenverdienste der Arbeiter nach Größenklassen der Betriebe, in denen sie beschäftigt sind, ergibt, daß von jeweils 100 männlichen Arbeitern

einen Monatsverdienst von	in Betrieben mit			
	2—9	10—99	100—999	1 000 und mehr
weniger als 250 DM	35	17	9	4
250 DM bis unter 400 DM	59	68	65	49
400 DM und mehr	6	15	26	47

aufwiesen. Auch nach Gemeindegrößenklassen zeigen sich in den Ergebnissen der Lohnstrukturerhebung charakteristische Verschiedenheiten. Die Arbeitszeiten scheinen von der Lage der Betriebe in Gemeinden verschiedener Einwohnerzahl nicht beeinflußt zu sein. Dagegen zeigen die Bruttostundenverdienste mit steigender Gemeindegrößenklasse

eine deutliche und regelmäßige Erhöhung. Auch diese Feststellung läßt sich für alle Leistungsgruppen, für die einzelnen Betriebsgrößenklassen und in den einzelnen Wirtschaftsbereichen treffen. Hier liegt die Erklärung in erster Linie wohl in den tariflichen Bestimmungen über die Abstufung der Löhne nach Ortsklassen, wobei regelmäßig innerhalb des Tarifes die in größeren Gemeinden gelegenen Betriebe jeweils den Ortsklassen mit höheren Löhnen zugeteilt sind. Infolge der unterschiedlichen regionalen Verteilung der Betriebe der einzelnen Gewerbegruppen und -zweige ist eine einheitliche Gruppierung der Betriebe und ihrer Arbeiter nach tariflichen Ortsklassen nicht möglich. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse zeigen aber, daß die tariflichen Ortsklasseneinteilungen sich in einer regelmäßigen Verdienstabstufung nach Gemeindegrößenklassen auswirken, so daß diese Größenklassengliederung sich offenbar als gemeinsamer Maßstab für die Messung der Verdienstabstufung nach Ortsklassen verwenden läßt. Hinsichtlich der Jahressonderzuwendungen läßt sich eine regelmäßige Abstufung nach Gemeindegrößenklassen nicht feststellen. Die durchschnittlichen Zuwendungen an Arbeiter in Betrieben, welche in Orten der höheren Gemeindegrößenklassen liegen, sind zwar oft höher als die Sonderzuwendungen in Betrieben, die zu kleineren Gemeinden gehören, die Handlungsweise der Betriebe ist hier aber offenbar nicht so einheitlich abhängig von der Gemeindegröße wie bei der Lohngewährung.

#### Die Arbeiterverdienste nach Familienstand und Kinderzahl

Eine oft diskutierte Frage ist die nach der Wirkung der tariflichen und steuerlichen Bestimmungen in sozialer Hinsicht bei den verheirateten Arbeitern mit Kindern. Bekanntlich ist im deutschen Lohnsystem die Gewährung von Zulagen zu den allgemeinen Lohnsätzen aus Gründen der Familiengröße der Arbeiter nur in sehr beschränktem Ausmaße üblich, und zwar in einigen Gewerbezeigen wie dem Kohlenbergbau, einigen Zweigen der Industrie der Steine und Erden und der Metallindustrie, in der öffentlichen Verwaltung und den Versorgungsbetrieben. Eine zusätzliche Zahlung außerhalb der Lohntüte, etwa von einer überbetrieblichen oder staatlichen Familienausgleichskasse an Arbeiter mit größeren Familien erfolgt in Deutschland ebenfalls nicht<sup>6)</sup>. Bei dieser Lage sollte durch die Lohnstrukturerhebung auch festgestellt werden, ob nicht doch durch betriebliche Maßnahmen außerhalb der tariflichen oder gesetzlichen Verpflichtungen eine gewisse Zulagengewährung an verheiratete Arbeiter mit Kindern erfolgt und in welchem Ausmaß sich solche Maßnahmen im Verdienst auswirken.

<sup>6)</sup> Die jetzt in der Industrie der Steine und Erden in Hessen eingeführte Regelung bestand im November 1951 noch nicht.

Tabelle 7: Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten, Brutto- und Nettostundenverdienste, Steuerabzüge und Jahressonderzuwendungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Familienstand und Kinderzahl  
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951

Familienstand	Kinderzahl <sup>1)</sup>	Erfasste Arbeiter <sup>2)</sup> Anzahl	Durchschnittliche(r)									Nettostundenverdienst <sup>4)</sup> Pf	Jahressonderzuwendung 1951 DM
			bezahlte Wochenarbeitszeit			Zahl der nicht bezahlten Wochenfehlstunden		Bruttostundenverdienst Pf	Gesetzliche Abzüge in vH des Bruttoverdienstes		Nettostundenverdienst <sup>4)</sup> Pf		
			insgesamt	darunter Überstunden <sup>3)</sup>	Ausfallstunden	insgesamt	darunt. weg. Kurzarbeit usw.		Lohnsteuer <sup>5)</sup>	Sozialversicherungsbeitrag			
Männer													
ledig	— <sup>6)</sup>	136 337	49,0	2,3	2,0	0,7	0,3	152,3	8,9	9,7	123,9	47,70	
verheiratet	0	182 588	50,0	2,9	2,3	0,5	0,3	164,7	7,0	9,2	138,1	74,89	
witwet	1	165 679	50,4	3,2	2,3	0,5	0,3	187,9	5,2	9,5	143,2	73,07	
und geschieden	2	102 537	50,5	3,3	2,2	0,5	0,3	168,2	3,9	9,5	145,7	74,04	
	3	39 184	50,4	3,3	2,3	0,6	0,3	168,3	2,6	9,6	147,8	74,15	
	4 u. m.	22 176	50,4	3,3	2,3	0,6	0,3	169,1	1,2	9,6	150,8	78,77	
Zusammen		648 501	50,0	2,9	2,2	0,6	0,3	163,9	5,9	9,5	138,7	68,66	
Frauen													
ledig	— <sup>6)</sup>	59 631	47,3	1,4	1,9	1,1	0,7	101,3	4,6	10,0	86,5	44,87	
verheiratet	0	34 762	46,6	1,3	1,9	1,3	0,9	107,0	3,5	9,8	92,8	52,11	
witwet	1	23 666	46,4	1,3	1,9	1,4	0,9	108,0	2,1	9,9	95,0	50,47	
und geschieden	2	9 555	46,1	1,3	1,9	1,4	0,9	106,9	1,4	9,9	94,8	48,16	
	3	2 529	46,2	1,4	1,9	1,5	1,0	106,3	0,6	9,8	95,2	49,17	
	4 u. m.	1 020	46,0	1,6	1,8	1,5	0,8	106,1	0,1	10,1	95,3	52,55	
Zusammen		131 163	46,8	1,3	1,9	1,2	0,8	104,5	3,5	9,9	90,5	48,18	

<sup>1)</sup> Kinder, für die Steuerermäßigung gewährt wird. — <sup>2)</sup> Die Erfassungsquote beträgt bei den Männern 16,4, bei den Frauen 14,2 vH. — <sup>3)</sup> Zuschlagpflichtige Über-, Sonn- und Feiertagsstunden. — <sup>4)</sup> Lohnsteuer einschließlich Notopfer Berlin. — <sup>5)</sup> Bruttoverdienst nach Abzug der gesetzlichen Abzüge. — <sup>6)</sup> Ohne Berücksichtigung der Kinderzahl.

Zum Zwecke dieses Nachweises wurden die Verdienstanlagen für die Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe innerhalb zusammengefaßter Gewerbegruppen und innerhalb der Leistungsgruppen bei beiden Geschlechtern nach der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Kinderzahl gruppiert. Aus der Abstufung der Bruttostundenverdienste ergibt sich dann, ob verschiedene Durchschnittsverdienste bei den Arbeitern mit verschiedener Kinderzahl auftreten. Um auch eventuelle Wirkungen der größeren Familie mit ihrer größeren Inanspruchnahme des Familienvaters auf die Arbeitszeit zu prüfen, wurden in der entsprechenden Gliederung auch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die Überstunden und die Fehlstunden nachgewiesen. Schließlich sollte eine Feststellung der durchschnittlichen Lohnsteuerabzüge die Nachweisung der Steuerermäßigungen auf Grund der Familiengröße und die Berechnung der Nettoverdienste ermöglichen. Auch die Jahressonderzuwendungen wurden daraufhin untersucht, ob sich hier eine Abstufung nach der Familiengröße der Arbeiter zeigt.

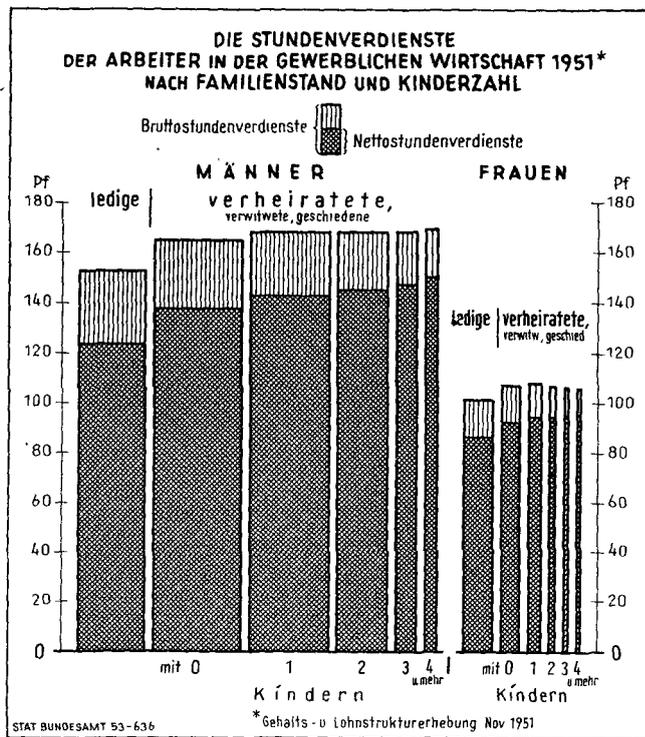
In der Erhebung wurden insgesamt 651 700 männliche und 132 100 weibliche Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe einschließlich einiger tariffremder Arbeiter erfaßt, für die 594 800 bzw. 61 000 Kinder als anrechnungsfähig bei der Lohnsteuerberechnung auf den Lohnsteuerkarten eingetragen waren<sup>7)</sup>. Auf 100 männliche Arbeiter entfielen also im Gesamtdurchschnitt 91, auf 100 weibliche Arbeiter 46 Kinder. Nach Leistungsgruppen aufgegliedert, schwankt die entsprechende Zahl der anrechnungsfähigen Kinder je 100 männliche Arbeiter zwischen 92 bei den Arbeitern der Leistungsgruppe 1, 94 bei denjenigen der Leistungsgruppe 2 und 86 in der Leistungsgruppe 3. Diese Unterschiede sind jedoch nur eine Folge der verschiedenen Zusammensetzung der Arbeiterschaft der einzelnen Leistungsgruppen nach dem Familienstand; für die verheirateten Arbeiter der drei Leistungsgruppen getrennt berechnet, ergibt sich nahezu die gleiche Zahl von 116 bzw. 117 Kindern je 100 männliche Arbeiter. Bei den Frauen tritt die hohe Zahl von Ledigen gegenüber den anderen Familienstandsgruppen hervor; auf 100 ledige Frauen kommen im Durchschnitt aller Leistungsgruppen 9 Kinder, in der Leistungsgruppe 1 für sich 6, in der Leistungsgruppe 2 dagegen 9 und in der Leistungsgruppe 3 sogar 11. Bei den verheirateten und verwitweten bzw. geschiedenen weiblichen Arbeitern zeigt sich eine entsprechende Abstufung nicht. Es darf hieraus keineswegs geschlossen werden, daß zwischen Einkommenshöhe und Häufigkeit unehelicher Kinder ein ersichtlicher Zusammenhang erwiesen sei, vielmehr ist in diesen Zahlen der Ausdruck dafür zu sehen, daß Frauen mit unehelichen Kindern aus dem Zwange

<sup>7)</sup> Siehe auch Tabelle auf S. 551\* im Zahlenteil dieses Heftes

Tabelle 8: Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten und Bruttostundenverdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den erfaßten Wirtschaftsabteilungen nach Familienstand und Kinderzahl  
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung November 1951

Familienstand	Kinderzahl <sup>1)</sup>	Bergbau, Steine und Erden, Energiewirtschaft		Eisen- u. Metall-erzeugung und -verarbeitung		Verarbeitende Gewerbe		Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe		Handel, Geld- u. Versicherungswesen		Verkehrswirtschaft (ohne Bundespost und Bundesbahn)		Zusammen	
		Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf	Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf	Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf	Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf	Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf	Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf	Wochenarbeitszeit Std	Bruttostundenverdienst Pf
<b>Männer</b>															
ledig	— <sup>2)</sup>	48,9	170,4	49,6	160,5	49,7	139,0	47,3	154,4	50,2	126,3	51,6	135,5	49,0	152,3
verheiratet, verwitwet und geschieden	0	50,8	174,6	50,4	173,8	50,2	155,9	47,7	165,3	50,8	137,9	52,1	154,2	50,0	164,7
	1	51,2	184,5	50,6	177,4	50,8	156,7	47,9	164,8	51,4	140,7	52,9	152,2	50,4	167,9
	2	51,3	186,3	50,7	178,4	51,0	156,0	47,9	164,5	51,6	140,0	53,4	154,9	50,5	168,2
	3	51,2	187,6	50,7	178,2	51,0	155,3	47,9	163,5	51,4	138,9	53,1	159,7	50,4	168,3
	4 u. m.	51,0	188,4	50,8	179,6	51,0	155,2	47,8	161,3	52,0	137,0	52,8	163,4	50,4	169,1
Zusammen		50,7	179,9	50,4	173,1	50,4	152,7	47,7	162,1	51,0	136,7	52,5	151,9	50,0	163,9
<b>Frauen</b>															
ledig	— <sup>2)</sup>	47,6	109,5	47,7	110,9	47,2	100,4	46,3	95,4	48,0	88,4	47,9	134,0	47,3	101,3
verheiratet, verwitwet und geschieden	0	47,3	115,9	47,1	115,6	46,6	106,0	43,5	117,8	46,5	95,0	47,5	130,6	46,6	107,0
	1	47,2	117,3	46,9	116,5	46,2	106,4	44,0	108,7	46,4	95,3	47,3	135,6	46,4	108,0
	2	47,6	110,9	46,5	117,5	46,0	104,9			45,6	95,9	47,5	132,4	46,1	106,9
	3	47,1	113,1	46,6	116,9	46,1	104,3			46,8	95,7	44,3	141,2	46,2	106,3
	4 u. m.	46,3	108,9	46,4	116,5	45,8	104,0			46,7	94,5	48,0	145,4	46,0	106,1
Zusammen		47,4	113,3	47,2	114,0	46,7	103,3	44,6	108,3	47,0	92,3	47,5	133,1	46,8	104,5

<sup>1)</sup> Kinder, für die Steuerermäßigung gewährt wird. — <sup>2)</sup> Ohne Berücksichtigung der Kinderzahl.



zum Verdienen relativ häufiger erwerbstätig werden, dann aber infolge Fehlens einer beruflichen Ausbildung meist als ungelernete Arbeiterinnen der Leistungsgruppe 3. Insgesamt kann man auf Grund dieser Zahlen unter Berücksichtigung der Erfassungsquote von rund 15 vH schätzen, daß rund 4 Mill. Kinder männlicher und 400 000 Kinder weiblicher Arbeiter in den hier erfaßten Wirtschaftsbereichen auf den Lohnsteuerkarten eingetragen waren, davon

bei den Männern bei den Frauen

als einziges Kind	1,12 Mill.	0,19 Mill.
als zwei Kinder	1,38 Mill.	0,14 Mill.
als drei Kinder	0,79 Mill.	0,05 Mill.
als vier und mehr Kinder	0,68 Mill.	0,03 Mill.

Nach der Rangfolge der Kinder ergeben sich von 100 Kindern

bei den Männern bei den Frauen

als 1. Kinder	57	69
als 2. Kinder	28	23
als 3. Kinder	11	6
als 4. und weitere Kinder	4	2

Entsprechende Nachweisungen können nach dem vorliegenden Material auch für die Wirtschaftsabteilungen und wichtigeren Wirtschaftsgruppen gegeben werden.

Eine bei Kenntnis des deutschen Tarifsystems nicht unerwartete Feststellung ist hinsichtlich der Arbeiterverdienste, daß eine Berücksichtigung des Familienstandes der Arbeiter im Bruttostundenverdienst deutlich, eine Berücksichtigung der Kinderzahl der Arbeiter jedoch nicht oder nur sehr schwach zum Ausdruck kommt. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst des männlichen ledigen Arbeiters liegt um 12,4 Pfennige oder 7,5 vH unter dem des verheirateten Arbeiters ohne Kinder. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst des männlichen Arbeiters mit 4 und mehr Kindern liegt dagegen nur 4,4 Pfennige oder 2,6 vH über dem des verheirateten Arbeiters ohne Kinder. Dazu ist noch der Hinweis notwendig, daß diese höheren Bruttostundenverdienste der verheirateten Arbeiter mit Kindern gegenüber denjenigen ohne Kinder in der Gesamtmasse der gewerblichen Arbeiter nur bedingt ist durch die Kinderzulagen in einigen wenigen Produktionszweigen, so daß in vielen Produktionszweigen sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst des verheirateten Arbeiters mit Kindern von dem des verheirateten Arbeiters ohne Kinder nicht oder nur infolge anderer Gründe als der Kinder unterscheidet. Eine deutliche Abstufung der Arbeiterverdienste nach der Kinderzahl tritt erst in den Nettoverdiensten zutage, und zwar ausschließlich durch die Wirkung des mit steigender Kinderzahl degressiv gestaffelten Lohnsteuerabzuges. Der Unterschied zwischen den Stundenverdiensten des ledigen und des verheirateten Arbeiters ohne Kinder wird durch die unterschiedliche Besteuerung von 12,4 Pfennigen brutto auf 14,2 Pfennige netto, zwischen dem verheirateten Arbeiter ohne Kinder und dem verheirateten Arbeiter mit 4 und mehr Kindern von 4,4 Pfennigen brutto auf 12,7 Pfennige netto vergrößert. Der Arbeiter mit 4 und mehr Kindern wird also durch die Wirkung der Lohnsteuerabzüge im Durchschnitt mit seinem Verdienst um so viel über den verheirateten

Arbeiter ohne Kinder gehoben, wie dieser auf Grund tariflicher Familienstandszulagen über dem ledigen Arbeiter liegt. Bei den weiblichen Arbeitern ergeben sich im wesentlichen die gleichen Verhältnisse.

Entsprechend diesen Ergebnissen läßt auch die Schichtung der Wochenverdienste der gewerblichen Arbeiter nach Bruttoverdienstklassen keine Unterschiede zwischen den Einkommensverteilungen der verheirateten Arbeiter in der Unterscheidung nach der Kinderzahl erkennen; es tritt lediglich der deutliche Unterschied zwischen den ledigen Arbeitern und den verheirateten zutage. Von 100 Arbeitern bzw. Arbeiterinnen bezogen einen Bruttoverdienst

	bei den ledigen Männern	bei den verheirateten Männern	bei den ledigen Frauen	bei den verheirateten Frauen
von unter 250 DM je Monat	29	9	85	76
von 250 DM bis 400 DM je Monat	59	62	15	23
von 400 DM und mehr je Monat	12	29	0	1

Als weitere interessante Feststellung zeigt das gewonnene Zahlenmaterial, daß die Jahressonderzuwendungen ebenfalls im Gesamtdurchschnitt der erfaßten Wirtschaftsbereiche und in den meisten Einzelzweigen sich nur zwischen dem ledigen und dem verheirateten Arbeiter unterscheiden, innerhalb der verheirateten Arbeiter zeigt sich keine nennenswerte Differenzierung nach der Kinderzahl.

Dr. Peter Deneffe

## Das Lohngefüge in der Bundesrepublik

### Berichtigung

zu dem Aufsatz in Heft 7, 5. Jg. N. F., Juli 1953, S. 293 ff.: Seite 295 Tabelle 1: Die erfaßten Arbeiter und die Erfassungsquoten nach Wirtschaftsbereichen

bei „Energiewirtschaft“

Spalte 3 statt 7 124 setze 85 084

Spalte 5 statt 17,6 setze 14,8

bei „Verarbeitende Gewerbe“

Spalte 1 statt 328 595 setze 321 483

Spalte 5 statt 16,3 setze 15,9

# STATISTISCHE UMSCHAU

## Wahlen

### Die Abgeordneten des 2. Deutschen Bundestages nach Alter und Geschlecht, nach Herkunft und Beruf

#### Die Fraktionen des 2. Deutschen Bundestages

Der 2. Deutsche Bundestag hat insgesamt 509 Abgeordnete, von denen 487 stimmberechtigte im Bundesgebiet gewählt und 22 nicht stimmberechtigte Abgeordnete auf Vorschlag der Parteien von der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 6. September 1953 als Vertreter Berlins bestätigt wurden. Die Fraktion der CDU/CSU hat im Stimmverhältnis mit 244 Abgeordneten die absolute Mehrheit im Parlament. Die SPD hat 151, die FDP/DVP 48, der Gesamtdeutsche Block-BHE 27 und die DP 15 Fraktionsmitglieder. Von den 22 Berliner Mitgliedern des Bundestages treten 6 zur CDU/CSU-, 11 zur SPD- und 5 zur FDP/DVP-Fraktion.

Von den 487 stimmberechtigten Abgeordneten waren 245, also etwas mehr als die Hälfte, bereits Mitglieder des 1. Bundestages. Von den 156 ausgeschiedenen Abgeordneten haben sich 73 wieder, allerdings ohne Erfolg, um ein Mandat beworben; 83 haben nicht mehr kandidiert. Im Zusammenhang mit dem großen Wahlerfolg der CDU/CSU ist die Zahl der neuen Mitglieder dieser Partei mit 130 von 244 (53,3 vH) im Vergleich zu den übrigen Fraktionen sehr hoch. Auch die DP hat mehr neue als alte Abgeordnete, nämlich 8 von 15 (53,3 vH). Bei der SPD sind mit 59 von 151 (39,1 vH) und bei der FDP/DVP mit 17 von 48 (35,4 vH) die neuen Abgeordneten in der Minderzahl. Erstmals im Bundestag vertreten ist der BHE mit 27 Fraktionsmitgliedern, unter denen sich nur ein früherer Bundestagsabgeordneter befindet. Von den 22 Berliner Abgeordneten haben 17 auch dem 1. Bundestag angehört.

Tabelle 1: Die Fraktionen des 2. Deutschen Bundestages

	CDU/CSU		SPD		FDP/DVP		GB/BHE		DP <sup>1)</sup>	Fraktionslos <sup>1)</sup> (Zentrum)
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich		
<b>Stimmberechtigte Abgeordnete</b>										
Wiedergew. Abgeordnete	105	9	80	12	30	1	1	—	7	—
Neue Abgeordnete	121	9	53	6	16	1	24	2	8	2
Zusammen	226	18	133	18	46	2	25	2	15	2
<b>Berliner Abgeordnete</b>										
Wiedergew. Abgeordnete	4	1	6	2	4	—	—	—	—	—
Neue Abgeordnete	1	—	2	1	—	1	—	—	—	—
Zusammen	5	1	8	3	4	1	—	—	—	—
Abgeordnete insgesamt	231	19	141	21	50	3	25	2	15	2

<sup>1)</sup> Nur männliche Abgeordnete.

#### Die Abgeordneten nach dem Geschlecht

Unter den insgesamt 509 Abgeordneten des Bundestages befinden sich nur 45 (8,9 vH) Frauen. In der Bundesrepublik wurden 40 weibliche Abgeordnete gewählt. Berlin ist mit 5 Frauen verhältnismäßig stark durch weibliche Abgeordnete vertreten. Die Beteiligung der Frauen an der Parlamentsarbeit stellt also in keinem Verhältnis zu dem hohen Anteil der Frauen an den Wahlberechtigten, der schätzungsweise 60 vH ausmacht.

Unter den 40 weiblichen Abgeordneten aus der Bundesrepublik gehören 18 der CDU/CSU und ebenfalls 18 der SPD an. Damit ist der Anteil der Frauen bei der SPD mit 11,9 vH aller Abgeordneten wesentlich höher als bei der CDU/CSU,

wo er nur 7,4 vH ausmacht. Den Fraktionen der FDP/DVP und des BHE gehören je zwei weibliche Mitglieder an, d. s. 4,2 bzw. 6,6 vH. Von den Berliner Frauen gehören 3 zur SPD und je 1 zur CDU bzw. zur FDP. Die DP und das Zentrum werden nur von Männern vertreten.

Die nachfolgenden Zahlen zeigen, daß in der Bundesrepublik von den insgesamt 320 zugelassenen Kandidaturen von Frauen 40 (12,5 vH) zum Ziele führten; von den 3 518 männlichen erhielten 447 (12,7 vH) einen Parlamentssitz.

Partei	Kreiswahlvorschläge				Landeslisten			
	Bewerber		Abgeordnete		Bewerber		Abgeordnete	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Alle Parteien .....	1718	76	233	9	1800	244	214	31
darunter:								
CDU/CSU .....	212	9	166	6	279	52	59	12
SPD .....	231	11	42	3	319	49	91	15
FDP/DVP .....	219	5	14	—	232	27	32	2
GB/BHE .....	231	5	—	—	182	17	25	2
DP .....	187	2	10	—	183	11	5	—
Zentrum .....	1	—	1	—	37 <sup>1)</sup>	3	2 <sup>1)</sup>	—

<sup>1)</sup> Davon 1 CDU-Mitglied.

Während in Wahlkreisen bei den männlichen Bewerbern 13,6 vH erfolgreich waren, kamen bei den weiblichen nur 11,8 vH zum Ziel. Dagegen konnten verhältnismäßig mehr Frauen als Männer auf Landesliste zum Zuge kommen, denn es wurden 12,7 vH der weiblichen, aber nur 11,9 vH der männlichen Kandidaten gewählt.

Von den 40 weiblichen Abgeordneten wurden nur 9 direkt in den Wahlkreisen gewählt. Von 9 CDU/CSU-Kandidatinnen waren 6 erfolgreich, während bei der SPD nur 3 von 11 Wahlkreisbewerberinnen ihr Ziel erreichten. Die übrigen 31 Frauen wurden über die Landeslisten gewählt. Bei der CDU/CSU und bei der SPD waren rund 30 vH der Kandidatinnen erfolgreich, während bei der FDP mit 6,3 vH und bei BHE mit 9,1 vH nur ein wesentlich geringerer Teil der Bewerberinnen in den Bundestag einziehen konnte.

#### Das Alter der Abgeordneten

Voraussetzung für die Wahl zum Abgeordneten ist die Vollendung des 25. Lebensjahres. Nach wie vor sind die jüngeren Jahrgänge im Bundestag schwach vertreten. Nur 14 vH der stimmberechtigten Abgeordneten sind bis zu 40 Jahren alt, mehr als zwei Drittel sind in den Jahren 1893 bis 1912 geboren, also in einem Alter zwischen 40 und 60 Jahren. Dabei liegt der Anteil der bis zu 40 Jahre alten bei der SPD mit 19,9 vH und beim BHE mit 18,6 vH wesentlich über dem Durchschnitt. Bei der CDU/CSU, bei der FDP/DVP und bei der DP sind bis zu einem Fünftel der Abgeordneten über 60 Jahre alt.

Die in den Wahlkreisen erfolgreichen Kandidaten sind im allgemeinen älter als die auf Landeslisten gewählten, vor allem bei den beiden großen Fraktionen der CDU/CSU und der SPD. Der Anteil der bis zu 40 Jahre alten direkt gewählten Abgeordneten ist bei diesen Parteien geringer, der

der über 60jährigen höher als bei allen Abgeordneten. Die Parteien stellen in den Wahlkreisen nach wie vor in der Mehrzahl ältere Persönlichkeiten mit größerer Lebenserfahrung und damit auch stärkerem politischen Gewicht heraus, die jüngere Generation erhält ihre Chance auf den Landeslisten.

Die Altersverteilung der Berliner Abgeordneten entspricht im allgemeinen derjenigen der in der Bundesrepublik gewählten.

Die Berechnung des Durchschnittsalters sowohl für die Bewerber als auch für die Gewählten verdeutlicht die Auswirkungen des oben genannten Bestrebens der Parteien eindringlich:

	Durchschnittsalter <sup>1)</sup>				
	CDU/CSU	SPD	FDP/DVP	GB/BHE	DP
Wahlkreisbewerber ...	52,3	48,7	50,0	49,3	49,3
gewählte Abgeordnete	52,8	51,2	49,1	—	52,2
Landeslistenbewerber	49,8	47,6	49,2	49,4	47,9
gewählte Abgeordnete	50,1	48,3	52,7	47,9	55,4
Abgeordnete der Bundesrepublik ....	52,1	49,2	51,7	47,9	53,3

<sup>1)</sup> Die 2 Abgeordneten des Zentrums sind 65 bzw. 64 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Landeslistenbewerber war 49,6 Jahre.

Das Durchschnittsalter der 487 Abgeordneten aus der Bundesrepublik beträgt 51,0, das der in Wahlkreisen gewählten aber 52,3 Jahre. Die Landeslistenkandidaten waren bei allen Parteien (mit Ausnahme des BHE) zum Teil beträchtlich jünger als die Wahlkreisbewerber, besonders bei der CDU/CSU. Abgesehen von der FDP, wo das Durchschnittsalter der siegreichen Wahlkreis Kandidaten etwas niedriger liegt als das der Bewerber, sind bei der CDU/CSU und vor allem bei der SPD ältere Persönlichkeiten erfolgreich gewesen. Dasselbe gilt mit Ausnahme des BHE auch für die zum Zuge gekommenen Landeslistenbewerber, die zum Teil beträchtlich älter sind als der Durchschnitt der aufgestellten Kandidaten.

Das Durchschnittsalter der auf Landesliste gewählten Abgeordneten ist bei der SPD und bei der CDU/CSU geringer, bei FDP/DVP und DP höher als das der erfolgreichen Wahlkreisbewerber.

#### Die Herkunft der Abgeordneten

Die allgemein interessierende Frage nach der Zahl der Vertriebenen unter den Abgeordneten läßt sich an Hand der bisher vorliegenden Angaben nicht zufriedenstellend beantworten. Es ist beabsichtigt, dieses Problem in Zusammenarbeit mit dem Direktorium des Bundestages zu klären. Vorläufig können nur die Ergebnisse der Auszählungen nach dem Geburtsort der 487 stimmberechtigten Abgeordneten bekanntgemacht werden. Von den Angehörigen der Fraktion der CDU/CSU sind 163, also zwei Drittel (66,8 vH), in dem Lande ihrer Geburt als Abgeordnete gewählt worden, auch bei der FDP ist das bei mehr als der Hälfte der Fall. Von den Abgeordneten der SPD wurden 72 (47,7 vH)

Tabelle 2: Die Abgeordneten des 2. Deutschen Bundestages nach Alter und Geschlecht

Geburtsjahrgänge	CDU/CSU			SPD			FDP/DVP			GB/BHE			DP <sup>1)</sup>		Fraktionslos (Zentrum) <sup>1)</sup>				
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	Anzahl	vH		Anzahl			
	Anzahl			Anzahl			Anzahl			Anzahl			Anzahl						
Stimmberechtigte Abgeordnete																			
1913 und später .....	25	1	26	10,7	26	4	30	19,9	6	—	6	12,5	5	—	5	18,6	1	6,7	—
1903 bis 1912 .....	74	4	78	32,0	45	6	51	33,8	13	—	13	27,1	12	1	13	48,1	5	33,3	—
1893 bis 1902 .....	89	9	98	40,1	45	8	53	35,1	18	2	20	41,6	6	1	7	25,9	6	40,0	—
1892 und früher .....	38	4	42	17,2	17	—	17	11,2	9	—	9	18,8	2	—	2	7,4	3	20,0	2
Zusammen .....	226	18	244	100	133	18	151	100	46	2	48	100	25	2	27	100	15	100	2
darunter in den Wahlkreisen gewählt																			
1913 und später .....	16	—	16	9,3	5	—	5	11,1	2	—	2	14,3	—	—	—	—	—	—	—
1903 bis 1912 .....	51	1	52	30,2	17	—	17	37,8	4	—	4	28,6	—	—	—	—	5	50,0	—
1893 bis 1910 .....	66	3	69	40,1	14	3	17	37,8	7	—	7	50,0	—	—	—	—	4	40,0	—
1892 und früher .....	33	2	35	20,4	6	—	6	13,3	1	—	1	7,1	—	—	—	—	1	10,0	1
Zusammen .....	166	6	172	100	42	3	45	100	14	—	14	100	—	—	—	—	10	100	1
Berliner Abgeordnete																			
1913 und später .....	1	—	1	16,7	2	—	2	18,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1903 bis 1912 .....	—	1	1	16,7	3	1	4	36,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1893 bis 1902 .....	3	—	3	50,0	—	—	—	—	4	—	4	80,0	—	—	—	—	—	—	—
1892 und früher .....	1	—	1	16,6	3	2	5	45,5	—	1	1	20,0	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen .....	5	1	6	100	8	3	11	100	4	1	5	100	—	—	—	—	—	—	—

<sup>1)</sup> Nur männliche Abgeordnete.

Tabelle 3: Die Abgeordneten des 2. Deutschen Bundestages nach Geburtsorten

Der Geburtsort liegt	CDU/CSU				SPD				FDP/DVP				GB/BHE				DP <sup>1)</sup>		Fraktionslos (Zentrum) <sup>1)</sup>
	männl.	weibl.	insgesamt	vH	männl.	weibl.	insgesamt	vH	männl.	weibl.	insgesamt	vH	männl.	weibl.	insgesamt	vH	Anzahl	vH	
im Land der Wahl ...	152	11	163	66,8	62	10	72	47,7	27	—	27	56,2	2	1	3	11,1	6	40,0	2
in einem anderen Land des Bundesgebietes	37	4	41	16,8	24	3	27	17,9	9	—	9	18,8	1	—	1	3,7	3	20,0	—
in Berlin	7	—	7	2,9	9	—	9	6,0	2	—	2	4,2	1	1	2	7,4	1	6,7	—
in der Sowjetzone	6	—	6	2,5	11	3	14	9,3	1	1	2	4,2	3	—	3	11,1	1	6,7	—
im Saargebiet	3	—	3	1,2	1	—	1	0,6	1	—	1	2,1	—	—	—	—	—	—	—
in den deutsch. Ostgeb. unter fremder Verw.	8	—	8	3,3	17	2	19	12,6	3	1	4	8,3	7	—	7	25,9	2	13,3	—
im europ. Ausland	12	3	15	6,1	8	—	8	5,3	3	—	3	6,2	11	—	11	40,8	2	13,3	—
im übrigen Ausland	1	—	1	0,4	1	—	1	0,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	226	18	244	100	133	18	151	100	46	2	48	100	25	2	27	100	15	100	2

<sup>1)</sup> Nur männliche Abgeordnete.

von ihrem Geburtsland als Volksvertreter in das Parlament entsandt. Außerhalb ihres zum Bundesgebiet gehörenden Geburtslandes wurde, abgesehen vom BHE, bei allen Fraktionen ein Fünftel bis ein Sechstel der Abgeordneten gewählt. Der Anteil der in Berlin oder im Gebiete der sowjetischen Besatzungszone geborenen Abgeordneten schwankt zwischen 18,5 vH beim BHE und 15,3 vH bei der SPD einerseits und 5,4 vH bei der CDU/CSU andererseits. Aus dem Saargebiet stammen 3 Abgeordnete der CDU/CSU und je einer der SPD und der FDP. Zwei Drittel der Angehörigen der BHE-Fraktion stammen aus den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung oder aus dem europäischen Ausland. Bei der CDU/CSU sind 9,4 vH, bei der SPD 17,9 vH, bei der FDP 14,5 vH und bei der DP 26,6 vH der Abgeordneten in diesen Gebieten geboren.

### Die Berufsgliederung der Abgeordneten

Die bisher vorliegenden Berufsangaben der Abgeordneten reichen nicht aus für eine genaue Aufgliederung der beruflichen Zusammensetzung der einzelnen Fraktionen des Bundestages. Es ist vorgesehen, die Lebensläufe der Abgeordneten zu gegebener Zeit auszuwerten. Um einen ersten Überblick zu bekommen, wurden die vorhandenen, zum Teil

wenig exakten Angaben nach den bei den amtlichen Berufszählungen unterschiedenen „Berufsabteilungen“ ausgezählt. Das Ergebnis zeigt, daß etwa ein Drittel der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens ausübt, also als Beamter und Angestellter im öffentlichen Dienst oder als Rechtsanwalt und dgl. tätig ist. Beim BHE und bei der FDP wird dieser Durchschnitt überschritten, während nur etwa ein Fünftel der Mitglieder der Fraktion der DP zu dieser Berufsschicht zählt. In Handels- und Verkehrsberufen sind insgesamt 23,4 vH der Abgeordneten vor allem als Kaufleute tätig, wobei der Anteil bei der FDP mit 27,1 vH, vor allem aber bei der DP mit genau einem Drittel erheblich höher liegt. Etwas mehr als ein Zehntel der Mitglieder des Bundestages sind Landwirte. Die CDU/CSU und die DP zählen mit 15,6 vH bzw. 13,3 vH ihrer Fraktionsmitglieder verhältnismäßig mehr Landwirte als die anderen Parteien. Bei der SPD hingegen sind es nur 3 Abgeordnete, die einen landwirtschaftlichen Beruf angegeben haben. Ein weiteres Zehntel der Abgeordneten ist als Lehrer, Schriftleiter oder dgl. tätig. Als Selbständige Berufslose, das sind Pensionierte und Rentner, aber auch Hausfrauen ohne Angabe einer Erwerbsquelle, sind 46 (9,4 vH) Abgeordnete zu bezeichnen. Gö.

Tabelle 4: Die Abgeordneten des 2. Deutschen Bundestages nach Berufsabteilungen

Berufsabteilung	Alle Fraktionen <sup>1)</sup>			CDU/CSU			SPD			FDP/DVP			GB/BHE			DP <sup>2)</sup>						
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	Anzahl	vH					
Landwirtschaftliche Berufe	50	—	50	10,3	38	—	38	15,6	3	—	3	2,0	6	—	6	12,5	1	3,7	2	13,3		
Industrielle und handwerkliche Berufe	36	—	36	7,4	18	—	18	7,4	16	—	16	10,6	1	—	1	2,1	—	—	1	6,7		
Technische Berufe	13	1	14	2,9	5	1	6	2,5	6	—	6	4,0	1	—	1	2,1	—	—	1	6,7		
Handels- u. Verkehrsberufe	112	2	114	23,4	52	—	52	21,3	36	2	38	25,2	13	—	13	27,1	6	22,2	5	33,3		
Berufe der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege	5	5	10	2,1	1	1	2	0,8	1	3	4	2,7	1	—	1	2,1	1	1	2	7,4		
Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens	142	11	153	31,4	74	3	77	31,5	37	7	44	29,1	17	—	17	35,4	11	12	44,5	3	20,0	
Berufe des Geistes- und Kunstlebens	57	3	60	12,3	19	3	22	9,0	29	—	29	19,2	3	—	3	6,2	5	—	5	18,5		
Berufstätige mit unbestimmtem Beruf	4	—	4	0,8	2	—	2	0,8	1	—	1	0,6	1	—	1	2,1	—	—	—	—		
Selbständige Berufslose	28	18	46	9,4	17	10	27	11,1	4	6	10	6,6	3	2	5	10,4	1	—	1	6,7		
Zusammen	447	40	487	100	226	18	244	100	133	18	151	100	46	2	48	100	25	2	27	100	15	100

<sup>1)</sup> Einschl. 2 Abgeordneter der Zentrumspartei (Fraktionslos) als selbständige Berufslose. — <sup>2)</sup> Nur männliche Abgeordnete.

## Landwirtschaft

### Die Bodenbenutzung 1953

#### Endgültige Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung nach Ländern

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis<sup>1)</sup>, das für das Bundesgebiet im September veröffentlicht wurde, ergibt das endgültige Ergebnis<sup>2)</sup> der Bodenbenutzungserhebung 1953 keine bedeutenden Unterschiede. Die für das Bundesgebiet festgestellte Veränderung in der Zusammensetzung der Getreideanbauflächen ist aber in den einzelnen Ländern sehr verschieden, was sich aus dem ungleichmäßigen Witterungsablauf im Herbst 1952 ergibt. So ist z. B. der Anbau von Winterroggen, der im Bundesdurchschnitt um 2,3 vH zugenommen hat, in Norddeutschland gegenüber dem Vorjahr etwas zurückge-

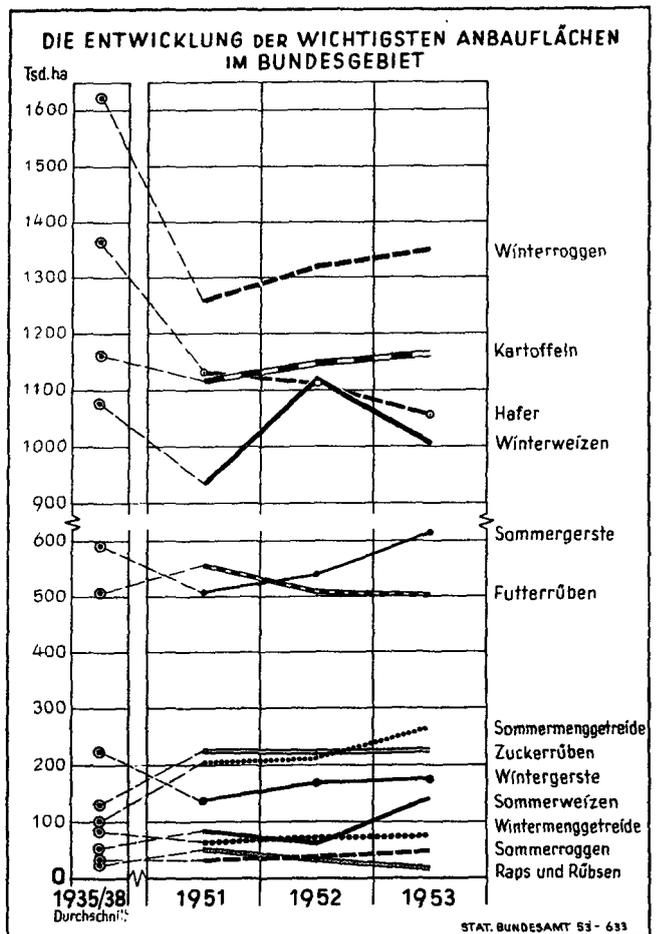
blieben. Dieser Rückgang wurde durch einen verstärkten Anbau von Sommerroggen größtenteils ausgeglichen. In Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind die Flächen beider Roggenarten vermehrt worden, in Bayern jedoch nur die Winterfrucht. Die größten Zunahmen des Winterroggenanbaus wurden in Nordrhein-Westfalen und Bayern mit je annähernd 10 000 ha festgestellt; auf diese beiden Länder entfallen fast zwei Drittel der Gesamtzunahme des Anbaus im Bundesgebiet, die etwas über 30 000 ha beträgt. Die relative Zunahme war am höchsten (7,7 vH) in Baden-Württemberg. Beim Weizen liegen die Verhältnisse etwas anders, da in sämtlichen Ländern z. T. erhebliche Rückgänge der Aussaatflächen von Winterfrucht vorliegen. Bedeutend ist sowohl der relative als auch der absolute Rückgang in Niedersachsen mit 29 vH bzw. rund

<sup>1)</sup> Vgl.: „Wirtschaft und Statistik“, 5. Jg. N. F., Heft 9, September 1953, S. 421. — <sup>2)</sup> Vgl.: „Statistische Monatszahlen“, S. 509\* f.

37 000 ha; die Bestellung des Weizens, der dort vielfach nach Zuckerrüben gesät wird, wurde durch den frühzeitigen Einbruch des Winters und die verspätete Aberntung der Rübenfelder oft unmöglich. Ebenso ist auch in Schleswig-Holstein ein Rückgang des Winterweizenanbaus um 29 vH festgestellt worden, was eine Verminderung der Anbauflächen um fast 16 000 ha bedeutet. In diesen beiden Ländern wurden allerdings die Verminderungen bei der Winterfrucht annähernd durch verstärkten Anbau von Sommerweizen wieder ausgeglichen, dagegen wurde in Nordrhein-Westfalen und den süddeutschen Ländern — mit Ausnahme von Baden-Württemberg — die verringerte Winterweizenfläche nicht durch Sommerweizen ausgeglichen. Im Bundesgebiet ist der Anbau von Winterweizen im ganzen um 116 000 ha verringert und der des Sommerweizens um 80 000 ha erweitert worden. Die Brotgetreidefläche (Weizen, Roggen, Wintermengengetreide zusammen) hat im Bundesgebiet um 0,1 vH zugenommen; auch in den einzelnen Ländern sind mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, dessen Brotgetreidefläche um rund 4 vH kleiner ist als im Vorjahr, keine wesentlichen Veränderungen festzustellen. Der Futtergetreideanbau hat sowohl im gesamten Bundesgebiet, wie auch in allen Ländern, gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Hierbei zeigt sich mit geringen Ausnahmen (Rheinland-Pfalz) eine deutliche Abkehr vom Anbau des Hafers, da er sowohl aus betriebswirtschaftlichen Gründen an Bedeutung verliert (Rückgang des Pferde- und Zunahme des Schlepperbestandes) als auch die Preise dafür keinen Anreiz bieten. Demgegenüber wächst die Bedeutung des Anbaues der übrigen Futtergetreidearten, und zwar im Vergleich der beiden letzten Jahre in der Hauptsache das Sommermengengetreide, dessen Anbaufläche um über 50 000 ha oder über ein Viertel vermehrt wurde. Da gerade der Anbau von Mengengetreide eine größere Sicherung gegenüber Ertragsausfällen durch ungünstige Witterung bedeutet, sind diese Anbauflächen in den letzten Jahren ständig gestiegen. Bei der Gerste hat auch der Anbau von Sommerfrucht, von der ein großer Teil — vor allem in Süddeutschland — als Braugerste Verwendung findet, erheblich zugenommen, da die Absatzverhältnisse zu diesem Verwendungszweck recht günstig waren. In Bayern hat der Anbau dieser Frucht um 33 000 ha, d. s. 11 vH, und in Rheinland-Pfalz, wo auch Braugerste angebaut wird, relativ sogar noch stärker, um über 10 000 ha, d. s. rund 19 vH, zugenommen. Der Wintergersteanbau, der betriebswirtschaftlich sowohl wegen seiner frühen Aussaat, als auch wegen seiner frühen Erntezeit von besonderer Bedeutung ist, nimmt im Laufe der letzten Jahre, vor allem in den klimatisch günstigeren Lagen, ständig zu, da auch durch neue Züchtungen die Anfälligkeit dieser Frucht gegen Auswinterung nachgelassen hat und ihre Erträge bei günstigem Witterungsverlauf recht gut sind.

Das Getreide insgesamt hat nach den endgültigen Ergebnissen der Bodenbenutzungserhebung eine Erweiterung seiner Anbaufläche um 80 000 ha oder 1,7 vH im Vergleich der beiden letzten Jahre aufzuweisen.

Bei den Kartoffeln ergibt sich aus den Marktverhältnissen in den letzten Jahren eine eindeutige Verlagerung zu den mittelfrühen Sorten hin. Der Kartoffelanbau insgesamt hat im Bund um 17 000 ha, d. s. 1,5 vH, zugenommen. Erheblich über dem Bundesdurchschnitt lag die relative Zunahme des Kartoffelanbaues in Nordrhein-Westfalen (+ 2,9 vH) und Baden-Württemberg (+ 2,7 vH). Der seit einigen Jahren zu beobachtende starke Rückgang des Frühkartoffelanbaues ist in diesem Jahr zum Stillstand gekommen. Die Gesamtfläche im Bundesgebiet ist mit rund 66 000 ha um 2,2 vH größer als im Vorjahr, liegt aber wesentlich unter den Anbauflächen früherer Jahre; 1949 wurden z. B. 100 000 ha angebaut. In den einzelnen Ländern ist die Entwicklung zwischen 1952 und 1953 verschieden; so hat von den beiden wichtigsten Frühkartoffel-Anbauländern Niedersachsen eine um 7,3 vH kleinere und Nordrhein-Westfalen eine um 3,8 vH größere Fläche. In den süddeutschen Ländern sind die Frühkartoffel-flächen überall höher als 1952, und zwar bewegen sich die Steigerungen zwischen 6 vH in Rheinland-Pfalz und 17 vH in Hessen. Der Anbau von mittelfrühen Sorten, der zur besseren Verteilung der Arbeiten im Betriebe zunehmend bevorzugt wird, hat im Bundesgebiet von 1952 zu 1953 um fast 42 000 ha,



d. s. 23,5 vH zugenommen. Dafür zeigen die späten Sorten in allen Ländern einen Rückgang der Anbauflächen, der bei Nordrhein-Westfalen sogar 7,5 vH beträgt. Im Bundesdurchschnitt ist die Anbaufläche von Spätkartoffeln um 2,9 vH, d. s. über 26 000 ha, kleiner als im Vorjahr. In der Entwicklung des Zuckerrübenanbaus ergaben sich in diesem Jahr auch einige bemerkenswerte Veränderungen, und zwar dadurch, daß in Schleswig-Holstein und Bayern durch die Inbetriebnahme neuer Fabriken die Anbauflächen um 4,4 bzw. 4,8 vH gestiegen sind. In dem größten Zuckerrübenanbaugbiet, dem Land Niedersachsen, hat die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr auch noch um 1,7 vH zugenommen. Dagegen hat in dem zweitwichtigsten Anbaugbiet Nordrhein-Westfalen infolge der Ausbreitung der Gelbfleckenkrankheit und der dadurch verursachten Ertragsausfälle sowohl an Rübenmasse wie an Zuckergehalt, die Anbaufläche um 2,8 vH abgenommen. An sonstigen bemerkenswerten Veränderungen bei Früchten, die keine so bedeutenden Flächen einnehmen, ist vor allem der starke Anbaurückgang von Ölfrüchten, Flachs und Hanf hervorzuheben, ferner auch eine Einschränkung der Bestellung von Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung um 8 vH. Demgegenüber hat die Gemüseanbaufläche um rund 7 000 ha oder 8 vH zugenommen, worüber auch die spezielle Erhebung über den Anbau<sup>3)</sup> der einzelnen Gemüsearten eingehend Aufschluß gibt.

<sup>3)</sup> Vgl.: „Wirtschaft und Statistik“, 5. Jg. N. F., Heft 9, September 1953, S. 422.

## Die Getreideernte 1953

### Endgültiges Ergebnis

Gegenüber den vorläufigen Berechnungen<sup>1)</sup>, die eine Getreideernte von 11,85 Mill. t für 1953 ergeben hatten, sind bei der Errechnung des endgültigen Ergebnisses<sup>2)</sup> die Gesamterträge mit 11,93 Mill. t festgestellt worden. Die Entwicklungstendenzen, die bereits in den Ausführungen über das vorläufige Ergebnis dargestellt worden sind, lassen sich dahin ergänzen, daß die Getreideernte von 1953 die beste der Nach-

<sup>1)</sup> Vgl.: „Wirtschaft und Statistik“ 5. Jg. N. F. Heft 9, September 1953, S. 422. — <sup>2)</sup> Vgl.: „Statistische Monatszahlen“ S. 511<sup>3)</sup>.

kriegsjahre geworden ist. Es sind rund 6,6 Mill. t Brotgetreide und rund 5,3 Mill. t Futtergetreide (einschließlich Braugerste) geerntet worden, das sind zusammen 4 vH mehr als im Vorjahr. Die diesjährige Ernte überschreitet damit die Vorkriegsernten im Durchschnitt der Jahre 1935/38 um etwa 14 vH und liegt etwa auf der Höhe der Rekordernte des Jahres 1938. Hierbei ist indessen zu berücksichtigen, daß die Vorkriegsernten wohl etwas unterschätzt waren. In der Zusammensetzung der Getreideernte nach den verschiedenen Getreidearten haben sich Unterschiede ergeben, die hauptsächlich aus Witterungsgründen bedingt waren, wie schon im vorigen Bericht dargestellt worden ist. Während 1952 der Roggenanteil an der Getreideernte insgesamt 27,2 vH betrug, beträgt er in diesem Jahr 27,5 vH. Der Weizenanteil ist demgegenüber von 28,7 auf 26,6 vH zurückgegangen, während der Anteil des Wintermenggetreides mit 1,5 vH gleich geblieben ist. Die Brotgetreideernte ist zwar 1953 mit 6,64 Mill. t um rund 56 000 t größer als im Vorjahr, ist aber anteilmäßig von 57,4 auf 55,6 vH zurückgegangen. Dafür ist die Futtergetreideernte sowohl absolut als auch relativ mehr gestiegen. Während der Hafer infolge einer verminderten Anbaufläche, trotz höheren Hektarertrages, über 60 000 t weniger erbrachte, und sein Anteil von 22,8 auf 21,4 vH zurückgegangen ist, wurden bei Sommergerste in diesem Erntejahr über 1/4 Mill. t mehr geerntet als im Vorjahr; ihr Anteil an der Gesamtgetreideernte stieg von 11 auf 12,9 vH. Auch bei Sommermenggetreide und Wintergerste ist die Entwicklung, wenn auch nicht in demselben Ausmaße, so doch in der gleichen Richtung verlaufen.

Die Entwicklung des Getreidebaues 1953 gegen 1952 im Bundesgebiet

Fruchtart	Anbauflächen				Gesamtertrag			
	1953	1952	1953	1952	1953	1952	1953	1952
	1000 ha		vH		1000 t		vH	
Winterroggen . . .	1 348	1 318	28,5	28,3	3 193	3 049	26,8	26,6
Sommerroggen . . .	45	38	0,9	0,8	87	70	0,7	0,6
Winterweizen und Spelz . . . . .	1 015	1 132	21,4	24,3	2 800	3 141	23,4	27,4
Sommerweizen . . .	141	61	3,0	1,3	379	150	3,2	1,3
Wintermenggetreide . . . . .	74	73	1,6	1,6	179	172	1,5	1,5
Brotgetreide . . .	2 623	2 622	55,4	56,3	6 638	6 582	55,6	57,4
Wintergerste . . . .	176	169	3,7	3,6	535	493	4,5	4,3
Sommergerste . . . .	612	538	13,0	11,6	1 537	1 264	12,9	11,0
Hafer . . . . .	1 055	1 112	22,3	23,9	2 554	2 616	21,4	22,8
Sommermenggetreide . . . . .	265	212	5,6	4,6	668	514	5,6	4,5
Futtergetreide . . .	2 108	2 031	44,6	43,7	5 294	4 887	44,4	42,6
Getreide insgesamt (ohne Kornermais)	4 731	4 653	100	100	11 932	11 469	100	100

In den einzelnen Ländern ergaben sich gegenüber dem Vorjahr zum Teil erhebliche Unterschiede in den Ernten der verschiedenen Getreidearten, da sich nicht nur die Anbauflächen, sondern auch die Hektarerträge regional unterschiedlich entwickelt haben.

Die Hektarerträge lagen 1953 für Getreide insgesamt in fast allen Bundesländern über den entsprechenden Vorjahrswerten. Wesentlich stärker als im Bundesdurchschnitt (+ 2,4 vH) war der Mehrertrag in Rheinland-Pfalz (+ 4,4 vH) und in Hessen (+ 9,3 vH), da er sich in diesen Ländern infolge der vorjährigen Dürreschäden aus verhältnismäßig niedrigen Vergleichszahlen berechnet. Mindererträge ergaben sich nur in Nordrhein-Westfalen (— 0,8 vH) und in Schleswig-Holstein (— 1,8 vH), z. T. infolge besonders guter Erträge im Vorjahr. Beim Brotgetreide, das in der Hauptsache als Winterung angebaut wird, war der Mehrertrag in diesem Jahr im Bundesdurchschnitt (+ 0,8 vH) relativ kleiner als beim Futtergetreide (+ 4,1 vH), das meist aus Sommerfrucht besteht. Während beim Brotgetreide in den Ländern des mittleren und südlichen Bundesgebietes bessere, in den drei norddeutschen Ländern dagegen schlechtere Hektarerträge festgestellt wurden, ergeben sich beim Futtergetreide in Nordrhein-Westfalen gleiche, in allen übrigen Ländern aber durchweg bessere Hektarerträge als im Vorjahr. Am stärksten war der Mehrertrag bei Futtergetreide in Hessen (+ 11,2 vH) und in Rheinland-Pfalz (+ 10,1 vH) und bei Brotgetreide in Hessen (+ 7,8 vH), während der stärkste Min-

derertrag bei Brotgetreide in Schleswig-Holstein (— 4,2 vH) festgestellt wurde.

Die Ernte an Brotgetreide war im Bundesgebiet um 0,9 vH größer als im Vorjahr. Von den wichtigeren Bundesländern hatten allerdings nur Bayern (+ 2,6 vH), Baden-Württemberg (+ 3,8 vH) und Hessen (+ 8,3 vH) höhere, alle übrigen Länder dagegen kleinere Brotgetreideernten. Den stärksten Ausfall gegenüber dem Vorjahr hatte Rheinland-Pfalz (— 4,0 vH). Von den wichtigeren Brotgetreidearten hat der Roggen in diesem Jahr eine um 5,2 vH größere, der Weizen dagegen eine um 3,4 vH kleinere Ernte erbracht als im Vorjahr. Die Roggenernte war in allen Ländern außer Schleswig-Holstein (— 0,7 vH) größer, besonders in Rheinland-Pfalz (+ 14,1 vH) und in Hessen (+ 14,3 vH). Die Weizenernte übertraf dagegen nur in Hessen (+ 2,3 vH) und in Baden-Württemberg (+ 4,1 vH) die vorjährige Ernte, in allen anderen Ländern war sie kleiner, besonders in Niedersachsen (— 11,0 vH) und Rheinland-Pfalz (— 19,3 vH).

Die Ernte an Futtergetreide übertraf im Bundesgebiet die entsprechende Vorjahrserte um 8,3 vH, wobei sich in den einzelnen Ländern Mehrernten zwischen 1,9 vH (Schleswig-Holstein) und 18,9 vH (Rheinland-Pfalz) ergaben. Von den einzelnen Futtergetreidearten brachten im Bundesgebiet Sommergerste (+ 21,5 vH) und Sommermenggetreide (+ 30,0 vH) und in geringerem Ausmaß auch Wintergerste (+ 8,4 vH) höhere Ernten, während die Haferernte um 2,4 vH geringer war als im Vorjahr.

Die Gesamternte an Getreide übertraf 1953 die Vorjahrserte im Bundesgebiet um 4 vH. Sie war auch in fast allen Ländern größer als im Vorjahr, besonders in Rheinland-Pfalz (+ 6,6 vH), Baden-Württemberg (+ 7,0 vH) und in Hessen (+ 10,8 vH), während sie in Schleswig-Holstein nur um 0,4 vH unter der dort besonders guten Vorjahrserte blieb. Ro./Eh.

## Die Kartoffelernte 1953

### Vorläufiges Ergebnis

Vorschätzungen der Kartoffelernte zu einem frühen Zeitpunkt können nur Annäherungswerte ergeben, weil die Kartoffeln, deren Ernte sich über den langen Zeitraum vom Juni (Frühkartoffeln) bis Oktober (Spätkartoffeln) erstreckt, noch während dieser Monate sich in unvorhersehbarer Weise entwickeln. Witterung und Krankheiten wirken auf die relativ große Zahl der zur Zeit angebauten Sorten verschiedenartig ein. Schließlich ist der Ertrag der unter der Erde befindlichen Knollen nach dem Stand der oberirdischen Pflanzenteile nur unsicher zu beurteilen. Zuverlässigere Ergebnisse lassen sich durch Proberodungen kurz vor der Ernte gewinnen, wie sie seit 1948 durch die „Besonderen Ernteermittlungen“ systematisch durchgeführt wurden. Nach den bis Anfang Oktober vorliegenden Ergebnissen dieser Rodungen ergibt sich, daß man in diesem Jahr mit einer Kartoffelernte von etwa 24,3 Mill. t im Bundesgebiet rechnen kann. Damit liegt die diesjährige Kartoffelernte um etwa 1/2 Mill. t höher als im Vorjahr, was hauptsächlich auf die Erhöhung der Anbauflächen um 1,4 vH zurückzuführen ist. Die Hektarerträge sind im Durchschnitt des Bundesgebietes nur wenig höher als 1952, wobei sich allerdings erhebliche regionale Unterschiede ergeben. Die Frühkartoffelernte war 1953 mit 1,06 Mill. t um rund 30 000 t höher als im Vorjahr, wofür in der Hauptsache auch eine Ausweitung der Anbauflächen die Ursache war. Bei den späteren Sorten scheinen sich die Ernterwartungen infolge starken Phytophthora-Befalls (Krautfäule) nicht ganz zu erfüllen. Die ertragreicheren Spätkartoffelsorten sind auch anteilmäßig etwas zurückgegangen. Für das diesjährige Kartoffelangebot ist entscheidend, daß die bayerische Kartoffelernte um etwa ein Viertel höher ausgefallen ist als im Vorjahr. Für Bayern wie für die norddeutschen Länder werden Durchschnittserträge zwischen 215 und 230 dz je Hektar erwartet, während die übrigen Länder mit durchschnittlichen Hektarerträgen von 180 bis 200 dz rechnen. Damit werden die Spätkartoffelernten in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen etwa auf der Höhe des Vorjahres oder nur wenige Prozent darunter geschätzt, während Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zunächst niedrigere Gesamternten erwarten. Doch wird hier erst die Ro-

dung der späten Sorten eine genaue Feststellung erlauben. Immerhin würde die Kartoffelernte im Bundesgebiet 1953 über den Ernten aller Nachkriegsjahre, mit Ausnahme der Rekordernte von 1950, die beinahe 28 Mill. t erreicht hat, liegen. Ro.

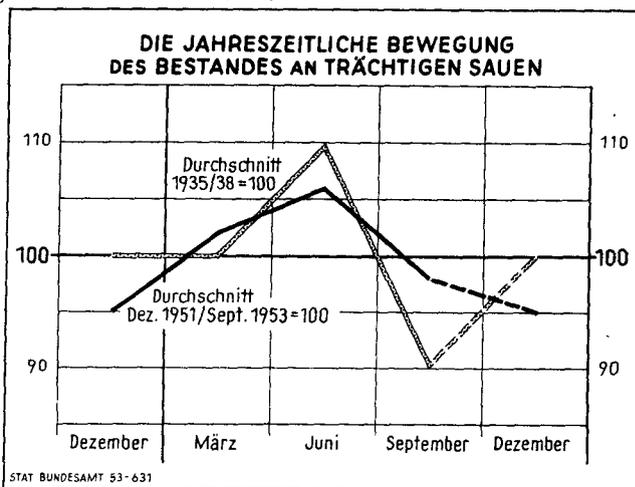
### Der Schweinebestand am 3. September 1953

Am 3. September 1953 wurden im Bundesgebiet insgesamt etwa 12,6 Mill. Schweine gezählt. Das sind rund eine dreiviertel Million (—5,6 vH) weniger als im September 1952 und erstmalig seit 1950 auch weniger (—1,9 vH) als im Septemberdurchschnitt der Vorkriegszeit (1935/38). Wie schon im Juni 1953<sup>1)</sup> war der Rückgang des Schweinebestandes stärker, als auf Grund der Ergebnisse der vorhergegangenen Schweinezählung zu erwarten gewesen wäre. Das erhebliche Absinken der Bestandszahlen ist vor allem daraus zu erklären, daß in den zwischen den Zählterminen liegenden Monaten Juni, Juli und August 1953 insgesamt 2,65 Mill. Schweine geschlachtet wurden, das heißt, etwa 300 000 Schweine mehr, als nach den Ergebnissen der Junizählung veranschlagt waren. Der Bestand an Schlacht- und Mastschweinen ging demzufolge auch besonders stark zurück. Er wurde gegenüber dem September des Vorjahres um mehr als eine halbe Million (—17,1 vH) bis auf 2,7 Mill. vermindert. Dagegen konnte sich die Zahl der Jungschweine mit 5,65 Mill. auf der vorjährigen Höhe halten. Der fortgesetzt schnelle Umtrieb, durch den die andauernd hohen Schlachtungsziffern bei gleichzeitigem Rückgang der Bestandszahlen überhaupt erst ermöglicht wurden, hätte eigentlich vermuten lassen, daß in immer zunehmendem Maße Tiere aus dem Läuferbestande vorzeitig zu den Mastschweinen versetzt worden wären. Dieses hätte einerseits zu einer Verringerung des durchschnittlichen Schlachtgewichts der Schlachtschweine und andererseits zu einer Verkleinerung der Zahl der Jungschweine führen müssen. Entgegen dieser Vermutung ist aber das durchschnittliche Schlachtgewicht der Schweine mit 91 kg vom Juni bis August 1953 gleich geblieben. So ist anzunehmen, daß infolge der verhältnismäßig günstigen Preisrelationen zwischen Schweinefleisch und Kraftfutter die Schweinehalter in steigendem Maße veranlaßt worden sind, zu neuzeitlicheren Methoden der Schweinemast überzugehen und dadurch auch bei jüngeren Schlachtieren die Gewichte annähernd konstant zu halten. Ferner ist auch der Zugang von den Ferkeln her groß genug gewesen, um den Abgang der Jungschweine zu den Schlachtschweinen auszugleichen. Dem entspricht, daß die Zahl der Ferkel mit rund 3,17 Mill. um 4,3 vH unter der Septemberzahl des Vorjahres lag, obwohl der aus der Bestandsvermehrung der Schweine und der Zahl der Schlachtungen (Abgänge) seit der vorhergegangenen Zählung berechnete theoretische Zugang an Ferkeln je trächtige Sau des Junibestandes nicht kleiner war als vor einem Vierteljahr.

Die Zahl der trächtigen Sauen lag mit rund 570 000 um 4,3 vH unter dem September des Vorjahres und um 6,7 vH unter dem Juni 1953. Gemessen am Vorkriegsdurchschnitt (1935/38 = 100) war der Stand der trächtigen Sauen = 105 und ein Vierteljahr zuvor im Juni 1953 = 92. Aus diesen Meßzahlen kann aber noch nicht gefolgert werden, daß die hierdurch angezeigte Zunahme in vollem Umfange als eine außersaisonale Ausweitung der Sauendeckungen anzusprechen wäre. Während vor dem Kriege der Bestand an träch-

<sup>1)</sup> Vgl.: „Wirtschaft und Statistik“ 5. Jg., N. F., Heft 7, S. 314.

tigen Sauen im September relativ am niedrigsten war, wurden in den letzten zwei Jahren die Sauendeckungen teilweise in den Herbst vorverlegt, damit eine gleichmäßigere Verteilung der Ferkelgeburten über das ganze Jahr hin erreicht und die Stabilität des Schweinemarktes erhöht würde. Durch technische Verbesserungen in den Stalleinrichtungen wurde eine solche Maßnahme begünstigt. Demzufolge war die Zahl der trächtigen Sauen in den letzten Jahren im September vergleichsweise höher und erreichte erst im Dezember ihren jahreszeitlichen Tiefstand.



Der Rückgang der Zahl der trächtigen Sauen im September gegenüber dem Juni, der im Vorkriegsdurchschnitt etwa 18 vH und 1951 noch 15,8 vH betragen hatte, war schon 1952 — wie aus der weiteren Bestandsentwicklung hervorgeht, im wesentlichen aus den oben erwähnten strukturellen Gründen — mit 8,2 vH erheblich geringer. 1953 belief er sich nur noch auf 6,7 vH. Wenn unterstellt wird, daß die Zahl der Sauendeckungen in ähnlichem Verhältnis wie im Vorjahre auch 1953 auf die Jahreszeiten verteilt wird, könnte die kleine Differenz zwischen dem vorjährigen und diesjährigen Rückgang der Zahl der trächtigen Sauen von Juni zu September darauf zurückzuführen sein, daß infolge der nicht ungünstigen Preis- und Futterlage auch konjunkturellen Beweggründen stattgegeben wurde. In diesem Fall würden in den Ergebnissen der Septemberzählung 1953 die ersten Ansätze zu einer im Hinblick auf die künftige Fleischversorgung erwünschten Ausweitung der Sauendeckungen zu sehen sein.

Die regionale Veränderung der Schweinebestände ist aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Le

Veränderung des Schweinebestandes in den Ländern  
Zu- (+) bzw. Abnahme (—) 3. Sept. 1953 gegenüber 3. Sept. 1952  
in vH

Land	Schweine insgesamt	darunter			
		trächtige Sauen	Ferkel	Jungschweine	Schlachtschweine
Bundesgebiet ...	—5,6	—4,3	—4,3	—	—17,1
Schlesw.-Holst.	—5,3	—3,0	—2,8	—0,9	—21,0
Niedersachsen	—3,7	—3,0	—2,0	+0,3	—13,6
Nordrh.-Westf.	—7,1	—8,3	—4,2	—	—19,6
Hessen	—9,6	—7,7	—10,2	—3,3	—18,5
Rheinland-Pfalz	—8,8	—8,8	—9,5	+0,6	—24,4
Baden-Württbg.	—7,0	—4,7	—9,7	+1,4	—19,8
Bayern	—3,5	—0,1	—3,0	+0,7	—12,2

## Industrie

### Die industrielle Produktion im September 1953

#### Lebhafte Zunahme der Gesamtproduktion

Die herblichen Auftriebendenzen in der Industriewirtschaft haben im September zu einer starken Erhöhung der Produktion geführt. Der arbeitstäglich berechnete Produktionsindex (1936 = 100), der einen Stand von 152,8 im Juli und von 154,0 im August zeigte, stieg im September auf 164,8, was einer Zunahme um 7 vH entspricht. Das Produktionsniveau, das im 1. Quartal 1953 um rund 5 vH und im 2. Quartal um rund 10 vH über den entsprechenden Quartalen von

1952 lag, überschritt damit auch im 3. Vierteljahr das entsprechende Vorjahresergebnis recht erheblich (+9 vH). Im ganzen ergibt sich für die ersten neun Monate des Jahres 1953 eine Zunahme von 8,3 vH gegenüber dem Durchschnitt von Januar bis September 1952.

Die Belebung der Industrieproduktion kam im September in fast allen Industriezweigen deutlich zum Ausdruck. Bemerkenswert erscheint vor allem die Tatsache, daß die Investitionsgüterindustrien, deren konjunkturelle Lage in letzter Zeit unterschiedlich beurteilt wurde, im September die stärkste Produktionszunahme auf-

wiesen (+ 11 vH)<sup>1)</sup>, wobei die Grundlage für diese anscheinend über das saisonübliche Ausmaß hinausgehende Entwicklung vor allem die wachsende inländische Nachfrage gewesen sein dürfte. Demgegenüber hielt sich die Produktionszunahme bei den Verbrauchsgüterindustrien (+ 9 vH) im ganzen gesehen etwa im saisonalen Rahmen. Es ist allerdings zu beachten, daß der sommerliche Rückgang der Verbrauchsgütererzeugung in diesem Jahr wesentlich schwächer war als 1952 und bereits im August ein relativ hohes Produktionsniveau erreicht worden ist. Im Bergbau (+1,6 vH) sowie bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 4,3 vH) waren die Produktionssteigerungen naturgemäß weniger intensiv, jedoch geht die Entwicklung auch hier trotz der nach wie vor gehemmten Erzeugung der Stahlindustrie geringfügig über das saisonal zu erwartende Ausmaß hinaus. Die baugewerbliche Erzeugung (Rohbauten) hat im September nur noch geringfügig zugenommen (+ 1,1 vH), bewegte sich jedoch seit Mai auf erheblich höherem Niveau als im Vorjahr.

Entwicklung der Industrieproduktion  
arbeitstäglich 1936 = 100

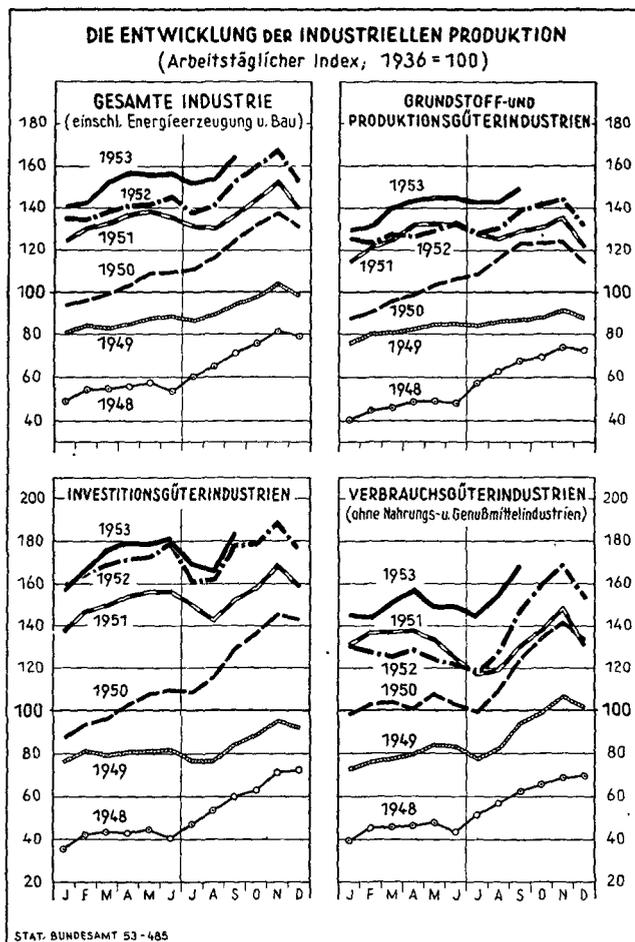
Monat	Gesamte Industrie <sup>1)</sup>	Verarbeitende Industrie				
		insgesamt	Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	Investitions-güterindustrien	Verbrauchs-güterindustrien <sup>2)</sup>	Nahrungs- und Genußmittel-industr.
1952						
August . . . . .	141	138	131	161	127	123
September . . . . .	153	151	139	178	147	127
Oktober . . . . .	160	159	142	179	160	156
November . . . . .	167	167	144	189	170	174
Dezember . . . . .	153	153	131	177	153	153
1953						
Januar . . . . .	141	140	129	158	145	117
Februar . . . . .	143	142	132	167	143	112
März . . . . .	152	151	140	175	151	124
April . . . . .	157	156	144	179	156	136
Mai . . . . .	157	155	145	179	149	139
Juni . . . . .	158	157	146	182	149	143
Juli . . . . .	153	151	144	169	147	139
August <sup>3)</sup> . . . . .	154	152	143	166	155	141
September <sup>3)</sup> . . . . .	165	164	149	184	169	150

<sup>1)</sup> Einschl. Energieerzeugung und Bau. — <sup>2)</sup> Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. — <sup>3)</sup> Vorläufige Zahlen.

### Erhöhung der Bergbauproduktion

Nachdem die Bergbauproduktion bereits im Vormonat den sommerlichen Tiefstand überschritten hatte, trat im September eine auch in den vergangenen Jahren zu beobachtende stärkere Zunahme der Gesamtproduktion ein (+ 1,6 vH), an der alle Zweige dieser Gruppe beteiligt waren. Die seit April fast stetig rückläufige Steinkohlenförderung ist mit dem Abklingen der Urlaubsperiode erstmalig wieder gestiegen (+ 1,2 vH), wobei die etwas gesunkene Schichtleistung durch eine Erhöhung der Unter-Tage-Belegschaft ausgeglichen wurde. Die arbeitstäglich Förderung (399 200 t) übertraf das entsprechende Vorjahresniveau — wie schon im August — nur geringfügig (0,8 vH). Die nochmals verminderte Koks-erzeugung (— 1,6 vH) lag zwar mit arbeitstäglich 95 200 t ebenso hoch wie im gleichen Vorjahresmonat, gegenüber dem bisherigen Höchststand im 1. Quartal 1953 ist jedoch infolge der Situation in der eisenschaffenden Industrie, deren Koks-erzeugung in Eigenanlagen sogar noch stärker (— 14 vH) gedrosselt wurde, ein Produktionsrückgang von 4,4 vH zu verzeichnen. Die immer noch schwache Nachfrage ließ bei den Zechen die Koksbestände um 483 000 t auf fast 2,1 Mill. t anwachsen, dagegen konnten die Kohlenhalden (0,5 Mill. t), teils wohl im Zusammenhang mit der erhöhten Herstellung von Steinkohlenbriketts (+ 26 vH), etwas abgebaut werden. Im Braunkohlenbergbau setzte sich die jahreszeitliche Fördersteigerung fort (+ 2,1 vH), während hier die Brikettproduktion unverändert blieb. Die ebenfalls durch die Produktionslage bei den Hochofenwerken bedingte, seit April rückläufige Entwicklung des Eisenerzbergbaus wurde im September von einer bemerkenswerten Förderzunahme (+ 3,6 vH) abgelöst, obwohl der Versand an hüttenfertigen Erzen weiter zurückgegangen ist. Der Metall-erz-

<sup>1)</sup> Sämtliche vH-Zahlen und Ausführungen im Text beziehen sich auf die arbeitstäglich Produktion (September 26, August 25,8 im Bundesdurchschnitt, Juli 27 Arbeitstage). Absolute Produktionszahlen siehe „Statistische Monatszahlen“, S. 516\* f., sowie „Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland“, Teil 2, 3. Jg., Nr. 9.



bergbau (+ 3,0 vH), der Kali- und Steinsalz-bergbau (+ 6,8 vH) und die Erdölgewinnung (+ 1,3 vH) haben mit ihren Produktionssteigerungen einen neuen Nachkriegshöchststand erzielt.

### Grundstoffproduktion beachtlich gestiegen

Bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ist die Gesamterzeugung, die im allgemeinen weniger ausgeprägte Schwankungen aufweist und seit Mai auf hohem Niveau verharnte, um 4,3 vH gestiegen. Diese Zunahme wurde in erster Linie von der chemischen Industrie (+ 6,3 vH) getragen, deren einzelne Sparten fast sämtlich an der Aufwärtsentwicklung beteiligt waren. Im wesentlichen saisonbedingt waren die Produktionssteigerungen bei pharmazeutischen Erzeugnissen (+ 21 vH), Teerfarbstoffen (+ 13 vH), Chemiefasern (+ 5,5 vH) und Anstrichmitteln (+ 5,1 vH). Annähernd unverändert blieb dagegen die Gesamterzeugung an Düngemitteln bei unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Sorten: Rückgängen bei Kokereistickstoff (— 6,7 vH) und Thomasphosphat (— 13 vH) infolge der verminderten Koks- bzw. Stahlerzeugung, stand eine erhöhte Erzeugung an Düngemitteln aus Synthese-Ammoniak (+ 4,5 vH) und an sonstigen Phosphordüngemitteln (+ 20 vH) gegenüber. Die erhebliche Zunahme in der Kautschukindustrie (+ 11,3 vH) beruht auf einer Erhöhung der Produktion von Bereifungen (+ 13 vH), die mit der Belebung im Fahrzeugbau zusammenhängt, sowie auf einer saisonbedingten Zunahme der Herstellung von Weich- und Hartgummiwaren (+ 10 vH).

Die Produktion der Industriegruppe Steine und Erden, die im September meist den saisonalen Höchststand erreicht, ist nochmals etwas gestiegen (+ 1,5 vH); sie übertraf im 3. Quartal ihr entsprechendes Vorjahresniveau um fast 10 vH. Von den wichtigeren Erzeugnissen wiesen im September namentlich Mauer- und Dachziegel (+ 3,7 vH), Zement (+ 1,6 vH) und feuerfeste Erzeugnisse (+ 2,1 vH) nach Abschwächungen im Vormonat wieder Zunahmen auf; lediglich die Gewinnung von Natursteinen, die im 3. Quartal mit der beachtlichen Zuwachsrate von 18 vH gegenüber dem vergleichbaren Vor-

jahreszeitraum erstmalig über dem Vorkriegsstand (1936) lag, ging etwas zurück (-3,4 vH). In der Flachglas-erzeugung hat sich der seit Juni anhaltende Produktionsanstieg in verstärktem Maße fortgesetzt (+15,4 vH).

Der bisher rückläufigen Entwicklung in der eisen-schaffenden Industrie folgte im September eine schwache Zunahme (+0,5 vH), die aber allein durch einen erhöhten Ausstoß an Walzstahlfertigerzeugnissen (+1,5 vH) verursacht wurde. Hieraus kann in Anbetracht des erneuten Rückgangs der Roheisen- und Rohstahlproduktion (-0,5 bzw. -2,2 vH) sowie der Auftragseingänge<sup>2)</sup> im August nicht auf eine Überwindung der Absatzstockungen geschlossen werden. Die Erzeugung der Eisengießereien, die sich allerdings im Vergleich zu 1951 und 1952 auf relativ niedrigem Niveau bewegt, hat sich bei verbesserter Auftragslage erhöht (+3,8 vH). In der NE-Metallindustrie führte eine Nachfragebelebung zu einer Produktionszunahme bei den Halbzeugwerken (+3,4 vH) und im Zusammenhang damit ebenfalls bei allen wichtigen Hüttenmetallen.

#### Kräftige Belebung bei den Investitionsgüterindustrien

Die Produktionszunahme in der vorwiegend Investitionsgüter herstellenden eisen- und metallverarbeitenden Industrie (+11 vH), die sich auf fast alle wesentlichen Erzeugnisse dieses Bereichs erstreckte, stellt zwar zum großen Teil einen Ausgleich gegen die in den beiden Vormonaten herrschende sommerliche Geschäftsstille dar, doch sind zweifellos noch immer konjunkturelle Auftriebsmomente wirksam. Abgesehen davon, daß der Umfang der Zunahme die saisonalen Erwartungen übertroffen hat, liegt das gesamte 3. Quartal deutlich über dem vergleichbaren Zeitraum 1952 (+3,6 vH). Zwar ist nach der Deckung des hauptsächlichlichen Nachhol- und Wiederaufbaubedarfs eine Verzögerung des Anstiegstempos und eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Zweigen dieses Bereichs festzustellen, doch bilden die Rationalisierungsinvestitionen, die immer noch gute Nachfrage aus dem Baugewerbe sowie — besonders bei den konsumnahen Erzeugnissen — saisonale Momente ein ausreichendes Gegengewicht gegen die teilweise vorhandenen Abschwächungstendenzen.

#### Veränderungen des Produktionsindex der Investitionsgüterindustrien vH

Industriegruppe	Sept. 1953 gegen Aug. 1953		3. Vj. 1953 gegen 3. Vj. 1952	
	Investitionsgüterindustrien	+ 11,0		+ 3,6
darunter:				
Stahlbau (einschl. Waggonbau)	+ 7,5		+ 36,2	
Maschinenbau	+ 11,4		- 2,0	
Fahrzeugbau	+ 16,8		+ 1,3	
Elektrotechnik	+ 8,8		+ 13,9	
Feinmechanik und Optik	+ 13,5		+ 9,1	
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Stahlverformung)	+ 8,5		- 5,2	

Im Stahlbau (+7,5 vH) wiesen fast alle wesentlichen Erzeugnisse Steigerungen auf. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, zeigte die Stahlbauproduktion im 3. Quartal eine besonders starke Erhöhung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Im Maschinenbau (+11,4 vH) hat vor allem die Produktion von Metallbearbeitungsmaschinen, Verbrennungsmotoren, Bergbaumaschinen, Büromaschinen und Landmaschinen zugenommen. Auch bei wichtigen Maschinen für die Konsumgüterindustrien wie Textilmaschinen, Nähmaschinen und Schuh- und Lederindustriemaschinen waren Steigerungen zu beobachten. Ein merklicher Rückgang ergab sich lediglich bei den Maschinen für die Bauwirtschaft, deren Produktion aber noch immer ein sehr hohes Niveau hält. Dennoch liegt die Produktion des Maschinenbaus im ganzen verhältnismäßig niedrig; das entsprechende Vorjahresergebnis ist im Gegensatz zu den meisten anderen Zweigen der Investitionsgüterindustrien nicht erreicht worden. Im Fahrzeugbau (+16,8 vH) hatte die Herstellung von Personen- und Lastkraftwagen nach den sommerlichen Produktionseinschränkungen eine starke, vor allem vom Inlandsgeschäft

<sup>2)</sup> Vgl. Der Bundesminister für Wirtschaft: „Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland“, Teil B, August 1953.

#### Indexziffern der industriellen Produktion arbeitstäglich 1936 = 100

Industriegruppe	1952		1953		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) Sept. 1953 gegen Aug. 1953 in vH
	Aug.	Sept.	Aug. <sup>1)</sup>	Sept. <sup>1)</sup>	
Zahl der Arbeitstage	25,8	26	25,8 <sup>2)</sup>	26	+ 0,8
Gesamte Industrie	141,0	152,6	154,0	164,8	+ 7,0
Industrie ohne Bau	140,0	152,1	153,1	164,4	+ 7,4
Industrie ohne Energieerzeug. u. Bau	136,9	148,9	150,2	161,3	+ 7,4
Bergbau	123,9	125,6	127,6	129,6	+ 1,6
Verarbeitende Industrie	138,1	151,1	152,2	164,2	+ 7,9
Energieerzeugung	189,4	202,4	200,4	214,1	+ 6,8
Bau	160,9	164,1	172,0	173,9	+ 1,1
Bergbau					
darunter:					
Kohlenbergbau	109,2	110,5	110,4	111,7	+ 1,2
Eisenerzbergbau	203,6	205,4	173,5	179,3	+ 3,6
Kali- und Steinsalzbergbau	181,0	189,4	190,2	203,2	+ 6,8
Erdölgewinnung	406,8	415,1	516,2	523,1	+ 1,3
Verarbeitende Industrie					
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	130,6	139,3	143,3	149,4	+ 4,3
darunter:					
Industrie der Steine und Erden	127,8	134,4	140,3	142,4	+ 1,5
Eisen- und Stahlherzeugung	106,6	110,9	94,7	95,2	+ 0,5
Eisen-, Stahl- u. Tempergießerei	110,7	118,2	99,7	103,5	+ 3,8
NE-Leichtmetall-Hüttenprod.	217,4	227,2	216,6	220,5	+ 1,8
NE-Schwermetall-Hüttenprod.	118,7	115,7	127,5	135,0	+ 5,9
NE-Metall-Halbzeugprod.	89,2	97,2	115,9	119,8	+ 3,4
Chemische Industrie <sup>3)</sup>	150,8	161,9	180,4	191,8	+ 6,3
Chemische Faserherzeugung	209,8	232,9	295,8	312,2	+ 5,5
Mineralölverarbeitung	224,3	247,4	262,0	277,4	+ 5,9
Gummiverarbeitung	146,6	161,4	164,3	182,8	+ 11,3
Flachglasherzeugung	135,5	149,6	157,0	181,1	+ 15,4
Zellstoff- und Papierherzeugung	89,1	97,6	120,5	124,6	+ 3,4
Investitionsgüterindustrien	161,5	178,3	166,0	184,2	+ 11,0
darunter:					
Stahlbau	95,6	103,1	128,4	138,0	+ 7,5
Maschinenbau	174,4	194,9	171,4	190,9	+ 11,4
Fahrzeugbau	196,1	211,9	188,0	219,5	+ 16,8
Elektrotechnik	278,9	303,7	314,4	342,0	+ 8,8
Feinmechanik und Optik	153,8	178,6	176,1	199,8	+ 13,5
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie <sup>4)</sup>	123,2	137,6	117,0	126,9	+ 8,5
Verbrauchsgüterindustrien <sup>5)</sup>	127,2	147,1	154,6	168,7	+ 9,1
darunter:					
Feinkeramische Industrie	123,8	133,5	131,1	142,2	+ 8,5
Hohlglasherzeugung	239,6	234,1	271,4	278,0	+ 2,4
Lederherzeugung	73,9	82,0	77,4	77,3	- 0,1
Schuhindustrie	83,1	103,2	92,6	109,2	+ 17,9
Textilindustrie	114,3	141,5	143,3	156,6	+ 9,3
Nahrungs- und Genußmittelind.	123,0	127,3	140,7	150,1	+ 6,7
darunter:					
Nahrungsmittelindustrie	128,8	152,9	155,4	179,5	+ 15,5
Tabakverarbeitung	106,3	108,6	115,9	119,2	+ 2,8
Energieerzeugung					
davon:					
Elektrizitätserzeugung	208,0	223,2	222,0	239,9	+ 8,1
Gasherzeugung	131,8	137,8	133,1	134,1	+ 0,8

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen. — <sup>2)</sup> Bayern 25, Baden-Württemberg 25,7, übrige Länder 26 Arbeitstage. — <sup>3)</sup> Einschl. Kohlenwertstoffindustrie, ohne Chemische Faserherzeugung. — <sup>4)</sup> Einschl. Stahlverformung. — <sup>5)</sup> Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

ausgehende Zunahme aufzuweisen. Die Erzeugung von Kraft- rädern war dagegen rückläufig; die Produktion im 3. Quartal lag um 24 vH unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Die sehr starken Auftriebendenzen der letzten Jahre sind demnach in den letzten Monaten nicht mehr wirksam gewesen. Die Produktion der Elektroindustrie zeigte sowohl gegenüber dem August (+8,8 vH) als auch beim Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahresmonat (+13 vH) eine Fortsetzung der hier besonders stark nach oben gerichteten Tendenz. Die Zunahme von August auf September war vor allem auf die Steigerungen bei umlaufenden Maschinen, Transformatoren, Installationsgeräten und Drahtleitungen zurückzuführen, sowie auf einen seit langem nicht erreichten besonders hohen Stand der Glühlampenerzeugung und auf den saisonalen Auftrieb bei den Rundfunkgeräten. Die Herstellung von Kabeln war rückläufig, hielt sich aber auf beachtlichem Niveau. In der feinmechanischen und optischen Industrie (+13,5 vH) waren Produktionszunahmen bei den Augengläsern und den Projektions- und Kino- geräten festzustellen, auch die Herstellung von Fotoapparaten und Uhren ist, saisonbedingt, stark gestiegen. Die

Produktion von Mikroskopen wies eine vorwiegend vom Ausfuhrgeschäft herrührende Abnahme auf. Die Produktion der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung) stieg im September um 8,5 vH. Dabei zeigten alle wesentlichen Erzeugnisse Produktionszunahmen, doch liegt das Produktionsniveau dieser Industriegruppe nach wie vor verhältnismäßig niedrig.

#### Weiterer Saisonanstieg bei den Verbrauchsgüterindustrien

In den Industrien, die vorwiegend Verbrauchsgüter herstellen, folgt auf den sommerlichen Produktionstiefstand des Juli regelmäßig ab August eine bis November anhaltende Aufwärtsentwicklung. Im Zuge dieses Saisonaufschwungs ist in diesem Jahr das Erzeugungsvolumen der Verbrauchsgüterindustrien nach der Zunahme im August (+6,8 vH) im September um 9,1 vH gestiegen. Der Septemberzuwachs war damit allerdings längst nicht so stark wie im Vorjahr (+15,6 vH). Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß im Spätsommer und Herbst 1952 — neben den üblichen saisonalen Tendenzen — als Reaktion auf eine vorausgegangene Absatzkrise besonders starke konjunkturelle Auftriebskräfte die Produktion belebt hatten. Dagegen war die Ausgangsbasis der Produktion für das diesjährige Herbstgeschäft bereits außergewöhnlich hoch, denn das im Zeichen der Mengenkonjunktur stehende Produktionsniveau des 1. Halbjahres 1953 erfuhr nicht einmal im Juni und Juli eine ins Gewicht fallende Abschwächung, so daß von der üblichen Sommerflaute diesmal im ganzen gesehen nur wenig zu spüren war. Außerdem ist bei einem Vergleich mit der Entwicklung des Vorjahres zu berücksichtigen, daß damals das Herbst- und Wintergeschäft durch den frühen Beginn kühleren Wetters verhältnismäßig rasch in Gang gekommen ist, während in diesem Jahr der September einen ausgesprochen milden Witterungsverlauf gezeigt hat. Unter den genannten Umständen ist die diesjährige Produktionszunahme im September doch noch recht beachtlich, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß der Produktionsindex der Verbrauchsgüterindustrien im September um 14 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau gelegen hat und der Stand der vorjährigen Produktionsspitze (November) diesmal bereits im zweiten Monat des herbstlichen Saisonaufschwungs erreicht wurde.

An der Produktionssteigerung nahmen mit Ausnahme der Ledererzeugung, die im ganzen gesehen etwa gleichgeblieben ist, alle im vorläufigen Produktionsindex erfaßten Industriegruppen des Verbrauchsgüterbereichs teil. Am stärksten war — wie im Vormonat und wiederum aus rein saisonalen Gründen — die Zunahme der Schuhproduktion (+17,9 vH). In der Textilindustrie (+9,3 vH) lag das Schwerk Gewicht der Belegung bei der Baumwollindustrie. Die seit Mai überwiegend rückläufige Erzeugung von Baumwollgarn ist

im September erstmals wieder kräftig gestiegen (+15 vH), während sich bei den Baumwollwebereien der im August begonnene Produktionsanstieg in verstärktem Maße fortgesetzt hat (+11 vH). Wesentlich schwächer verlief die Entwicklung in der Wollindustrie, deren Erzeugung sowohl in der Spinnerei- als auch in der Webereistufe seit Juni ständig zugenommen hatte. Während die Herstellung von Wollgarn im September immerhin noch um 4,3 vH gestiegen ist, haben die Wollwebereien den Vormonatsstand nur knapp erreicht (—0,4 vH). Bei den Wirkereien und Strickereien hielt der saisonale Produktionsanstieg an (+9,0 vH). In der feinkeramischen Industrie (+8,5 vH) hat die Produktion stärker zugenommen als in den Vorjahren um die gleiche Zeit, was darauf zurückzuführen ist, daß die Herstellung von Haushalts-, Wirtschafts- und Zierporzellan, die im August entgegen der saisonalen Erwartung nicht zu- sondern abgenommen hatte, im September dafür um so stärker gestiegen ist (+12 vH). Die Produktion von sanitärkeramischen Erzeugnissen, die seit April infolge der lebhaften Bautätigkeit eine überaus kräftige Aufwärtsentwicklung zeigt, hat auf sehr hohem Niveau nochmals zugenommen (+6,9 vH) und einen neuen Nachkriegshöchststand erreicht. Auch die Holzglaserzeugung hat den im Sommer erreichten sehr hohen Stand im September noch übertroffen (+2,4 vH) und damit ebenfalls ein neues Nachkriegsmaximum erzielt. In der Ledererzeugung ist die in den Vorjahren im September zu beobachtende kräftige Produktionsbelegung ausgeblieben (—0,1 vH). Da die Produktion im August außergewöhnlich stark zugenommen hatte, handelt es sich hierbei offenbar nur um eine kurzfristige zeitliche Verlagerung. Das gilt namentlich für die Oberlederherzeugung, die im August um 24 vH gestiegen war, dafür aber im September um 6 vH gefallen ist. In der Unterlederherzeugung (August +7,7 vH, September +0,3 vH) war eine ähnliche Tendenz festzustellen, während in der Gruppe „Sonstiges Leder“ (Taschnerleder, Bekleidungsleder usw.) die Entwicklung etwa den saisonüblichen Verlauf zeigte (+9,7 vH).

#### Produktion der Nahrungs- und Genußmittelindustrien saisonal erhöht

Die Produktion der Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+6,7 vH) hat im Zuge der Herbstsaison auch im September zugenommen, wobei vor allem die kräftige Belegung in der Fischverarbeitung und der Süßwarenindustrie, daneben aber auch schon das Anlaufen der Zuckerkampagne maßgebend waren. Die Biererzeugung ist dagegen saisonbedingt zurückgegangen. In der Tabakverarbeitung hat die Zigarettenindustrie (+1,0 vH) ihren Vormonatsstand gehalten, während die Zigarrenherstellung (+10,4 vH) nach den Rückgängen der letzten Monate eine beträchtliche Belegung aufzuweisen hatte.

Rch.

## Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

### Die Wohnraumvergaben im 1. Halbjahr 1953

Durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wohnungsbau vom 24. März 1953 wurde die Weiterführung der bereits im Jahre 1952 durchgeführten Statistik der Zuweisungen von Wohnraum im Bundesgebiet angeordnet. Nachdem in „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 2 und 4 des Jahres 1953) die Ergebnisse für das 1. Halbjahr 1952 bzw. das Jahr 1952 bekanntgegeben wurden, können nunmehr die Ergebnisse für das 1. Halbjahr 1953 mitgeteilt werden. Hinsichtlich der methodischen Fragen wird auf die früheren Veröffentlichungen verwiesen.

#### Rund 116 000 Erstvergaben

Die in der Statistik erfaßten Wohnraumzuweisungen werden nach erstmaligen Vergaben neu erstellten Wohnraumes (Erstvergaben) und Wiedervergaben bereits bewohnt gewesenen Wohnraumes unterschieden (Wiedervergaben). Nach der Statistik haben im 1. Halbjahr 1953 in rund 112 600 Fällen Mehrpersonenhaushaltungen und in rund 3 600 Fällen Einper-

sonenhaushaltungen Wohnraum in neu erstellten Wohnungen erhalten. Fast 400 000 Personen erhielten damit neuen Wohnraum. Bei diesen Zuteilungen handelt es sich um rund 360 000 Wohnräume; auf einen Wohnraum entfielen im Durchschnitt 1,10 Personen. Bei den Vergaben des Jahres 1952 wurde der gleiche Durchschnitt der Personenzahl je Raum festgestellt.

In der Statistik der Wohnraumvergaben wird lediglich der bewirtschaftete Wohnraum erfaßt. Die Ergebnisse über die erstmaligen Vergaben von neu geschaffenem Wohnraum können demnach — unter der Einschränkung gewisser begrifflicher Unterschiede — mit den Ergebnissen der Baufertigstellungsstatistik von Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues verglichen werden. Bei der Auswertung der Ergebnisse des Jahres 1952 ergab sich, daß die Zahl der Vergabefälle von neu geschaffenem Wohnraum recht erheblich hinter der Zahl der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau neu erstellten Wohnungen zurückblieb. Die Differenz ließ den Schluß zu, daß die Wohnraumvergabe-statistik infolge ihrer Neueinführung im Jahre 1952 damals noch nicht zu einer vollständigen Erfassung führte.

Tabelle 1: Die Wohnraumvergaben im 1. Halbjahr 1953 im Bundesgebiet nach Personengruppen

Personengruppe	Erstvergaben						Wiedervergaben					
	Fälle		Personen	Vergab. Räume		Personen je Raum	Fälle		Personen	Vergab. Räume		Personen je Raum
	1-Person-Haus-haltungen	Familien-haus-haltungen		Anzahl	in vH aller Gruppen		1-Person-Haus-haltungen	Familien-haus-haltungen		Anzahl	in vH aller Gruppen	
Vertriebene (ohne Umsiedler) .....	1 006	37 362	130 832	117 617	32,9	1,11	10 659	60 616	203 848	158 996	29,8	1,28
Umgesiedelte Vertriebene .....	179	15 956	60 771	47 389	13,3	1,28	334	3 115	11 036	8 943	1,7	1,23
Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte) .....	814	16 796	55 621	54 217	15,2	1,03	2 004	14 653	48 372	42 521	8,0	1,14
Zurückgeführte Evakuierte .....	112	3 019	10 696	9 449	2,7	1,13	206	1 684	5 612	5 077	0,9	1,11
Politisch, rassisch, religiös Verfolgte .....	17	314	983	1 032	0,3	0,95	97	545	1 800	1 604	0,3	1,12
Schwerbeschädigte .....	21	1 823	6 337	6 145	1,7	1,03	227	3 276	10 815	9 383	1,8	1,15
Spätheimkehrer .....	17	1 303	4 172	4 075	1,1	1,02	360	4 218	12 624	10 980	2,1	1,15
Zugewanderte .....	90	1 682	6 096	5 148	1,4	1,18	1 548	6 448	22 229	16 028	3,0	1,39
Besatzungs- u. Kasernenverdrängte .....	58	931	3 072	3 291	0,9	0,93	95	909	3 082	3 268	0,6	0,94
Sonstige .....	1 331	33 419	113 401	109 043	30,5	1,04	14 668	92 178	317 645	276 132	51,8	1,15
Zusammen .....	3 645	112 605	391 981	357 406	100	1,10	30 198	187 642	637 063	532 932	100	1,20
darunter:												
Kinderreiche Familien .....	—	4 925	31 262	19 116	5,3	1,64	—	4 584	29 358	16 955	3,2	1,73
Umsiedler innerhalb eines Landes .....	74	5 619	20 640	17 400	4,9	1,19	146	1 292	4 583	3 651	0,7	1,26

Ein entsprechender Vergleich im 1. Halbjahr 1953 zeigt in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Wandlung. Es stehen rund 116 000 Vergabefällen rund 105 000 im 1. Halbjahr 1953 insgesamt als fertiggestellt gemeldeten Wohnungen in Normbauten gegenüber. Nach Berechnungen des Wohnungsbauministeriums gehören davon rund 75 vH zum öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Es stehen also rund 79 000 als fertiggestellt gemeldeten Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues rund 116 000 Wohnungsvergaben im 1. Halbjahr 1953 gegenüber. Die Differenz von rund 37 000 vergebenen, aber in der Statistik der Baufertigstellungen noch nicht erfaßten Wohnungen gibt einen gewissen Hinweis über die Zahl der von den Bauaufsichtsbehörden allein für den Sektor des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues nicht zeitgerecht gemeldeten Baufertigstellungen.

Nach Personengruppen aufgegliedert zeigen die Ergebnisse der Wohnraumvergabestatistik des 1. Halbjahres 1953 keine bemerkenswerten Unterschiede hinsichtlich des Verhaltens der Wohnungsämter gegenüber den Vergaben im Jahre 1952. Rund 46 vH aller vergebenen Räume wurden den Vertriebenen zugeteilt. Innerhalb dieser Gruppe der Vertriebenen hat sich das Gewicht im 1. Halbjahr 1953 allerdings etwas zu Gunsten der umgesiedelten Vertriebenen verschoben, ein im Hinblick auf die durch Gesetz vom 23. September 1952 weiter durchgeführte Umsiedlung im Bundesgebiet erwartetes Ergebnis. Die erstmaligen Zuteilungen an Sachgeschädigte haben sich vergleichsweise etwas verringert.

Die durchschnittliche Belegungsichte der erstmals vergebenen Wohnräume ist hinsichtlich der einzelnen Personengruppen unterschiedlich, im ganzen aber gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Belegungsichte der an kinderreiche Familien vergebenen Räume ist von 1,71 Personen je Raum im Jahre 1952 auf 1,64 Personen im 1. Halbjahr 1953 gesunken. Da die Zahl der Personen je Vergabefall in etwa gleichgeblieben ist, dürfte die Annahme berechtigt sein, daß

die Wohnungsbehörden den kinderreichen Familien etwas reichlicher Wohnraum zur Verfügung stellen konnten.

Die durchschnittliche Belegungsichte der neu vergebenen Wohnräume ist bei der Gruppe der Vertriebenen höher als bei den übrigen Gruppen. Diese Feststellung entspricht auch den Ergebnissen der Wohnungszählung von 1950, als bei den größtenteils als Untermieter wohnenden vertriebenen Wohnparteien 1,75 Personen auf einen Raum gegenüber 1,18 Personen bei den nichtvertriebenen Wohnparteien ermittelt wurden. Mit 1,16 Personen je Raum in den im 1. Halbjahr 1953 neu zugewiesenen Wohnungen werden die Wohnverhältnisse der Vertriebenen hinsichtlich der Belegungsichte fortschreitend den Wohnverhältnissen der nichtvertriebenen Bevölkerung angeglichen.

#### 218 000 Wiedervergaben

Im 1. Halbjahr 1953 wurden 218 000 Vergaben von bereits bewohnt gewesenen Wohnraum von den Wohnungsämtern registriert. Diese Zahl liegt beträchtlich über der Zahl der Erstvergaben. Die Verteilung auf die Personengruppen ist — gemessen an der Zahl der zugewiesenen Wohnräume — bei den Wiedervergaben wesentlich verschieden von den bei den Erstvergaben festgestellten Anteilen; doch hat sich auch hier gegenüber der früheren Feststellung keine wesentliche Änderung ergeben. Die Belegungsichte liegt bei den Wiedervergaben erheblich höher als bei den Erstvergaben, während die Zahl der zugeteilten Räume je Fall bei den Wiedervergaben erheblich geringer ist. Es dürfte dies daran liegen, daß bei den Wiedervergaben in erheblich höherem Maße Einweisungen von Untermietern erfolgen. In diesem Zusammenhang wird noch einmal darauf hingewiesen, daß in der Statistik die Zuweisungen von Einzelräumen an Einzelpersonen in Untermiete nicht nachgewiesen werden.

Bo

### Das Ergebnis der Bautätigkeit im Jahr 1952

Berichtigung zu dem Aufsatz in Heft 9, 5. Jg. N. F. September 1953 S. 412. In Tabelle 4 Spalte 1 (Wohnbauten insgesamt) Zeile 1 (unter 2000) ist die Zahl 22,5 in 36,0 zu ändern.

Tabelle 2: Die Vergaben von Wohnräumen im Bundesgebiet seit Anfang 1952

Personengruppe	Erstvergaben						Wiedervergaben					
	I. Halbj. 1952		2. Halbj. 1952		I. Halbj. 1953		1. Halbj. 1952		2. Halbj. 1952		I. Halbj. 1953	
	Ein-gewiesene Personen	Vergabene Räume										
Vertriebene (ohne Umsiedler) .....	113 788	99 538	193 207	170 070	130 832	117 617	184 433	134 803	218 366	168 781	203 848	158 996
Umgesiedelte Vertriebene .....	35 337	27 283	64 520	51 534	60 771	47 389	9 145	7 275	12 248	9 792	11 036	8 943
Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte) .....	50 837	48 724	78 405	76 176	55 621	54 217	45 278	37 826	53 194	46 774	48 372	42 521
Zurückgeführte Evakuierte .....	6 257	5 608	10 121	9 268	10 696	9 449	6 756	5 786	5 490	4 884	5 612	5 077
Politisch, rassisch, religiös Verfolgte .....	1 103	1 127	1 320	1 329	983	1 032	1 801	1 638	1 996	1 854	1 800	1 604
Schwerbeschädigte .....	5 474	5 110	9 391	8 887	6 337	6 145	10 861	9 103	12 637	11 212	10 815	9 383
Spätheimkehrer .....	2 615	2 424	4 640	4 440	4 172	4 075	11 092	9 212	13 522	11 752	12 624	10 980
Zugewanderte .....	4 317	3 860	6 752	6 023	6 096	5 148	13 879	10 751	16 247	12 550	22 229	16 028
Besatzungs- und Kasernenverdrängte .....	7 074	7 351	7 147	7 329	3 072	3 291	3 585	3 616	4 625	4 996	3 082	3 268
Sonstige .....	85 570	80 553	138 672	133 676	113 401	109 043	240 905	200 068	318 184	278 290	317 645	276 132
Zusammen .....	312 372	281 578	514 175	468 732	391 981	357 406	527 735	420 078	656 509	550 885	637 063	532 932
darunter:												
Kinderreiche Familien .....	31 097	17 314	37 435	22 806	31 262	19 116	30 267	17 231	31 203	17 993	29 358	16 955
Umsiedler innerhalb eines Landes .....	9 440	7 747	20 519	16 749	20 640	17 400	4 966	4 226	5 675	4 743	4 583	3 651

# Außenhandel

## Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins im September und Januar/September 1953

### Einfuhr höher als im Vorjahr

Die Einfuhr der Bundesrepublik hielt sich in diesem Jahr bisher auf hohem Niveau. Einzelne Rückgänge, die vorwiegend jahreszeitlich bedingt waren, wie im Februar und Juli, wurden überwunden und im September der vorerst höchste Stand für 1953 — mit einem Gesamtwert von 1 359 Mill. DM — erreicht. Für den Jahresteil Januar/September 1953 lag der Gesamtwert der Einfuhr mit 11,5 Milliarden DM zwar wieder so hoch wie im Vorjahr, dem Volumen nach aber um 16 vH höher, da das Preisniveau im Außenhandel — soweit die Durchschnittswerte dies erkennen lassen — inzwischen gesunken ist. Es war möglich, den Rohstoffbedarf der Industrie sowie den (gestiegenen) Nahrungsmittelbedarf in erhöhtem Umfang zu decken. Die ernährungswirtschaftliche Einfuhr ist indessen nicht in gleichem Maße gestiegen wie die gewerbliche Einfuhr. Ihr Anteil am Gesamtimport sank von 41 vH im Vorjahr auf 38 vH.

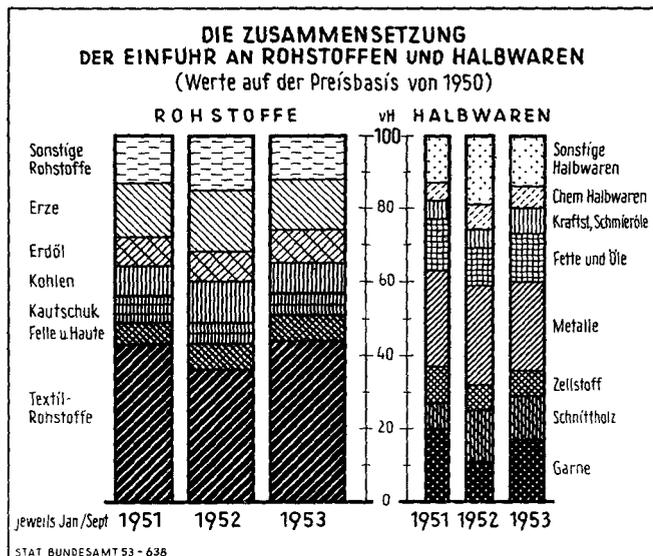
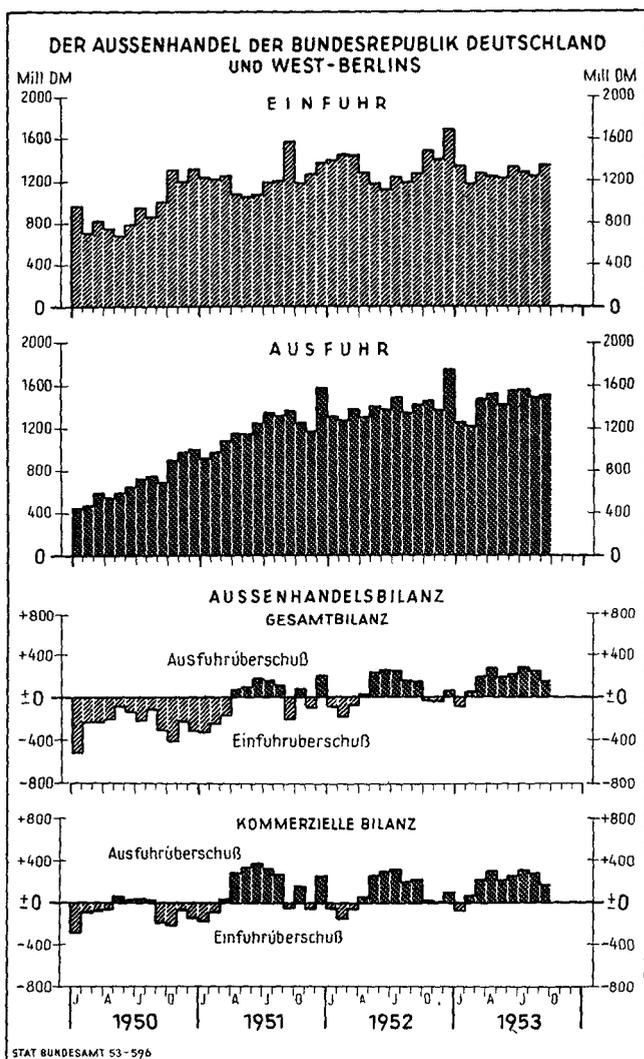
Güter der Ernährungswirtschaft wurden um rund 8 vH mehr eingeführt, doch entfiel diese Zunahme nur auf solche tierischer Herkunft. Erheblich mehr importiert wurden Schweine zum Schlachten, Walöl (wegen des stärkeren Margarineverbrauchs) und sodann Fleisch und Eier. Die beiden letztgenannten Lebensmittel waren auch an der Einfuhrsteigerung im September maßgeblich beteiligt, Eier darum, weil am 1. September der niedrigere Winterzoll in Kraft trat. Unter den Nahrungsmitteln pflanzlicher

## Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins

Warengruppe	1953			1952	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-) Sept. gegen- über Aug. 1953 vH
	Aug.	Sept.	Jan./ Sept.	Jan./ Sept.	
	Mill. DM				
Einfuhr insgesamt .....	1 244	1 359	11 520	11 602	+ 9
Ernährungswirtschaft <sup>1)</sup> .....	422	484	4 127	4 337	+ 15
darunter:					
Nahrungsmittel					
tier. Ursprungs .....	72	104	694	599	+ 44
pflanzl. Ursprungs .....	266	273	2 720	3 137	+ 3
Genußmittel .....	62	86	570	482	+ 39
Gewerbliche Wirtschaft .....	822	875	7 393	7 265	+ 6
Rohstoffe .....	406	436	3 900	4 217	+ 7
Halbwaren .....	237	229	1 705	1 651	- 3
Fertigwaren .....	179	210	1 788	1 397	+ 17
Vorerzeugnisse .....	100	120	1 052	714	+ 20
Enderzeugnisse .....	79	90	736	683	+ 14
Ausfuhr insgesamt .....	1 499	1 508	13 042	12 320	+ 1
Ernährungswirtschaft .....	30	31	312	283	+ 3
Gewerbliche Wirtschaft .....	1 469	1 477	12 730	12 037	+ 1
Rohstoffe .....	129	125	1 080	956	- 3
Halbwaren .....	250	228	1 993	1 824	- 9
Fertigwaren .....	1 090	1 124	9 657	9 257	+ 3
Vorerzeugnisse .....	288	268	2 358	671	- 7
Enderzeugnisse .....	802	856	7 299	6 586	+ 7

<sup>1)</sup> Einschl. „Lebende Tiere“.

Herkunft verminderten sich, infolge der gebesserten Inlands-erzeugung, vor allem die Importe an Zucker, pflanzlichen Ölen und Fetten sowie an Mais. Mehr eingeführt wurden indessen Südfrüchte, Ölfrüchte, Gemüse, Reis und Obst. Auch die Importe an Genußmitteln stiegen, und zwar insbesondere an Kaffee und Tee (nach der Steuersenkung von Ende August) sowie an Tabak.



Die Zunahme des Einfuhrvolumens der Rohstoffe entfiel vor allem auf solche, die der Erzeugung von Verbrauchsgütern dienen, insbesondere auf Textilrohstoffe, deren Importe seit 1950 ständig zurückgegangen waren (s. Schaubild). So hat sich in diesem Jahr vor allem die Wolleinfuhr — im Zusammenhang mit dem ansteigenden Wollverbrauch — gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt, wenn auch im Sommer ein vorwiegend jahreszeitlich bedingter Rückgang eingetreten war. Auch Baumwolle wurde erheblich mehr eingeführt, insbesondere im September, vorwiegend aus der Türkei und Brasilien. An der Zunahme der Halbwarenimporte (um etwa 30 vH) waren zu etwa einem Drittel solche Waren beteiligt, die zu Verbrauchsgütern verarbeitet werden, hauptsächlich Wollgarne. Unter den übrigen, vorwiegend für die Investitionsgüterindustrien bestimmten Halbwaren, wurden im abgelaufenen Jahresteil — wie auch im September — insbesondere technische Fette und Öle, NE-Metalle und Schnittholz mehr importiert.

Verhältnismäßig am stärksten nahm im bisherigen Verlauf des Jahres die Einfuhr an Fertigwaren zu. Mehr eingeführt wurden Walzwerkserzeugnisse und — zum Teil infolge der Erweiterung der Liberalisierung — Gewebe, Papier und Pappe sowie Maschinen.

### Ausfuhr ebenfalls auf hohem Niveau

Die Ausfuhr setzte in diesem Jahr ihre bisherige Aufwärtsentwicklung, wenn auch abgeschwächt, fort. Der Gesamtwert des Exports im September übertraf mit 1508 Millionen DM allerdings nur wenig den des Vormonats. Im Jahresteil Januar/September lag aber der Gesamtwert der Ausfuhr mit 13,0 Milliarden DM um rund 6 vH, das Volumen sogar um 13 vH höher als im Vorjahr.

Mehr ausgeführt wurden vor allem Fertigwaren der chemischen Industrie. Die Ausfuhr an Maschinen, deren starker Aufschwung in den letzten Jahren zu der Zunahme der Gesamtausfuhr besonders beigetragen hatte, nahm demgegenüber erheblich weniger zu. Auch die Ausfuhr an Kraftfahrzeugen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Schiffen und Textilfertigwaren lag beträchtlich höher als im Vorjahr, die an Walzwerkserzeugnissen und Eisenfertigwaren konnte dagegen das Vorjahresergebnis nicht erreichen.

An Rohstoffen und Halbwaren wurden in der Hauptsache Düngemittel, Kraftstoffe und Schmierole, NE-Metalle, Textilrohstoffe und Steinkohlen mehr, Koks dagegen weniger ausgeführt als im Vorjahr.

### Gestiegener Ausfuhrüberschuß

Gegenüber Januar/September 1952 verdoppelte sich der Ausfuhrüberschuß. Er stieg von 718 auf 1 522 Millionen DM. Da die ECA/MSA-Einfuhren gegenüber dem Vorjahr erheblich sanken, nahm der „kommerzielle“ Ausfuhrüberschuß beträchtlich weniger zu (von 1 070 auf 1 698 Millionen DM).

### Der Außenhandel nach Zahlungsräumen

Diese Zunahme des Ausfuhrüberschusses beruht im wesentlichen auf der Entwicklung des Handelsverkehrs mit den Ländern ohne Verrechnungsabkommen, den sogenannten Freien-Dollar-Ländern. Die Einkäufe aus diesen Ländern, be-

### Der Außenhandel nach Zahlungsräumen<sup>1)</sup>

Zahlungsraum	Jan./Sept.		Zu- (+) bzw. Abnahme (—) Jan./Sept. 1953 gegenüber Jan./Sept. 1952	
	1952	1953		
	Mill. DM		vH	
Einfuhr insgesamt <sup>2)</sup> .....	11 602	11 520	— 82	— 1
Freie-Dollar-Länder (nur eigene Mittel) .....	2 124	1 608	— 516	— 24
(ECA/MSA/FOA-Mittel) .....	352	176	— 176	— 50
EZU-Raum .....	7 383	8 210	+ 827	+ 11
Sonstige Verrechnungsländer ..	1 743	1 510	— 233	— 13
Ausfuhr insgesamt <sup>2)</sup> .....	12 320	13 042	+ 722	+ 6
Freie-Dollar-Länder .....	1 053	1 588	+ 505	+ 47
EZU-Raum .....	9 209	9 595	+ 386	+ 4
Sonstige Verrechnungsländer ..	2 006	1 817	— 189	— 9

<sup>1)</sup> In der Gliederung nach Einkaufs- und Käuferländern. — <sup>2)</sup> Einschl. „Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete“.

sonders aus den USA, Canada und Cuba, gingen um rund ein Viertel zurück. Gleichzeitig nahmen jedoch die Verkäufe nach dort, hauptsächlich nach den USA, Mexiko, China und dem vorderen Orient fast um die Hälfte zu, so daß für Januar/September 1953 die Bilanz im kommerziellen Außenhandel mit diesen Ländern fast ausgeglichen war.

Auch der Handelsverkehr mit den bilateralen Verrechnungsländern wies eine leichte Zunahme des Aktivsaldo auf, weil hier die Einkäufe, vor allem aus Argentinien, Jugoslawien und Finnland, stärker als die Verkäufe nach diesen Ländern abnahmen.

Im Handel mit dem EZU-Raum konnten die Einkäufe weiter erheblich gesteigert werden. Diese Zunahme entfiel etwa zu gleichen Teilen auf die Länder des „Sterling-Gebiets“ und die übrigen EZU-Länder. Auch die Verkäufe nach diesem Zahlungsraum stiegen beträchtlich, wenn auch nur knapp halb so stark wie die der Einkäufe. Der Überschuß der Verkäufe nach den EZU-Ländern über die Einkäufe lag daher um rund ein Viertel niedriger als Januar/September 1952. Zum Teil war dieser Rückgang allerdings eine Folge davon, daß in diesem Jahr erheblich mehr Dollarwaren über Länder des EZU-Raumes bezogen wurden als im Vorjahr. Fu.

## Verkehr

### Rundfunkteilnehmer und Rundfunkdichte am 1. April 1953

Die Zahl der erteilten Rundfunkgenehmigungen hat sich vom 1. April 1952 zum 1. April 1953<sup>1)</sup> um 925 136 auf 11 107 634 erhöht. Im vorhergehenden Jahresabschnitt hatte der Zugang nur 689 841 betragen.

In den Monaten Dezember 1952 und Januar 1953, also in den Monaten, in denen die zu Weihnachten neu erworbenen Apparate angemeldet wurden, beliefen sich die Anmeldungen auf 569 000 gegenüber 386 000 in der entsprechenden Vorjahrszeit. Das ist ein Mehr von 183 000 Apparaten oder 47 vH. Beachtenswert ist der Umstand, daß die neuen Apparate von Weihnachten 1951 überwiegend erst im Januar 1952 zur Anmeldung gelangten, die neuen Apparate von Weihnachten 1952 zu zwei Dritteln dagegen bereits im Dezember 1952. Dies läßt auf eine Besserung der Anmeldedisziplin schließen.

Während der Reinzugang an Rundfunkgenehmigungen überhaupt vom 1. April 1952 zum 1. April 1953 9 vH ausmachte, erhöhte sich die Zahl der Zusatzgenehmigungen, die für fest eingebaute Zweitapparate in Fahrzeugen erteilt wurden, um 40 vH auf annähernd 100 000.

In den Ländern Bremen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen überstieg die Zunahme der Rundfunkhauptgenehmigungen (d. h. der Rundfunkgenehmigungen ohne Zusatzgenehmigungen) vom 1. April 1952 zum 1. April 1953 10 vH. Außerhalb dieser Länder erfuhr der

<sup>1)</sup> Ein ausführlicher „Statistischer Bericht“ über die Rundfunkteilnehmer und die Rundfunkdichte am 1. April 1953 im Bundesgebiet, in den Ländern, den größeren und kleineren Verwaltungsbezirken wird zur Zeit vorbereitet.

### Rundfunk- und Zusatzgenehmigungen und Rundfunkdichte am 1. April 1953 nach Ländern

Land	Rundfunkgenehmigungen		Rundf.-hauptgenehmigungen auf 100 Haushalt.	Zunahme gegenüber 1. 4. 1952		d. Hauptgenehmigungen auf 100 Haushalt.
	insgesamt	darunter: Zusatzgenehmigungen		der Hauptgenehmigungen	der Zusatzgenehmigungen	
	Anzahl			vH		Anzahl
Bundesgebiet ..	11 107 634	97 240	70	8,9	40,0	5
Schleswig-Holstein ..	592 793	3 644	73	6,7	38,3	7
Hamburg .....	513 024	6 002	75	8,0	30,6	4
Niedersachsen ..	1 485 477	9 217	71	11,7	47,1	8
Bremen .....	161 176	1 326	73	11,7	52,4	8
Nordrhein-Westfalen ..	3 353 045	29 273	74	10,5	36,5	5
Hessen .....	897 254	13 662	67	5,3	41,8	3
Rheinl.-Pfalz ..	616 062	5 572	63	8,3	47,6	4
Baden-Württ. ..	1 450 764	12 802	66	11,2	61,7	6
Bayern .....	1 938 039	15 742	67	5,2	27,7	3

Rundfunk eine Ausweitung dieses Umfangs noch in den Regierungsbezirken Trier und Montabaur. Auf die Gemeindegroßenklassen verteilte sich der Zugang an Rundfunkgenehmigungen ziemlich gleichmäßig. Eine stärkere Abweichung zeigten nur die Gemeinden von 2 000 bis 5 000 Einwohnern mit einer Zunahme der Rundfunkhauptgenehmigungen um 12 vH. Ein absoluter Rückgang der Rundfunkgenehmigungen wurde nur für die bayerischen Stadtkreise Traunstein (—2,3 vH) und Ansbach (—3,9 vH) gemeldet. Der Rückgang der Rundfunkgenehmigungen in Traunstein wird mit der Auflösung des dortigen Flüchtlingslagers begründet.

Wenn auch die Zusatzgenehmigungen im Vergleich zur

Gebiete mit starker Zunahme der Rundfunkhauptgenehmigungen vom 1. 4. 1952 zum 1. 4. 1953

Gebiet	Zunahme in vH
Reg.-Bez. Osnabrück	18,7
Reg.-Bez. Aurich	18,7
Reg.-Bez. Nordbaden	15,6
Reg.-Bez. Aachen	14,3
Reg.-Bez. Münster	13,6
Reg.-Bez. Detmold	13,6
Verw.-Bez. Oldenburg	13,4
Reg.-Bez. Nordwürttemberg	12,9
Reg.-Bez. Hildesheim	12,0
Land Bremen	11,7
Reg.-Bez. Trier	11,3
Reg.-Bez. Montabaur	10,8
Verw.-Bez. Braunschweig	10,4
Reg.-Bez. Lüneburg	10,2
Reg.-Bez. Köln	10,2
Reg.-Bez. Hannover	10,0

Gesamtzahl der Rundfunkgenehmigungen noch geringfügig sind, so ist es bei ihrem starken Anwachsen doch ratsam, bei der Berechnung der Rundfunkdichte nur von der Zahl der Rundfunkhauptgenehmigungen auszugehen. Im Bundesgebiet waren am 1. April 1953 von 100 Haushaltungen 70 im Besitz einer Rundfunkhauptgenehmigung, d. s. 5 Haushaltungen mehr als ein Jahr früher.

Rundfunk- und Zusatzgenehmigungen und Rundfunkdichte am 1. April 1953 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Rundfunkgenehmigungen		Rundfunkhauptgenehmigungen auf 100 Haushaltungen	Zunahme gegenüber 1. 4. 1952		
	insgesamt	darunter: Zusatzgenehmigungen		der Hauptgenehmigungen		der Hauptgenehmigungen auf 100 Haushaltungen
				der Hauptgenehmigungen	der Zusatzgenehmigungen	
	Anzahl			vH		Anzahl
<b>Großstädte über</b>						
1 000 000 Einw. ...	513 024	6 002	75	8,0	30,6	4
500 000 bis 1 000 000	1 241 673	16 476	73	7,7	34,9	3
300 000 bis 500 000	789 013	7 534	76	8,9	36,0	2
100 000 bis 300 000	1 312 287	13 615	72	8,2	38,4	2
<b>Mittelstädte über</b>						
50 000 bis 100 000	761 800	7 538	71	8,4	35,6	1
20 000 bis 50 000	1 091 581	11 904	71	8,9	39,0	4
<b>Gemeinden über</b>						
10 000 bis 20 000	832 388	8 005	72	8,5	42,6	5
5 000 bis 10 000	952 425	8 784	70	8,0	42,8	5
2 000 bis 5 000	1 290 431	9 009	67	12,0	48,9	7
mit 2 000 u weniger	2 323 012	8 373	63	8,7	56,4	7
<b>Insgesamt</b>	<b>11 107 634</b>	<b>97 240</b>	<b>70</b>	<b>8,9</b>	<b>40,0</b>	<b>5</b>

Eine Zunahme der Rundfunkdichte ist besonders in den Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern, vor allem aber in den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern eingetreten (+7 Hauptgenehmigungen auf 100 Haushaltungen). Die Rundfunkdichte in den einzelnen Gemeindegrößenklassen ist infolgedessen nunmehr ausgeglichener als 1952. Selbst bei den Gemeinden von 2 000 bis 5 000 Einwohnern

bleibt die Rundfunkdichte nur unbedeutend hinter dem Durchschnitt der Bundesrepublik zurück. Lediglich in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern liegt sie noch 10 vH unter dem Bundesdurchschnitt.

Betrachtet man die Rundfunkdichte nach Ländern gegliedert, so ist eine große Rundfunkdichte im norddeutschen Bereich festzustellen: Neben den Stadtstaaten Hamburg und Bremen ist die Rundfunkdichte überdurchschnittlich in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Als größere Verwaltungsbezirke mit höherer Rundfunkdichte sind zu nennen die Regierungsbezirke Arnsberg, Stade, Düsseldorf, Münster, Lüneburg und Köln.

Gebiete mit großer Rundfunkdichte am 1. April 1953 auf 100 Haushaltungen

Regierungsbezirk	Rundfunkdichte	Regierungsbezirk	Rundfunkdichte
Arnsberg	76	Oberbayern	72
Stade	75	Hannover	71
Düsseldorf	75	Oldenburg	71
Münster	75	Aachen	71
Lüneburg	73	Mittelfranken	71
Köln	73		

Nach wie vor unterdurchschnittlich ist die Rundfunkdichte in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und vor allem in Rheinland-Pfalz. In Bayern betrug in 13 Kreisen die Rundfunkdichte nicht einmal 50 vH der Haushaltungen. In dem niederbayerischen Kreis Kötzing blieb sie sogar unter 40 vH. Im Regierungsbezirk Niederbayern insgesamt waren bei 60 vH der Haushaltungen Rundfunkapparate zu finden. Auch die Oberpfalz zeigt eine geringe Verbreitung des Rundfunks. Außerhalb Bayerns ist die Lage nur ähnlich im Regierungsbezirk Trier bei einer Rundfunkdichte von 58 auf 100 Haushaltungen.

Während bei der Gemeindegrößenklassengliederung die Größenklassen mit geringer Rundfunkdichte den stärksten Dichtezugang aufwiesen, liegen die Dinge bei der Ländergliederung anders: In der Zeit vom 1. April 1952 zum 1. April 1953 hat die Rundfunkdichte in Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein besonders zugenommen, obwohl sie hier bereits groß war, und unter den Ländern mit geringer Rundfunkdichte hatte nur Baden-Württemberg eine Zunahme der Rundfunkdichte, die den Bundesdurchschnitt überschritt. In Hessen und Bayern war die Zunahme der Rundfunkdichte am niedrigsten.

In den bereits erwähnten bayerischen Stadtkreisen Traunstein und Ansbach trat auch ein Rückgang der Rundfunkdichte ein, da die Bevölkerung nicht in dem gleichen Maße abnahm wie die Zahl der Rundfunkgenehmigungen. In den Stadtkreisen Rothenburg o. d. Tauber und Memmingen ergab sich eine geringere Rundfunkdichte dadurch, daß die Bevölkerung stärker zunahm als die Rundfunkgenehmigungen. Das gleiche gilt auch für den Stadtkreis Lünen in Nordrhein-Westfalen. Mo.

## Versicherungen

### Die Kapitalanlagen der Lebensversicherungsunternehmen im Jahr 1952 und im 1. Vierteljahr 1953 Neugeschäft und Prämieinnahmen

Der Wiederaufbau des Lebensversicherungsgeschäfts hat übereinstimmend mit der Entwicklung der übrigen Spartätigkeit im Jahre 1952 beträchtliche Fortschritte gemacht. Im vergangenen Jahre wurden im Bundesgebiet 3,9 Mill. neue Lebensversicherungsverträge in Höhe von 4,7 Mrd. DM abgeschlossen; damit wurden die Neuausschlüsse des Vorjahres dem Betrage nach um 18 vH übertroffen. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Versicherungssumme beim gesamten Neugeschäft von 1 047 DM im Jahre 1951 auf 1 207 DM. Besonders günstig gestaltete sich im Jahre 1952 das sogenannte Großlebensgeschäft (im allgemeinen Versicherungen mit einer Versicherungssumme von mehr als 2 000 DM), das sich in den vorangegangenen Jahren noch etwas zögernd entwickelt hatte.

Da die Abgänge im Lebensversicherungsgeschäft wieder ein normales Maß angenommen haben, ist der Versicherungsbestand im abgelaufenen Jahr erneut beträchtlich gewachsen. Ende 1952 erreichte die Versicherungssumme etwa 20,5 Mrd. DM<sup>1)</sup>.

Das Prämienaufkommen ist ebenfalls weiter gestiegen. Im Jahre 1952 wurden 1 044 Mill. DM an Bruttoerträgen vereinnahmt, während 1951 bei den Versicherungsunternehmen nur 919 Mill. DM an Beiträgen eingegangen waren.

#### Die neuen Vermögensanlagen<sup>2)</sup>

Mit der Ausdehnung des Versicherungsgeschäfts und der Erhöhung des Beitragsaufkommens hat auch die Prämienreserve und deren Gegenwert, die langfristige Vermö-

1) Nach Angaben des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen. — 2) Eine ausführliche Übersicht über die Zugänge und Abgänge der Vermögensanlagen befindet sich im Abschnitt: „Statistische Monatszahlen“, S. 534\*.

gensanlage der Lebensversicherungsunternehmen stetig zugenommen. Nach den Ermittlungen des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen wurden im Jahre 1952 in der Lebensversicherung insgesamt 678 Mill. DM neu angelegt; somit wurden dem Kapitalmarkt 143 Mill. DM mehr an Mitteln zur Verfügung gestellt als im Jahre 1951. Die Nettozunahme des Vermögensbestandes der Lebensversicherungsunternehmen, bei deren Berechnung auch die Abgänge von Vermögenswerten berücksichtigt sind, stellte sich 1952 auf 532 Mill. DM gegen 442 Mill. DM im Vorjahr. Der Teil der Prämieinnahmen, der der Kapitalanlage zugeführt werden konnte, ist abermals gewachsen; er belief sich 1952 auf 51 vH [gegen 48 vH<sup>3)</sup> und 45 vH<sup>3)</sup> in den beiden vorangegangenen Jahren].

Zugänge und Abgänge der Vermögensanlagen der Lebensversicherungsunternehmen<sup>1)</sup>

Mill. DM

Art der Anlagen	1950	1951	1952	1953 1. Vj. 4)	Seit der Geldumstellung vorgonnene Vermögens- anlagen bzw. -abgänge
Hypotheken .....	170,8	203,0	209,8	44,9	779,0
darunter:					
auf Wohngrundstücken .....	159,6	183,1	191,4	40,1	
Schuldscheinforderungen und Darlehen .....	126,7	156,0	262,2	74,0	797,3
darunter an:					
Körperschaften des öffentl. Rechts <sup>2)</sup> .....		61,8	90,8	32,2	
Industrieunternehmen .....		36,8	91,8	28,2	
Kreditinstitute .....		48,9	67,0	11,6	
Wertpapiere .....	50,2	64,8	82,9	30,6	291,8
darunter:					
Anleihen der öffentl. Hand Pfandbriefe und Kommunal- obligationen .....		21,8	18,3	3,8	
Darlehen auf Versicherungs- scheine .....	25,6	49,1	59,7	14,7	163,0
Grundbesitz .....	55,7	61,7	60,9	11,7	243,9
Beteiligungen .....	0,5	0,3	2,2	0,2	3,2
Gesamtzugang .....	429,5	534,9	677,7	176,2	2 278,3
Gesamtabgang .....	77,6	92,4	145,6	44,7	416,5
Nettozugang <sup>3)</sup> .....	351,9	442,5	532,1	131,5	1 861,8

<sup>1)</sup> Die Angaben über den Zugang betreffen den Anschaffungswert; die Angaben über den Abgang beziehen sich auf den Verkaufserlös, einschl. teilweise geschätzter Zahlen über Kapitalrückflüsse. Gegenüber früheren Veröffentlichungen sind Berichtigungen durch nachträglich vorgenommene Buchungen enthalten. — <sup>2)</sup> Einschl. öffentlicher Unternehmen. — <sup>3)</sup> Ohne Zugang bzw. Abgang von Ausgleichsforderungen. — <sup>4)</sup> Einschl. in West-Berlin angelegter Vermögenswerte.

Quelle: Vermögensanlagenstatistik des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen.

In der Anlagepolitik der Lebensversicherungsunternehmen hat sich im Jahre 1952 eine beachtliche Wandlung vollzogen; das Schwergewicht bei den Neuinvestierungen hat sich von den Hypothekarkrediten zu den Schuldscheindarlehen verschoben. Insgesamt wurden in 1952 Darlehen gegen Schuldschein in Höhe von 262 Mill. DM gewährt, d. s. 68 vH mehr als im Vorjahr. Der Anteil dieser Ausleihungen hat von 29 vH im Jahre 1951 auf 39 vH zugenommen. Innerhalb der Schuldscheinforderungen haben nunmehr die Industriedarlehen und die Kommundarlehen (einschließlich der Kredite an öffentliche Unternehmen) mit 92 und 91 Mill. DM annähernd die gleiche Bedeutung erlangt.

Das Industriedarlehengeschäft, das sich 1951 noch in ziemlich engen Grenzen gehalten hatte, nahm im Laufe des Jahres 1952 einen bemerkenswerten Aufschwung; so erreichten die an industrielle Unternehmen gewährten Kredite im 2. Halbjahr 1952 mit 64 Mill. DM den dreifachen Umfang der Darlehen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diese Ausdehnung der Industriedarlehen — und damit der Schuldscheindarlehen überhaupt — geht überwiegend auf das mit der Bundesregierung vereinbarte Sonderprogramm der Versicherungswirtschaft zurück, das der Finanzierung des vordringlichen Investitionsbedarfs der Industrie dient.

Die Kredite an die Industrie und andere Bereiche der privaten Wirtschaft sowie die Darlehen an Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand lassen sich nach Gewerbebezügen aufteilen. Von insgesamt 149,9 Mill. DM branchenmäßig aufgeteilten Industrie- und Kommundarkrediten wurden

31,8 Mill. DM oder 21 vH den Versorgungsbetrieben der öffentlichen und privaten Wirtschaft zugeführt; die Energiewirtschaft wurde mithin auch 1952 von den Lebensversicherungsunternehmen bevorzugt mit Langkrediten versorgt. In erheblichem Umfang wurden auch Kredite an die eisen-schaffende Industrie<sup>4)</sup> sowie die Unternehmen des Stahl-, Eisen-, Maschinen- und Schiffbaus gewährt (zusammen 33,3 Mill. DM). Von einiger Bedeutung waren auch die Darlehen an die chemische Industrie (10,4 Mill. DM) und an die Verkehrsunternehmen<sup>5)</sup> (9,3 Mill. DM).

Die im Jahre 1952 gewährten Hypothekendarlehen übertrafen mit 210 Mill. DM zwar dem absoluten Betrage nach die dinglich gesicherten Ausleihungen des Vorjahres noch um 7 Mill. DM. Der Anteil der Hypothekarkredite ist aber weiter zurückgegangen (von 40 vH im Jahre 1950 und 38 vH im Jahre 1951 auf 31 vH). Von den hypothekarisch gesicherten Neuausleihungen entfielen wieder mehr als 90 vH auf Wohnungsneubauhypotheken. Einen weiteren Beitrag zur Wohnungsbaufinanzierung leistete die Lebensversicherung wiederum durch die Gewährung von Industrie- und Kommundarkrediten sowie Globaldarlehen, die für den Wohnungsbau bestimmt waren, ferner durch eigene Wohnbauten und den Ankauf von Pfandbriefen. Insgesamt haben die Lebensversicherungsunternehmen im Jahre 1952 268,7 Mill. DM für Zwecke des Wohnungsbaus investiert; dieser Betrag entspricht etwa den Leistungen des Vorjahres. Der angestrebte Satz von 50 vH der gesamten Anlagemittel wurde indessen im letzten Jahr nicht ganz erreicht; die zugesagten Hypothekarkredite wurden zum Teil bis zum Jahresende nicht abgerufen.

Der Neuerwerb von Wertpapieren durch die Lebensversicherungsunternehmen hat sich 1952 etwas gesteigert; insgesamt wurden von ihnen im vergangenen Jahr Effekten in Höhe von 82,9 Mill. DM angekauft (gegen 64,8 Mill. DM im Vorjahr). Der Anteil der übernommenen Wertpapiere, der sich auf ein Achtel der Gesamtanlagen belief, hat sich jedoch kaum verändert. Die Pfandbriefkäufe<sup>6)</sup> der Lebensversicherung, die bis Anfang 1952 stark geschrumpft waren, haben im Laufe des Jahres stetig zugenommen und erreichten insgesamt 26,4 Mill. DM gegen 24,2 Mill. DM im Vorjahr; im 1. Vierteljahr 1953 wurden weitere 20 Mill. DM an Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute von den Lebensversicherungsunternehmen angekauft. Seit Februar 1952 ist auch der Erwerb von Aktien für den Deckungsstock zulässig; indessen blieben bisher die Aktienkäufe der Lebensversicherung verhältnismäßig gering.

Für den Wiederaufbau oder Neubau eigener Gebäude und den Erwerb von Grundstücken haben die Lebensversicherungsunternehmen 1952 wie im vorangegangenen Jahr rund 61 Mill. DM aufgewandt; dabei ist der Anteil der Investitionen für gewerblich genutzte Grundstücke gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (von 60 auf 63 vH).

Die Beleihungen von Versicherungspolice haben weiter zugenommen. Im Jahre 1952 wurden Plicedarlehen in Höhe von 60 Mill. DM (gegen 49 Mill. DM im Vorjahr) zusätzlich in Anspruch genommen; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr entsprach jedoch lediglich der Ausdehnung des Lebensversicherungsgeschäfts.

Im 1. Vierteljahr 1953<sup>7)</sup> wurden von der Lebensversicherung insgesamt 176,2 Mill. DM neu investiert; davon entfielen allein 74,0 Mill. DM (= 42 vH) auf Schuldscheindarlehen, deren Anteil mithin noch gewachsen ist. Die Hypothekendarlehen waren mit 44,9 Mill. DM an den Neuausleihungen beteiligt; der Anteil der dinglich gesicherten Langkredite sank damit von 29 vH im letzten Vierteljahr 1952 auf 25 vH. Bemerkenswert hoch waren dagegen die Neuanlagen in Wertpapieren; sie erreichten mit 30,6 Mill. DM, ähnlich wie Anfang 1951, wieder ein Sechstel der gesamten Neuinvestierungen. Im ganzen sind also die Veränderungen, die bereits 1952 in der Anlagepolitik der Lebensversicherungen zutage traten, 1953 noch größer geworden.

<sup>4)</sup> Einschließlich NE-Metallerzeugung, Eisen-, Stahl- und Metallgießerei. — <sup>5)</sup> Einschließlich Nachrichtenwesen. — <sup>6)</sup> Einschließlich Erwerb von Kommundobligationen. — <sup>7)</sup> Ab 1. 1. 1953 wurden auch die in West-Berlin angelegten Vermögenswerte in die Statistik der Kapitalanlagen einbezogen.

<sup>3)</sup> Auf Grund von berichtigten Zahlenangaben neu berechnet.

## Der Vermögensbestand

In der Zeit von der Geldumstellung bis Ende 1952 sind von den Lebensversicherungsunternehmungen insgesamt rund 2,1 Mrd. DM neu angelegt worden. Unter Berücksichtigung der Rückflüsse und der Veräußerungen von Vermögenswerten ergibt sich in diesem Zeitraum von 4½ Jahren bei den Kapitalanlagen der Lebensversicherungen ein Nettozugang von 1 730,3 Mill. DM. Der gesamte Vermögensbestand ist aber erheblich größer, da er außer den Ausgleichsforderungen auch die auf DM umgestellten Vermögenswerte enthält, die vor der Geldumstellung entstanden sind. Ende 1952 wiesen die Lebensversicherungsunternehmungen einen Vermögensbesitz von 3 934 Mill. DM<sup>8)</sup> aus; ohne Ausgleichsforderungen stellten sich die Kapitalanlagen in diesem Zeitpunkt auf 2 037 Mill. DM.

Unter diesen die Ausgleichsforderungen nicht einschließenden Kapitalanlagen nehmen die Hypotheken mit 747 Mill. DM (37 vH) trotz relativ verringerter Zugänge noch immer den ersten Platz ein. Es folgen mit 639 Mill. DM (31 vH) die Schuldscheindarlehen; diese Vermögensanlagen haben sich

8) Ohne Vermögensanlagen in West-Berlin.

## Bestand der Vermögensanlagen der Lebensversicherungsunternehmen

Vorläufiges Ergebnis  
Mill. DM

Art der Anlagen	Bestand am		
	31. 12. 1952 <sup>1)</sup>	31. 12. 1952 <sup>2)</sup>	31. 3. 1953 <sup>2)</sup>
Vermögensanlagen insgesamt ....	3 933,9	4 152,5	4 282,0
darunter:			
Hypotheken .....	747,2	800,8	837,6
Schuldscheinforderungen und Darlehen .....	639,0	649,8	705,0
Wertpapiere .....	208,2	214,5	233,2
Darlehen auf Versicherungs- scheine .....	114,6	117,2	127,5
Grundbesitz .....	323,5	399,8	410,6
Ausgleichsforderungen .....	1 896,9	1 965,0	1 963,0

<sup>1)</sup> Ohne in West-Berlin angelegte Vermögenswerte. — <sup>2)</sup> Einschließlich in West-Berlin angelegter Vermögenswerte.

unter der Einwirkung des stark ausgedehnten Industriekreditgeschäfts gegenüber dem Vorjahr um nahezu 50 vH erhöht. Der Wertpapierbestand der Lebensversicherungen blieb mit 208 Mill. DM oder 10 vH aller Vermögenswerte beträchtlich hinter ihrem Grundbesitz (324 Mill. DM = 16 vH) zurück. Sch.

## Öffentliche Finanzen

### Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden am 31. März 1953

#### Gesamtbetrag der Schulden

Der Gesamtbetrag der Schulden der öffentlichen Verwaltung, nämlich von Bund, Ländern, Hansestädten und Gemeinden, ist, soweit diese im Inland aufgenommen worden sind, durch die erneut für den 31. März 1953 im Rahmen der Finanzstatistik durchgeführte Erhebung mit 27,2 Milliarden DM ermittelt worden. Auch für diesen Termin beschränkt sich die Erhebung auf die Inlandschulden. Die Auslandschulden sind nur nachrichtlich erfragt worden; genauere Angaben über den in die Schuldenstatistik einzubeziehenden Kapitalbetrag der durch das Londoner Schuldenabkommen wiederbelebten Vorkriegsschulden konnten noch nicht gemacht werden. In die Gesamtsumme sind auch nicht die 1,6 Mrd. DM Auslandsverbindlichkeiten einbezogen worden, die der Bund anlässlich des Beitritts zum Weltwährungsfonds und zur Weltbank sowie für den Dollarkredit der amerikanischen Wirtschaftshilfe eingegangen ist und in seine Nachweisungen über den Schuldenstand aufgenommen hat.

Die vorgenannten 27,2 Milliarden DM umfassen ferner nur diejenigen Schulden, die zu einer „Doppelzählungen“ nicht enthaltenden Gesamtsumme der Schulden der öffentlichen Verwaltung zusammengefaßt werden können. Das sind diejenigen Schulden, die aus Kreditmarktmitteln und aus öffentlichen Sondermitteln (insbesondere Rückflüssen aus Umstellungsgrundschulden) stammen.

Für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Verwaltung erhöht sich jedoch die Verschuldung noch um die Schulden bei anderen Gebietskörperschaften, also der Länder beim Bund und der Gemeinden bei den Ländern. Hierbei handelt es sich einschließlich der Zahlungsrückstände um einen Betrag von 1 946,7 Mill. DM (gegenüber 1 510,3 Mill. DM im Vorjahr). Hieran sind die Länder und Hansestädte mit 1 424,4 Mill. DM und die Gemeinden mit 522,3 Mill. DM beteiligt.

Bei einer Zusammenfassung der Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden zu einer Gesamtsumme der öffentlichen Verschuldung werden diese Schulden der an der Schuldenstatistik beteiligten Gebietskörperschaften untereinander nicht einbezogen. Sie werden gewissermaßen als „interne Verschuldung“<sup>1)</sup> behandelt. Außerdem stammen diese Verbindlichkeiten zumeist aus solchen Mitteln der übergeordneten Gebietskörperschaften, die für diese selbst Schulden

1) Theoretisch müßten nach dem gleichen Grundsatz in der Summe der Länderschulden die Schulden der Länder untereinander und in der Summe der Gemeindegeldschulden die Schulden der Gemeinden untereinander unberücksichtigt bleiben. Von dieser Verfeinerung ist, zumal es sich nur um geringe Beträge handelt, in der Schuldenstatistik abgesehen worden.

sind; dies gilt insbesondere für die Wohnbaumittel, die die Gemeinden als Darlehen vom Land erhalten haben, beim Land aber aus den Wohnbaumitteln des Bundes und aus Verpflichtungen gegenüber dem Bundesausgleichsamt stammen. Insoweit enthält die Zusammenzählung der bei Ländern und Gemeinden ermittelten Schulden der Gebietskörperschaften untereinander Doppelzählungen.

Die statistische Erfassung der Schulden, die die Gemeinden bei ihrem Land haben, wird zur Zeit insoweit erschwert, als in einigen Ländern die staatlichen Wohnbaumittel durch Bankinstitute verwaltet und von diesen zusammen mit Kapitalmarktmitteln ausgeliehen werden. In der Schuldenstatistik bleiben die Schulden der Gemeinden bei diesen Banken den Kreditmarktmitteln zugeordnet. Es sind dies die Bayerische Landesbodenkreditanstalt, die beiden Landeskreditanstalten Baden und Württemberg sowie die Hessische Landesbank.

Soweit Schulden bei anderen Gebietskörperschaften nicht aus eigenen Schuldaufnahmen der Gläubiger finanziert werden, stammen sie aus Steuern und anderen Haushaltsmitteln der übergeordneten Körperschaft; sie sind damit ein Teilbetrag der sogenannten „öffentlichen Gelder“.

Auch in der für den 31. März 1953 gefertigten Zusammenstellung der Schulden der öffentlichen Verwaltung sind die Schulden der Länder (und Hansestädte) gegenüber dem Lastenausgleich nicht als Schulden gegenüber einer anderen Gebietskörperschaft behandelt worden, obwohl der Lastenausgleich ein Sondervermögen des Bundes ist und seine Mittel aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben stammen. Sie bleiben zunächst der Gruppe jener Verbindlichkeiten zugeordnet, die in der Schuldenstatistik als „Schulden aus öffentlichen Sondermitteln“ bezeichnet und zusammen mit den Kreditmarktmitteln zum Gesamtbetrag der öffentlichen Verschuldung zusammengefaßt werden.

#### Die Entwicklung der Schulden im Rechnungsjahr 1952<sup>2)</sup>

Der Gesamtbetrag der inländischen Verschuldung der öffentlichen Verwaltung (ohne die zu Doppelzählungen führenden Schulden der Gebietskörperschaften untereinander) hat sich im Rechnungsjahr 1952 erneut um 3 132,8 Mill. DM erhöht. Die Zunahme ist damit ungefähr ebenso groß wie im Vorjahre (3 063,0 Mill. DM).

Die einzelnen Ebenen der öffentlichen Verwaltung sind aber wiederum in sehr unterschiedlichem Maße an dem Schuldenzuwachs beteiligt. Absolut ist er am stärksten bei den Ländern, relativ aber bei den mit Ausgleichsforderungen nicht belasteten Gemeinden. Bei Ländern und Gemeinden erhöht sich der Schuldenzuwachs noch um die Darlehensver-

2) Vgl. hierzu die Tabelle im Abschnitt: „Statistische Monatszahlen“ S. 539.

Gesamtbetrag der Inlandschulden von Bund, Ländern und Gemeinden

	Stand			Zunahme	
	31. 3. 1951	31. 3. 1952	31. 3. 1953	31. 3. 53 geg. 31. 3. 52	vH
	Mill. DM				
Bund .....	7 224,9	8 688,4	9 324,5	636,1	7,3
Länder .....	11 603,9	12 697,1	14 300,6	1 603,5	12,6
Hansestädte .....	1 254,4	1 402,8	1 608,3	205,5	14,6
Gemeinden (Gv.) .....	964,0	1 321,9	2 009,6	687,7	52,0
Zusammen .....	21 047,2	24 110,2	27 243,0	3 132,8	13,0
Desgleichen einschl. Schulden der Gebietskörperschaften untereinander					
Bund .....	7 224,9	8 688,4	9 324,5	636,1	7,3
Länder .....	12 145,0	13 446,7	15 592,1	2 145,4	16,0
Hansestädte .....	1 276,4	1 444,6	1 678,8	234,2	16,2
Gemeinden (Gv.) .....	1 206,8	1 699,5	2 531,9	832,4	49,0

bindlichkeiten der Gebietskörperschaften untereinander, die zumeist aus der Finanzierung des Wohnungsbaus entstanden sind.

Die Ursachen des Schuldenwachses sind etwa die gleichen wie im Vorjahre. Die wichtigsten, den Gesamtschuldenstand und seine Zusammensetzung beeinflussenden Vorgänge sind die folgenden:

a) Die aus der Geldumstellung von 1948 folgenden Umstellungsrechnungen der Geldinstitute sind noch nicht abgeschlossen. Aus ihrem weiteren Vollzug haben sich die Verbindlichkeiten der Länder und Hansestädte aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken, Banken, Sparkassen, Bodenkreditinstitute und Versicherungen im Rechnungsjahr 1952 erneut um 228,1 Mill. DM erhöht. Zugleich hat der Bund den Versicherungsgesellschaften weitere Rentenausgleichsforderungen im Umfang von 237,8 Mill. DM ausgefolgt. Die mit der Geldumstellung begründete Altverschuldung aus Ausgleichsforderungen hat — einschließlich der Bundesschuld aus der Ausstattung Berlins mit Geld — trotz der weiteren Tilgung der Sonderausgleichsforderungen einen neuen Höchststand von 19,5 Mrd. DM (rund 72 vH der inländischen Gesamtverschuldung) erreicht. In dieser Summe sind die Ausgleichsforderungen der Postsparkasse und des Postscheckdienstes (abgesehen von geringen, von drei Ländern nachgewiesenen Beträgen) nicht enthalten.

b) Die im wesentlichen aus der Kassenlage des Bundes und der Länder sich ergebende kurzfristige Verschuldung aus Zentralbankkredit und Geldmarktpapieren (Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen) hat sich erstmalig erheblich vermindert. Auch bei Einbeziehung der Steuergutscheine Bayerns (148,8 Mill. DM) und der unverzinslichen Schatzanweisungen, die der Bund im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich unter den Ländern begeben hat (145 Mill. DM) ist der Gesamtbetrag dieser Kurz Kredite von 1 679,5 Mill. DM am 31. März 1952 auf 1 293,6 Mill. DM zurückgegangen. Zugleich hat sich die kurzfristige Verschuldung der Länder dadurch erheblich vermindert, daß die Zahlungsrückstände, die am 31. März 1952 noch 341,2 Mill. DM betragen und zumeist gegenüber dem Bund (284,6 Mill. DM) bestanden, weitgehend verschwunden sind. Die ursprünglichen Rückstände sind zum Teil mit Hilfe der 145 Mill. DM abgedeckt worden, die der Bund zur Erleichterung des horizontalen Finanzausgleichs begeben hat.

Der Rückgang der kurzfristigen Formen der öffentlichen Verschuldung steht in beachtlichem Gegensatz zu der Aufnahme fähigkeit des Geldmarktes für Schatzwechsel. An die Stelle der von Bund und Ländern begebenen Geldmarktpapiere sind im Rechnungsjahr 1952 zum Teil die Schatzanweisungen von Bundesbahn und Bundespost getreten, deren Umlauf<sup>3)</sup> am 31. März 1953 rund 1 057 Mill. DM bzw. 150 Mill. DM beträgt.

c) In bemerkenswert starkem und gegenüber den Vorjahren erhöhtem Umfang sind die langfristigen Formen an der Zunahme der öffentlichen Verschuldung beteiligt. Die mit besonderen Vergünstigungen ausgestatteten Anleihen des Bundes und der Länder Bayern und Hamburg haben den bisher geringen Umlaufbetrag an Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen von 56,0 Mill.

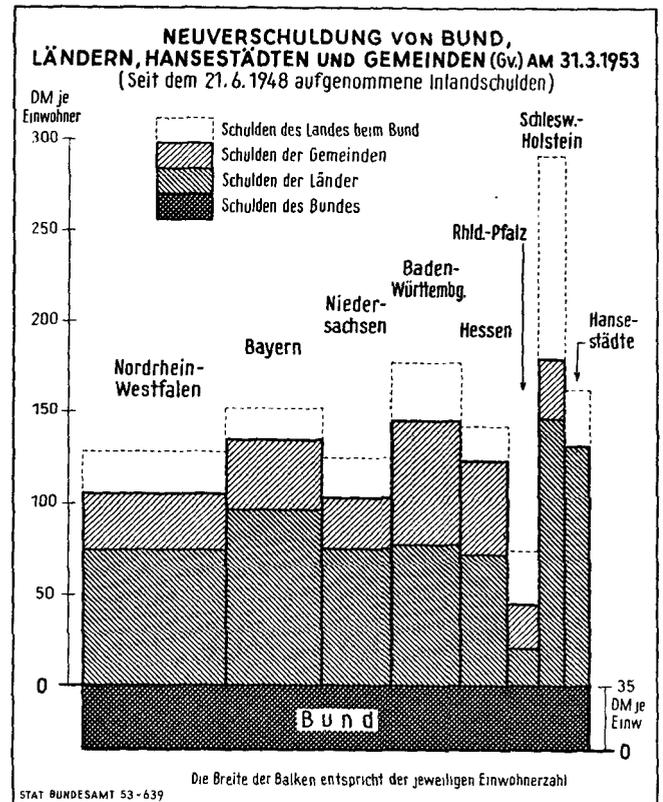
DM am Beginn auf 818,3 Mill. DM am Ende des Rechnungsjahres 1952 erhöht. Zugleich standen in noch höherem Maße als in den Vorjahren Mittel des organisierten Langkredits den Ländern und vor allem den Gemeinden zur Verfügung. Die, von geringen Ausnahmen abgesehen, langfristigen Schulden der kommunalen Körperschaften bei Banken<sup>4)</sup>, Sparkassen und Versicherungen haben sich im Rechnungsjahr 1952 um 577,6 Mill. DM (im Vorjahre 285,3 Mill. DM) erhöht. Im ganzen also stand der Kapitalmarkt in wesentlich erhöhtem Maße für die Finanzierung der Investitionsaufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zur Verfügung.

d) Zugleich ist die neuerliche Zunahme der öffentlichen Verschuldung wiederum durch die Mitwirkung von Bund, Ländern und Gemeinden an der Finanzierung des Wohnungsbaus stark beeinflußt. Die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel des Lastenausgleichs, die über die Länder geleitet werden, haben sich um rund 1 Milliarde DM erhöht und sind jetzt mit 2,5 Milliarden DM am Gesamtbetrag der öffentlichen Verschuldung beteiligt. Zum größten Teil allerdings sind diese Beträge wiederum als Darlehen an andere Bauherren weitergeleitet worden. Zumeist im Zusammenhang mit dieser Weiterleitung und zugleich der Erhöhung der Wohnbaumittel des Bundes sind auch die — nur der Verschuldung von Ländern und Gemeinden, nicht aber der Gesamtverschuldung der öffentlichen Verwaltung zugeordneten — Schulden bei anderen Gebietskörperschaften um 738,5 Mill. DM gestiegen.

e) Über die vorgenannten binnenwirtschaftlichen Vorgänge hinaus hat die Wiedereingliederung in die internationalen Kreditbeziehungen im zahlenmäßig feststellbaren Schuldenstand des Bundes sich mit größeren Beträgen niedergeschlagen. Der Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds kommt in dem 183,1 Mill. DM Schulschein darlehen der Bank deutscher Länder und in 1 480,3 Mill. DM Auslandsschulden zum Ausdruck. Zu letzteren tritt noch ein Schuldbetrag im Gegenwert von 71,0 Mill. DM anlässlich der amerikanischen Wirtschaftshilfe.

Die aus dem Londoner Schuldenabkommen sich sonst noch ergebenden Verbindlichkeiten sind durch die Schuldenstatistik vom 31. März 1953 noch nicht erfaßt.

4) Ohne die Darlehen der Landeskreditanstalten in Baden und Württemberg und der Landesbodenkreditanstalt in Bayern; diese Darlehen sind überwiegend aus Mitteln des Staates finanziert.



3) Nach den Feststellungen der Bank deutscher Länder.

## Die Schulden der Gemeinden

### Stärkerer Zuwachs als im Vorjahr

Bereits aus der für die Stadt- und Landkreise sowie für die größeren Gemeinden geführten vierteljährlichen Schuldenstatistik<sup>5)</sup> hatte sich ergeben, daß die Aufnahme neuer Schulden bei den Gemeinden in dem am 31. März 1953 beendeten Rechnungsjahr 1952 einen merklich höheren Umfang angenommen hatte als im Jahr zuvor. Bei den vierteljährlich berichtenden kommunalen Körperschaften hatte sich die Neuverschuldung um 765,9 Mill. DM erhöht gegenüber einer Zunahme um nur 407,5 Mill. DM im Rj. 1951.

Schulden der Gemeinden (Gv.)

Land Art der Körperschaft	31. 3. 1952	31. 3. 1953	31. 3. 1952	31. 3. 1953	Zunahme
	Mill. DM		DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein . . . . .	118,5	153,9	47,66	62,58	14,92
Niedersachsen . . . . .	178,1	242,6	26,53	36,34	9,81
Nordrhein-Westfalen . . . . .	482,9	725,1	35,71	52,85	17,14
Hessen . . . . .	145,6	277,1	33,14	62,83	29,69
Rheinland-Pfalz . . . . .	121,5	148,4	39,05	47,23	8,18
Baden-Württemberg . . . . .	352,5	532,1	53,51	80,15	26,64
Bayern . . . . .	300,6	452,6	32,74	49,34	16,60
Zusammen . . . . .	1 699,5	2 531,9	36,96	54,78	17,82
Stadtkreise . . . . .	929,3	1 432,8	60,54	92,04	31,50
Ka.-Gemeinden und Ämter . . . . .	631,5	888,5	20,62	28,98	8,36
davon mit über 10 000 Einw. . . . .	233,5	334,8	36,63	51,80	15,27
3 000—10 000 Einw. . . . .	211,5	289,7	27,10	37,04	9,94
unter 3 000 Einw. . . . .	181,5	258,0	11,03	15,75	4,72
Ämter . . . . .	5,0	6,0	0,97	1,15	0,18
Landkreise . . . . .	124,3	190,7	4,06	6,22	2,16
Bezirksverbände . . . . .	14,6	19,9	1,09	1,17	0,08

Diese Entwicklung wird durch die für die Gesamtheit der Gemeinden festgestellte Verschuldung (Summe von Alt- und Neuverschuldung) nach dem Stand vom 31. März 1953 bestätigt. Mit einem Gesamtbetrag von 2 531,9 Mill. DM ist diese um 832,4 Mill. DM höher als am gleichen Stichtag des Vorjahres. Zwischen dem 31. März 1951 und 31. März 1952 dagegen hatte sich die Gesamtverschuldung nur um 492,7 Mill. DM erhöht.

Die erheblichen regionalen Unterschiede in der Höhe der kommunalen Verschuldung bleiben weiter bestehen. Nach der absoluten Höhe entfallen die größten Beträge auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Schärfer noch sind die Unterschiede in der relativen auf die Einwohnerzahl bezogenen Höhe der Verschuldung. Die Gemeinden in Schleswig-Holstein und vor allem in Baden-Württemberg liegen mit ihren Schulden weiterhin über dem Bundesdurchschnitt (55 DM je Einwohner), auch bei den Gemeinden in Hessen geht neuerdings die Gesamtverschuldung über den Bundesdurchschnitt hinaus. Denn hier und ebenso in Baden-Württemberg ist der Schuldenzuwachs im letzten Jahr erheblich größer als in den übrigen Ländern. Der niedrige Stand der kommunalen Verschuldung in Niedersachsen bleibt weiterhin auffällig.

Zum größten Teil erklären sich die vorgenannten regionalen Unterschiede aus dem Anteil, den die Stadtkreise an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Länder haben. Denn die kommunale Verschuldung ist im wesentlichen eine Angelegenheit der Städte und vor allem der Großstädte sowie der größeren Gemeinden. Auf die Stadtkreise entfallen jetzt 56,6 vH aller Schulden im gemeindlichen Bereich. Bezogen auf die Einwohnerzahl sind sie hier (92 DM je Einwohner) mehr als doppelt so hoch als in den Landkreisen und deren Gemeinden (35 DM je Einwohner). Im Rj. 1952 hat sich dieser Unterschied zwischen Stadt und Land noch vergrößert; der Schuldenzuwachs ist im städtischen Bereich (31,50 DM je Einwohner) fast dreimal so hoch wie im ländlichen (10,52 DM je Einwohner).

### Unterschiede in der Verwendung

Die für das Rj. 1952 festgestellte stärkere Zunahme der Schulden ist zunächst und in erster Linie auf die beachtliche Erhöhung der kommunalen Investitionstätigkeit zurückzuführen. Bei den durch die Vierteljahresstatistik erfaßten

<sup>5)</sup> Vgl. „Zahlen zur Finanzlage der Gemeinden im Rj. 1952“ Wirtschaft und Statistik 5. Jg. N. F., Heft 6, S. 274.

Körperschaften waren die Bauinvestitionen und die Finanzierungsbeihilfen zum Wohnungsbau von 1 416,2 Mill. DM im Rj. 1951 auf 1 873,5 Mill. DM im Rj. 1952 gestiegen. Für den gleichen Kreis von Gemeinden und Gemeindeverbänden konnte zugleich errechnet werden, daß abweichend vom Rj. 1951, in dem ein größerer Teil der Investitionen mittels der Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer finanziert werden konnte, die Anleiheaufnahme wieder größere Bedeutung für die Durchführung außerordentlicher Aufgaben erlangt hat.

### Verwendung der kommunalen Neuverschuldung nach dem Stand der Schulden am 31. März 1953<sup>1)</sup>

Mill. DM

Verwaltungszweig	31. März 1953		31. 3. 1952	Zunahme 31. 3. 1953 gegen 31. 3. 1952
	Schulden aus			
	Kreditmarkt- mitteln	öffentl. u. ERP- Mitteln	Neuverschuldung zusammen	
Elektrizitätsversorgung . . . . .	44,8	23,7	68,5	24,0
Gasversorgung . . . . .	37,7	12,9	50,6	16,7
Wasserversorgung . . . . .	100,8	40,5	141,4	46,5
Kombinierte Ver- sorgungsunternehmen . . . . .	96,1	41,3	137,4	60,3
Verkehrsunternehmen . . . . .	47,8	15,2	63,0	23,3
Kombinierte Unternehmen . . . . .	82,2	33,5	115,7	69,3
Übrige Unternehmen . . . . .	47,4	14,3	61,7	27,5
Zusammen . . . . .	458,8	181,4	638,2	267,5
Wohnungsbau u. Dar- lehen f. Wohnungsbau . . . . .	295,9	140,2	436,1	145,8
Allgemeines Grundvermögen . . . . .	83,3	41,6	124,9	13,1
Zusammen . . . . .	379,2	181,8	561,0	158,9
Straßen u. sonst. Tiefbau . . . . .	157,4	114,1	271,5	100,1
Sonstiges Bauwesen . . . . .	29,2	28,1	57,3	22,3
Stadtentwässerung . . . . .	74,7	48,7	123,3	57,7
Übrige öffentliche Einrichtungen . . . . .	67,8	7,6	75,4	37,0
Wirtschaftsförderung . . . . .	17,5	9,3	26,8	3,5
Gesundheits- und Jugendpflege . . . . .	129,7	15,2	144,8	60,2
Schulen . . . . .	196,8	51,2	248,0	103,3
Übrige Kämmerer- verwaltungen . . . . .	107,1	16,0	123,1	52,8
Zusammen . . . . .	780,2	290,2	1 070,3	437,0
Insgesamt . . . . .	1 616,1	653,4	2 269,5	863,4

<sup>1)</sup> Ohne Kassenkredite.

Wie in den Vorjahren ist auch für den am 31. März 1953 noch ausstehenden Betrag der Neuverschuldung (nämlich für eine Summe von 2 269,5 Mill. DM) die „Verwendung“ ermittelt worden. Es bestätigt sich erneut, daß die Kreditaufnahmen der kommunalen Körperschaften zu einem großen Teil durch den Kapitalbedarf ihrer Versorgungs- und Verkehrsbetriebe bedingt sind. Von der am 31. März 1953 nach Abzug der Tilgungen noch ausstehenden Neuverschuldung entfallen 28,1 vH auf solche Schulden, deren Gegenwert in den seit der Geldumstellung von 1948 verflorbenen 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Jahren für die gemeindlichen und gemeindlich finanzierten Unternehmungen verwendet worden ist.

Als zweite Sonderursache der Nachkriegverschuldung erweist sich die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung des Wohnungsbaus. Obwohl diese hauptsächlich bei Bund und Ländern liegt, machen die Wohnbauschulden rund ein Fünftel der kommunalen Schulden aus. Allerdings sind hierin auch die für das Grundvermögen im allgemeinen aufgenommenen Schulden sowie durchgeleitete Ländermittel zur Finanzierung des privaten Wohnungsbaus enthalten.

Die für die Aufgaben der Kämmererverwaltungen aufgenommenen Schulden machen daneben weniger als die Hälfte der Neuverschuldung aus. Die größten Einzelbeträge hiervon entfallen auf den Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und Anlagen der Stadtentwässerung.

Der Vergleich mit den für das Ende des Vorjahres ermittelten Zahlen gibt zugleich Anhaltspunkte über die Richtung der kommunalen Investitionstätigkeit im Verlauf des Rj. 1952, wenigstens soweit diese kreditmäßig finanziert worden ist. Die in der obigen Tabelle errechneten Zahlen über die „Zunahme“ sind zwar ein Saldo aus Schuldtaufnahmen und Tilgungen und somit auch von dem unterschiedlichen Umfang der letzteren beeinflusst. Unbeschadet hiervon aber vermitteln sie ein annähernd richtiges Bild der Verwendungs-

zwecke, denen die im Rj. 1952 aufgenommenen Schuldbeträge zugeführt worden sind.

Beachtlich ist zunächst, daß die kommunalen Unternehmungen erheblich stärker als im Vorjahre (96,5 Mill. DM) an der Zunahme der Neuverschuldung beteiligt sind. Die weit- aus größten Einzelbeträge entfallen hierbei auf die aus der Zusammenfassung aller städtischen Unternehmungen gebildeten „Stadtwerke“, ohne daß aus den Zahlen zu erkennen ist, welchen Teilen der kommunalen Versorgungs- und Verkehrswirtschaft die Anleihemittel zugeführt worden sind. Der hohe Kapitalbedarf für den Ausbau der Wasserversorgung allerdings kommt in der Einzelangabe zum Ausdruck. Es kann angenommen werden, daß die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft an der verstärkten Finanzierung der kommunalen Versorgungsbetriebe beteiligt ist.

Die Schuldaufnahmen des Rj. 1952 erhalten weiterhin ihr Gepräge durch die erhöhten Beträge, die diesmal für Aufgaben der Kämmererverwaltung eingesetzt worden sind. Noch stärker als im Vorjahr steht der Schulbau im Vordergrund der über Anleihe finanzierten Investitionen. Relativ hoch sind wieder die für den Ausbau der Stadtentwässerung eingesetzten Beträge.

Abweichend dagegen ist die Entwicklung in der Finanzierung des Wohnungsbaus. Zwar hat sich die seit der Geldumstellung im Wohnungswesen und allgemeinen Grundvermögen insgesamt investierte Schuldensumme erneut um fast 160 Mill. DM erhöht; aber damit bleibt die kreditmäßige Finanzierung des Wohnungsbaus im Rj. 1952 nur etwa in der Größenordnung des Vorjahres.

Zwischen Stadt und Land bestehen auch in der Verwendung der Schulden einige für die Aufgabenbereiche typische Unterschiede. Die für Krankenhäuser, Schulen und vor allem für Wasserversorgung eingesetzten Kapitalbeträge entfallen überwiegend auf die Landkreise und ihre Gemeinden. In den übrigen Gebieten kommunaler Investitionstätigkeit sind überwiegend die Stadtkreise die Träger der Schuldaufnahmen.

#### Die Quellen des Kommunalkredits

Wie in den Vorjahren sind an der Zunahme der kommunalen Verschuldung auch im Rechnungsjahr 1952 die vom Bund und den Ländern zur Verfügung gestellten Kreditbeträge maßgeblich und in etwas erhöhtem Umfang beteiligt. Die Landesdarlehen für wertschaffende Arbeitslosenfürsorge haben sich von 68,4 Mill. DM auf 114,8 Mill. DM erhöht; die höchsten Einzelbeträge entfallen auf Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Als besondere Wohnbaukredite, die aus den entsprechenden Mitteln des Bundes und der Länder (einschließlich der aus den Rückflüssen aus Umstellungsgrundschulden gewährten Darlehen) den Gemeinden zugeflossen sind, sind durch die Statistik 152,0 Mill. DM (gegenüber 113,3 Mill. DM im Vorjahr) erfaßt worden. Hierzu kommen noch die staatlichen

#### Quellen der kommunalen Neuverschuldung

Mill. DM

Art und Gläubiger der Schulden	Stand der Schulden am 31. 3.			
	1950	1951	1952	1953
Schulden aus Kreditmarktmitteln				
Sparkassen	35,4	132,6	197,1	342,9
Girozentralen, Landesbanken Landeskreditanstalten <sup>1)</sup>	92,2	223,4	321,4	536,3
Sonstige Banken	12,5	29,9	62,5	153,5
Arbeitslosenversicherung		16,3	26,9	30,0
Sonstige Sozialversicherungen	55,5		27,5	62,8
Sonstige Versicherungen		90,7	142,8	230,3
Hypotheken	10,7	26,3	32,4	32,8
Übrige Kreditmarktschulden	11,9	29,0	46,6	82,4
Zusammen	218,1	548,1	903,1	1585,9
Schulden aus ERP-Mitteln		119,1	149,2	161,8
Schulden bei Bund, Ländern und Gemeinden	109,3	218,6	353,8	521,8
Kassenkredite	27,3	38,3	31,7	32,6
Insgesamt	354,7	924,0	1437,8	2302,1
Außerdem: bis zum 20. 8. 1948 entstandene Inlandschulden	310,7	282,7	261,7	229,8

<sup>1)</sup> In Baden-Württemberg sowie 1953 in Bayern (Landesbodenkreditanstalt).

und Bundesmittel, die in Bayern über die Landesbodenkreditanstalt, in Baden-Württemberg über die Landeskreditanstalten und in Hessen über die Landesbank gelaufen sind, Beträge, die in den Schulden aus Kreditmarktmitteln bei den genannten Banken enthalten sind.

Die Entwicklung der kommunalen Schulden im Rechnungsjahr 1952 erhält aber ihr besonderes Gepräge durch die hohen Beträge an Kreditmarktmitteln, die trotz der als unergiebig geltenden Lage des Kapitalmarktes den Gemeinden im Rechnungsjahr 1952 zur Verfügung standen. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln (allerdings einschließlich der oben erwähnten über Spezialbanken laufenden öffentlichen Wohnbaumitteln) haben sich im Rechnungsjahr 1952 um 682,8 Mill. DM (gegenüber 355,0 Mill. DM in 1951) erhöht.

Ebenso wie in den Vorjahren stammt der größere Teil der den Kommunen zugeflossenen Kreditmarktmittel aus der ihnen in besonderem Maße zur Verfügung stehenden Organisation der Sparkassen, Girozentralen und Landesbanken. Jedoch sind stärker als in den Vorjahren diesmal die übrigen Bereiche des organisierten Kapitalmarktkredits an der Kreditversorgung der gemeindlichen Körperschaften beteiligt. Lebensversicherungen, Sozialversicherungen und Hypothekenbanken haben im Rechnungsjahr 1952 weit höhere Beträge im Kommunalkredit angelegt als in den vorhergehenden Jahren. Begünstigt hiervon wurden in erster Linie die Stadtkreise. Für die übrigen Gemeinden bleibt die Sparkassenorganisation die wichtigste Kreditquelle.

#### Laufzeit, Fälligkeiten und Verzinsung der kommunalen Schulden

Der für die kommunale Verwaltung wichtige Charakter der Langfristigkeit der Verschuldung ist auch im Rechnungsjahr 1952 weitgehend gewahrt geblieben. An der Neuverschuldung nach dem Stand vom 31. März 1953 ist die kurzfristige Verschuldung nur mit 7,8 vH beteiligt, nämlich mit 32,6 Mill. DM Kassenkrediten und mit 147,7 Mill. DM sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von weniger als 4 Jahren. Die eindeutig langfristigen, d. h. für 10 Jahre und länger abgeschlossenen Verbindlichkeiten stellen mit 1780,1 Mill. DM immer noch rund 77 vH der gesamten Neuverschuldung dar. Die vor dem 20. Juni 1948 entstandenen Schulden sind durchweg als langfristig anzusehen. Die Langfristigkeit der Verschuldung wird noch dadurch unterstrichen, daß die den kommunalen Bedürfnissen am besten entsprechenden Annuitätsdarlehen (die jährlich mit einem bestimmten niedrigen Prozentsatz zuzüglich der ersparten Zinsen getilgt werden) mit 1063,5 Mill. DM und somit mit fast der Hälfte an der gesamten Neuverschuldung beteiligt sind.

Immerhin besteht neben den eindeutig kurzfristigen und den eindeutig langfristigen Verbindlichkeiten noch ein Betrag von 341,7 Mill. DM solcher Schulden, die mit einer Laufzeit von 4 bis unter 10 Jahren aufgenommen worden sind. Durch diese und die kurzfristigen Schulden gewinnt der Betrag der jährlich aus den Haushalten aufzubringenden Tilgungsbeträge wachsende Bedeutung. Durch die zum 31. März 1953 durchgeführte Schuldenstatistik sind für die vier nächsten Rechnungsjahre folgende Fälligkeiten ermittelt worden (in Mill. DM):

Rechnungsjahr	Neuverschuldung		zusammen	darunter: Stadtkreise
	aus Kreditmarktmitteln	aus öffentl. Mitteln		
1953	122,1	22,5	144,6	87,2
1954	98,2	24,6	122,8	72,8
1955	92,6	24,0	116,7	71,1
1956	89,3	23,3	112,6	76,1

Zu diesen Beträgen treten noch die allerdings praktisch nicht zur Rückzahlung kommenden Kassenkredite (32,6 Mill. DM). Sie erhöhen sich ferner um die Fälligkeiten der Altverschuldung. Zu berücksichtigen sind ferner die Zahlungen auf die Annuitätsdarlehen; der in diesen Raten enthaltene Anteil der Tilgungen kann aber zur Zeit noch nicht groß sein (etwa 15 bis 25 Mill. DM).

Nach dem Stand vom 31. März 1953 sind erstmals auch die Zinsbedingungen ermittelt worden. Der Gesamtbe-

Gliederung der Schulden der Gemeinden nach Zinssatzgruppen  
Stand der Schulden am 31. März 1953

Mill. DM

Einsatzgruppe	Altverschuldung <sup>1)</sup>	Neuverschuldung			
		aus Kreditmarktmitteln	aus öffentl. Mitteln	zusammen	darunter: Stadtkreise
unverzinslich . . . .	4,0	63,6	61,6	129,2	41,2
bis unter 3% . . . .	32,0	76,9	80,6	189,5	60,1
3% bis unter 6% . . . .	176,9	476,4	358,1	1 011,4	557,1
6% bis unter 7% . . . .	8,1	413,0	117,4	538,4	348,9
7% bis unter 8% . . . .	8,1	328,2	29,1	365,4	219,0
8% bis unter 9% . . . .	0,7	218,6	6,3	225,6	169,8
9% und darüber . . . .	0,0	39,4	0,3	39,8	30,6
Insgesamt . . . . .	229,8	1 616,1 <sup>2)</sup>	653,4 <sup>2)</sup>	2 499,2	1 426,7

<sup>1)</sup> Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden. — <sup>2)</sup> Die Schulden der Gemeinden in Rheinland-Pfalz aus dem Treuhandfonds für Umstellungsschulden und vom Landesamt für Soforthilfe sind hier unter „Kreditmarktmitteln“ und nicht unter „öffentlichen Mitteln“ gezählt.

trag der Schulden — in der Gruppierung von Altverschuldung, Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln und aus öffentlichen Mitteln, jedoch ohne Kassenkredite — ist nach Zinssatzgruppen gegliedert worden. Danach sind 1 330,0 Mill. DM, d. h. 53,2 vH des Gesamtbetrages, mit weniger als 6% verzinslich oder unverzinslich. Einen besonders hohen Anteil haben diese unteren Zinssatzgruppen bei den Schulden aus öffentlichen Mitteln (76,5 vH) und bei den Altschulden (92,6 vH). Bei den Schulden aus Kreditmarktmitteln dagegen sinkt ihr Anteil auf 38,2 vH. Hier spielen Zinssätze von 6%, 7% und 8% eine beachtliche Rolle. Dies wirkt sich besonders für die Stadtkreise mit ihrem höheren Anteil an den Kreditmarktschulden aus. Bei ihnen machen die mit 6% und darüber verzinslichen Schulden 53,9 vH der Gesamtverschuldung aus gegenüber nur 37,4 vH bei den übrigen kommunalen Körperschaften.

He.

## Die Realsteuern der Gemeinden im Rechnungsjahr 1952

### Steueraufkommen und Steuereinnahmen

Die Realsteuern (Gewerbsteuer und Grundsteuer) bilden die eigentliche Grundlage der kommunalen Finanzwirtschaft. Von den Gesamtausgaben aller Kämmererverwaltungszweige einschließlich deren Anstalten und Einrichtungen sind nach den Ergebnissen der Finanzstatistik für das Rechnungsjahr 1951 etwa die Hälfte aus speziellen Deckungsmitteln gedeckt worden, also aus Einnahmen, die bei den einzelnen Verwaltungszweigen unmittelbar aus Gebühren, Entgelten und Schuldannahmen sowie aus verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen von anderen Gebietskörperschaften anfallen. Für den Gesamthaushalt aller Gemeinden und Gemeindeverbänden mußten somit aus allgemeinen Deckungsmitteln, also Steuern, Erträgen des Erwerbsvermögens und allgemeinen Finanzaufwendungen bzw. Umlagen rund 4,4 Mrd. DM aufgebracht werden. Von diesen Einnahmen des Gesamthaushaltes entfällt der wesentlichste Anteil, nämlich rund zwei Drittel allein auf die Realsteuern.

Im Rechnungsjahr 1952 sind nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik insgesamt 3 779,2 Mill. DM (1951 : 3 225,0 Mill. DM) aus Realsteuern vereinnahmt worden. Für die Gesamtheit aller kommunalen Gebietskörperschaften ist die Summe des Steueraufkommens — abgesehen von geringfügigen, zeitlichen Überschneidungen — identisch mit der Summe der Steuereinnahmen. Für die einzelne Gemeinde unterscheidet sich Steueraufkommen (von der Gemeinde veranlagte und eingezogene Steuersumme) von den Steuereinnahmen (Betrag, der für den eigenen Haushalt der Gemeinde zur Verfügung steht) um die Beträge, die als Grundsteuerbeteiligung und als Gewerbesteuer ausgleich von bzw. an andere Gemeinden gezahlt werden.

Innerhalb des Gesamtbetrages der Realsteuern nimmt seit einigen Jahren die Gewerbesteuer den ersten Platz ein. Mit einem Gesamtaufkommen im Rechnungsjahr 1952 von 2 358,8 Mill. DM, denen noch weitere 295,1 Mill. DM Lohnsummensteuer hinzugerechnet werden müssen, umfaßt diese Steuer in allen Ländern des Bundesgebietes mehr als

die Hälfte aller Realsteuereinnahmen; für die Gesamtsumme aller Länder beträgt der Anteil der Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer 70,2 vH. Entsprechend der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur schwankt dieser Anteil der Gewerbesteuer natürlich von Land zu Land bzw. von Gemeindegrößenklasse zu Gemeindegrößenklasse. So macht beispielsweise bei den Stadtkreisen in Nordrhein-Westfalen (Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern) der Anteil der Gewerbesteuer 74 vH, bei den kreisangehörigen Gemeinden zwischen 5 000 und 10 000 Einwohnern in Hessen 68 vH, bei den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern in Bayern nur noch 33 vH aus.

### Aufkommen an Realsteuern im Rechnungsjahr 1952<sup>1)</sup>

Mill. DM

Land	Grundsteuer		Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital	Lohnsummensteuer	Zusammen <sup>2)</sup>	dagegen: 1951
	A	B				
Schl.-Holstein . . . . .	25,1	39,6	64,8	9,3	138,9	122,4
Niedersachsen . . . . .	65,4	98,4	253,4	14,5	431,7	390,3
Nordrh.-Westf. . . . .	35,4	274,4	819,4	208,0	1 337,1	1 134,9
Hessen . . . . .	28,0	71,2	185,9	16,0	301,1	264,9
Rheinland-Pfalz . . . . .	30,7	45,8	108,4	11,6	196,5	170,3
Baden-Württ. . . . .	57,1	105,8	403,2	0,0	566,2	467,2
Bayern . . . . .	65,2	123,4	330,3	0,2	519,2	455,5
Hamburg . . . . .	0,5	42,1	152,9	23,0	218,5	163,1
Bremen . . . . .	0,7	16,2	40,5	12,5	69,9	56,3
Bundesgebiet . . . . .	308,2	817,1	2 358,8	295,1	3 779,2	—
Dagegen: 1951 . . . . .	304,6	807,8	1 846,8	265,9	—	3 225,0

<sup>1)</sup> Kassenmäßiges Ist-Aufkommen nach der Vierteljahresstatistik. — <sup>2)</sup> Das Aufkommen an den übrigen Gemeindesteuern belief sich 1952 auf 361,3 Mill. DM und 1951 auf 330,6 Mill. DM.

Die Grundsteuer betrifft die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) und die Grundstücke einschließlich Betriebsgrundstücke (Grundsteuer B). Im Gegensatz zur Gewerbesteuer ist die Grundsteuer weitgehend konjunkturunempfindlich und daher in ihrer Bedeutung für die kommunalen Haushalte konstant. Aus Grundsteuer B sind im Rechnungsjahr 1952 insgesamt 817,1 Mill. DM auf gekommen (1951 : 807,8 Mill. DM), aus Grundsteuer A 308,2 Mill. DM (1951 : 304,6 Mill. DM). Für die Grundsteuer B ist hinsichtlich ihrer künftigen Ausschöpfungsmöglichkeit zu berücksichtigen, daß mit dem Wiederaufbau kriegszerstörter Grundstücke und der Heranziehung zunächst steuerbegünstigter Neubauten das Aufkommen wachsen wird. Für Finanzausgleichsberechnungen ist im Vergleich mit dem Rechnungsjahr 1942 der Ausfall an Grundsteuer B infolge Kriegszerstörungen für das Rechnungsjahr 1952 mit 83,3 Mill. DM ermittelt worden.

### Realsteueraufbringungskraft

Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen der Länder an ihre Gemeinden bilden die Realsteuern die Grundlage, und zwar wird einer nach Gemeindegröße und Bevölkerungszusammensetzung ermittelten Ausgangsmaßzahl eine „Steuerkraftmaßzahl“ gegenübergestellt. Diese Steuerkraftmaßzahl setzt sich in der Hauptsache aus unterschiedlich gewichteten Anteilen der Realsteuermessbeträge zusammen. Da länderweise unterschiedliche Regelungen bestehen, mußte für Steuerergleiche von Land zu Land d. h. auch für Zwecke des horizontalen Finanzausgleiches zwischen den Ländern ein anderer Weg gegangen werden. Abgesehen von gewissen Unterschieden in der Bewertung vor allem des Grundbesitzes könnten solche Realsteuervergleiche an sich an Hand der Steuermessbeträge vorgenommen werden. Da aber einheitliche Verzeichnisse der Messbeträge noch nicht wieder in allen Ländern zur Verfügung stehen, ist zur Darstellung der Steuerkraft eine andere Methode angewendet worden: Aus der Division des Steueraufkommens jeder einzelnen Gemeinde durch den effektiven Hebesatz (jeweils getrennt für die drei Realsteuern) ist ein sogenannter Grundbetrag errechnet worden. Die Summe der Grundbeträge multipliziert mit einem bundesdurchschnittlichen gewogenen Hebesatz ergibt dann eine vergleichbare Größe, die — um Verwechslungen mit der bereits erwähnten Steuerkraftmaßzahl zu vermeiden — als „Steueraufbringungskraft“ bezeichnet wurde. Die Umrechnung der so festgestellten Beträge in Relativzahlen — DM je Einwohner — gibt dann eine Vorstellung über die vergleich-

bare Steuerkraft der Gemeinden und zeigt vor allem die bedeutsamen regionalen Unterschiede.

Realsteueraufbringungskraft<sup>1)</sup> in den Rechnungsjahren 1951 und 1952  
DM je Einwohner

Land	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbest. nach Ertrag und Kapital		Zusammen	
	1952	1951	1952	1951	1952	1951	1952	1951
Bundesgebiet .....	6,36	6,32	16,86	16,75	48,66	38,30	71,88	61,37
Schl.-Holstein ..	8,87	8,46	13,79	13,51	25,11	19,19	47,77	41,16
Niedersachsen ..	8,60	8,46	12,59	12,12	35,72	30,27	56,91	50,85
Nordrh.-Westf. ..	3,50	3,54	19,10	19,06	62,56	49,20	85,16	71,80
Hessen .....	6,07	6,12	15,68	15,71	43,53	38,56	65,28	60,39
Rheinland-Pfalz ..	8,40	8,38	12,97	12,95	33,78	25,04	55,15	46,37
Baden-Württbg. ..	8,29	8,40	20,39	20,76	56,39	42,17	85,07	71,33
Bayern .....	7,71	7,51	13,59	13,38	37,48	30,58	58,78	51,47
Hamburg .....	0,69	0,60	28,37	29,01	82,78	55,22	111,84	84,83
Bremen .....	1,49	1,35	33,85	31,61	78,03	57,82	113,37	90,78

<sup>1)</sup> Grundbetrag vervielfacht mit dem gewogenen Durchschnittshebesatz.

Die Gewerbesteuer aufbringungskraft ist gegenüber 1951 um rund 27 vH gestiegen. Auch in den Ländern mit überwiegend landwirtschaftlichem Gepräge wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ist damit die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital im Rechnungsjahr 1952 zur wichtigsten eigenen Steuerquelle der Gemeinden (in ihrer Gesamtheit) geworden. Die Lohnsummensteuer konnte in diese vergleichende Darstellung nicht einbezogen werden, da eine methodisch einwandfreie Umrechnung auf die Basis der Gewerbeertrag- und -kapitalsteuer in den Ländern bzw. Landesteilen<sup>1)</sup>, in denen eine effektive Lohnsummensteuer erhoben wird, nicht möglich ist.

Die Bedeutung der Grundsteuer, gemessen am Anteil der Grundsteuer A und Grundsteuer B an der gesamten Steueraufbringungskraft, ist in den einzelnen Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlich. Bei den Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern im Durchschnitt des Bundesgebietes ist der Anteil der beiden Grundsteuern mit 9,19 bzw. 9,49 DM je Einwohner beinahe gleich groß. Für die kleinen Gemeinden bildet die Grundsteuer A das finanzielle Rückgrat, d. h. für die 16 621 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern beläuft sich im Bundesdurchschnitt die Steueraufbringungskraft bei der Grundsteuer A auf 17,44 DM je Einwohner; in der gleichen Größenklasse ist der vergleichbare Betrag für die Grundsteuer B nur 3,33 DM. Mit zunehmender Gemeindegröße wächst die Bedeutung der Grundsteuer B bei gleichzeitigem Absinken der Grundsteuer A, so daß bei den Städten mit über 500 000 Einwohnern die Steueraufbringungskraft bei der Grundsteuer A nur 0,55 DM je Einwohner, bei der Grundsteuer B aber 28,26 DM je Einwohner erreicht. Die Auswirkung der bereits erwähnten Kriegszerstörungen hinsichtlich der Steueraufbringungskraft bei der Grundsteuer B ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Der Grundsteuerausfall 1952 gegenüber 1942 in den Gemeinden mit 10 000<sup>2)</sup> und mehr Einwohnern betrug je Einwohner<sup>3)</sup> in:

	DM
Hamburg	6,88
Bremen	4,77
Nordrhein-Westfalen	2,24
Bundesdurchschnitt	1,72
Baden-Württemberg	1,52
Hessen	1,51
Rheinland-Pfalz	1,32
Niedersachsen	1,02
Bayern	0,97
Schleswig-Holstein	0,66

Die hier angegebenen Zahlen geben nur einen gewissen Anhalt über die effektiven steuerlichen Mindererträge in den betroffenen Ländern. Eine unmittelbare Relation zu den in der obigen Tabelle angegebenen Zahlen läßt sich durch Umrechnung mit dem gewogenen Durchschnittshebesatz der Grundsteuer B herstellen.

<sup>1)</sup> 940 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. — <sup>2)</sup> Ohne die Kriegsschaden in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, die besonders in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bedeutend sind. — <sup>3)</sup> Bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl.

Faßt man die Steueraufbringungskraft bei der Grundsteuer A für die Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern zusammen, so ergibt sich bei einem Bundesdurchschnitt von 13,03 DM je Einwohner, daß nur Schleswig-Holstein (19,15 DM) und Hessen (10,36 DM) wesentlich von diesem Durchschnittsbetrag abweichen.

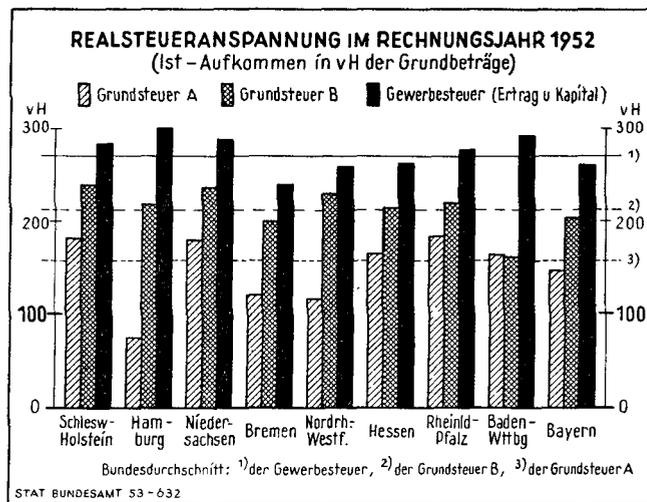
Realsteueranspannung

Das weitere Ansteigen des Aufkommens aus den Realsteuern im Jahre 1952 ist zu einem, zwar nur geringen, aber für die kommunale Finanzwirtschaft insgesamt doch beachtlichen Teil durch eine weitere Steigerung der durchschnittlichen gewogenen Hebesätze ausgelöst worden. Zu deren Ermittlung wird das gesamte Ist-Aufkommen der einzelnen Größenklassen (bzw. Länder, Bund) durch die Gesamtsumme der festgestellten Grundbeträge dividiert. Theoretisch kann diese mit dem jeweiligen Ist-Aufkommen gewogene Durchschnittszahl sich im zeitlichen Vergleich erhöhen oder ermäßigen, ohne daß sich die Hebesätze der Gemeinden ändern — nämlich dann, wenn sich in der gleichen Zeit das Steueraufkommen einzelner Gemeinden innerhalb einer Größenklasse stark verschiebt. Der Aussagewert der „Durchschnittshebesätze“ wird aber durch tiefgegliederte Streuungsübersichten über die effektiven Hebesätze ergänzt, die bis zum Rechnungsjahr 1951 vorliegen<sup>4)</sup>.

Realsteueranspannung in den Rechnungsjahren 1951 und 1952

Land	Gewogene Durchschnittshebesätze (Ist-Aufkommen in vH der Grundbeträge)					
	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	
	1952	1951	1952	1951	1952	1951
Bundesgebiet .....	158	154	212	210	271	269
Schleswig-Holstein .....	182	176	240	237	284	284
Niedersachsen .....	180	175	237	234	288	289
Nordrhein-Westfalen ..	116	116	230	229	259	258
Hessen .....	165	158	214	211	263	243
Rheinland-Pfalz .....	184	182	219	219	277	280
Baden-Württemberg ..	164	160	161	160	292	292
Bayern .....	146	140	203	202	261	260
Hamburg .....	74	76	218	216	300	300
Bremen .....	120	120	200	200	240	240

Die Anspannung bei der Gewerbesteuer ist in allen Ländern, mit Ausnahme von Hessen (Zunahme 20 vH) und Rheinland-Pfalz (Abnahme 3 vH) fast gleich geblieben. Bei Hessen scheint die steuerliche „Abundanz“ einzelner gewerbesteuerstarker Gemeinden die Berechnung des gewogenen Durchschnittshebesatzes entscheidend beeinflusst zu haben.



Bei der Grundsteuer B ist der gewogene Durchschnittshebesatz insgesamt gegenüber 1951 um 2 vH auf 212 vH gestiegen. Aus dem Rahmen fällt hier Baden-Württemberg, das mit 161 vH weitaus die geringste durchschnittliche Anspannung zeigt.

<sup>4)</sup> 1949: Band 19 „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ 1950: Band 57 „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, 1951: Statistischer Bericht VII/43.1.

liche Anspannung bei der Grundsteuer B aufweist. Tatsächlich ist aber deshalb in diesem Lande die Ausschöpfung der Grundsteuer B und damit das vergleichbare Steueraufkommen nicht geringer als in anderen Ländern; vielmehr ist der niedrigere Durchschnittshebesatz nur das Ergebnis einer durch höhere Einheitsbewertung bedingten Überhöhung der Grund- (bzw. Meß-)beträge, die zur Erzielung eines — im Vergleich zu anderen Ländern — gleichen Einnahmenvolumens entsprechend niedrigere Hebesätze zulassen<sup>5)</sup>.

Der Ausschöpfungsgrad der Grundsteuer A ist gegenüber dem Vorjahr von 154 auf 158 vH gleichfalls gestiegen. Aber auch mit einem auf 158 vH erhöhten durchschnittlichen Hebesatz erscheint die Anspannung der landwirtschaftlichen Grundsteuer zumindest im Durchschnitt des Bundesgebietes gering. Allerdings geht sie in den landwirtschaftlichen Ländern Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erheblich über den Bundesdurchschnitt hinaus. Beachtlich bleibt aber der niedrige Stand des, wenn auch im Jahre 1952 erhöhten, durchschnittlichen Hebesatzes in den bayerischen Landgemeinden und vor allem in den landwirtschaftlichen Gebieten von Nordrhein-Westfalen.

Die Umrechnung von Steueraufkommen- oder Steuereinnahmezahlen auf DM je Einwohner läßt zwar für die Gesamt-

<sup>5)</sup> Vgl. „Wirtschaft und Statistik“ 4. Jg., N. F., Heft 8 August 1952, S. 342.

heit der kommunalen Gebietskörperschaften und die Realsteuern zusammen wichtige Rückschlüsse zu. Für die Grundsteuer A allein geben diese Relativzahlen nur wenig Anhaltspunkte über die Bedeutung dieser Steuer. In früheren Darstellungen (für das Rechnungsjahr 1949)<sup>6)</sup> ist der Versuch gemacht worden, die Bedeutung der Grundsteuer A für die einzelnen Länder durch Inbeziehungssetzung der Grundbeträge zu der landwirtschaftlichen Nutzfläche darzutun. Eine gleiche Untersuchung für das Rechnungsjahr 1952 hat ergeben, daß im Bundesdurchschnitt 14,50 DM je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche an Grundsteuer A eingegangen sind (1949: 14,04 DM). Abgesehen von den Stadtstaaten liegen dabei Rheinland-Pfalz mit 18,76 DM und Baden-Württemberg mit 18,35 DM weitaus an der Spitze der Erträge aus der Grundsteuer A. Bezieht man auch die forstwirtschaftlich genutzten Flächen, die ja gleichfalls der Besteuerung durch die Grundsteuer A unterliegen, in diese Betrachtung ein, so ergibt sich für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen zusammen ein Durchschnittsbetrag von 9,61 DM je ha; an der Spitze der Erträge aus Grundsteuer A liegen dann die Länder Nordrhein-Westfalen mit 11,31 DM und Baden-Württemberg mit 11,07 DM. Die niedrigsten Beträge haben Hessen mit 9,53 DM und Bayern mit 7,29 DM.

Kupp.

<sup>6)</sup> Vgl. „Wirtschaft und Statistik“ 2. Jg., N. F., Heft 4 Juli 1950, S. 119.

## Preise

### Die Preise im September/Oktober 1953

#### Die Preisentwicklung nach den Preisindices

Die Preisentwicklung am Weltmarkt war zwischen Mitte September und Mitte Oktober stärker als in den Vormonaten abwärts gerichtet. Dabei trat weiterhin eine gegensätzliche Preisentwicklung bei verschiedenen Warengruppen und Waren in Erscheinung. Oftmalige Preisschwankungen ließen eine Unsicherheit der Verkäufer und Käufer über die weitere Preisentwicklung erkennen, wie dies in den vergangenen Wochen auch am Aktienmarkt festzustellen war. Moody's Index der amerikanischen Stapelwarenpreise hat sich von Mitte September zu Mitte Oktober um 4,6 vH zurückgebildet, in der gleichen Zeit senkte sich Reuter's Index um 1,4 vH.

Auch am Binnenmarkt war die Preisentwicklung sowohl am Erzeuger- als auch am Verbrauchermarkt im ganzen abwärts gerichtet. Die Indexziffer der Grundstoffpreise ist vom 7. September zum 7. Oktober 1953 infolge einer Erhöhung des Preisniveaus der in der Gruppe Nahrungsmittel zusammengefaßten Waren (+ 0,4 vH) geringfügig gestiegen. Bei den Preisen der Industriegrundstoffe haben sich Preiserhöhungen und Preisermäßigungen ausgeglichen, so daß der Gruppenindex den Vormonatsstand beibehielt.

Geringfügig vermindert hat sich vom August zum September 1953 der Gesamtindex für die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (— 0,3 vH). Die Bewegungen bei den pflanzlichen Produkten (— 3,1 vH) und den tierischen Produkten (+ 1,1 vH) sind in der gleichen Zeit stärker und gegenläufig gewesen.

Ebenfalls leicht abwärts gerichtet war die durchschnittliche Preisentwicklung der Industrieprodukte bis September 1953. Die Indices der nach der vorwiegenden Verwendung ihrer Erzeugnisse zusammengefaßten Industriegruppen zeigen für die vorwiegend Investitionsgüter und vorwiegend Verbrauchsgüter erzeugenden Industrien sowie für die Nahrungsmittelindustrie leicht fallende Preise, während die Preise der Energiewirtschaft das Niveau des Vormonats hielten. Der Durchschnitt der Erzeugerpreise des Bergbaues und der Grundstoffindustrie hat sich um 0,1 vH erhöht.

Auch die Verbraucherpreise setzten ihre Abwärtsbewegung vom August zum September 1953 fort. Die Indexziffer der Preise der vom Einzelhandel an den Verbraucher abgesetzten Waren hat sich um 0,7 vH ermäßigt. Daran haben die Preise in den Lebensmittelgeschäften mit einem Rückgang um 1,3 vH den stärksten Anteil. In den Geschäften für

Textilwaren und Schuhwaren sowie für Hausrat und Wohnbedarf gaben die Preise um 0,2 vH nach, in den sonstigen Branchen des Einzelhandels um 0,5 vH.

In gleichem Maße wie der Einzelhandelspreisindex hat sich auch der Preisindex für die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe vom August zum September 1953 gesenkt. Die stärksten Preisermäßigungen liegen bei den Warengruppen „Getränke und Tabakwaren“ und „Bildung und Unterhaltung“. Während sich in der ersten Gruppe der Rückgang der Kaffee- und Teepreise infolge der Steuer senkung bemerkbar machte, wirkte sich in der zweiten Gruppe ein Preisrückgang am Büchermarkt aus.

Die vierteljährlich berechnete Indexziffer der Verbraucherpreise der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft hat sich vom 15. Mai zum 15. August 1953 von 210 auf 207 (1938 = 100) um 1,5 vH ermäßigt.

#### Die Preisentwicklung bei den Warengruppen

Betrachtet man zunächst die Preisbewegungen einzelner aus dem Bereich der Landwirtschaft kommenden Waren, so stiegen zwischen Mitte September und Mitte Oktober die amerikanischen Weizen- und Roggenpreise, letztere um bis zu 10 vH an. Auch am deutschen Getreideerzeugermarkt ließen sich für Roggen, Weizen und Futtergerste Preiserhöhungen infolge verminderter Anlieferung während der Zeit der Hackfrüchtereite und der Herbstbestellung erkennen. Ein gutes Angebot an Braugerste brachte für diese einen Preisabschlag von 0,7 vH. Futterhafer (— 2,9 vH) und Speiseerbsen (— 0,4 vH) ließen bei geringem Kaufinteresse ebenfalls im Preis nach. Am internationalen Schlachtviehmarkt ergab sich ein Anstieg für die Preise von Schlachtrindern in Dänemark, nachdem sie bis Mitte September nachgegeben hatten. Umgekehrt sind die Preise für Schlachtschweine in den USA nach dem Anstieg bis Ende September wieder zurückgegangen. Gleiches gilt für die Schmalzpreise und seit Oktober auch für Speck. Am deutschen Erzeugermarkt hat ein erhöhtes Angebot an Weidevieh einen Preisabschlag für Ochsen, Kühe und Schafe gebracht. Kälber, Schweine und Ferkel zogen dagegen weiterhin im Preise an. Diese und vorangegangene Preiserhöhungen brachten für die Fleischpreise am Erzeuger- und Verbrauchermarkt zum Teil erhebliche Steigerungen. Während aber die Erzeugerpreise für Kalbfleisch (+ 8,5 vH), Schweinefleisch (+ 3 vH) und Schmalz (+ 23,1 vH) verhältnismäßig stark anzogen, gingen die Verbraucherpreise für Kalb- und Schweinefleisch nur um je rund 4 vH in die Höhe, die Schmalzpreise zogen um 5,4 vH an. Stark gefallen sind infolge der neuen Ernte

Preisindexziffern

Zeit	Weltmarkt		Binnenmarkt								
	Internationale Rohstoffpreise		Einkaufspreise für Auslands-güter <sup>1)</sup>	Erzeugerpreise				Preise für die Lebenshaltung <sup>5) 6)</sup>	Wohnungsbaupreise	Verbraucherpreise d.schl. Betriebsmittel der Landwirtschaft	
	Moody <sup>1)</sup>	Reuter <sup>1)</sup>		Grundstoffpreise <sup>2)</sup>	landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	industrieller Produkte <sup>4)</sup>	Einzelhandelspreise <sup>5)</sup>				
	JD	1938=100	1950=100	1938=100							
1949	246	301		192	181	191	191	166	193	167	
1950	291	368	100	206	183	186	172	156	182	182	
1951	341	434	128	250	174	221	188	168	210	191	
1952	300	391	112	262	201	226	188	171	226	210	
1952											
Aug.	304	389	109	263	207	226	185	170	226	210	
Sept.	298	385	108	266	206	227	185	171			
1952											
Okt.	291	374	109	263	204	226	185	170			
Nov.	284	371	107	259	201	225	185	171	224	211	
Dez.	283	370	107	257	201	225	185	172			
1953											
Jan.	283	366	105	258	197	224	184	171			
Febr.	285	367	104	256	196	224	183	170	221	213	
März	292	366	104	254	193	224	182	170			
1953											
April	290	357	103	253	189	222	181	169			
Mai	291	358	103	252	194	221	181	169	222	210	
Juni	290	356	102	252	199	220	179	168			
1953											
Juli	296	352	102	254	202	219	180	169			
Aug.	292	350	102	250	194	218	178	168		207	
Sept.	288	349	102p	248	194	218	177	167			
Okt.	...	...	...	249p	...	...	...	...			

Veränderung<sup>7)</sup> in vH gegenüber dem jeweiligen

1952	Vormonat								Vorviertelj.						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
	-0,4	-1,3	-0,6	+1,2	+2,6	+0,6	-0,3	+0,4	-0,9	+0,3					
	-2,2	-1,0	-1,2	+1,0	-0,4	+0,1	-0,3	-							
	-2,3	-2,6	+0,7	-1,1	-1,1	-0,3	-0,2	-							
	-2,3	-0,8	-1,2	-1,5	-0,3	+0,1	+0,5	-0,8	+0,0						
	-0,6	-0,2	-0,4	-0,8	+0,0	-0,2	+0,1	+0,1							
1953															
Jan.	+0,2	+1,0	-1,8	+0,3	-2,1	-0,5	-0,4	-0,3							
Febr.	+0,6	+0,2	-1,4	-0,5	-0,4	+0,2	-0,7	-0,7	-1,3	+1,3					
März	+2,6	-0,3	+0,9	-0,7	-1,7	-0,3	-0,6	-							
1953															
April	-0,7	-2,3	-1,5	-0,6	-2,3	-0,6	-0,5	-0,4							
Mai	+0,3	+0,1	+0,2	-0,3	+3,1	-0,6	-0,2	-0,1	+0,2	-1,3					
Juni	-0,4	-0,4	-0,8	-	+2,5r	-0,6	-0,6	-0,3							
1953															
Juli	+2,0	-1,2	-0,6r	+0,5	+1,3r	-0,2	+0,4	+0,2							
Aug.	-1,3	-0,5	+0,5r	-1,4	-3,8	-0,5	-1,1	-0,5							
Sept.	-1,5	-0,4	+0,1	-0,7r	-0,3	-0,2	-0,7	-0,7							
Okt.	...	...	...	+0,2	...	...	...	...							

<sup>1)</sup> Monatsdurchschnitte. — <sup>2)</sup> Preisstand am 7. jeden Monats. — <sup>3)</sup> Monatsdurchschnitte; 1938/39 = 100; Wirtschaftsjahr Juli bis Juni. — <sup>4)</sup> Preisstand am 21. jeden Monats. — <sup>5)</sup> Preisstand am 15. jeden Monats. — <sup>6)</sup> Mittlere Verbrauchergruppe. — <sup>7)</sup> Berechnet auf Grund der mit einer Dezimalstelle ermittelten Indexziffern.

und bei reichlichem Angebot die Hopfenpreise (-16 vH). Vorwiegend jahreszeitlich bedingt sind die Preisbewegungen für Kartoffeln (-12,6 vH) und Eier (+5,3 vH), die sich auch auf den Verbraucherpreis etwas stärker übertragen haben.

Bei den Industrieprodukten waren die Preisbewegungen — von einigen Ausnahmen abgesehen — in der Zeit von August zum September 1953 wesentlich ruhiger als bei den Agrarstoffen. Jahreszeitliche Staffelpreise brachten eine Preiserhöhung für die Produkte des Kalibergbaus (+2,1 vH). Nach der Preisfreigabe für Maschinenölraffinat und Paraffin erhöhten sich die Preise für diese Produkte im Ausgleich von Angebot und Nachfrage um 9,7 vH bzw. 1,2 vH. Am Weltmarkt hat sich unter den NE-Metallen für Kupfer sowohl der amerikanische Exportpreis wie auch der Ende September zeitweilig merklich erhöhte Londoner Kassapreis etwas zurückgebildet, Blei und Zink notierten bis Mitte Oktober fast unverändert, wurden anschließend aber bemerkenswert schwächer. Zinn lag nach den üblichen Schwankungen Mitte Oktober niedriger als im Durchschnitt des letzten Monats. Entsprechend diesen und vorangegan-

genen Weltmarktpreisbewegungen ließen am deutschen Erzeugermarkt die Preise für Kupfer (-0,5 vH), Blei (-5,0 vH) und Zink (-7,5 vH) nach. Zinn erhöhte sich in der gleichen Zeit um 1,8 vH. Infolge von Preissenkungen bei einigen Personenkraftwagentypen ging der Index für den Fahrzeugbau um 0,9 vH zurück. Weiter gesenkt haben sich auch die Preise für Schnittholz. Diese Preisermäßigung setzte sich nicht nur auf die Produkte der Möbelindustrie für Erzeuger und Verbraucher fort, sondern auch in den vom Landwirt gezahlten Preise für Holz zum Zwecke der Unterhaltung von Gebäuden und Neubauten fort. Einen sehr starken Indexrückgang hat infolge der Senkung der Kaffeesteuer ab 24. August 1953 die Gruppe „Kaffee und Kaffeemittelindustrie“ (-20,4 vH) zu verzeichnen. Für den Verbraucher machten sich diese Maßnahmen in einer Senkung des Kaffeepreises um 34 vH und des Teeprices um 31,8 vH bemerkbar. Die Preise aller anderen aus der Industrie kommenden Produkte hielten sich sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher auf dem Vormonatsstand.

Bra.

Die Preise der Textilrohstoffe am internationalen Markt und in der deutschen Einfuhr

Allgemeine Entwicklung<sup>1)</sup>

Die Preise der Textilfasern haben sich am internationalen Markt im Verlauf des letzten Jahres unterschiedlich entwickelt. Allgemein betrachtet sind die Preise für Baumwolle und für die meisten anderen pflanzlichen Textilfasern deutlich zurückgegangen, die Chemiefaserpreise blieben vielfach unverändert, die Wollpreise haben sich durchschnittlich um 10 bis 15 vH erhöht. Auch innerhalb der einzelnen Faserarten ergaben sich vorübergehend gewisse Unterschiede in der Entwicklung von Markt zu Markt.

Die Preise zeigten, nachdem sich zwischen Mitte 1951 und Mitte 1952 die Nachfrage auf dem Textilmarkt wieder zunehmend stabilisiert hatte, einen engen Zusammenhang mit der Produktionsentwicklung bei den einzelnen Faserarten.

Welterzeugung an wichtigen Textilfasern

Waren	JD, 1934/38	1951		1952	
		in 1 000 t		JD 1934/38 = 100	
Wolle, gereinigt	860	910	950	110	
Baumwolle	6 000	6 830	6 960	116	
Jute	1 890	2 070	2 180	115	
Hanf	350	390	380	109	
Flachs	150	250	250	167	
Hartfasern	620	630	680	110	
Seide, roh	58 <sup>1)</sup>	22	25	43 <sup>2)</sup>	
Reyon	454 <sup>2)</sup>	963	832	183 <sup>2)</sup>	
Zellwolle	422 <sup>1)</sup>	865	794	188 <sup>2)</sup>	
Protein- und Synthesefasern	1 <sup>1)</sup>	117	145		

<sup>1)</sup> 1938. — <sup>2)</sup> 1938 = 100.

Für 1953 vorliegende Schätzungen rechnen mit einem nur langsamen weiteren Anstieg der Produktion für Wolle bei weiterhin guter Nachfrage. Die Wollpreise reagierten auf diese Lage mit einer deutlichen Erhöhung, die bis gegen Jahresmitte 1953 anhält. Umgekehrt hat sich bei Baumwolle das Angebot bereits mit der guten Ernte des Jahres 1951 so verbessert, daß die Preise nachgaben. Der Preisrückgang verstärkte sich zwischen 1951 und 1952 infolge einer Absatzkrise in der internationalen Textilwirtschaft. Dieselbe Absatzstokung hatte zusammen mit guten Ernten bei den übrigen pflanzlichen Textilfasern noch stärkere Preisrückgänge zur Folge. Einige Fasern litten unter einer Verstärkung der Konkurrenz der Chemiefasern.

Obwohl sich im letzten Jahr die Textilverarbeitung der meisten Länder erholte, liegen die Preise der meisten Textilfasern zur Zeit um 10 bis 20 vH niedriger als im Jahre 1950. Ähnliches gilt für die Einfuhrpreise des Bundesgebietes für Textilrohstoffe: Ihre Bewegung entsprach weitgehend der internationalen Preisentwicklung.

Die Entwicklung der Preise einzelner Textilfasern am internationalen Markt

Am internationalen Baumwollmarkt blieb die Bewegung der Preise für US-Baumwolle maßgeblich für die allgemeine Preisentwicklung, obwohl der US-Baumwollexport

<sup>1)</sup> Vgl. „Statistische Monatszahlen“ S. 549.

Die Preisveränderungen bei Baumwolle, Wolle und Hartfasern am Weltmarkt

Ware	Markttort	Währungs- und Mengeneinheit	1950	1951	1952	1953		Veränderung in vH August 1953 gegen	
			Juni			Januar	August	Juni 1950	Januar 1953
<b>Baumwolle</b>									
Middling upland	New Orleans	Cents je lb	33,59	44,91	40,38	32,33	32,79	- 2,4	+ 1,4
Ashmouni, sehr gut	Alexandria	Tal. je 99 lbs	137,00	134,89	86,70	70,92	69,15	- 49,5	- 2,5
Karnak, sehr gut	Alexandria	Tal. je 99 lbs	87,52	185,47	143,90	86,45	87,85	+ 0,4	+ 1,6
Syrische	Beirut	Piaster je kg	242,00	475,00	281,00	250,00	254,00 <sup>1)</sup>	+ 5,0	+ 1,6
Akala I	Adana	Kurus je kg	105,00	260,00	164,55	141,36	200,00	+ 90,5	+ 41,5
Punjab S. G. 4 F	Karachi	Rupien je 82 lbs	77/8/7	119/5/4	88/0/0	55/10/0	61/6/0 <sup>1)</sup>	- 20,9	+ 10,3
Middling upland	Torreón	Pesos je 101 lbs	231,00	313,33	342,00	.	241,00 <sup>1)</sup>	+ 4,3	.
Pima I	Lima	Soles je 101 lbs	465,16	826,00	587,00	.	620,00 <sup>1)</sup>	+ 33,3	.
Type Nr. 5	Sao Paulo	Crz je 33 lbs	220,56	318,26	292,79	283,65	228,87	+ 3,8	- 19,3
<b>Wolle</b>									
Merino-Vliese 70'S	Bradford	d je lb	154,50	222,50	140,00	150,00	156,00	+ 1,0	+ 4,0
Neuseeland, 58'S	Bradford	d je lb	74,00	130,25	61,00	71,50	71,00	- 4,1	- 0,7
Crossbreds, 58'S	Buenos Aires	Pesos je kg	55,12	139,52	59,60	70,00	80,00 <sup>1)</sup>	+ 45,1	+ 14,3
Crossbreds, feine	Montevideo	Pesos je kg	2,39	6,60	2,08	2,16	2,52 <sup>1)</sup>	+ 5,4	+ 16,7
<b>Hart- und Bastfasern</b>									
Jute, Firsts, cif	London	£ je 2240 lbs	119.10.0	221.16.0	118. 7.4	76.0.0	93.12.6	- 21,7	+ 23,2
Sisal Tangan. I	London	£ je 2240 lbs	130. 0.0	246. 5.0	143.13.3	93.4.7	90. 3.8	- 30,6	- 3,3
Sisal, Portg. Westafrika	London	£ je 2240 lbs	132. 0.0	244. 0.0	138. 0.0	92.0.0	82.10.0	- 37,5	- 10,3
Hanf, roh S. B.	Mailand	Lire je kg	276,80	351,30	377,70	377,70	377,70	+ 36,5	± 0
Flachs, Tauröste	Courtrai	b frs. je kg	29,00	51,50	35,00	32,38	31,88	+ 9,9	+ 1,5
Flachs, Tauröste	Rotterdam	hfl je kg	2,00	3,60	2,65	2,43	2,28	+ 13,0	+ 7,0
Abaka, Davao J 2	London	£ je 2240 lbs	120.0.0	161.0.0	127.0.0	137.00	114.0.0	- 5,0	- 16,8
Abaka, Non Davao S 2	NewYork	Cents je lb	23,65	31,00	23,19	24,53	23,00	- 2,7	- 6,2

<sup>1)</sup> Juli 1953.

im letzten Jahre stark zurückging. (Die Ausfuhr betrug für die Zeit von August 1952 bis Juli 1953 nur rund 700 000 t gegenüber rund 1,25 Mill. t im Jahre davor.) Die US-Baumwollpreise gaben unter Einwirkung der entgegengesetzten Entwicklung von Erzeugung und Absatz zwischen August v. J. und August d. J. um rund 20 vH nach und erreichten die Nähe der Stützungspreise. Der Druck auf die Preise verstärkte sich mit der mehrmaligen Erhöhung der Erntevorschätzung für das neue Baumwolljahr. Wenn jetzt mit einer Ernte von über 15,5 Mill. Ballen (rund 3,52 Mill. t) gerechnet wird, heißt dies, daß trotz kleinerer Anbaufläche die Vorjahreserzeugung noch überschritten wird. Die aus der hohen Ernte erwartete größere Andienung von Baumwolle zur Übernahme in die staatliche Beleihung veranlaßte die amerikanische Regierung, für nächstes Jahr eine Anbaubeschränkung vorzusehen, um eine Kürzung der Beleihungssätze für die nächstjährige Ernte zu vermeiden.

Während in den USA der Bestand an Baumwolle aus alter Ernte um etwa 2,5 Mill. Ballen (570 000 t) auf etwa 5,5 Mill. Ballen (1,25 Mill. t) anstieg, werden die Bestände der übrigen Baumwollexportländer nur auf Vorjahresumfang oder darunter geschätzt. Außerdem dürften die neuen Ernten in einigen wichtigen Baumwoll-Ländern, darunter Pakistan und Ägypten, infolge verstärkten Getreideanbaus geringer als im Vorjahr ausfallen. Trotz größerer Ernten in einigen neuen Anbaugebieten — vor allem in Afrika — wird

daher außerhalb der USA mit einem etwas geringeren Baumwollaufkommen als im Jahre 1952 gerechnet.

Die Notierungen sind auch für außeramerikanische Baumwolle im August und September im allgemeinen zurückgegangen; ein Preisanstieg bei ägyptischer Ashmouni ist auf die starke Nachfrage in dieser Sorte zurückzuführen.

Unter den übrigen pflanzlichen Textilfasern haben sich die Preise für Jute von Sommer 1952 bis August d. J. um 10 bis 30 vH erholt. Der Preisanstieg ergab sich aus der Erwartung eines ungenügenden Angebots infolge der Einschränkung des Juteanbaus in Pakistan und ungünstigen Wetters in den Anbaugebieten. Die Sisalpreise erholten sich nach einem Rückgang bis Mitte d. J. auf ihren Stand von August 1952. Die Preise für Flachs gaben weiterhin nach.

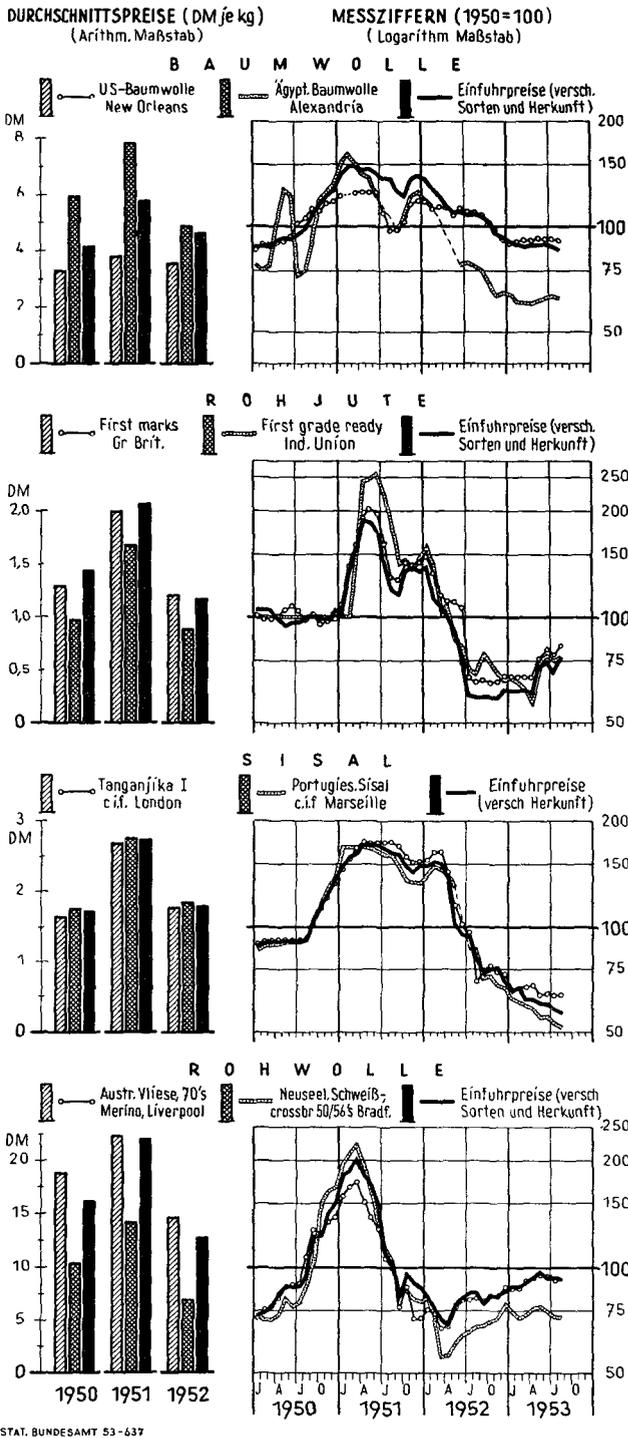
Die Wollpreise sind nach dem starken Rückgang zwischen Mitte 1951 und Frühjahr 1952 wieder um etwa 30 vH angestiegen. Die Hälfte des Anstiegs fiel auf die Zeit von Frühjahr bis Mitte 1952. Die Preisentwicklung unterschied sich auf längere Zeit gesehen zwischen den einzelnen großen Märkten des britischen Commonwealth, Südamerikas und anderer Gebiete wenig. Das Wollangebot hat sich trotz der guten internationalen Nachfrage im letzten Jahre nur um etwa 5 vH erhöht; für das Wolljahr 1953/54 wird mit einer weiteren leichten Erhöhung der Erzeugung gerechnet. Da größere Bestände aus dem alten Wolljahr außer in Argentinien nicht vorhanden zu sein scheinen, begegneten die

Die Preisveränderungen bei Baumwolle, Wolle und Hartfasern in der Einfuhr

Ware	Markttort	Währungs- und Mengeneinheit	1950	1951	1952	1953		Veränderung in vH August 1953 gegen	
			Juni			Januar	August	Juni 1950	Januar 1953
<b>Baumwolle</b>									
US, strict middl.	cif Bremen	DM je kg	3,36	4,67	4,30	3,65	3,30	- 1,8	- 9,6
Ägypt., Ashmouni	cif Bremen	DM je kg	6,92	7,59	4,82	4,15	3,64	- 47,4	- 12,3
Ägypt., Karnak	cif Bremen	DM je kg	4,95	10,43	7,91	4,94	4,72	- 4,6	- 4,5
syrische	cif Bremen	DM je kg	.	4,62 <sup>1)</sup>	3,58	3,12	3,52	.	+ 12,8
türkische	cif Bremen	DM je kg	3,60	7,10	4,02	3,50	3,28	- 8,9	- 6,3
pakistanische	cif Bremen	DM je kg	2,64	4,07	2,99	2,95	3,20	+ 21,2	+ 8,5
mexikanische	cif Bremen	DM je kg	.	4,51 <sup>1)</sup>	3,81	3,39	3,43	.	+ 1,2
peruanische	cif Bremen	DM je kg	.	5,21 <sup>1)</sup>	4,00	3,63	3,72	.	+ 2,5
brasilianische	cif Bremen	DM je kg	.	6,41 <sup>1)</sup>	5,02	4,79	3,33	.	- 30,5
<b>Wolle</b>									
Merino, Austr. A	cif Bremen	DM je kg	17,25	24,20	15,95	17,00	18,30	+ 6,1	+ 7,6
Kreuzzucht, Neuseeland D 1	cif Bremen	DM je kg	8,20	16,40	7,40	8,20	8,80	+ 7,3	+ 7,3
Kreuzzucht, Argent. D 1	cif Bremen	DM je kg	7,80	16,80	7,50	8,00	8,10	+ 3,8	+ 1,3
Kreuzzucht, Uruguay D 1	cif Bremen	DM je kg	8,30	20,15	7,55	8,45	9,00	+ 8,4	+ 6,5
<b>Hart- und Bastfasern</b>									
Jute, First	cif Hamburg	DM je 100 kg	139,09	250,00	108,30	88,04	110,08	- 20,9	+ 25,0
Sisal, BOA I	cif Hamburg	DM je 100 kg	156,16	292,00	165,66	108,10	105,94	- 32,2	- 2,0
Sisal, Port. Westafrika	cif Hamburg	DM je 100 kg	158,20	303,25	164,00	105,98	87,78	- 44,5	- 17,2
Rohhanf, III o. corpo	frei dtsh. Grenze	DM je 100 kg	.	278,01	278,01	278,01	272,18	.	+ 2,1
Flachs, belg. Tauröste	frei dtsh. Grenze	DM je 100 kg	243,60	432,60	294,00	286,70	268,80	+ 10,3	+ 0,8
Flachs, holl. Tauröste	frei dtsh. Grenze	DM je 100 kg	221,04	397,87	292,88	269,98	248,67	+ 12,5	- 4,4
Abaka, Davao J 2	cif Bremen	DM je 100 kg	128,73	198,66	142,00	161,70	146,02	+ 13,4	- 9,7
Abaka, Non Davao S 2	cif Bremen	DM je 100 kg	214,83	290,22	212,10	229,60	204,40	- 4,9	- 11,0

<sup>1)</sup> November 1951

## DIE ENTWICKLUNG DER WELTMARKTPREISE UND DER EINFUHRPREISE FÜR TEXTILFASERN



ersten Auktionen der neuen Wollsaison, die Ende August in Australien begannen, wieder einer guten Nachfrage. Die Preise stiegen anfangs etwas an, erreichten dann aber wieder ungefähr den Stand vom Ende der letzten Saison. Aus der Entwicklung der Preise auf den Auktionen und der Terminnotierungen an der Ende April d. J. eingerichteten Londoner Kammzug-Börse und an anderen Terminmärkten wird für die nächste Zeit auf stabile Wollpreise geschlossen.

Die Rohseidenpreise haben sich an den einzelnen Märkten gegenüber dem Vorjahrsstand unterschiedlich entwickelt: Erhöhungen ergaben sich bei den Mailänder Notierungen sowie für Seide italienischer Herkunft in London. Japanische Seide war dagegen in New York, Lyon und London im Preis leicht rückläufig.

Die Preise für Zellwolle gingen in den USA seit Herbst vorigen Jahres zurück. Sie liegen jetzt um 6 bzw. 20 vH unter dem Stand von 1950. Die Preise für Kunstseide (Reyon) blieben in den USA, die der größte Erzeuger der beiden Zellstoff-Fasern in der Welt sind, über dem Stand von 1950. An den übrigen Märkten außer in Frankreich und dem Bundesgebiet blieben die Preise der beiden Fasern seit vorigem Jahr unverändert und merklich über dem Stand von 1950. Auch die Preise für die übrigen chemischen Fasern haben sich, wie die beigegebene Übersicht zeigt<sup>2)</sup>, außer für Dynel seit langem nicht verändert. Unter diesen Fasern sind als die bekanntesten zu nennen:

- als Protein-Fasern Vicara (USA) und Ardil (Großbrit.),
- als Polyamide Nylon und Perlon,
- als Polyester Dakron und Terylen,
- als Polyvinyle Redon, Orlon, Pan, Acrylan, Vinyon bzw. Polyacryle und Dynel.

Die Produktionskapazität für synthetische Fasern soll sich nach englischen Schätzungen im Jahr 1953 auf über 250 000 t belaufen.

### Die Entwicklung der Textilfaserpreise in der deutschen Einfuhr

Die Preise für die deutsche Einfuhr an Textilrohstoffen haben sich seit 1952 weitgehend parallel zu den Weltmarktpreisen entwickelt. So verbilligten sich z. B. die Baumwollpreise für US-Middling zwischen Juni 1952 und August 1953 in der Einfuhr mit 23 vH fast entsprechend den Notierungen für Middling in New York. Die Preise für Merinowolle A blieben in der Einfuhr wie am Weltmarkt um rund 6 vH unter dem Stand von 1950 zurück, obwohl sie in beiden Fällen gegenüber Juni 1952 wieder um 17 vH angestiegen sind. In der Zeit der koreanischen Hausse, also vornehmlich im Jahre 1951, bestanden zeitweilig merkliche Abweichungen: Damals hatten sich für die deutsche Einfuhr die Preise vielfach stärker erhöht als die internationalen Notierungen. Teilweise ergaben sich die Unterschiede aus dem Einfluß der Frachten auf die Einfuhrpreise. Die Entwicklung der Einfuhrpreise für Textilfasern insgesamt und die wichtigsten einzelnen Fasern verlief nach dem Index der Einfuhrpreise wie folgt:

Index der Einfuhrpreise (1950=100)

Zeit	Textilrohstoffe							
	insgesamt	Baumwolle	Flachs	Hanf	Manila-hanf	Sisal	Jute	Wolle
1951 .....	138	139	158	120	125	159	144	137
1952 .....	99	111	125	132	91	104	81	80
1953								
Januar ..	89	92	105	132	96	65	61	87
August ..	88	86	103	127	86	57	76	92

Die Einfuhrpreise für Flachs und Hanf blieben trotz eines Rückgangs innerhalb des letzten Jahres um 11 bzw. 4 vH über dem Stand von 1950. Bei Hanf geht dies vornehmlich auf die Preispolitik des italienischen Hanfkonsoziums zurück, bei Flachs waren die Ernten der beiden vergangenen Jahre knapp. Den niedrigsten Stand erreichten parallel zu der Bewegung am Weltmarkt die Einfuhrpreise für Sisal und Jute.

Bei Baumwolle entsprechen sich jetzt wieder annähernd die Einfuhrpreise für Ware vergleichbarer Qualität aus den einzelnen Ländern, wenn die stärkere Verunreinigung mancher Herkünfte, ihre geringere Gleichförmigkeit u. a. berücksichtigt wird. Für 1951 und 1952 hatte sich die Preiscurve für alle anderen Lieferungen außer für die von Anfang bis Mitte 1951 im Preis festgehaltene US-Baumwolle stärker erhöht und anschließend zurückgebildet. Die Einfuhrpreise für brasilianische Baumwolle haben sich zwischen Jahresanfang und August mit 30 vH besonders deutlich gesenkt. Sie sind aber erst damit wieder auf einen mit den übrigen Lieferländern vergleichbaren Preisstand gelangt. Für ägyptische mittelstapelige Baumwolle (Ashmouni) liegen die

<sup>2)</sup> Vgl.: „Statistische Monatszahlen“ S. 549\*.

Einfuhrpreise zur Zeit um 10 vH und für langstapelige (Karnak) um 43 vH über dem Preis der US-Middling.

Die Einfuhrpreise für Wolle waren im August gegenüber ihrem Tiefstand im Frühjahr v. J. durchschnittlich wieder um 35 vH angestiegen. Hier unterschied sich die Preisbewegung nach Merino- und Crossbred-Wolle. Die Einfuhrpreise für Crossbred-Wolle erhöhten sich in den vergangenen Monaten

weniger stark als am Weltmarkt. Im Gegensatz zu der Ausdehnung der Baumwolleneinfuhr auf immer mehr Märkte vollzog sich bei Wolle eine Konzentration der Einkäufe auf die vor dem Kriege wichtigsten überseeischen Lieferanten, deren Preise so weitgehend aufeinander abgestimmt sind, daß Vorteile aus einem Marktwechsel hier selten zu erreichen sind. Ad.

## Verbrauch

### Der Verbrauch in privaten Haushaltungen im 2. Vierteljahr 1953

#### Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbraucherguppe

Den Ergebnissen der Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen in 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen für das 2. Vierteljahr 1953 liegen die Buchführungen von durchschnittlich 262 Familien zugrunde. Die Haushaltungen, die aufwandsmäßig eine mittlere Verbraucherguppe repräsentieren sollen, konnten auf Grund von allgemeinen Lohn- und Gehaltsverbesserungen ihr nominelles Ausgabenniveau soweit erhöhen, daß ab 1. April 1953 eine Neufestsetzung der diese Verbraucherguppe kennzeichnenden Aufwandsgrenzen von bisher 240 bis 400 DM auf 275 bis 450 DM monatliche Verbrauchsausgaben erforderlich wurde<sup>1)</sup>. Je Haushaltung und Monat betragen die Verbrauchsausgaben im Durchschnitt des 2. Vierteljahres 1953 393,49 DM. Sie lagen um 32,36 DM bzw. 9 vH über den Durchschnittsausgaben des 1. Vierteljahres 1953 und um 18,91 DM bzw. 5 vH höher als im saisongleichen Vierteljahr des Vorjahres.

#### Das Haushaltsbudget

Auch im 2. Vierteljahr verausgabten die Haushaltungen im Durchschnitt nicht ihre gesamten Einnahmen. Der monatliche Aktivsaldo im Haushaltsbudget zwischen ausgabefähigen Einnahmen (d. s. die Gesamteinnahmen ohne Steuern, Versicherungen, Flüssigmachen von Kapital und Aufnahme von Darlehen) und den Verbrauchsausgaben (d. s. die Gesamtausgaben ohne Ersparnisbildung und Tilgung von Schulden) von 11,59 DM lag auf gleicher Höhe wie im 1. Vj. 1953 und geringfügig über dem im 2. Vj. 1952.

Tabelle 1: Monatliches Haushaltsbudget  
4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren  
Verbraucherguppe

Einnahmen- bzw. Ausgabenart	1952			1953	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Anzahl					
Erfasste Haushaltungen	248	265	266	265	262
DM					
Arbeitseinkommen d. Haushaltungs- vorstandes aus Hauptberuf	390,44	376,79	434,54	379,71	408,92
Sonstige Arbeitseinkommen	17,72	20,03	27,24	16,62	21,87
Sonstige Einnahmen <sup>1)</sup>	28,44	35,44	34,79	29,02	31,74
Gesamteinnahmen	436,60	432,26	496,57	425,35	462,53
abzüglich:					
Gesetzliche Versicherungen	36,02	35,75	39,00	38,55	40,86
Steuern	15,88	14,42	15,90	14,26	16,59
Ausgabefähige Einnahmen	384,70	382,09	441,67	372,54	405,08
abzüglich:					
Ausgaben für die Lebenshaltung	365,08	364,82	425,18	352,37	383,67
Sonstige Ausgaben	9,50	6,95	10,88	8,76	9,82
Verbrauchsausgaben <sup>2)</sup>	374,58	371,77	436,06	361,13	393,49
Differenz zwischen den ausgabe- fähigen Einnahmen und den Verbrauchsausgaben	+ 10,12	+ 10,32	+ 5,61	+ 11,41	+ 11,59

<sup>1)</sup> Ohne Einnahmen aus Schuldenaufnahme, Abhebungen vom Sparkonto, Verkauf und Tausch. — <sup>2)</sup> Ohne Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Schuldentilgung, Einzahlung auf Sparkonto.

#### Die Einnahmen

Die durchschnittlichen monatlichen Gesamteinnahmen der Haushaltungen überstiegen im 2. Vj. 1953 die des 1. Vierteljahres 1953 um 37,18 DM oder 8,7 vH und waren damit um 25,93 DM oder 5,9 vH höher als die des saisonphasengleichen 2. Vierteljahres 1952. Dabei entfielen die Mehrbeträge vorwiegend auf die Haupteinnahmenart der hier erfaßten Haushaltungen,

<sup>1)</sup> Bis 1. 4. 51 betragen die Grenzbeträge DM 200.— bis 350.—.

das Arbeitseinkommen des Haushaltungsvorstandes aus dem Hauptberuf und resultierten hauptsächlich aus den in der Zwischenzeit eingetretenen tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Erhöhung des monatlichen Arbeitseinkommens des Haushaltungsvorstandes betrug im Durchschnitt des 2. Vj. 1953 gegenüber dem 1. Vj. 1953 29,21 DM oder 7,7 vH, gegenüber den durch die einmalige Zahlung eines halben Monatsgehaltes an die im öffentlichen Dienst beschäftigten Buchführer verhältnismäßig hohen Werten des 2. Vierteljahres 1952 18,48 DM. Mit diesem relativen Zuwachs vom 2. Vj. 1952 zum 2. Vj. 1953 um 4,7 vH blieb die Entwicklung nur geringfügig hinter der in der Lohnsummenstatistik ausgewiesenen Zunahme der Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter von 6,5 vH in etwa dem gleichen Zeitraum (Mai 1952 zu Mai 1953) zurück.

Die „übrigen Arbeitseinkommen“ der Haushaltungen wurden sowohl gegenüber dem 1. Vj. 1953 als auch gegenüber dem 2. Vj. 1952 zum Teil erheblich stärker erhöht als das Arbeitseinkommen des Haushaltungsvorstandes aus dem Hauptberuf.

Einkommensart	Zunahme in vH	
	v. 1. Vj. 1953 zum 2. Vj. 1953	v. 2. Vj. 1952 zum 2. Vj. 1953
Arbeitseinkommen		
des Haushaltungsvorstandes aus Nebenerwerb	+ 35,9	+ 33,5
der Ehefrau	+ 34,1	+ 25,5
der Kinder	+ 30,1	+ 19,7
sonstiger Haushaltungsmitglieder	+ 6,1	+ 45,8

Auch hierbei dürften Lohn- und Gehaltserhöhungen eine Rolle gespielt haben, jedoch deutet das Maß der Zunahme auf Neuaufnahme von Erwerbstätigkeiten dieser Haushaltungsmitglieder hin.

Mit Ausnahme der Einnahmen aus Pensionen und Versicherungen (—35,6 vH) und den „sonstigen Einkünften“ (±0) zeigten die restlichen Haushaltseinnahmen ebenfalls Erhöhungen gegenüber dem 1. Vierteljahr 1953, die bei den „Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung“ (+81,0 vH) die beginnende Ernte und bei den „privaten Unterstützungen“ (+27,3 vH) die zu Ostern erhaltenen Geschenke auswiesen. Seit dem 2. Vierteljahr 1952 stiegen an die „Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung“ (+7,7 vH), die „Öffentlichen Unterstützungen“ (+68,2 vH) sowie die „sonstigen Einkünfte“ (+14,3 vH), rückläufig dagegen waren die „privaten Unterstützungen“ (—7,1 vH) und die „Einnahmen aus Pensionen und Versicherungen“ (—14,8 vH). Den Veränderungen der „übrigen Arbeitseinkommen“ sollte jedoch ebenso wie den Veränderungen bei den übrigen Einnahmenarten nicht allzu große Bedeutung beigemessen werden, da sich hierbei Zufälligkeiten stärker auswirken können.

#### Die Verbrauchsausgaben

Die Erhöhung der durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben vom 1. zum 2. Vierteljahr 1953 ergab sich ebenso wie in der entsprechenden Zeit der vergangenen Jahre durch hauptsächlich jahreszeitlich bedingte Mehrausgaben bei den Bedarfsgruppen „Ernährung“ (Butter, Eier, Kartoffeln, Frischgemüse und Frischobst), „Bekleidung“ (Oberkleidung und Schuhe), „Bildung und Unterhaltung“ (insbesondere „Ferien und Erholung“), „Verkehr“ (insbesondere Anschaffung von Fahrrädern), „Genußmittel“ sowie „Sonstige Ausgaben“ (Aufwendungen für eigene Bewirtschaftung und Ostergeschenke), bei gleichzeitiger Einsparung von Mitteln bei der Bedarfsgruppe „Heizung und Beleuchtung“ zu Beginn der warmen Jahreszeit.

Tabelle 2: Zu- (+) bzw. Abnahme (—) der durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushaltung vom 1. zum 2. Vierteljahr

4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe

Ausgabengruppe <sup>1)</sup>	1950		1951		1952		1953	
	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH
Verbrauchsausgaben .....	+ 20,75	+ 7,8	+ 23,98	+ 8,1	+ 36,07	+ 10,7	+ 32,36	+ 9,0
Nahrungsmittel .....	+ 10,94	+ 9,3	+ 9,73	+ 7,3	+ 12,92	+ 8,8	+ 17,43	+ 11,6
Bekleidung .....	+ 3,85	+ 11,8	+ 8,35	+ 21,9	+ 12,11	+ 27,6	+ 11,14	+ 23,6
Bildung und Unterhaltung .....	— 0,06	— 0,3	+ 1,29	+ 6,8	+ 2,91	+ 13,3	+ 5,83	+ 23,5
Verkehr .....	+ 0,96	+ 16,8	+ 1,00	+ 16,9	+ 1,56	+ 19,7	+ 3,69	+ 43,6
Genußmittel .....	+ 2,80	+ 20,1	+ 1,10	+ 6,8	+ 1,88	+ 10,1	+ 2,45	+ 11,4
Sonstige Ausgaben .....	+ 2,18	+ 25,2	+ 1,89	+ 26,1	+ 1,48	+ 18,5	+ 1,06	+ 12,1
Wohnung <sup>2)</sup> .....	+ 2,12	+ 7,5	+ 1,32	+ 4,5	+ 1,72	+ 5,2	+ 0,45	+ 1,3
Reinigung und Körperpflege .....	+ 0,37	+ 3,2	+ 0,30	+ 2,3	+ 1,20	+ 7,8	— 0,19	— 1,1
Hausrat .....	+ 0,76	+ 6,0	+ 0,72	+ 5,2	+ 2,97	+ 13,9	— 4,56	— 17,4
Heizung und Beleuchtung .....	— 3,17	— 20,4	— 1,72	— 9,8	— 2,68	— 13,6	— 4,94	— 23,9

<sup>1)</sup> Nach der Höhe der absoluten Beträge im Jahre 1953 geordnet. — <sup>2)</sup> Abzüglich Einnahmen aus Untervermietung.

Über diese sich jährlich wiederholenden Ausgabenverschiebungen hinaus zeigt der Vergleich mehrerer Jahre aber auch echte Wandlungen in der Bedarfsbefriedigung der Haushaltungen. Als Besonderheit im Jahre 1953 sei auf die Ausgabenverminderung der Hausratsausgaben vom 1. zum 2. Vierteljahr und die besondere Erhöhung der Aufwendungen für Verkehrsmittel und Erholung hingewiesen. Von einer „Reisewelle“ kann aber bei den Haushaltungen der hier untersuchten Verbrauchergruppe nicht die Rede sein, wie die absoluten Ausgabenbeträge für „Verkehr“ sowie „Ferien und Erholung“ zeigen. Der höchste für „Ferien und Erholung“ ausgegebene Durchschnittsbetrag je Haushaltung fiel im Juni mit 7,19 DM an, der größte Ausgabenbetrag für „Verkehr“, der aber auch Berufsfahrtkosten enthält, machte im Mai 14,93 DM aus. Eine genaue Ausgliederung der Verkehrsausgaben für Urlaubszwecke ist leider nicht möglich, da aus den Anschreibungen der Haushaltungen über die Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln meist nicht zu erkennen ist, ob es sich um Berufs- oder Vergnügungsfahrten handelt. Andererseits enthält die Ausgabengruppe „Verkehr“ nicht die Fahrgelder nach Urlaubs- und Ausflugsorten, die z. B. bei Gesellschaftsreisen zusammen mit Kosten für Unterkunft und Verpflegung an ein Reisebüro bezahlt werden. Diese Pauschalbeträge, die sich im allgemeinen nicht aufgliedern lassen, werden als Sammelposten unter den Ausgaben für „Ferien und Erholung“ innerhalb der Bedarfsgruppe „Bildung und Unterhaltung“ nachgewiesen.

Die bevorzugte Befriedigung des Bedarfs der Gruppen „Verkehr“ sowie „Bildung und Unterhaltung“ im 2. Vj. 1953 geht auch aus dem Vergleich der Ergebnisse mit denen des saisonphasengleichen 2. Vierteljahres 1952 hervor, ebenso wie die Einschränkung der Ausgaben für „Hausrat“ sowie „Heizung und Beleuchtung“. Die Ausgaben für „Genußmittel“ stiegen, wie auch in den vergangenen Vierteljahren weiter überdurchschnittlich stark an, die übrigen Ausgabengruppen

entsprechen in ihrer Entwicklung in etwa dem Gesamtniveau der Verbrauchsausgaben.

Tabelle 3: Zu- (+) bzw. Abnahme (—) der durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushaltung nach Ausgabengruppen vom 2. Vierteljahr 1952 zum 2. Vierteljahr 1953  
4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe

Ausgabengruppe <sup>1)</sup>	DM	vH
Verbrauchsausgaben .....	+ 18,91	+ 5,0
Nahrungsmittel .....	+ 8,44	+ 5,3
Bildung und Unterhaltung .....	+ 3,99	+ 15,0
Genußmittel .....	+ 3,48	+ 17,0
Verkehr .....	+ 2,67	+ 28,2
Bekleidung .....	+ 2,32	+ 4,1
Wohnung <sup>2)</sup> .....	+ 1,12	+ 3,2
Reinigung und Körperpflege .....	+ 0,59	+ 3,6
Sonstige Ausgaben .....	+ 0,32	+ 3,4
Heizung und Beleuchtung .....	— 1,30	— 7,7
Hausrat .....	— 2,72	— 11,2

<sup>1)</sup> Nach der Höhe der absoluten Beträge geordnet. — <sup>2)</sup> Abzüglich Einnahmen aus Untervermietung.

In der Ausgabenstruktur haben sich im 2. Vierteljahr 1953 gegenüber dem 2. Vj. 1952 die Ausgabenanteile der großen Bedarfsgruppen „Ernährung“, „Bekleidung“ und „Wohnung“ als konstant erwiesen, ebenso die Anteile der Gruppen „Reinigung und Körperpflege“ sowie „Sonstige Ausgaben“. Abgezogen haben die Haushaltungen dagegen Geldmittel aus den Gruppen „Hausrat“ sowie „Heizung und Beleuchtung“, um sie für „Genußmittel“, „Bildung und Unterhaltung“ sowie „Verkehr“ auszugeben.

#### Die Realversorgung

Inwieweit hinter diesen nominellen Ausgabenänderungen tatsächliche Verbrauchsverschiebungen stehen, lassen die nachstehend dargestellten Ausgabenwerte zu konstanten Preisen erkennen. Da die Preiseinflüsse darin ausgeschaltet sind (Umrechnung mit Gruppen- und Teilgruppenindices des

Tabelle 4: Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben je Haushaltung zu konstanten Preisen (des Jahres 1950)

4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe  
DM

Ausgabengruppe	1952				1953	
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr
Nahrungsmittel .....	127,99	143,15	150,94	157,27	136,94	152,87
darunter: tierische .....	74,81	82,67	75,86	81,31	80,21	88,03
pflanzliche .....	49,28	55,84	69,88	71,81	52,09	59,18
Genußmittel .....	18,87	20,78	21,00	25,42	21,52	24,55
Wohnung <sup>1)</sup> .....	32,48	34,09	32,36	34,18	33,51	33,86
Hausrat .....	18,91	21,93	23,32	30,07	24,64	20,56
davon: Möbel und andere Einrichtungsgegenstände .....	8,36	9,38	9,09	11,35	10,11	8,87
Gardinen, Teppiche, Betten und Decken .....	2,64	4,32	4,46	6,51	5,07	3,63
Bett-, Haus- und Küchenwäsche .....	1,87	1,53	2,57	2,65	2,86	1,96
Öfen und Herde .....	1,68	1,59	1,70	3,10	1,94	1,19
Haus-, Küchen-, Keller- und Gartengeräte .....	4,36	5,11	5,50	6,46	4,66	4,91
Heizung und Beleuchtung .....	17,32	14,98	16,78	17,02	17,35	13,22
Bekleidung .....	40,73	53,76	43,56	77,57	48,42	60,09
davon: Oberbekleidung (ohne Schuhwerk) .....	20,62	27,48	21,12	35,54	24,36	30,89
Schuhe und Zubehör .....	8,52	12,88	9,61	15,36	9,89	14,40
Unterkleidung .....	8,64	10,45	10,00	17,84	10,80	10,98
Sonstiger persönlicher Bedarf .....	2,95	2,95	2,83	8,83	3,37	3,82
Reinigung und Körperpflege .....	13,93	15,26	14,44	16,89	16,65	16,66
Bildung und Unterhaltung .....	21,73	24,28	25,45	31,10	22,59	27,91
Verkehr .....	6,63	7,95	9,67	6,35	7,01	10,19
davon: Öffentliche Verkehrsmittel .....	5,07	5,75	6,86	4,90	4,89	5,99
Sonstige .....	1,56	2,20	2,81	1,45	2,12	4,20
Lebenshaltung insgesamt .....	298,59	336,18	337,52	395,67	328,63	359,91

<sup>1)</sup> Abzüglich Einnahmen aus Untervermietung.

Lebenshaltungsindex), zeigen sie nur die quantitative und qualitative Entwicklung des Verbrauchs.

Gegenüber dem 2. Vierteljahr 1952 ist demnach eine reale Verbesserung der Lebenshaltung der erfaßten Haushaltungen um 7,1 vH eingetreten, die geringfügig über der nominellen Ausgabenzunahme lag, da das Preisniveau der Güter des täglichen Bedarfs im Durchschnitt leicht gesunken ist.

An der realen Verbesserung waren alle Bedarfsgruppen mit Ausnahme der Gruppen „Hausrat“, „Heizung und Beleuchtung“ sowie „Wohnung“ beteiligt. Die starke nominelle Ausgabenerhöhung für Reisen, Erholung und Genußmittel erwies sich bei kaum veränderten Preisen in gleichem Umfang als reale Verbesserung bei den Bedarfsgruppen „Verkehr“ (+28 vH), „Bildung und Unterhaltung“ (+15 vH) sowie „Genußmittel“ (+18 vH). Bei „Bekleidung“ sowie „Reinigung und Körperpflege“ wurde die nominelle Ausgabenerhöhung durch rückläufige Preise von der mengenmäßigen Zunahme, die, wie auch in den vergangenen Vierteljahren, über dem Durchschnitt der Lebenshaltungsausgaben lag, übertroffen („Bekleidung“ +12 vH, „Reinigung und Körperpflege“ +9 vH). Durch ebenfalls gesunkene Preise war der mengenmäßige Rückgang der Hausratseinkäufe (-6 vH) nicht so stark wie der nominelle; bei Heizung und Beleuchtung dagegen zeigte sich die Einschränkung real (-11 vH) stärker als nominell. Ob dieser Rückgang bei den beiden Bedarfsgruppen eine neue Entwicklungsrichtung des Verbrauchs einleitet, läßt sich aus den Ergebnissen eines Vierteljahres nicht beurteilen. Die relativ starre Bedarfsgruppe „Wohnung“ hat sich auch vom 2. Vierteljahr 1952 zum 2. Vj. 1953 real kaum verändert (-0,7 vH), der Nahrungsmittelverbrauch wurde in etwa dem gleichen Maße wie die gesamte Lebenshaltung erhöht (+7 vH).

Tabelle 5: Monatlich eingekaufte<sup>1)</sup> Mengen an ausgewählten Nahrungsmitteln je Haushaltung  
4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe

Ware	1952		1953		Zu-(+) bzw. Abnahme(-) des 2. Vj. 1953 zum 2. Vj. 1952	
	Gramm		Gramm		vH	
	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	1952	1. Vj. 1953
Vollmilch <sup>2)</sup> ..... (Liter)	33,770	33,733	35,022		+ 3,7	+ 3,8
Butter .....	1 352	926	1 157		-14,4	+24,9
Käse .....	1 711	1 377	1 627		- 4,9	+18,2
Eier .....	57	40	58		+ 1,8	+45,0
Tierische u. gem. Fette (ohne Butter) .....	4 403	4 434	4 478		+ 1,7	+ 1,0
Pflanzliche Öle und Fette .....	997	905	896		-10,1	- 1,0
Fleisch u. Fleischwaren .....	8 213	8 986	8 890		+ 8,2	- 1,1
Fisch und Fischwaren .....	1 716	2 009	1 392		-18,9	-30,7
Brot und Backwaren .....	28 435	27 141	27 624		- 2,9	+ 1,8
Nahrungsmittel .....	7 966	7 746	7 839		- 1,6	+ 1,2
darunter:						
Hülsenfrüchte .....	415	614	409		- 1,4	-33,4
Kartoffeln .....	14 105	6 193	12 271		-13,0	+98,1
Frischgemüse .....	8 784	6 441	9 635		+ 9,7	+49,6
Gemüsekonserven .....	2 221	1 761	904		+10,1	-48,7
Frisches Obst .....	4 664	4 088	4 967		+ 6,5	+21,5
Frische Südfrüchte .....	1 652	4 226	2 652		-37,2	-37,2
Zucker .....	5 302	4 347	5 356		+ 1,0	+23,2
Andere Süßwaren und Schokolade .....	1 033	837	1 062		+ 2,8	+26,9

<sup>1)</sup> Einschl. Sachgeschenke und Eigenerzeugnisse. — <sup>2)</sup> Einschl. der auf Frischmilch umgerechneten Trockenmilch.

Wie sich bei Betrachtung der verbrauchten Mengen je Haushaltung zeigt, hatten einzelne Nahrungsmittel selbstverständlich ihre Sonderentwicklung, die im allgemeinen eine Fortsetzung allmählicher Verbrauchsverschiebungen darstellt. So ergab sich wieder ein Mehrverbrauch an frischen Südfrüchten, Gemüsekonserven, Fleisch und Fleischwaren (darunter insbesondere an Wurstwaren), frischem Obst, Vollmilch und Margarine und ein Minderverbrauch an Fisch und Fischwaren, Butter, Kartoffeln, pflanzlichen Ölen und Fetten, Käse und Getreideerzeugnissen.

#### Haushaltungen der unteren Verbrauchergruppe

In der laufenden Erhebung von Wirtschaftsrechnungen in Haushaltungen der unteren Verbrauchergruppe wurden im 2. Vierteljahr 1953 durchschnittlich 140 Zwei- und Drei-Personen-Haushaltungen mit monatlichen Verbrauchsausgaben

bis 140 DM bzw. 180 DM erfaßt. Die Relation beider Haushaltungstypen zueinander wird zur Ermöglichung eines zeitlichen Vergleichs konstant gehalten, so daß die durchschnittliche Haushaltungsgröße im 2. Vierteljahr 1953 wieder bei 2,5 Personen lag.

Die durchschnittlichen monatlichen Gesamteinnahmen, die entsprechend der Auswahlgrundsätze hauptsächlich aus Versicherungen und öffentlichen Unterstützungen flossen und zu einem geringen Teil auch Arbeitseinkommen waren, stiegen vom 1. zum 2. Vierteljahr 1953 um 7,87 DM bzw. 4,5 vH auf 182,53 DM. Nach Abzug der nur geringfügigen Beträge für Steuern und gesetzliche Versicherungen verblieb je Haushaltung und Monat noch ein Betrag von 182,01 DM ausgabefähiger Einnahmen, mit dem die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben aber nicht gedeckt werden konnten. Zur Finanzierung der Mehrausgaben griffen die Haushaltungen auf Reserven früherer Monate zurück.

Im Durchschnitt des 2. Vierteljahres lagen die monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushaltung um 12,67 DM bzw. 7,4 vH höher als im 1. Vj. 1953.

Tabelle 6: Zu-(+) bzw. Abnahme(-) der monatlichen Verbraucherausgaben vom 1. Vierteljahr zum 2. Vierteljahr 1953

Ausgabengruppe <sup>1)</sup>	2- und 3-Personen-Haushaltungen der unt. Verbrauchergruppe		4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe	
	DM	vH	DM	vH
Verbrauchsausgaben .....	+ 12,67	+ 7,4	+ 32,36	+ 9,0
Nahrungsmittel .....	+ 9,43	+ 11,8	+ 17,43	+ 11,6
Bekleidung .....	+ 2,26	+ 14,6	+ 11,14	+ 23,6
Verkehr .....	+ 2,20	+ 118,3	+ 3,69	+ 43,6
Genußmittel .....	+ 1,20	+ 21,1	+ 2,45	+ 11,4
Bildung und Unterhaltung .....	+ 0,99	+ 14,2	+ 5,83	+ 23,5
Wohnung <sup>2)</sup> .....	+ 0,78	+ 3,4	+ 0,45	+ 1,3
Sonstige Ausgaben .....	+ 0,20	+ 4,7	+ 1,06	+ 12,1
Reinigung und Körperpflege .....	+ 0,16	+ 2,1	- 0,19	- 1,1
Hausrat .....	0,00	0,0	- 4,56	- 17,4
Heizung und Beleuchtung .....	- 4,55	- 29,0	- 4,94	- 23,9

<sup>1)</sup> Nach der Höhe der absoluten Beträge der unteren Verbrauchergruppe geordnet. — <sup>2)</sup> Abzüglich Einnahmen aus Untervermietung.

Die Mehrausgaben konzentrierten sich auch bei den Haushaltungen der unteren Verbrauchergruppe saisongemäß auf die Ausgabengruppen „Verkehr“, „Genußmittel“, „Bekleidung“, „Bildung und Unterhaltung“ sowie „Ernährung“, während bei „Heizung und Beleuchtung“ sich das Ende der Heizperiode ebenfalls durch Minderausgaben bemerkbar machte. Ebenso wie bei den Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe war die Veränderung bei den Gruppen „Wohnung“, „Reinigung und Körperpflege“ nur geringfügig, für den Rückgang der Hausratsausgaben bei der mittleren Verbrauchergruppe gab es jedoch bei der unteren keine Parallele. Wenn auch in der Tendenz die Entwicklung der meisten Ausgabengruppen bei beiden Verbrauchergruppen

Tabelle 7: Monatlich eingekaufte<sup>1)</sup> Mengen an ausgewählten Nahrungsmitteln je Haushaltung im 1. und 2. Vierteljahr 1953

Ware	1953		Zu-(+) bzw. Abnahme(-) vom 1. zum 2. Vj. 1953	
	1. Vj.	2. Vj.	untere Verbrauchergruppe	mittlere Verbrauchergruppe
	Gramm		vH	
Vollmilch <sup>2)</sup> ..... (Liter)	16,527	17,462	+ 5,7	+ 3,8
Butter .....	416	561	+ 34,9	+ 24,9
Käse .....	857	1 042	+ 21,6	+ 18,2
Eier .....	18	30	+ 66,7	+ 45,0
Tier. u. gem. Fette (ohne Butter) .....	2 680	2 797	+ 4,4	+ 1,0
Pflanzliche Öle und Fette .....	453	467	+ 3,1	- 1,0
Fleisch und Fleischwaren .....	4 954	5 005	+ 1,0	- 1,1
Fisch und Fischwaren .....	1 413	1 025	-27,5	-30,7
Brot und Backwaren .....	17 085	16 805	- 1,6	+ 1,8
Nahrungsmittel .....	4 467	4 477	+ 0,2	+ 1,2
darunter: Hülsenfrüchte .....	409	281	-31,3	-33,4
Kartoffeln .....	6 917	10 557	+ 52,6	+ 98,1
Frischgemüse .....	4 756	6 816	+ 43,3	+ 49,6
Gemüsekonserven .....	1 205	658	-45,4	-48,7
Frisches Obst .....	2 503	2 104	-15,9	+ 21,5
Frische Südfrüchte .....	1 867	1 198	-35,8	-37,2
Zucker .....	2 776	3 071	+ 10,6	+ 23,2
Andere Süßwaren u. Schokolade .....	377	400	+ 6,1	+ 26,9

<sup>1)</sup> Einschl. Sachgeschenke und Eigenerzeugnisse. — <sup>2)</sup> Einschl. der auf Frischmilch umgerechneten Trockenmilch.

ähnlich war, zeigten sich doch wieder, wie auch in den vergangenen Vierteljahren, teilweise Unterschiede im Ausmaß der Veränderungen, die ihre Ursache in der verschiedenen wirtschaftlichen Situation der beiden Haushaltstypen hatten. Auch die Betrachtung der verbrauchten Mengen an Nahrungsmitteln im 1. und 2. Vierteljahr 1953 ergab bei beiden Verbrauchergruppen im wesentlichen ähnliche Ergebnisse.

Sehr deutlich war vor allem die stärkere Reaktion der Haushaltungen der unteren Verbrauchergruppe auf die saisonbedingten Preisrückgänge bei Butter und Eiern und die Preiserhöhungen bzw. das Angebot teurerer Sorten bei Frischgemüse und Frischobst. Der Unterschied bei Zucker hängt damit zusammen, daß die untere Verbrauchergruppe

weniger Obst zu Konserven verarbeitete. Die Erhöhung der Kartoffeleinkäufe erscheint bei den Haushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe stärker, da sie im 1. Vierteljahr mehr von Vorräten lebten, die der unteren Verbrauchergruppe dagegen ihren Kartoffelbedarf mehr laufend deckten. Erheblich war auch der Unterschied zwischen den beiden Verbrauchergruppen erwartungsgemäß bei dem Verbrauch von Süßwaren und Schokolade, den die 2- und 3-Personen-Haushaltungen zu Ostern nicht so stark erhöhten wie die 4-Personen-Haushaltungen. Neben den geringeren Geldmitteln der unteren Verbrauchergruppe dürfte sich hier auch die kleinere Anzahl von Kindern in diesen Haushaltungen bemerkbar gemacht haben.

En.

## Veröffentlichungen<sup>1)</sup> vom 21. September bis 17. Oktober 1953

Arb. Nr.	Titel	Veröffentl. Datum	Bezugspreis <sup>2)</sup> je Stück in DM
ohne	Wirtschaft und Statistik, 5. Jg., Heft 9, September 1953 . . . . .	1. 10.	5.—
ohne	Statistischer Wochendienst, 4. Jg., Heft 39—42, 1953 . . . . .	25. 9.—16. 10.	—,80 <sup>3)</sup>
<b>Bevölkerung</b>			
ohne	Statistik der Bundesrepublik Deutschland Band 35: Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950 — Heft 5: Die verheirateten Frauen nach Eheschließungsjahren, Geburtsjahren und Kinderzahl . . . . .	Sept./Okt.	1.—
ohne	Band 37: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950 Teil II — Heft 4: Die Erwerbspersonen und die Ehefrauen ohne Hauptberuf nach ihrer Sicherung bei Krankheit und nach der voraussichtlichen Altersversorgung . . . . .	Sept./Okt.	1.50
ohne	Statistical Pocket-Book on Expellees . . . . .	9. 10.	—
VIII/7/28	Fortgeschriebene Wohnbevölkerung am 31. 12. 1952 nach Alter und Geschlecht . . . . .	14. 10.	—,50
VIII/7/29	Bevölkerungsstand am 30. 6. 1953 und Bevölkerungsentwicklung im 2. Vj. 1953 . . . . .	2. 10.	—,25
<b>Gesundheitswesen</b>			
VIII/23/3	Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten vom 6. 9.—26. 9. 1953 (37.—39. Berichtswoche) . . . . .	25. 9.—10. 10.	12.—*)
<b>Rechtspflege</b>			
VIII/2/262—264	Kriminalität, Rechtskräftig abgeurteilte Jugendliche, 2. Hj. 1951 . . . . .	26. 9.	1.—
<b>Wahlen</b>			
VIII/5/9	Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953 (Endgültige Ergebnisse) . . . . .	17. 10.	1.20
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>			
ohne	Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 81: Die Viehwirtschaft 1952 . . . . .	28. 9.	2.50
III/22/6	Erhebung über die Benutzung von Schleppern, Bodenfräsen und Mähdreschern in der Land- und Forstwirtschaft (Vorläufige Schleppererhebung 1953) . . . . .	25. 9.	—,25
III/4/95	Wachstumstand des Tabaks, der Rüben und der Futterpflanzen, Ende August 1953 . . . . .	5. 10.	—,50
III/4/96	Erntevorschätzung von Rauhfutter, Ende August 1953 . . . . .	8. 10.	—,50
III/4/97	Erntevorschätzung von Hülsenfrüchten, Körnersenf und Hanf, Ende August 1953 . . . . .	9. 10.	—,50
III/5/33	Wachstumstand und Erntermittlungen von Gemüse, August 1953 . . . . .	24. 9.	1.—
III/10/24	Ernteschätzungen des Obstes, September 1953 . . . . .	10. 10.	—,50
III/13/25	Stand der Reben, Ende August 1953 . . . . .	24. 9.	—,40
III/15/28	Schweinebestand (Vorläufiges Ergebnis der Viehwirtschaftszählung am 3. 9. 1953) . . . . .	7. 10.	—,25
III/16/72	Milcherzeugung, August 1953 (Vorläufiges Ergebnis) . . . . .	1. 10.	6.—*)
III/17/44	Schlachtungen, August 1953 . . . . .	6. 10.	1.—
III/25/51	Fangergebnis der See- und Küstenfischerei, Juli 1953 . . . . .	25. 9.	1.—
<b>Industrie und Handwerk</b>			
ohne	Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland Teil 1: Beschäftigung und Umsatz, Brennstoff- und Energieversorgung, 3. Jg., Nr. 7, Juli 1953 . . . . .	28. 9.	2.50
	Teil 2: Produktion ausgewählter Erzeugnisse, Produktionsindex, 3. Jg., Nr. 8, August 1953 . . . . .	24. 9.	2.50
IV/2/63	Beschäftigung und Umsatz, Brennstoff- und Energieversorgung der Industrie, Vorläufige Ergebnisse, August 1953 . . . . .	12. 10.	— <sup>4)</sup>
IV/8/46	Index der Industriellen Produktion, August 1953 . . . . .	25. 9.	— <sup>4)</sup>
IV/20/37	Eisen- und Stahlerzeugung, September 1953 (Eilbericht) . . . . .	8. 10.	—,90 <sup>5)</sup>
IV/21/36	Eisen- und Stahlstatistik, Erzeugung und Förderung, August 1953 . . . . .	22. 9.	1.— <sup>6)</sup>
<b>Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>			
IV/3/52—53	Zahlen aus der Bauwirtschaft, Juli 1953 . . . . .	21. 9.	2.—
	August 1953 . . . . .	16. 10.	2.—
VI/24/20	Bautätigkeit, Juli 1953 . . . . .	23. 9.	—,50

noch: Veröffentlichungen<sup>1)</sup> vom 21. September bis 17. Oktober 1953

Arb. Nr.	Titel	Veröffentl. Datum	Bezugspreis*) je Stück in DM
<b>Handel</b>			
ohne	Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland		
	Teil 1: Zusammenfassende Übersichten, Jahr 1952 . . . . .	17. 9.	4.50
	August 1953 . . . . .	25. 9.	2.—
	Teil 2: Der Spezialhandel nach Waren mit Angaben für die Herstellungs- und Verbrauchsländer, August 1953 . . . . .	6. 10.	9.50 <sup>6)</sup>
	Teil 3: Der Außenhandel nach Bezugs- und Absatzgebieten, Juli 1953 . . . . .	19. 9.	8.—
	Teil 4: Der Spezialhandel nach Waren (ohne Länderangaben), August 1953 . . . . .	26. 9.	6.— <sup>7)</sup>
	Teil 5: Der Außenhandel (Spezialhandel) nach dem Internationalen Warenverzeichnis, Juni 1953 (Foreign Trade — Special Trade — of the Federal Republic of Germany according to the Standard International Trade Classification (SITC), Juni 1953 . . . . .	25. 9.	6.—
	Juli 1953 . . . . .	15. 10.	6.—
	Teil 6: Durchführung durch die Bundesrepublik Deutschland, August 1953 . . . . .	15. 10.	1.—
V/25/35	Ein- und Ausfuhr an Kohlen und Koks, September 1953 . . . . .	15. 10.	—50
V/30/29	Interzonenhandel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost, August 1953 . . . . .	26. 9.	—50
V/28/16	Umsatzentwicklung im Großhandel, August 1953 . . . . .	24. 9.	—25
V/20/39	Schnellbericht über die Umsatzentwicklung des Einzelhandels, September 1953 . . . . .	15. 10.	—25
V/18/40	Umsatzindex des Einzelhandels, August 1953 . . . . .	5. 10.	—25
<b>Verkehr</b>			
ohne	Statistik der Bundesrepublik Deutschland		
	Band 77: Die Güterbewegung auf den Eisenbahnen im Jahre 1951 . . . . .	30. 9.	15.—
V/27/28	Luftverkehr über der Bundesrepublik Deutschland und mit West-Berlin, August 1953 . . . . .	9. 10.	—20
<b>Geld und Kredit</b>			
VII/16/102-105	Kursdurchschnitt der an den Börsen notierten Aktien vom 15. September bis 7. Oktober 1953 . . . . .	21. 9.-13. 10.	5.—*
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>			
VI/27/43	Offene Fürsorge im Bundesgebiet (ohne Niedersachsen und Hessen) und in West-Berlin, Juli 1953 . . . . .	25. 9.	—25
<b>Öffentliche Finanzen</b>			
VII/41/10	Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern, Finanzzuweisungen und Umlagen im 1. Rechnungsj. 1953 . . . . .	3. 10.	—75
<b>Preise</b>			
V/19/38	Weltmarktpreise ausgewählter Waren August/September 1953 . . . . .	26. 9.	—60
V/20/3-4	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter sowie Einfuhrpreise wichtiger Waren, Juli 1953 . . . . .	23. 9.	—60
	August 1953 . . . . .	10. 10.	—60
V/19/31	Großhandelspreise im Ausland, Teil III, Preisentwicklung bis September 1953 bei mineralischen Rohstoffen, Metallen und chemischen Stoffen . . . . .	13. 10.	1.—
VI/10/14	Einzelhandelspreise im Ausland, Sommer 1953 . . . . .	26. 9.	2.—
VI/2/61	Indexziffer der Roh- und Grundstoffpreise vom 7. August zum 7. September 1953 . . . . .	30. 9.	—30
VI/5/71	Erzeugerpreise bzw. Großhandelspreise vom 7. März bis 21. August 1953 . . . . .	29. 9.	1.—
VI/6/32	Indexziffer der Erzeugerpreise, August 1953 . . . . .	28. 9.	—50
VI/3/46	Einzelhandelspreise, Mitte September 1953 . . . . .	15. 10.	—25
VI/8/16	Index der Einzelhandelspreise, September 1953 . . . . .	15. 10.	—25
VI/1/237-239 u. 241	Entwicklung der Verbraucherpreise ausgewählter Waren in den Landeshauptstädten vom 18. September bis 9. Oktober 1953 . . . . .	24. 9.-16. 10.	} 8.*)
VI/1-240	Preisindex für die Lebenshaltung, September 1953 . . . . .	13. 10.	
<b>Versorgung und Verbrauch</b>			
VII/61/58 u. 60	Versteuerung von Tabakwaren, Juli 1953 . . . . .	1. 10.	—50
	Tabakanbau und -ernte 1952 (1. Juli 1952—30. Juni 1953) . . . . .	12. 10.	—50
VII/62/62	Herstellung von Bier, Braustoffverbrauch, versteuerte Biermengen und Steuersoll nach Staffelsätzen im 1. Rechnungsj. 1953 . . . . .	3. 10.	—50
VII/62/63	Bierverbrauch, August 1953 . . . . .	16. 10.	—50
VII/63/9	Erzeugung und Versteuerung von Zucker in den Betriebsjahren 1947—1951 . . . . .	14. 10.	1.—
VII/66/3	Branntweinerzeugung und -absatz in den Betriebsjahren 1950/51 und 1951/52 (1. 10. 50 bis 30. 9. 52) . . . . .	9. 10.	—75
<b>Internationale Übersichten</b>			
II/10/25	Internationale Monatszahlen, August 1953 . . . . .	21. 9.	1.50

- 1) Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Bundesgebiet.
- 2) Die Preise verstehen sich ausschließlich Porto und Verpackung.
- 3) Vorzugspreis für die Bezieher von „Wirtschaft und Statistik“: jährlich DM 12.—.
- 4) Vorbericht zu „Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland“, Teil 1 bzw. Teil 2.
- 5) Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf.
- 6) In Verbindung mit Teil 4 DM 13.—.
- 7) In Verbindung mit Teil 2 DM 13.—.
- \*) Jahresbezugspreis für die Bezugsreihe.